

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Sonderheft anlässlich des 15. Jahrestages

der Gründung der SED

3. Jahrgang 1961 · Preis 2,- DM

S

Zum 15. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erscheint:

Beiträge zur Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Herausgegeben vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK
der SED, Lehrstuhl für Geschichte der Arbeiterbewegung
Etwa 480 Seiten · Halbleinen etwa 8,- DM

Neben einem einführenden Artikel von Hermann Matern enthält dieser Sammelband 11 Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die Probleme der SED von 1945 bis 1960 behandeln.

Außer Arbeiten über die Herstellung und Festigung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, den Kampf der SED um die Durchführung des Volksentscheids, die Herausbildung wahrer Volksvertretungen und die Entwicklung der Aktivistenbewegung sind die Abschnitte über die Bildung und Festigung der ersten LPG und über die nationale Frage in Deutschland von besonderer Bedeutung.

Unsere Bücher erhalten Sie in jeder guten Buchhandlung, durch „Interbuch“, Versandbuchhandlung, Leipzig C 1, Postfach 259, sowie durch den „Buchdienst Berlin“, Versandbuchhandlung, Berlin C 2, Rungestraße 20, und bei den Verkaufsstellen der Post.



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76-79

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus

beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Redaktion: Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Straße 1, Telefon: 20 05 81 / App. 4119

I N H A L T

Die Gründung der SED — ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus. Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD	3
Heinrich Gemkow/Klaus Mammach: Zu einigen Fragen der Moskauer Erklärung und den Aufgaben der Parteihistoriker	28
Hiegfried Vietzke: Einige Probleme des Kampfes um die Demokratie in den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz der KPD	35
Verner Horn: Der Kampf der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren 1951/1952 um die Entfaltung der Masseninitiative der Arbeiterklasse zur Durchführung des Fünfjahrplans in den volkseigenen Betrieben	77
Ulbert Buchmann: Die Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik für den Kampf der friedliebenden Kräfte in Westdeutschland	101
Valter Müller: Die Aktionsgemeinschaft zwischen KPD und SPD in München 1945/1946	117
Günter Benser: Bemerkenswerte Eingeständnisse (Wie die rechten SPD-Führer die Einheit der Arbeiterklasse bekämpften)	139
Hellmuth Kolbe: Die Entwicklung der SPD vom Godesberger Parteitag bis zum Parteitag in Hannover	149

<i>Fritz Zimmermann</i> : Friedrich Engels' Hilfe für die deutsche Sozialdemokratie im Kampf gegen den Opportunismus in der Bauernfrage in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts	167
<i>Raimund Wagner</i> : Über die Chemnitzer Konferenz und die Widerstandskaktionen der sächsischen Arbeitermassen gegen den Reichswehreinmarsch im Oktober 1923	188
<i>Elfriede Liening/Walter Wimmer</i> : Die ersten Wochen der Antifaschistischen Aktion	209

Dokumente und Materialien

Ein Artikel Walter Ulbrichts zur antifaschistischen Einheitsfront vom 15. Februar 1933	228
<i>Kurt Wrobel</i> : Dokumente des Kampfes westdeutscher Arbeiter um die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nach dem Gründungsparteitag der SED	235
„Du bist der einzige, auf den ich meine Hoffnung setze...“ – Ein unbekannter Brief August Bebels an Karl Liebknecht vom 10. November 1908 (<i>Martha Globig</i>)	253

Die Gründung der SED — ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus

Thesen des Politbüros des ZK zum 15. Jahrestag der Vereinigung
von KPD und SPD

In der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 wird festgestellt, daß der Hauptinhalt unserer Epoche der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist. Der Kampf der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die sozialistischen Revolutionen und nationalen Befreiungsrevolutionen, der Zusammenbruch des Imperialismus und die Liquidierung des Kolonialsystems, der Übergang immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus bestimmen den Charakter der modernen Epoche und das Kräfteverhältnis in der Welt. Unsere Epoche ist die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab. „Das sozialistische Weltsystem und die Kräfte, die gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen, bestimmen den Hauptinhalt, die Hauptrichtung und die Hauptmerkmale der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in der gegenwärtigen Epoche. Keine noch so krampfhaften Bemühungen des Imperialismus können dem Fortschritt der Geschichte Einhalt gebieten. Es sind feste Voraussetzungen für weitere entscheidende Siege des Sozialismus geschaffen. Der volle Sieg des Sozialismus ist unausbleiblich.“¹

Auch in Deutschland vollzieht sich dieser unaufhaltsame historische Prozeß. In der Deutschen Demokratischen Republik, die fest im sozialistischen Lager steht und eng mit der Sowjetunion verbunden ist, wird erfolgreich der Sozialismus verwirklicht. Auch Westdeutschland wird im Ergebnis des Kampfes gegen den Imperialismus und Militarismus unvermeidlich vom Fortschritt der Geschichte erfaßt werden und den Weg des Sozialismus einschlagen.

Wir begehen den 15. Jahrestag der Gründung der SED im Zeichen des Formarsches und weiterer Siege der Kräfte des Sozialismus und des Friedens. Im Lichte der Moskauer Erklärung wird dieses historische Ereignis in seiner ganzen Bedeutung sichtbar.

Die Vereinigung der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 1./22. April 1946 ist die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse seit der Verkündung des „Manifests der Kommunistischen Partei“

¹ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.—17. Dezember 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 11.

durch Karl Marx und Friedrich Engels und der Entstehung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland. Die Gründung der SED war der Sieg des Marxismus-Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Seit der Vereinigung von KPD und SPD tritt in einem großen Teil Deutschlands die Arbeiterklasse als einheitliche geschlossene Kraft auf. Dank ihrer Einheit schuf sie im Kampf gegen den anglo-amerikanischen und den westdeutschen Imperialismus den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat. Was Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ verkündet hatten, wurde in der Deutschen Demokratischen Republik lebendige Wirklichkeit. Die Arbeiterklasse erfüllte ihre historische Aufgabe und errichtete ihre politische Herrschaft. Sie verwirklicht im Bunde mit der Bauernschaft und allen anderen Werktätigen im Interesse der gesamten Nation den Sozialismus.

I.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Erbin der besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung. Sie verkörpert in sich alles Edle und Gute, alles Fortschrittliche und Revolutionäre unserer Nation. Unter ihrer Führung setzt die deutsche Arbeiterklasse den über ein Jahrhundert währenden Kampf der Arbeiterbewegung für Frieden, Demokratie und Sozialismus fort und führt ihn zum Sieg.

Die Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beginnt mit dem Wirken von Karl Marx und Friedrich Engels. Marx und Engels arbeiteten am Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 im „Manifest der Kommunistischen Partei“ die Grundlagen der weltverändernden Lehre des wissenschaftlichen Kommunismus aus. Karl Marx entdeckte die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft; er wies nach, daß der Sturz des Kapitalismus unvermeidlich ist und die historische Aufgabe der Arbeiterklasse darin besteht, ihre politische Herrschaft – die Diktatur des Proletariats – zu errichten und die neue sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Die im „Manifest der Kommunistischen Partei“ dargelegten Grundsätze und Ziele der Arbeiterbewegung sind durch den Verlauf der Geschichte auf das glänzendste bestätigt worden. Im Feuer der revolutionären Kämpfe erwiesen sich allein die Arbeiterklasse als konsequent-revolutionäre Klasse und der Marxismus als die einzig revolutionäre wissenschaftliche Weltanschauung. Alles Gerede von einem Sozialismus ohne Klassenkampf, von der Interessengemeinschaft zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern wurde bereits vor mehr als hundert Jahren von der Geschichte widerlegt.

Die Revolution von 1848 und noch mehr die Pariser Kommune von 1871 bestätigten alle Lehren des Marxismus. Die Pariser Kommune war der erste heroische Versuch einer proletarischen Revolution und Diktatur des Proletariats. Sie bewies in der Praxis des revolutionären Kampfes, daß die Arbeiterklasse den alten bürgerlichen Staatsapparat nicht einfach übernehmen kann, sondern daß sie ihn zerschlagen und ihren eigenen Staatsapparat schaffen muß, um die Demokratie für die Arbeiter und alle Werk-

stigen zu verwirklichen, um den Sozialismus aufzubauen. Die Kommune erwies auch, wie notwendig das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern ist. Vor allem zeigte sie, daß die Existenz einer wahrhaft revolutionären Partei der Arbeiterklasse die unerläßliche Voraussetzung für die Befreiung aller Werktätigen vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung ist. „Die Kommune hat das europäische Proletariat gelehrt, die Aufgaben der sozialistischen Revolution konkret zu stellen.“²

In der Zeit von der Revolution von 1848 bis zur Pariser Kommune war die Marxsche Lehre in der Arbeiterbewegung noch keineswegs vorherrschend. Die Aufgabe der revolutionären Kräfte bestand gerade darin, die Arbeiterklasse von der ideologischen, politischen und organisatorischen Bevormundung durch die Bourgeoisie zu befreien und die selbständige revolutionäre Partei der Arbeiterklasse zu schaffen. Die marxistische Vorhut der deutschen Arbeiterklasse – während der Revolution von 1848 der Bund der Kommunisten und später die 1869 in Eisenach gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei – kämpfte getreu den Hinweisen von Marx und Engels gegen den preußischen Militarismus, für die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution und für die einig demokratische deutsche Republik.

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts setzte sich der Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung durch. Unter Anleitung von Marx und Engels stand die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie Jahrzehnte an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung. Zu Lebzeiten von Marx und Engels führte die Partei einen erfolgreichen Kampf gegen den Einfluß der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiterbewegung und gegen alle Versuche der opportunistischen Verfälschung des Marxismus. Solange sie unerschütterlich auf dem Boden des Marxismus stand, verkörperte sie die Einheit der Arbeiterklasse. Durch ihr Bekenntnis zur Pariser Kommune, durch ihr leidenschaftliches Auftreten gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen, durch ihren Kampf gegen den reaktionären junkerlich-militaristischen Staat und die Aggressionspläne des deutschen Militarismus, durch ihren Sieg über das antidemokratische Sozialistengesetz erwies sich die Partei unter Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht als die wahre Vorkämpferin der Interessen der gesamten Nation. Dank ihrem entschiedenen Kampfe gegen die preußische Reaktion, für die Rechte des Volkes erwarb sie sich die Achtung und das Vertrauen der werktätigen Massen.

Mit dem Übergang zum Imperialismus, der um die Jahrhundertwende erfolgte, trat auch in Deutschland der Kapitalismus in sein höchstes und letztes Stadium. W. I. Lenin schrieb: „Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Verteilung der Welt durch die internationalen

² W. I. Lenin: Über die Pariser Kommune. Ein Sammelband, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 15.

Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“³ W. I. Lenin kennzeichnete den Imperialismus als monopolistischen, parasitären und sterbenden Kapitalismus, der alle Widersprüche aufs äußerste zuspitzt und die proletarische Revolution auf die Tagesordnung der Geschichte setzt.

Zwischen den von den Monopolen beherrschten imperialistischen Großmächten entspann sich ein erbitterter Kampf um die territoriale Neuaufteilung der Welt, der gesetzmäßig zu imperialistischen Kriegen führte. Die Herrschaft der Monopole verschärfte nicht nur die Ausbeutung der Arbeiterklasse, sondern vernichtete auch die Existenzgrundlage zahlloser Handwerker, Bauern und kleiner Unternehmer. Die imperialistische Kriegspolitik und Kolonialklaverei bedrohte das Leben ganzer Völker. So wurde die Lösung des Grundwiderspruchs zwischen den friedliebenden Interessen der Völker und der Kriegspolitik der Monopolisten und Militaristen zur alles beherrschenden Frage.

Unter den neuen historischen Bedingungen erhöhte sich die geschichtliche Rolle der Arbeiterklasse und ihre Verantwortung gegenüber der Nation außerordentlich. Vor der Arbeiterklasse, der fortschrittlichsten Kraft der Gesellschaft, stand die Aufgabe, den Imperialismus zu stürzen und ihre eigene politische Macht zu errichten, um den Frieden zu sichern, wahrhaft demokratische Verhältnisse zu schaffen und die Völker auf den Weg des Sozialismus zu führen.

Durch den Imperialismus wurden alle Probleme vor der internationalen Arbeiterbewegung auf neue Art gestellt. Die Frage des Weges der Arbeiterklasse zur Staatsmacht mußte konkret beantwortet werden. Die alten Organisationsformen und Kampfmethoden genügten nicht mehr. Um die Arbeiterklasse auf den Kampf um die Macht vorzubereiten, wurde die Schaffung von Parteien neuen Typus erforderlich.

Mit dem Übergang zum Imperialismus verlagerte sich das Zentrum der revolutionären Bewegung nach Rußland. Im Kampf gegen den Opportunismus entwickelte W. I. Lenin den Marxismus entsprechend den Erfordernissen der Epoche des Imperialismus schöpferisch weiter und arbeitete die Prinzipien der Partei neuen Typus aus. Die von ihm geschmiedete bolschewistische Partei, die in ihrem Programm erstmalig nach dem Tode von Marx und Engels den Weg zum Sozialismus durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats wies, wurde zum Vorbild der internationalen Arbeiterbewegung. In seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ kennzeichnete W. I. Lenin die Besonderheiten der bürgerlich-demokratischen Revolution in der Epoche des Imperialismus. Er entwickelte die Lehre von der Hegemonie der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution, vom Bündnis der Arbeiter und Bauern, von der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter-

³ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 782.

klasse und der Bauernschaft sowie vom Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution. W. I. Lenin schuf damit eine allgemeingültige neue Theorie der sozialistischen Revolution. Die russische Revolution von 1905, die zur Generalprobe der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde, bestätigte und bereicherte die Lehren W. I. Lenins.

In Deutschland, wo durch den Verrat der Bourgeoisie in der Revolution von 1848 die bürgerlich-demokratische Revolution unvollendet geblieben war und Junkertum und Bourgeoisie ein Bündnis eingingen, nahm der Imperialismus besonders reaktionäre und militaristische Züge an. Der technisch und organisatorisch hoch entwickelte junkerlich-bourgeoise deutsche Imperialismus, der bei der Aufteilung der Welt zu spät gekommen war, entfaltete eine außerordentliche Aggressivität und bereitete systematisch den Krieg zur Neuaufteilung der Welt vor. Die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems, die durch die Aufrüstung und den beschleunigten Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus vertieft wurden, verschärften den Klassenkampf. Große Massenstreiks, wie der Streik der Crimmitschauer Textilarbeiter (1903), mächtige Wahlrechtsbewegungen und die starke Solidaritätsbewegung für die russischen Revolutionäre waren Ausdruck des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die wachsende Ausbeutung, gegen den Militarismus, für wahrhaft demokratische Verhältnisse. Dieser Kampf erhielt durch das Beispiel der russischen Revolution von 1905 einen mächtigen Ansporn.

Im Gegensatz zu Rußland geriet jedoch in Deutschland die Arbeiterbewegung weitgehend unter den Einfluß des Opportunismus (Reformismus und Revisionismus). Die soziale Basis des Opportunismus bildeten die vom Monopolkapital gezüchtete und korrumpierte Arbeiteraristokratie, die Arbeiterbürokratie sowie die in die Arbeiterbewegung eindringenden kleinbürgerlichen Elemente. Das Monopolkapital bewirkte mit Hilfe des Opportunismus die Spaltung der Arbeiterbewegung. Der Opportunismus ist eine mit dem Imperialismus verbundene internationale Erscheinung und die spezifische Form der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterbewegung. So traten die Revisionisten in der Sozialdemokratie für die Unterstützung der Kolonialpolitik des kaiserlichen Deutschlands ein. Das Vordringen des Opportunismus untergrub die ideologische Einheit der Partei und führte schließlich zur Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Dadurch war das Monopolkapital imstande, seine volksfeindliche Macht zu behaupten und den imperialistischen Krieg vorzubereiten.

Diese Entwicklung führte dazu, daß die deutsche Sozialdemokratie bereits vor dem ersten Weltkrieg in drei politische Richtungen zerfiel: die Revisionisten, die Zentristen und die revolutionären Linken. Die Revisionisten, deren Hauptvertreter Eduard Bernstein war, wandten sich offen gegen den Marxismus und verkündeten die Theorie vom „friedlichen Hinüberwachsen“ in den Sozialismus unter den Bedingungen des imperialistischen Klassenstaates. Der Zentrismus, als dessen Wortführer Karl Kautsky auftrat, fälschte die revolutionäre Lehre von der Diktatur des Proletariats,

verhielt sich gegenüber den Revisionisten versöhnlerisch und lähmte damit die Kampfkraft der Arbeiterklasse. Revisionisten wie Zentristen verhinderten die umfassende Propagierung solcher wissenschaftlichen Werke von Karl Marx und Friedrich Engels wie „Klassenkämpfe in Frankreich“, „Kritik des Gothaer Programms“ u. a. und hintertrieben die Verbreitung der Lehren W. I. Lenins und die Veröffentlichung seiner Werke in Deutschland.

In Deutschland verteidigten allein die Linken in der Sozialdemokratie den Marxismus. Sie erwarben sich große Verdienste im Kampf gegen Militarismus und Krieg. Unter Führung von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und Wilhelm Pieck vertraten sie gegenüber der abenteuerlichen Kriegspolitik des deutschen Imperialismus die friedliebenden Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen Nation.

Die reformistischen Führer der SPD stellten sich zu Beginn des ersten Weltkrieges mit der Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 offen auf die Seite des kaiserlichen deutschen Imperialismus. Sie brachen die Beschlüsse der Sozialistischen Internationale von Stuttgart (1907) und Basel (1912), die alle sozialistischen Parteien verpflichteten, gegen den Krieg zu kämpfen und im Falle seiner Auslösung die durch ihn hervorgerufene Krise zum Sturz des kapitalistischen Systems zu nutzen. Durch ihren Verrat vollendeten sie die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und lähmten die Arbeiterklasse im Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik. In Deutschland blieben nur die Linken dem proletarischen Internationalismus, den Interessen der Arbeiterklasse und der Nation treu. Karl Liebknechts Ablehnung der Kriegskredite wurde das Signal zur Sammlung der Kräfte der Arbeiterklasse im Kampf gegen Imperialismus und Krieg.

Die Lostrennung der revolutionären Arbeiter von der von reformistischen Führern beherrschten Sozialdemokratie wurde in Deutschland unumgänglich. Die Schwäche der revolutionären Kräfte bestand darin, daß dieser Bruch nicht rechtzeitig erfolgte. Infolgedessen besaß die deutsche Arbeiterklasse damals im Kampf gegen Imperialismus und Krieg keine revolutionäre marxistische Partei.

II.

Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurden unter Führung der von W. I. Lenin geleiteten bolschewistischen Partei die Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus auf einem Sechstel der Erde erfolgreich in die Tat umgesetzt. Die Oktoberrevolution leitete eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte ein, die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Sie löste nicht nur in Rußland den tiefen Widerspruch zwischen den Ausbeutungs- und Eroberungsinteressen der imperialistischen Machthaber und den Lebensinteressen des Volkes, sondern gab zugleich den Anstoß, um diesen Widerspruch in allen Ländern zu lösen. Die Oktoberrevolution bedeutete auch eine tiefgreifende Wende in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, da sie den Prozeß der

Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse beschleunigte.

Mit der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Feuer der Novemberrevolution wurde der Grundstein für die Wiederherstellung der revolutionären Einheit der deutschen Arbeiterklasse gelegt. Die KPD ließ sich von der geschichtlichen Mission der Arbeiterklasse leiten, die ganze Gesellschaft für immer von Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien und damit das Grundproblem der deutschen Nation zu lösen. Daher betrachtete sie seit ihrer Gründung die Herstellung der Aktions-einheit der Arbeiterklasse als eine grundlegende Bedingung des Kampfes gegen die Herrschaft der Finanzkapitalisten und Großgrundbesitzer, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Ihrem beharrlichen Ringen um die Schaffung einer Kampfgemeinschaft aller Teile der Arbeiterklasse lag die wissenschaftliche Erkenntnis des Marxismus-Leninismus zugrunde, daß die Einheitlichkeit der Klasseninteressen auch die Einheit der Arbeiterklasse erfordert. Die Einheit wird im konsequenten Kampf gegen alle bürgerlichen Einflüsse in der Arbeiterbewegung geschmiedet. Indem die Arbeiterklasse im Klassenkampf selbst Erfahrungen sammelt und dank der Tätigkeit der marxistisch-leninistischen Partei wird der Einfluß der bürgerlichen Ideologie zurückgedrängt und schließlich beseitigt.

Die Kämpfe der revolutionären Arbeiterklasse in der Weimarer Republik bewiesen: Immer dann, wenn die Arbeiterklasse einheitlich auftrat, konnte sie Erfolge erringen. So schlugen die in der Aktionseinheit vereinigten Millionenmassen der Arbeiter im Jahre 1920 den Kapp-Putsch durch Generalstreik und bewaffneten Kampf nieder und bereiteten dem deutschen Militarismus eine Niederlage. Von dieser größten Einheitsaktion gingen starke Impulse für die Vereinigung der Mehrheit der USPD mit der KPD im Dezember 1920 aus. Die Nachkriegskrise des deutschen Kapitalismus führte 1923 zur Inflation und zu ungeheurer Not des arbeitenden Volkes. Als die herrschenden Kreise in landesverräterischer Weise die nationalen Interessen verrieten und mit den französischen Imperialisten paktierten, die das Ruhrgebiet besetzt hatten, wurde die reaktionäre Cuno-Regierung durch einen gewaltigen Generalstreik hinweggefegt. Die Arbeiterklasse führte große Kämpfe, und die Vorhut des Hamburger Proletariats schritt zum bewaffneten Aufstand. Trotz dieser heroischen Kämpfe gelang es der Arbeiterklasse im Jahre 1923, vor allem infolge der Spaltungspolitik der reformistischen SPD- und Gewerkschaftsführer, noch nicht, die imperialistische Herrschaft zu stürzen und eine demokratische Herrschaft zu erkämpfen.

In der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, die der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1923 folgte, sahen die rechten sozialdemokratischen Führer ihre Aufgabe darin, den Einfluß der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterbewegung zu verstärken, die in der revolutionären Nachkriegskrise gewonnenen Erfahrungen der Arbeiterklasse im Kampf um die Aktionseinheit auszulöschen und dadurch die Spaltung zu vertiefen. Diese Politik entsprach ihrer bürgerlichen Grundkonzeption, die

auf der Zusammenarbeit mit den Hauptkräften der Monopolbourgeoisie beruhte und die Interessen der Arbeiterklasse denen der Bourgeoisie unterordnete. Diesem Bestreben dienten auch ihre reformistischen Theorien vom „organisierten Kapitalismus“ und von der sogenannten „Wirtschaftsdemokratie“, die bald von der kapitalistischen Wirklichkeit gründlich widerlegt wurden.

Der zeitweiligen Konjunkturperiode folgte mit großer Wucht die Weltwirtschaftskrise, deren furchtbare Auswirkungen in Deutschland besonders stark waren. Wieder wurden Millionen Arbeiterfamilien der Arbeitslosigkeit ausgesetzt und Zehntausende Betriebe werktätiger Bauern, kleiner Handwerker und Gewerbetreibender ruiniert. Die Monopolbourgeoisie untergrub mit ihrer Profitwirtschaft die Existenzgrundlagen der gesamten Nation. Gegen den wachsenden Widerstand der Volksmassen betrieben die herrschenden Klassen mit Hilfe des Notstandsartikels 48 der Weimarer Verfassung den Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten sowie den Übergang zu faschistischen Regierungsmethoden. Bereits W. I. Lenin hatte darauf hingewiesen, daß Imperialismus Reaktion auf der ganzen Linie und Negation der Demokratie bedeutet. Dieses antidemokratische Wesen der Herrschaft des Monopolkapitals wurde während der Weltwirtschaftskrise mit aller Deutlichkeit sichtbar.

Die Arbeiterklasse und die Massen des deutschen Volkes suchten einen Ausweg aus der alle Bereiche des nationalen Lebens umfassenden Krise. Die Kommunistische Partei Deutschlands zeigte mit ihrem „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ vom August 1930 diesen Ausweg. Sie wandte sich an die werktätigen Bauern und alle anderen Werktätigen und forderte sie auf, gemeinsam mit der Arbeiterklasse gegen Not und Elend, Ausbeutung und Reaktion zu kämpfen. Die KPD setzte sich unter Führung ihres Leninschen ZK mit Ernst Thälmann an der Spitze unermüdlich für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse ein und forderte viele Male alle Sozialdemokraten, Gewerkschaftsmitglieder, christlichen und parteilosen Arbeiter auf, sich zum gemeinsamen Kampf gegen die drohende Gefahr des Faschismus und des Krieges zu vereinen. Dadurch wären gleichzeitig günstige Bedingungen für die Einigung aller demokratischen Kräfte geschaffen worden. Viele Mitglieder und Funktionäre der SPD erkannten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses und der Aktionseinheit und nahmen an der Antifaschistischen Aktion teil. Doch die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer lehnten entgegen dem Willen dieser Sozialdemokraten alle Einheitsfrontangebote ab. Entsprechend ihrer politischen Grundkonzeption orientierten sie sich nicht auf das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse, sondern wollten „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ sein. So konnte der Faschismus seine blutige Diktatur über Deutschland errichten. Die von den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern unter der Flagge des Antikommunismus betriebene Spaltung der Arbeiterbewegung erwies sich als das größte Verhängnis für die deutsche Arbeiterklasse und das ganze Volk.

Der faschistische deutsche Imperialismus beseitigte alle demokratischen Rechte und Freiheiten, liquidierte die Arbeiterorganisationen und verfolgte Kommunisten, Sozialdemokraten und andere aufrechte Patrioten mit grausamem Terror. Die Politik des deutschen Faschismus machte deutlicher denn je, daß der Antikommunismus nicht nur gegen die Kommunistische Partei Deutschlands, sondern gegen das ganze werktätige Volk, gegen die Interessen der deutschen Nation und aller anderen Völker gerichtet war. Die Kommunistische Partei Deutschlands verstärkte während der Nacht des Faschismus und des zweiten Weltkrieges ihre Anstrengungen, um die Arbeiterklasse und alle antifaschistischen und demokratischen Kräfte zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerregierung, für eine friedliche und demokratische Zukunft der Nation zu vereinen. Sie ging zu einer Politik über, die den Zusammenschluß aller antinazistischen und demokratischen Kräfte ungeachtet ihrer politischen Ziele und Weltanschauungen verfolgte.

Gestützt auf die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, forderte die KPD auf den Parteikonferenzen von Brüssel und Bern die Schaffung einer festen Einheitsfront von KPD und SPD als Kern einer breiten antifaschistischen Volksfront. Die Berner Konferenz arbeitete das Programm für die Errichtung einer neuen demokratischen Republik aus, in der durch die Beseitigung des aggressiven Monopolkapitals die demokratischen Rechte und Freiheiten für das werktätige Volk garantiert sind. Im Gegensatz dazu erstrebten die rechten Führer der SPD eine „reformierte“ Weimarer Republik. Sie hielten die Beseitigung des Hitlerregimes nur unter Führung der Bourgeoisie für möglich und hofften, durch die Ablehnung der Einheitsfront mit der KPD für die Monopolbourgeoisie koalitionsfähig zu bleiben. Die rechten sozialdemokratischen Führer erkannten auch damals nicht das Wesen des Faschismus als eine Form der Herrschaft des Imperialismus.

Als unter den Schlägen der heroischen Sowjetarmee die deutschen Truppen eine Niederlage nach der anderen erlitten und auch den führenden Militärs der Hitlerarmee klargeworden war, daß die militärische Niederlage nicht mehr aufgehalten werden kann, versuchte ein Teil der Offiziere eine Wendung im Krieg herbeizuführen. Durch die Preisgabe von Hitler sollte durch ein Kompromiß mit den Westmächten die Herrschaft des Monopolkapitals und seine Staatsmacht gerettet werden. Der Aufstand vom 20. Juli konnte nicht zum Ziele führen, weil diese Offiziere nicht bereit waren, sich auf die Vorhut der Arbeiterklasse in den Rüstungsbetrieben und auf die Soldaten ihrer Truppenteile zu stützen. Durch das Fehlen der Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse und das Schwanken der führenden sozialdemokratischen Funktionäre war es nicht möglich, den Aufstand der Offiziere zu einer Volksbewegung zu entfalten.

Im gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Krieg galt es, die Voraussetzungen für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zu einer einheitlichen revolutionären Partei zu schaffen. Während die rechten SPD-Führer weiterhin jedes Zusammengehen mit der KPD ablehnten, kamen

viele aufrechte sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre durch die bitteren Erfahrungen der faschistischen Barbarei zu der Erkenntnis, daß die verhängnisvolle Spaltung beseitigt und die Aktionseinheit und Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage hergestellt werden mußte. Es gelang den deutschen Antifaschisten trotz heldenhafter Anstrengungen nicht, den Hitlerfaschismus zu stürzen, aber der gemeinsame Kampf der Kommunisten und Sozialdemokraten sowie die Tätigkeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ bereiteten den umfassenden Zusammenschluß der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee und die Staaten der Antihitlerkoalition vor.

III.

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus stand die Arbeiterklasse in Deutschland vor der historischen Aufgabe, die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus zu beseitigen, eine wahrhaft demokratische Ordnung zu errichten und danach zum Aufbau des Sozialismus überzugehen. Gemäß den Erfahrungen der geschichtlichen Entwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts konnte sie die Führung der Nation nur übernehmen, wenn sie ihre Einheit herstellte und sich von den wissenschaftlichen Lehren von Marx, Engels und Lenin leiten ließ. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus trat die KPD als einzige deutsche Partei mit einem wissenschaftlichen Programm des demokratischen Neuaufbaus für ganz Deutschland vor unser Volk. Diesem im Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 niedergelegten Programm stimmte der Zentralausschuß der SPD in seinem Aufruf vom 15. Juni 1945 zu.

Die Erfahrungen des Klassenkampfes gegen den deutschen Imperialismus, insbesondere die bitteren Lehren der faschistischen Diktatur und des zweiten Weltkrieges hatten unter den politisch bewußten Arbeitern die Entschlossenheit reifen lassen, mit der Spaltung der Arbeiterklasse endgültig Schluß zu machen. Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter ergriffen gemeinsam mit anderen Antifaschisten die Initiative, um die verheerenden Schäden des Krieges und der Hitlerherrschaft zu beseitigen und die Grundlagen einer wahrhaft demokratischen Ordnung zu schaffen. Der starke Drang nach Einheit in den Reihen der Arbeiterklasse, die zielstrebige Politik des ZK der KPD sowie die ehrliche Bereitschaft der klassenbewußten Kräfte in der SPD zur Aktionseinheit ermöglichten es, den Einfluß jener rechten sozialdemokratischen Führer zurückzudrängen, die wie Schumacher auf ihren antikommunistischen Positionen beharrten und die Politik der Zusammenarbeit mit der Großbourgeoisie fortsetzen wollten. Am 19. Juni 1945 wurde eine Vereinbarung zwischen dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD über die Aktionseinheit getroffen, die zur Grundlage zahlreicher Abkommen auf lokaler Ebene in allen Teilen Deutschlands wurde.

Der Kampf um die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und um die Vereinigung der Arbeiterparteien verschmolz zu

in einem einheitlichen Prozeß. Dieser Kampf – an dem die freien Gewerkschaften großen Anteil hatten – richtete sich gegen Monopolkapital und Junkertum sowie gegen die Spalter in den Reihen der Arbeiterbewegung. In diesem Ringen wurden auf Initiative der KPD Grundfragen der Theorie und Politik der Arbeiterbewegung geklärt. So wurde in der Auseinandersetzung mit dem Opportunismus die Einheitspartei politisch-ideologisch vorbereitet.

In ein höheres Stadium trat der Kampf um die Einheitspartei mit der Konferenz, die das Zentralkomitee der KPD und der Zentralausschuß der SPD mit Vertretern beider Parteien aus den Bezirken am 20./21. Dezember 1945 durchführten. Angesichts der immer stärker werdenden Forderungen nach Schaffung einer einheitlichen Partei der deutschen Arbeiterklasse in ganz Deutschland sowie der Gefahr des Wiedererstarkens der Reaktion und der Spaltung Deutschlands setzte die Konferenz die Vereinigung von KPD und SPD auf die Tagesordnung. Es lag ein Vorschlag von Walter Ulbricht über „Grundsätze und Ziele“ der zu schaffenden Einheitspartei als marxistische Partei der deutschen Arbeiterklasse vor. Auf dieser Grundlage formulierte eine Studienkommission aus Vertretern beider Parteien den endgültigen Entwurf der Grundsätze und Ziele, der den Mitgliedern zur Diskussion unterbreitet wurde. Die Massenbewegung der Arbeiter durchkreuzte alle Spaltungsmanöver der imperialistischen Reaktion und ihrer opportunistischen Handlanger um Schumacher. Am 21./22. April 1946 fand dieser Kampf mit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands seine Krönung.

Der Vorsitzende der KPD, Genosse Wilhelm Pieck, und der Vorsitzende der SPD, Genosse Otto Grotewohl, reichten sich symbolisch die Hände.

Auch in Westdeutschland forderte die überwiegende Mehrheit der Mitglieder beider Parteien stürmisch die Einheit der Arbeiterklasse. Nur durch brutale Unterdrückungsmaßnahmen der Besatzungsmächte und die wüste antikommunistische Hetze der rechten SPD-Führer gelang es der Reaktion, in den Westzonen die Gründung der SED zu verhindern.

Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war der entscheidende Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des gesamten deutschen Volkes. Die Schaffung einer einheitlichen marxistischen Arbeiterpartei im Herzen Europas, im Geburtsland von Karl Marx und Friedrich Engels, hatte große internationale Bedeutung. Mit der Herstellung ihrer Einheit wurde die Arbeiterklasse in einem Teil Deutschlands befähigt, ihre historische Mission zu erfüllen.

Unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands schuf die Arbeiterklasse im Bunde mit den Bauern und allen demokratischen Kräften die Arbeiter-und-Bauern-Macht und errichtete die sozialistische Gesellschaftsordnung. Sie vollzog ihre ökonomische, politische und geistige Befreiung und wurde zur bestimmenden Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Dieser Weg stimmte mit dem Charakter der modernen Epoche der Weltgeschichte überein und entsprach den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes.

Mit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands veränderte sich das Kräfteverhältnis der Klassen in Deutschland bedeutend zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Die Arbeiterklasse und mit ihr alle Werktätigen, alle patriotischen Kräfte unseres Volkes besaßen nunmehr eine einheitliche, starke, revolutionäre Partei, die sich im Kampf um die demokratische Neugeburt Deutschlands und gegen die antinationale Spaltungspolitik der imperialistischen Kräfte zu einer Partei neuen Typus entwickelte. Durch die kameradschaftliche Klärung ideologischer Grundfragen des Marxismus-Leninismus bildete sich allmählich die politisch-ideologische Geschlossenheit der Partei heraus. Es wurde Klarheit geschaffen über die Bedeutung der Leninschen Theorie von der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats, über die Rolle der KPdSU und der Sowjetunion als der Vorhut der internationalen Arbeiterbewegung und aller friedliebenden Kräfte sowie über die Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus erfolgte in einer harten Auseinandersetzung mit den revisionistischen Kräften der westdeutschen Sozialdemokratie und ihren Anhängern in der SED, die nichts unversucht ließen, um die SED in eine opportunistische Reformpartei zu verwandeln. Sie bedienten sich hierbei der revisionistischen Theorie vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, die den Verzicht auf die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung darstellte und die Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus leugnete. Unter dem Deckmantel dieser „Theorie“ traten die revisionistischen Kräfte dafür ein, ausschließlich die alten bürgerlich-parlamentarischen Methoden anzuwenden, ohne dem Parlament einen neuen Inhalt zu geben. Die Politik der SED bestand dagegen darin, parlamentarische Formen im Interesse der Errichtung einer wahren Volksmacht auszunutzen. Durch die Zerschlagung der nationalistischen und revisionistischen Theorie vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ festigte sich die SED und wurde zur anerkannten Führerin der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

IV.

Die SED hat in den verflossenen 15 Jahren seit dem Vereinigungsparteitag ihre historische Bewährungsprobe vollauf bestanden. Sie ist die einzige Partei in Deutschland, die das von ihr nach dem zweiten Weltkrieg verkündete Programm zum demokratischen Neuaufbau Deutschlands in die Tat umsetzte. In diesem Kampf lernte die geeinte Arbeiterklasse, Staat und Wirtschaft zu leiten und mit ihrer eigenen endgültigen Befreiung zugleich alle Werktätigen von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Dank der schöpferischen Anwendung der Leninschen Theorie von der sozialistischen Revolution auf die Entwicklungsbedingungen in Deutschland durch die SED vollzog die Arbeiterklasse im Bündnis mit der werk-

antigen Bauernschaft, der Intelligenz und anderen Schichten die größte Revolution in der deutschen Geschichte. Diese Revolution, die ein untrennbarer Bestandteil des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab ist, begann mit dem Kampf um die Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus und dem Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Sie führte in ihrem weiteren Verlauf zur Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht als einer Form der Diktatur des Proletariats und zum Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

Das war ein langer und schwieriger Weg, der vor allem dadurch kompliziert wurde, daß in Westdeutschland mit Hilfe der Westmächte und unterstützt durch die Politik der rechten SPD-Führung die Restauration des deutschen Monopolkapitals und der reaktionären Kräfte erfolgte, Westdeutschland in die NATO eingegliedert wurde und der Kampf zwischen den zwei Gesellschaftssystemen in Deutschland unter den Bedingungen seiner offenen Grenze vor sich geht.

Der Hauptinhalt der antifaschistisch-demokratischen Etappe der Revolution, die mit dem Sturz des Hitlerfaschismus begann, war die restlose Zerschlagung der alten imperialistischen Staatsmaschine, die Errichtung einer demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern unter Beteiligung anderer Schichten und die Entmachtung der monopolkapitalistischen Kriegsverbrecher und Junker. Die Beseitigung des Nazismus und Militarismus mit der Wurzel entsprach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens. Unter Führung der Arbeiterklasse vertrieben die Werktätigen die Vertreter der kriegslüsternden Monopole, die Naziaktivisten, Hitlergenerale, Wehrwirtschaftsführer und Blutrichter aus allen staatlichen Positionen. An die Spitze der Staatsorgane traten Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes, vor allem der Arbeiterklasse. Die staatliche Entwicklung wurde vom Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien getragen, in dem sich alle aufbauwilligen, friedliebenden antiimperialistischen und patriotischen Kräfte zu einer antifaschistisch-demokratischen Koalition im Interesse der Nation zusammenfanden. Bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen, den Kreistagen und Landtagen im Herbst 1946, den ersten demokratischen Wahlen der Geschichte Deutschlands, vereinigte die SED die Hälfte aller Stimmen auf sich. Dazu kamen die antifaschistisch-demokratischen Stimmen kleinbürgerlicher und bürgerlicher Wähler, die zum Teil ihre Stimme anderen Parteien des antifaschistisch-demokratischen Blocks (LDP, CDU) gaben. Das war ein überzeugender Beweis, welch große Anziehungskraft die Einheit der Arbeiterklasse ausübte. Im Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung überzeugten sich die Volksmassen durch eigene Erfahrungen und auf Grund der entgegengesetzten Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands von der Richtigkeit der Politik der SED. Die Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei war die wichtigste Voraussetzung dafür, daß die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in die sozialistische Revolution hinüberwachsen konnte.

Unter Führung der Arbeiterklasse und mit Hilfe der demokratischen Verwaltungsorgane beseitigten die werktätigen Bauern und Landarbeiter den kapitalistisch-junkerlichen Großgrundbesitz, teilten den Boden unter den Bauern auf und leiteten damit die seit Generationen erträumte Bauernbefreiung ein. Mit der demokratischen Bodenreform wurde im Osten Deutschlands eine der Hauptaufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution erfüllt, die seit 1848 in Deutschland ihrer Lösung harhte.

Die wichtigste sozial-ökonomische Umgestaltung war die Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten. Durch den Volksentscheid in Sachsen und die auf seinen Ergebnissen beruhenden Verordnungen der Landesverwaltungen in den anderen Ländern Ostdeutschlands wurden den Monopol- und Bankherren die materiellen Grundlagen ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht genommen. Die Arbeiterklasse schuf in hartem Ringen gegen die imperialistische Großbourgeoisie und ihre Interessenvertreter, wie Kaiser und Lemmer, einen starken volkseigenen Sektor in der Industrie, den Grundstock für die krisenfreie und planmäßige Entwicklung einer Friedenswirtschaft, die ausschließlich den Bedürfnissen der schaffenden Menschen dient.

Mit der demokratischen Schulreform und der demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur sowie dem kompromißlosen Kampf gegen die Naziideologie, den Rassenhaß und alle Spielarten des Chauvinismus und Nationalismus setzte ein großer Prozeß der ideologischen Umwandlung und des Umdenkens unter den breiten Massen unseres Volkes ein. Die SED trug unermüdlich die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus, die Ideen des Humanismus und der Völkerfreundschaft, die besten Traditionen des Freiheitskampfes in Jahrhunderten deutscher Geschichte in die Arbeiterklasse und alle Schichten der Bevölkerung hinein.

Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung vollzog sich im Kampf gegen den nationalen Verrat der imperialistischen Kräfte, die, unterstützt von den rechten Führern der SPD, auf die Abspaltung der Westzonen vom deutschen Nationalverband hinwirkten, um unter dem Schutz ausländischer Bajonette die Macht des Monopolkapitals zu restaurieren und die demokratische Bewegung in Westdeutschland abzuwürgen. Die SED stellte sich an die Spitze des Kampfes für die Rettung der nationalen Einheit Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages. Auf ihre Initiative entstand die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden und die Nationale Front des demokratischen Deutschland.

Als die Kräfte des ausländischen Imperialismus und der Reaktion in Westdeutschland durch die Beschlüsse von London und New York, die Schaffung einer separaten Währung und die Bildung eines Westzonenstaates im Herbst 1949 die staatliche Spaltung Deutschlands vollzogen, gründeten die patriotischen Kräfte unseres Volkes unter Führung der geeinten Arbeiterklasse die Deutsche Demokratische Republik, um dem Militarismus, dem Neonazismus und anderen reaktionären Kräften ein für allemal den Weg zu verlegen. Die Entstehung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates war die Krönung des jahrzehntelangen

Kampfes gegen Imperialismus und Militarismus, der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf marxistischer Grundlage und der unter Führung der SED erzielten Erfolge in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Die Deutsche Demokratische Republik ist der rechtmäßige deutsche Staat, weil in ihr die Lebensinteressen der ganzen deutschen Nation ihre Erfüllung finden, weil in ihr die Macht dem Volk gehört, weil sie die Grundsätze des Potsdamer Abkommens durchgesetzt und die Sicherung des Friedens zu ihrem höchsten Prinzip erklärt hat. Die Deutsche Demokratische Republik ist der rechtmäßige deutsche Staat, weil sich ihre Entwicklung im Einklang mit den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche vollzieht und sie die starke staatliche Basis für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als einheitlicher, friedliebender und anti-imperialistischer Staat ist.

V.

Nachdem die imperialistischen Kräfte Deutschland gespalten hatten und den Westzonenstaat zur Basis der Revanchepolitik und eines neuen Krieges machten, wurde in der DDR der Übergang zum Aufbau des Sozialismus zur zwingenden Notwendigkeit. Nur so konnte die Deutsche Demokratische Republik weiter gefestigt werden, nur so konnte ein rascher Aufschwung aller Zweige der Volkswirtschaft gewährleistet und die moralisch-politische Einheit der Bevölkerung der DDR geschaffen werden. Es galt, das Vorbild des friedliebenden Deutschlands zu schaffen, das durch den Aufbau des Sozialismus alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme Deutschlands zu lösen vermag. Es galt, eine Restauration der Herrschaft des Monopolkapitals ein für allemal unmöglich zu machen. Die SED verfaßt dem Prozeß des Hinüberwachsens der antifaschistisch-demokratischen in die sozialistische Revolution zum Durchbruch. Sie ging dabei vom Grundinhalt unserer Epoche, von den inneren Gesetzmäßigkeiten der 1945 begonnenen volksdemokratischen Revolution aus.

Der planmäßige Aufbau der Grundlagen des Sozialismus begann mit der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der Durchführung des ersten Fünfjahrplans. Die wichtigste Aufgabe war die weitere Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht als des Hauptinstruments der Arbeiterklasse und aller Werktätigen im Kampf um die sozialistische Umgestaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Unter Führung der SED lernte die Arbeiterklasse, den Staat zu lenken. Von der Ausarbeitung des Zweijahrplans für 1949 bis 1950 und des ersten Fünfjahrplans für 1951 bis 1955 bis zum großen Siebenjahrplan des Sieges des Sozialismus hat die Arbeiterklasse unter Führung der Partei eine große Schule der Staats- und Wirtschaftsführung durchlaufen.

Eine Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Umwälzung ist die ständige Festigung der sozialistischen Staatsmacht und Entfaltung der sozialistischen Demokratie. Zur Durchsetzung dieser Gesetzmäßigkeit entsprechend unseren Bedingungen schmiedete die SED das feste patriotische

Bündnis mit allen Parteien und Massenorganisationen des demokratischen Blocks. Sie entwickelte die Nationale Front des demokratischen Deutschland zur breiten sozialistischen Volksbewegung, zur Gemeinschaft aller Patrioten und demokratisch gesinnten Bürger, die ohne Unterschied der Weltanschauung und des Glaubensbekenntnisses ihre Kraft für die Stärkung der DDR, den Sieg des Sozialismus und die friedliche demokratische Wiedervereinigung Deutschlands einsetzen. Angesichts der Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland wurden auf Initiative der Partei die bewaffneten Kräfte zum Schutz der DDR gegen imperialistische Anschläge und zur Sicherung des Friedens geschaffen.

Ihr Hauptaugenmerk lenkte die Partei auf die rasche Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft, die Steigerung des Nationaleinkommens der DDR. Die Deutsche Demokratische Republik entstand als ein Staat, der infolge der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges keine ausreichende eigene Rohstoffgrundlage hatte. Es mußten zum Teil die Rohstoffgrundlage, der schwere Maschinenbau und andere Industriezweige geschaffen werden, von deren Produktion die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft abhing. Da die Sicherung des Friedens und die Wiedervereinigung Deutschlands davon abhängen, daß die gesellschaftliche Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik ihre Überlegenheit gegenüber der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der reaktionären Staatsmacht in Westdeutschland unter Beweis stellt, war es in erster Linie notwendig, die ökonomischen Grundlagen in der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen. Das geschah durch die Überwindung der durch die Spaltung Deutschlands hervorgerufenen Disproportionen, durch den Aufbau neuer und den Ausbau bestehender Industriebetriebe. Damit entwickelte sich das sozialistische Eigentum in der Industrie. Die Arbeiterklasse wurde immer mehr zur Beherrscherin der gesamten Produktion. Während die Produktion unter den Verhältnissen des Kapitalismus dem Profitstreben der kapitalistischen Unternehmer, vor allem der großen Monopole dient, ist sie nunmehr in der DDR ausschließlich auf die Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse aller Werktätigen gerichtet. Damit verändert sich auch grundlegend der Charakter der Arbeit. Es bewahrheiten sich Lenins Worte, daß sich den Werktätigen nach Jahrhunderten unfreier Arbeit für die Ausbeuter zum ersten Male im Sozialismus die Möglichkeit bietet, für sich selbst zu arbeiten.

Durch eine geduldige Aufklärungsarbeit unter den Bauern und die Organisierung einer allseitigen wirtschaftlichen Hilfe des sozialistischen Staates gelang es, die Bauern von den Vorteilen des genossenschaftlichen Zusammenschlusses in den LPG zu überzeugen. Die Ideen des Leninschen Genossenschaftsplanes erwiesen sich auch in Deutschland als richtig. Mit Hilfe der Arbeiterklasse befreiten sich die Bauern von den Fesseln der Kleinproduktion. Sie beseitigten jegliche Form unfreier Arbeit für die Ausbeuter und schufen durch die Bildung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die Voraussetzung für den allseitigen Aufschwung der Landwirtschaft. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse

trugen auch in der Landwirtschaft den Sieg davon. Damit wurde eine der schwierigsten Aufgaben der sozialistischen Revolution gelöst.

So wurde durch das bewußte Handeln der Volksmassen unter Führung der SED dem Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte zum Durchbruch verholfen. Der gesamte materielle Reichtum der DDR gehört heute dem werktätigen Volk, wird von ihm verwaltet und dient ausschließlich seinen Lebensinteressen. Dies machte es möglich, die Lebenshaltung der Werktätigen, die im Ergebnis des faschistischen Krieges auf einem erschreckenden Tiefstand angelangt war, ständig zu heben. Durch die sozialistischen Arbeitsleistungen der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, der schaffenden Intelligenz und anderer Werktätiger wird auch in Deutschland dem Kapitalismus die Niederlage in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, der Sphäre der materiellen Produktion, bereitet werden.

Die Politik der Partei ist darauf gerichtet, alle werktätigen Schichten sowie auch die privaten Unternehmer durch kameradschaftliche Überzeugung in den Aufbau des Sozialismus einzubeziehen. So entsteht und festigt sich die politisch-moralische Einheit des Volkes, deren fester Kern das Bündnis zwischen den beiden Hauptproduzenten, der Arbeiterklasse und den Genossenschaftsbauern, ist.

Eine der größten Errungenschaften der Partei ist die ideologische und kulturelle Umwälzung, die Zurückdrängung und Überwindung des verderblichen Einflusses des Rassenhasses, des Chauvinismus und anderer Erscheinungen der menschenfeindlichen imperialistisch-militaristischen Ideologie sowie des Reformismus und seiner Ideologie der Klassenharmonie zwischen den Werktätigen und der imperialistischen Großbourgeoisie. Der imperialistischen Ideologie des Verfalls und der antikomunistischen Verhetzung stellte die SED die edlen Ideen des sozialistischen Humanismus und die Pflege aller fortschrittlichen Traditionen unseres großen Nationalerbes gegenüber. Der imperialistischen Ideologie des Krieges und des nationalistischen Dünkels setzt sie die Ideologie des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern der Welt entgegen. Die Ideologie der herrschenden Arbeiterklasse, die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, wird in zunehmendem Maße zur Ideologie der ganzen Gesellschaft. Die Formung des neuen Menschen der Epoche des Sozialismus und die Entwicklung einer wahren Menschengemeinschaft, die sich im Prozeß der politischen, ökonomischen, kulturellen und ideologischen Umwälzung vollziehen, sind die größte historische Leistung der Arbeiterklasse und ihrer Partei.

Die Deutsche Demokratische Republik ist heute die Heimstätte wahrer Freiheit und Sicherheit, des wahren Humanismus und der Demokratie. Sie ist die ausschlaggebende Kraft der historischen Entwicklung in Deutschland und ein wichtiger Friedensfaktor in Europa.

VI.

Im Gegensatz zu dem marxistisch-leninistischen Weg der SED in der Deutschen Demokratischen Republik setzten die rechten SPD-Führer in den Westzonen Deutschlands gegen den Willen großer Teile der sozialdemokratischen Arbeiter den alten, verhängnisvollen Weg der Spaltung der Arbeiterklasse und des Kampfes gegen den Kommunismus fort. Ihre Politik wurde nicht von den Interessen der Arbeiterklasse, sondern von denen des Monopolkapitals gelenkt. Die Führung der SPD unter Schumacher lehnte die von der Mehrheit der Arbeiterklasse geforderte Aktionseinheit mit der Begründung ab, daß Deutschland seine Zukunft nur durch das Bündnis mit den imperialistischen Westmächten garantieren könne. Sie verzichtete auf eine nationale deutsche Politik und setzte ihre Hoffnungen auf das deutsche und ausländische Monopolkapital, vor allem den anglo-amerikanischen Imperialismus. Während die rechten SPD-Führer demagogisch mit der Losung vom „Sozialismus als Tagesaufgabe“ auftraten, hintertrieben sie in Wirklichkeit die Enteignung der Kriegsschuldigen, der Monopolherren und Großgrundbesitzer. Sie unterstützten die Neubildung der Unternehmerverbände sowie die Ausschaltung der Kommunisten aus den Landesregierungen in Westdeutschland.

Die herrschenden Kreise Westdeutschlands waren bestrebt, den Eindruck einer „antifaschistischen“ Politik zu erwecken, indem sie die Entnazifizierung vortäuschten, den Opfern des Faschismus eine gewisse materielle Entschädigung gewährten und eine Reihe ähnlicher Maßnahmen durchführten, während in Wirklichkeit die Träger des Faschismus und der Kriegspolitik gedeckt sowie ihre ökonomischen und politischen Machtpositionen wiederhergestellt wurden. Die rechten SPD-Führer unterstützten durch ihre Politik der Spaltung der Arbeiterklasse und der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie – vor allem durch ihr Eintreten für den Marshallplan – das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus, die Zerreißung Deutschlands sowie die Verwandlung Westdeutschlands in einen Satellitenstaat des USA-Imperialismus und in die europäische Hauptbasis des aggressiven NATO-Paktes. In diesem Prozeß vollzog sich eine immer stärkere Verflechtung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer mit den Monopolen, von denen sie Aufsichtsratsposten und andere hochbezahlte Stellungen erhielten. Durch diese Korruption sowie den ständigen politischen und ideologischen Druck der Adenauerregierung auf die SPD- und Gewerkschaftsführer vertiefte das Monopolkapital die Spaltung der Arbeiterklasse und lähmte ihre Widerstandskraft.

Nach der Bildung des antinationalen, reaktionären Westzonenstaates stellten sich die rechten Führer der SPD prinzipiell auf den Boden dieses Staates und übernahmen die ihnen vom Adenauerregime zugewiesene Rolle der parlamentarischen Scheinopposition. In diesem Sinne traten die rechten SPD-Führer in Worten zwar gegen die Remilitarisierung auf, aber in der Tat waren sie mit allen Mitteln bemüht, die Arbeiterklasse und alle anderen friedliebenden Kräfte vom aktiven Kampf dagegen

abzuhalten. Besessen vom Antikommunismus widersetzen sie sich allen Angeboten zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und allen Verständigungsvorschlägen der DDR – ja sie suchten in der Hetze gegen die DDR, die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder die Adenauerregierung noch zu übertreffen. Mit der Begründung, daß die Bundesrepublik der „Modellstaat“ für die Wiedervereinigung Deutschlands sei, unterstützten die rechten SPD-Führer das Monopolkapital bei seinen Versuchen, in der DDR die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu stürzen, den Kapitalismus zu restaurieren und den Machtbereich der NATO bis an die Oder vorzuschieben. Zusammen mit den Vertretern der großen Monopole und den reaktionärsten Vertretern der CDU und der FDP arbeiteten die sozialdemokratischen Vertreter im sogenannten „Forschungsrat“ mit an den konterrevolutionären Plänen. Sie suchten vor allem mit Hilfe des „Ostbüros der SPD“ in der DDR die Konterrevolution zu organisieren. Dem Ziel der Aufweichung der DDR sollte auch der „Deutschlandplan der SPD“ dienen. Als die SED sich bereit erklärte, über bestimmte positive Gedanken des „Deutschlandplanes“ zu verhandeln, gab die SPD-Führung unter dem Druck der Adenauerregierung ihren eigenen „Deutschlandplan“ preis und entlarvte damit selbst ihr Manöver. Durch die Unterstützung der NATO-Politik, die Förderung des „Grünen Planes“ des Bauernlegens und die „freie Marktwirtschaft“ hat die SPD sich zugleich jede Möglichkeit genommen, in der DDR Einfluß zu gewinnen.

Angesichts des unaufhaltsamen und immer schnelleren Wachstums des sozialistischen Weltsystems einerseits, des gesetzmäßigen Niedergangs des Imperialismus und der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus andererseits sowie der Unmöglichkeit, die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR zu beseitigen, unternimmt die imperialistische Bourgeoisie Westdeutschlands alles, um die Spaltung der Arbeiterklasse zu vertiefen und ihre Kräfte weiter aufzusplintern. Sie hofft auf diese Weise, die Spaltung Deutschlands auf lange Zeit aufrechtzuerhalten und ihre imperialistische Herrschaft zu behaupten. Das Monopolkapital hat einen Teil der rechten Führer der SPD offen ins Lager des Imperialismus und Militarismus herübergezogen, um mit ihrer Hilfe den Apparat der SPD zu beherrschen und den imperialistischen Einfluß stärker in die Arbeiterbewegung hineinzutragen. Dadurch sollen die SPD und die Gewerkschaften gleichgeschaltet und die Arbeiterklasse der NATO-Politik, der Atomaufrüstung unterworfen und fest an sie gebunden werden. Diese Entwicklung führte zur Annahme des „Grundsatzprogramms“ der SPD auf dem Godesberger Parteitag im November 1959, in dem die rechten SPD-Führer das klerikal-militaristische Regime grundsätzlich bejahten und ein Bekenntnis zur „Landesverteidigung“ ablegten. Dem folgte die offene Unterstützung der Außenpolitik der Adenauerregierung am 30. Juni 1960 und die Zustimmung zur allgemeinen Wehrpflicht sowie die faktische Anerkennung der Atomaufrüstung der westdeutschen Armee durch den SPD-Parteitag in Hannover im November 1960. Der offene Übergang der rechten SPD-

Führer auf die Positionen des deutschen Militarismus verschärft unweigerlich die Krise der SPD, denn er ist unvereinbar mit den Lebensinteressen der Arbeiterklasse und den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes.

Mit den Beschlüssen von Godesberg und dem Übergang auf die Positionen des deutschen Imperialismus hat die sozialdemokratische Führung den Verrat vom 4. August 1914 noch übertroffen, indem sie diesen Verrat obendrein noch programmatisch begründete. Damit haben die rechten sozialdemokratischen Führer sich nicht nur endgültig vom Marxismus und den sozialistischen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie losgesagt, sondern auch die besten humanistischen Traditionen der deutschen Geschichte preisgegeben. Diese Politik der rechten SPD-Führung hat keine Perspektive. Sie steht in einem tiefen, unüberbrückbaren Gegensatz zu dem Willen der Arbeiterklasse, auch der sozialdemokratischen Arbeiter selbst, und der breiten Volksmassen, die für Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand eintreten. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der der Sozialismus sowohl in der Welt als auch in Deutschland seine Überlegenheit über den Kapitalismus erweist, das imperialistische Kolonialsystem unter den Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung völlig zusammenbricht und das kapitalistische Welt-system sich immer mehr zersetzt, werden sich auch in Westdeutschland die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung unaufhaltsam durchsetzen. Die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und die Auseinandersetzung zwischen den zwei gesellschaftlichen Systemen in Deutschland führen gesetzmäßig zur äußersten Verschärfung der antagonistischen Klassenwidersprüche und damit auch des Klassenkampfes in Westdeutschland.

Der Ausweg für die Arbeiterklasse und alle am Frieden interessierten Kräfte in Westdeutschland besteht darin, den Militarismus zu bändigen und eine Wende zugunsten des Friedens und der nationalen Verständigung zu erzwingen. Die entscheidende Voraussetzung dafür ist die Schaffung der Aktionsgemeinschaft der KPD, der sozialdemokratischen Organisationen und der Millionenmassen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. In der Arbeiterklasse Westdeutschlands wachsen die Kräfte, die fähig sein werden, das einheitliche Handeln aller Arbeiter zu organisieren und die ins Lager des Imperialismus übergelaufenen rechten sozialdemokratischen Führer zu isolieren. Im Kampf gegen die Atomkriegsrüstung, die wachsende Ausbeutung und Beseitigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, gegen die soziale und politische Reaktion wird die Arbeiterklasse ihre Kräfte neu formieren und die Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Arbeitern herstellen. Heute besitzen die westdeutschen Arbeiter in der geeinten marxistisch-leninistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse, der SED, und in der Arbeiter- und Bauern-Macht der DDR eine feste Stütze. Die SED als die führende Kraft im ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat sieht ihre Aufgabe darin, alles zu tun, um bei der Herstellung der Aktionseinheit zu helfen

und die Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse ganz Deutschlands zu schmieden. Das stürmische Wachstum des sozialistischen Weltsystems und der siegreiche Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik gewinnen zunehmend an Einfluß auf das Denken und Handeln der westdeutschen Werktätigen, während die den Monopolkapitalismus begünstigenden Umstände allmählich verschwinden und an Wirksamkeit verlieren. Angesichts dessen kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Arbeiterklasse — wie in der DDR — auch in Westdeutschland ihre historische Mission erfüllen wird.

VII.

Geführt von der SED leisten die Arbeiterklasse und alle Schichten der Bevölkerung mit dem siegreichen Aufbau des Sozialismus in der DDR und der allseitig weiteren Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht als Bastion des Friedens in Deutschland den entscheidenden Beitrag, daß die friedliebenden Kräfte in ganz Deutschland das Übergewicht gewinnen und den westdeutschen Militarismus und Imperialismus bändigen. Ausgehend von der Moskauer Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 hat das Zentralkomitee der SED auf seiner 11. Tagung die Perspektiven der historischen Entwicklung Deutschlands in der gegenwärtigen Epoche der Weltgeschichte begründet und nachgewiesen, daß der Sieg des Sozialismus nicht nur in der DDR absolut gewiß ist, sondern daß in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Sozialismus in ganz Deutschland siegen wird. Diese Gewißheit beflügelt alle Werktätigen, die Arbeiter und Bauern, die Intelligenz sowie die Mittelschichten, neue große Taten für die gemeinsame sozialistische Sache zu vollbringen. Die Bürger unserer Republik sind immer stärker von der Überzeugung durchdrungen, daß es im Interesse der friedlichen und sozialistischen Zukunft der ganzen deutschen Nation gilt, in der DDR die sozialistische Umwälzung zu vollenden und alle Probleme des Übergangs zum Sozialismus zu lösen.

Das erfordert vor allem, auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse die industrielle und landwirtschaftliche Produktion rasch zu steigern, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, weiterhin die neueste und modernste Technik einzuführen, das Weltniveau zu erreichen und mitzubestimmen sowie die sozialistische Volkswirtschaft der DDR von jeglichen Störmaßnahmen der imperialistischen und militaristischen Kreise Westdeutschlands unabhängig zu machen. Das sind die Voraussetzungen für die Durchführung der ökonomischen Hauptaufgabe, d. h. die weitere Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen. Zugleich gilt es, die sozialistische Demokratie immer breiter zu entfalten und die Werktätigen noch enger in die Entwicklung und Leitung der wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Aufgaben einzubeziehen. Im Kampf um den Sieg des Sozialismus kommt der Entwicklung zur gebildeten Nation eine immer größere Bedeutung zu. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch den Erwerb hoher fachlicher Kenntnisse

und Fähigkeiten auf allen Gebieten der Technik, Wissenschaft und Kultur sowie durch die Aneignung, Pflege und Weiterentwicklung aller fortschrittlichen, humanistischen Traditionen unseres Volkes und der anderen Völker der Welt.

Mit der vollen Entfaltung des sozialistischen Aufbaus festigen sich immer mehr die neuen gesellschaftlichen, die sozialistischen Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und allen anderen Schichten der Bevölkerung, die ihrem Wesen nach zutiefst humanistisch sind. Ausgehend von den in der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960 dargelegten Grundsätzen muß die Partei beharrlich darum kämpfen, die tägliche, geduldige und sorgsame Arbeit mit den Menschen in den Mittelpunkt der Tätigkeit aller staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen zu rücken und ein kulturvolles, von Freude und Optimismus erfülltes Leben zu gestalten. Unter Führung der SED erfüllt die Arbeiterklasse die schwierigste, aber erhabenste Aufgabe der sozialistischen Revolution, eine neue Einstellung zur Arbeit, eine freiwillige und bewußte Arbeitsdisziplin sowie neue gesellschaftliche Bindungen zwischen den Menschen zu schaffen und alle ihre Talente zum Wohle der Gesellschaft zu entwickeln. Sie gestaltet die Zukunft der deutschen Nation. Gemeinsam mit den Blockparteien und allen Massenorganisationen schafft sie in der DDR die wahrhafte Menschengemeinschaft, die Vorbild und Beispiel für ganz Deutschland ist.

Der Arbeiterklasse und allen Kräften des Friedens gehört die Zukunft, während die Kräfte des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland, die sich verzweifelt an die tote Vergangenheit klammern, keine Perspektive besitzen. Die Sicherung des Friedens ist in der Gegenwart zum Hauptinhalt der deutschen Frage geworden. Die SED wendet mit dem Vorschlag der Konföderation die Leninsche Idee der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung schöpferisch auf die historisch-konkrete Situation und die nationalen Bedingungen in Deutschland an. Sie kämpft für die vollständige Abrüstung, für den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Sie tritt dafür ein, zwischen beiden deutschen Staaten einen Frieden für zehn Jahre zu vereinbaren, und kämpft für die allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland. Nur auf diesem Wege kann der Frieden in Deutschland gesichert werden.

VIII.

Die Erfolge der DDR im Kampf um den Frieden und den Aufbau des Sozialismus sind untrennbar verbunden mit der ständigen inneren Festigung ihrer führenden Kraft – der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Diese innere Entwicklung der Partei vollzieht sich im Ringen um die Lösung der Lebensfragen der Nation. Die Partei wächst im Kampf um die Festigung der Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen und um die

Meisterung der Lehre des Marxismus-Leninismus und der Erfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung durch die Masse der Parteimitglieder. Sie entwickelt sich im Kampf um die Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus der Leitungstätigkeit und die enge Verbindung mit den Massen, deren Interessen und Willen die Partei Gestalt und Kraft verleiht. Die alten, erfahrenen Funktionäre, die im revolutionären Kampf gegen den Imperialismus und für die Interessen der Arbeiterklasse angewachsen sind, haben eine große Verantwortung. Sie müssen es als eine zwingende Aufgabe betrachten, den neuen Kadern die großen Erfahrungen der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung zu vermitteln.

Die Partei festigt ihre Reihen im ständigen Kampf gegen alle Erscheinungen des Revisionismus, des Dogmatismus und des Sektierertums. Der Revisionismus ist nach wie vor die Hauptgefahr. Er wird ständig genährt durch den Einfluß der bürgerlichen Ideologie, die vor allem aus Westdeutschland und Westberlin in die DDR dringt. In den letzten Jahren ist der Revisionismus besonders unter der Losung der Wiedervereinigung Deutschlands auf einem sogenannten „dritten Weg“ aufgetreten und hat die Beseitigung von Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus sowie die Verlangsamung der sozialistischen Entwicklung gefordert. In Wirklichkeit gibt es keinen dritten Weg, denn eine „Wiedervereinigung um jeden Preis“ würde bedeuten, die Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen Nation zugunsten der Eroberungs- und Ausbeutungsinteressen der imperialistischen Großbourgeoisie preiszugeben.

Die Partei zerschlug diese falschen und gefährlichen Theorien und führte den Nachweis, daß die Festigung des Sozialismus in der DDR die wichtigste Voraussetzung für die Stärkung der Friedenskräfte auch in Westdeutschland ist. Im Kampf gegen die wütenden Angriffe der Konterrevolution und ihrer revisionistischen Wegbereiter bestand die Deutsche Demokratische Republik im Jahr 1956 ihre Bewährungsprobe. Damals wurde bewiesen: Je fester die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR steht, desto fester ist der Frieden in Europa.

Zugleich muß die Partei einen ständigen Kampf gegen alle Erscheinungen des Dogmatismus und des Linkssektierertums führen. Das Sektierertum hat seine Wurzeln vor allem in der Unduldsamkeit, die durch die besondere Schärfe des Klassenkampfes in Deutschland hervorgerufen wird. Es entspringt dem mangelnden Vertrauen in die Stärke der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Es bringt das ungenügende Vermögen der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus bei der Lösung der komplizierten Probleme des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zum Ausdruck. Die Partei tritt dem Dogmatismus und Sektierertum entschieden entgegen und zeigte den richtigen Weg zur Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen, zur Gewinnung der verschiedenen Schichten des Volkes für den Sozialismus.

Die geschichtliche Leistung der SED besteht darin, daß sich die Partei, die aus der Vereinigung von Kommunisten, Sozialdemokraten und

anderen fortschrittlichen Werktätigen entstand, unter Führung des Zentralkomitees, mit Walter Ulbricht an der Spitze, zum einheitlichen, festgefügtten Kampfbund von Marxisten-Leninisten entwickelte.

Die SED steht unbeirrt an der Spitze der ganzen Nation im Kampf um die Sicherung des Friedens und die nationale Wiedergeburt Deutschlands als einheitlicher, friedliebender und antiimperialistischer Staat. Mit ihrer konstruktiven Politik in der Frage der Wiedervereinigung, die ihren Ausdruck in dem Vorschlag zur Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten und im Deutschlandplan des Volkes gefunden hat, weist die SED allen Schichten der Bevölkerung die Perspektive. Unablässig kämpft sie für die Herstellung der Aktionseinheit der ganzen deutschen Arbeiterklasse, der entscheidenden gesellschaftlichen Kraft der Gegenwart.

Die SED hat seit ihrer Gründung ihre Politik stets in Übereinstimmung mit dem Charakter und den Aufgaben der modernen Epoche durchgeführt. Sie handelte immer als untrennbarer Bestandteil der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung. In Treue zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus war die Partei bestrebt, zu jeder Stunde ihre Pflicht gegenüber der internationalen Arbeiterklasse zu erfüllen. Sie erzog die Werktätigen der DDR im Geiste der festen Freundschaft zur Sowjetunion und zu allen Völkern der Welt. Sie betrachtete jederzeit die KPdSU, die erfahrenste und gestählteste Kraft der internationalen kommunistischen Bewegung, als leuchtendes Vorbild. Die KPdSU und die Sowjetunion leisteten den Werktätigen der DDR beim Aufbau des neuen Lebens unschätzbare Hilfe. Die SED steht fest an der Seite der KPdSU, die das Zentrum der kommunistischen Arbeiterbewegung der Welt ist und unter deren Führung das Sowjetvolk den entscheidenden Beitrag zur Überlegenheit der Kräfte des sozialistischen Lagers leistet. Gemeinsam mit den kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder hat sich die SED stets für die Einheit und Geschlossenheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und des sozialistischen Lagers eingesetzt.

Die Partei erfüllt ihre Aufgaben im Kampf gegen den deutschen Militarismus und Imperialismus und für die Festigung der DDR als Vorposten des Sozialismus in Westeuropa mit der unbedingten Gewißheit, daß die sozialistischen Errungenschaften der DDR unwiderruflich sind, weil sie zutiefst der geschichtlichen Entwicklung entsprechen und weil die Sowjetunion und das ganze sozialistische Lager die Unantastbarkeit der DDR garantieren.

Die SED ist sich der besonderen Verpflichtung bewußt, die sie gegenüber den Völkern Europas im Kampf gegen den westdeutschen Militarismus und Imperialismus hat. Sie führt diesen Kampf gemeinsam mit den Bruderparteien Polens, der Tschechoslowakei, Frankreichs und aller anderen Länder, gegen die der westdeutsche Imperialismus seine verbrecherischen Anschläge vorbereitet.

Unter Führung der SED unterstützen unser Arbeiter-und-Bauern-Staat und die Massenorganisationen der Werktätigen den nationalen Befreiungskampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen

den Weltimperialismus. Die DDR baut ihre Beziehungen zu den Staaten, die sich vom Kolonialjoch befreit haben, auf der Basis der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung auf und leistet ihnen ökonomische und kulturelle Hilfe. Entschieden kämpft die SED gegen den Bonner Neokolonialismus, der von den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern unterstützt wird.

Durchdrungen von diesen Prinzipien nahm die SED an der Moskauer Beratung von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien teil und leistete einen wichtigen Beitrag zur Ausarbeitung der Erklärung und des Manifestes dieser Beratung. Die Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien ist ein Dokument von programmatischer Bedeutung. Sie enthält die Lehren aus der Entwicklung der kommunistischen und Arbeiterbewegung aller Länder, den Errungenschaften der sozialistischen Länder und der nationalen Befreiungsbewegung. Sie zeigt der ganzen Menschheit den Weg zu einem Leben in Frieden und Sozialismus. Sie weist der Arbeiterklasse, insbesondere unseren sozialdemokratischen Klassenbrüdern, den Werktätigen und allen friedliebenden Menschen in Westdeutschland, die Perspektive einer friedlichen Entwicklung der deutschen Nation.



In den vergangenen 15 Jahren wurde die Richtigkeit der Politik der SED, die auf der Theorie des Marxismus-Leninismus beruht, glänzend bestätigt. In diesen Jahren erfolgten gewaltige Veränderungen des Kräfteverhältnisses im internationalen und nationalen Maßstab: die Entstehung des sozialistischen Weltsystems, der Zusammenbruch der imperialistischen Herrschaft über die Kolonien, die Gründung des ersten Friedensstaates in der deutschen Geschichte und der Aufbau des Sozialismus in der DDR. Aus der Geschichte unserer Partei schöpfen wir die Gewißheit, daß der Frieden über den Krieg triumphieren und der Sozialismus in ganz Deutschland siegen wird.

Zu einigen Fragen der Moskauer Erklärung und den Aufgaben der Parteihistoriker

Als vor nunmehr 113 Jahren Karl Marx und Friedrich Engels das erste wissenschaftliche Programmdokument der revolutionären Arbeiterklasse, das „Manifest der Kommunistischen Partei“, ausarbeiteten und ihren Kampfruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ in die Welt schickten, da antworteten ihnen – wie Engels rückblickend schrieb – nur wenige Stimmen.¹ Eine kleine Schar, nur einige hundert entschlossener deutscher, französischer, englischer, Schweizer und anderer Arbeiter waren es, die damals in jener Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus das Befreiungsprogramm ihrer Klasse erkannten, es studierten und ihrem Kampf gegen alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung zugrunde legten.

Nicht einmal drei Menschenalter vergingen, bis aus diesen uns heute winzig erscheinenden Anfängen eine weltumspannende und längst weltverändernde Bewegung wurde, die auf einem Viertel des Erdballs fest im Besitz der Staatsmacht ist und – mit starken Bundesgenossen in den anderen Teilen der Welt verbündet – die Menschheit kühn auf der Bahn des Fortschritts in eine friedvolle und glückliche Zukunft führt. Damals einige hundert, sind es jetzt über 36 Millionen, die in den Reihen der kommunistischen und Arbeiterparteien in 87 Ländern der Welt an der Spitze der Volksmassen für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfen und deren Vertreter im November 1960 in gemeinsamer Beratung ein Dokument ausarbeiteten, das der Menschheit Antwort auf die Fragen der Gegenwart und Zukunft gibt.

Wir haben diesen historischen Vergleich nicht von ungefähr an die Spitze gestellt, zeigt er uns doch mit seltener Eindringlichkeit den Gang der Geschichte, die gewaltige Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens und Fortschritts, die Wahrheit und unabänderliche – da wissenschaftlich bewiesene – Folgerichtigkeit der von Marx und Engels begründeten, von Lenin weiterentwickelten Weltanschauung, Geschichtsauffassung und historischen Voraussicht. Und wir können auch sagen, daß die Moskauer „Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien“ vom November 1960 das bedeutendste Doku-

¹ Vgl. Friedrich Engels: Vorrede zur deutschen Ausgabe des „Manifests der Kommunistischen Partei“ von 1890. In: Karl Marx-Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 21.

ment der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung nach dem „Kommunistischen Manifest“ ist.

Die in der Moskauer Erklärung enthaltenen Analysen, Einschätzungen und Forderungen sind Ausdruck der kollektiven Weisheit der weltweiten revolutionären Arbeiterbewegung, ihrer Erkenntnisse und historischen Erfahrungen. Doch indem in diesem Dokument die Erfahrungen des praktischen Kampfes auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus wissenschaftlich verallgemeinert wurden, wirkt die Erklärung als Anleitung zum Handeln gleicherweise auf die Praxis befruchtend zurück.

Die Moskauer Erklärung bestätigt nicht nur die vorausgegangene Erklärung vom November 1957, sondern vertieft, indem sie an die Beratungsergebnisse von 1957 anknüpft, die Analyse unserer Epoche und ihrer Perspektiven. Während die imperialistische und insbesondere die Bonner Propaganda sowie die rechten sozialdemokratischen Führer den Massen weiszumachen suchen, daß der Kapitalismus, den sie jetzt demagogisch „Volkskapitalismus“ nennen, eine dauerhafte und den Volksinteressen entsprechende Ordnung sei, zerstört die Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien diese Legende mit einer exakten Charakterisierung der wahren gesellschaftlichen Triebkräfte und Entwicklungsprozesse unserer Epoche: „Unsere Epoche, deren Hauptinhalt der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab.“²

Die Einschätzung unserer Epoche spiegelt die weltweite Veränderung des Verhältnisses zwischen den Kräften des Imperialismus und Militarismus auf der einen Seite und den Kräften des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus auf der anderen Seite zugunsten der letzteren wider. Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begannen sich jene Prozesse zu entwickeln, wurden jene historischen Gesetzmäßigkeiten wirksam, die den Inhalt unserer Epoche bestimmen. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution durchbrach das kapitalistische Weltssystem, löste ein Sechstel der Erde aus diesem System heraus und teilte die Welt in zwei Lager: das sozialistische und das kapitalistische. Zum erstenmal in der Weltgeschichte wurde die Diktatur des Proletariats verwirklicht und ein neuer Staatstypus geschaffen, der Staat der Arbeiter und Bauern. Der unmittelbare Kampf der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution beginnende Kampf der beiden Lager auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens bewies, daß

² Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.-17. Dezember 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 10.

sich der historische Fortschritt gegen das Alte und Überlebte immer mehr durchsetzte. Schon damals, in den Jahren nach dem Sieg der russischen Arbeiter und Bauern, zeigten sich bereits – trotz aller Attacken des Imperialismus – die Überlegenheit, Macht und Unbesiegbarkeit des Sozialismus, sein stets wachsender Einfluß auf das Weltgeschehen und die immer sichtbarer werdenden Niedergangerscheinungen des Kapitalismus. Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war auch ein Beweis für die wachsende Rolle und Bedeutung der Arbeiterklasse, die seit dieser Zeit immer mehr zur entscheidenden, die gesellschaftliche Entwicklung bestimmenden Kraft wurde. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution verstärkte den Kampf der internationalen Arbeiterklasse um die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, hob diesen auf eine neue Stufe. Sie rief eine Welle von Revolutionen und revolutionären Aktionen der internationalen Arbeiterklasse hervor und gab dem nationalen Befreiungskampf in den kolonialen und abhängigen Ländern gewaltigen Auftrieb.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution brachte aber auch die im Verlauf des ersten Weltkrieges entstandene allgemeine Krise des Kapitalismus zur Entfaltung, die ihrerseits die Krise des Kolonialsystems einleitete. Alle Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verschärften sich, die Zersetzung des Kapitalismus im internationalen Rahmen wuchs. Die reaktionären, parasitären Züge des Kapitalismus traten in seiner letzten, in seiner imperialistischen Phase immer deutlicher hervor, sein Antidemokratismus, der Ausdruck in faschistischen Diktaturen fand, und seine Aggressivität verschärften sich.

Alle diese Prozesse, die von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet wurden, haben sich seitdem immer klarer herauskristallisiert, setzten sich in immer stärkerem Umfange durch und lassen heute deutlich werden, daß der Sozialismus im Weltmaßstab triumphieren wird. Während führende Ideologen und Philosophen des imperialistischen Lagers und auch rechte SPD-Führer wie Herr Willy Brandt der Menschheit ein Leben im Schatten der Atombombe, in Angst, Ratlosigkeit und Weltuntergangsstimmung schmackhaft zu machen suchen, verkündet die einheitlich handelnde kommunistische Weltbewegung, erfüllt von sieghaftem Optimismus, der Menschheit: *„Keine noch so krampfhaften Bemühungen des Imperialismus können dem Fortschritt der Geschichte Einhalt gebieten. Es sind feste Voraussetzungen für weitere entscheidende Siege des Sozialismus geschaffen. Der volle Sieg des Sozialismus ist unausbleiblich.“*³

Die Moskauer Erklärung konstatiert aber nicht nur die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt, sondern zeigt auch, *„welche Klasse im Mittelpunkt dieser . . . Epoche steht und ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung, die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situation“*⁴ bestimmt. In der Moskauer Erklärung spiegelt

³ Ebenda, S. 11.

⁴ W. I. Lenin: Unter fremder Flagge. In: Werke, Bd. 21, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 134.

sich die entscheidende Bedeutung der Arbeiterklasse wider: „Zur Hauptkraft der Gesellschaft ist die Arbeiterklasse geworden; ihre Reihen wachsen, ihr Klassenbewußtsein und ihre politische Reife nehmen zu.“⁵ Diese Feststellung verdeutlicht, wie sich die Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Parteien von einer unterdrückten und ausgebeuteten Klasse in einem langwierigen, opferreichen Prozeß, in harten Klassenschlachten und großen Revolutionen zu einer Klasse entwickelte, die heute Träger des sozialistischen Weltsystems ist, in der Sowjetunion den Kommunismus, in den anderen Ländern des sozialistischen Lagers den Sozialismus aufbaut, die in den imperialistischen Staaten wachsenden Einfluß ausübt und immer mehr das Antlitz der neutralen und jungen unabhängigen Nationalstaaten formt. Schon heute leben 35 Prozent der Bevölkerung der Welt in Staaten, in denen die Arbeiterklasse die Macht erobert hat und sie beim Aufbau des Sozialismus-Kommunismus im Interesse des Friedens, des Fortschritts und des Humanismus ausübt.

Die Arbeiterklasse, einst Objekt der kapitalistischen Ausbeutung, hat in den Ländern des sozialistischen Weltsystems die sozialistischen Produktionsverhältnisse durchgesetzt und die Voraussetzungen geschaffen, daß dem Kapitalismus „die Niederlage in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, der Sphäre der materiellen Produktion, bereitet werden“⁶ wird.

Die Arbeiterklasse errichtete in den Ländern des sozialistischen Lagers eine fest begründete Gesellschaftsordnung, deren Basis das Bündnis der Arbeiter und Bauern ist, um die sich die anderen Schichten der Bevölkerung sammeln. Die moralisch-politische Einheit der Gesellschaft in diesen Ländern festigt sich ständig. „Die Erfolge der Länder des Sozialismus und des gesamten sozialistischen Lagers wurden errungen dank richtiger Anwendung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus unter Berücksichtigung der historischen Besonderheiten eines jeden Landes und der Interessen des sozialistischen Systems in seiner Gesamtheit, dank den Bemühungen der Völker dieser Länder, ihrer engen brüderlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen internationalen Hilfe und vor allem dank der brüderlichen internationalen Hilfe der Sowjetunion.“⁷

Das sozialistische Weltsystem ist heute eine einheitliche und geschlossene Kraft. Alle Versuche der Imperialisten, den Kapitalismus in diesen Ländern zu restaurieren, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Diese Tatsache darf aber nicht von der Kriegsgefahr ablenken, die von amerikanischen und westdeutschen Imperialisten und Militaristen heraufbeschworen wurde. „Das brennendste Problem unserer Zeit ist das Problem von Krieg und Frieden“, wird in der Moskauer Erklärung hervorgehoben und unterstrichen: „Solange der Imperialismus besteht, wird auch

⁵ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien ..., S. 21.

⁶ Ebenda, S. 12.

⁷ Ebenda, S. 22/23.

der Boden für Aggressionskriege erhalten bleiben.“⁸ Hieraus wird deutlich, daß der Kampf um den Frieden das zentrale Problem der Gegenwart ist – nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für alle Menschen. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau einen „Appell an alle Völker der Welt“ richtete, der – erfüllt von der Gewißheit, daß der Friede den Krieg besiegen wird – alle Klassen und Schichten aller Völker aufruft, „den uralten Völkertraum von einem Leben in Frieden und Freiheit wahrzumachen“.⁹

In der Moskauer Erklärung wird betont, daß heute bereits reale Kräfte existieren, die die Aggressionspläne der Imperialisten vereiteln können, daß keine schicksalhafte Unvermeidbarkeit des Krieges besteht. Das Wichtigste im Kampf um den Frieden ist der Kampf der Arbeiterklasse und der Völker für die Durchsetzung des Leninschen Prinzips der friedlichen Koexistenz – in Deutschland in Form der Konföderation – und des wirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen den beiden Systemen.

Die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien unterstrich erneut, daß Frieden und Sozialismus zusammengehören. „Der Sozialismus braucht keinen Krieg. Der geschichtliche Kampf zwischen der alten und der neuen Ordnung, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, soll nicht durch einen Weltkrieg entschieden werden, sondern im friedlichen Wettbewerb, im Wettbewerb der beiden Gesellschaftssysteme um den höchsten Stand von Wirtschaft, Technik und Kultur, um die besten Lebensbedingungen für die Volksmassen.“¹⁰ In dieser Hinsicht kam die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau nach der Analyse des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses und der weiteren Entwicklung zu der außerordentlich wichtigen Schlußfolgerung, daß sich *„bereits vor dem vollen Sieg des Sozialismus auf Erden, beim Fortbestehen des Kapitalismus in einem Teil der Welt, die reale Möglichkeit ergeben“* wird, *„den Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschalten.“*¹¹

Das Problem Krieg oder Frieden ist nicht zuletzt auch für uns in Deutschland von entscheidender Bedeutung. Die 11. Plenartagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 15. bis 17. Dezember 1960 stellte ebenso wie die Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer deshalb die Erörterung und Darlegung der zwei Grundlinien in der deutschen Geschichte und der Lösung der nationalen Frage, der Bändigung des deutschen Imperialismus und Militarismus, bewußt in den Mittelpunkt. Diese Dokumente, vor allem das Referat Walter Ulbrichts auf der 11. Tagung des ZK und die Entschließung, stehen mit der Moskauer Erklärung in unlösbarem Zusammenhang. In ihnen sowie in den Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Vereinigung von

⁸ Ebenda, S. 28.

⁹ Ebenda, S. 67.

¹⁰ Ebenda, S. 68.

¹¹ Ebenda, S. 36.

Zur Moskauer Erklärung und den Aufgaben der Parteihistoriker

KPD und SPD werden die Ergebnisse der Moskauer Beratung konkretisiert und auf die deutschen Verhältnisse schöpferisch angewandt. Jede Auswertung muß also davon ausgehen, daß diese Dokumente eine geschlossene Einheit bilden.

Es versteht sich, daß die Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 als eines der Programmdokumente des Marxismus-Leninismus in der Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab für die marxistische Geschichtswissenschaft unserer Republik auf sehr lange Sicht von wahrhaft grundlegender Bedeutung ist. Gilt das für die Geschichtswissenschaftler ganz allgemein, so im besonderen Maße natürlich für alle Parteihistoriker, jene Historiker, die sich mit der Geschichte der deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung und der revolutionären Arbeiterpartei in Forschung und Lehre beschäftigen.

Wir können hier selbstverständlich auch nicht im entferntesten den unerschöpflichen Reichtum der in der Moskauer Erklärung allein für die Geschichtswissenschaftliche Arbeit enthaltenen Ideen, Einschätzungen, Hinweise und Anregungen auswerten. Das muß, systematisch organisiert und koordiniert, Aufgabe des gesamten Kollektivs der Historiker der Deutschen Demokratischen Republik sein. Wir können und wollen hier nur auf einige Fragen, die in dem Moskauer Dokument eine hervorragende Rolle spielen, eingehen und auch diese nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für die Arbeit unserer Parteihistoriker erörtern.

Vor allem kommt es darauf an, auf der Grundlage der gemeinsamen Beschlüsse der Moskauer Beratung die *gesamte* Tätigkeit auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung kritisch zu analysieren, auf Grund der neuen theoretischen Erkenntnisse die Problemstellung und Thematik unserer Forschungs- und Publikationsvorhaben, ja vielfach selbst die Konzeption zu überprüfen, insbesondere aber die immer noch vorherrschende Enge in unserer Forschung über die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Kampfpartei zu überwinden, kühner zu theoretischen Verallgemeinerungen vorzustoßen und damit den politischen Kampf unserer Partei unmittelbar zu unterstützen.

Viele Menschen fragen, worauf sich die Siegesgewißheit der kommunistischen Weltbewegung und damit auch unserer Partei stützt. Die Antwort ist sehr einfach: Die Gewißheit vom schließlichen Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab gründet sich auf die Kenntnis und schöpferische Anwendung der von Marx, Engels und Lenin aufgedeckten Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung. Diese Kenntnis zu verbreiten, sie zum Besitz der werktätigen Massen zu machen, um sie damit zu neuen Taten gegen den Imperialismus zu befähigen, ist nicht zuletzt auch Aufgabe der Historiker.

In meisterhafter Weise werden in der Moskauer Erklärung die Grundsätze des Marxismus-Leninismus und insbesondere des historischen Materialismus auf die Geschichte und unsere Gegenwart angewandt, die historischen Prozesse der Entwicklung vom Niederen zum Höheren, die

Überwindung des Alten durch das Neue charakterisiert, „der objektive Zusammenhang und die objektive wechselseitige Abhängigkeit der historischen Erscheinungen in ihrer Gesamtheit“¹² dargestellt. Ganz besonders in dieser Hinsicht gilt es für die Parteihistoriker zu lernen, den historischen Materialismus zu studieren und bei ihrer Arbeit anzuwenden. Die Moskauer Erklärung ist beispielhaft gerade auch in bezug auf die Methode der marxistisch-leninistischen, der wissenschaftlichen Verallgemeinerung historischer Fakten und Prozesse. Offensichtlich fällt gerade das einem Teil unserer Historiker noch schwer. Sie verlieren sich oft in Faktenaufzählungen, ohne die Grundlinien der Entwicklung, das Wesentliche einer Periode zu zeigen, ohne die Kunst der wissenschaftlichen Analyse und Verallgemeinerung zu beherrschen. Auch hier müssen wir uns bei den Klassikern des Marxismus-Leninismus orientieren, die mit ihren Arbeiten sowohl hinsichtlich der wissenschaftlichen Methode wie auch der politischen Aussage und der exakten Einschätzung und Verallgemeinerung der Wissenschaft überhaupt die Orientierung gegeben haben.

Die Moskauer Erklärung ist auch beispielhaft dafür, wie die Marxisten-Leninisten in ihrer wissenschaftlichen Arbeit dank der Parteilichkeit, die – entgegen allen Verleumdungen der Bourgeoisie und reformistischer Ideologen – auf der objektiven Wahrheit beruht, alle Probleme lösen. Sie zeigt und begründet, warum der Wissenschaftler, warum der Historiker im Interesse der ganzen Nation, ja der Menschheit in *allen* Fragen für die vorwärtstrebende, zukunfts tragende gesellschaftliche Kraft, die Arbeiterklasse, Partei ergreifen muß, will er mit seiner Arbeit dem Fortschritt, der Freiheit und dem Humanismus dienen.

„Unter den gegenwärtigen Verhältnissen“, da das sozialistische Welt-system zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird, „gewinnen die Fragen der Ideologie besondere Bedeutung“¹³, heißt es in der Moskauer Erklärung. Während sich die Ausbeuterklasse angesichts der Erfolge des Sozialismus und der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung in panischer Furcht mit allen Mitteln bemüht, die Massen zu verwirren und sie geistig im Banne der bürgerlichen Ideologie zu halten, sehen die Kommunisten ihre Aufgabe darin, „nach Befreiung der Volksmassen von den geistigen Fesseln aller Arten und Formen der bürgerlichen Ideologie zu streben, darunter auch vom zersetzenden Einfluß des Reformismus, unter den Massen die progressiven Ideen, die den Fortschritt der Gesellschaft ermöglichen, die freiheitlichen demokratischen Ideen und die Ideologie des wissenschaftlichen Sozialismus zu verbreiten“¹⁴.

Unsere Partei hat schon seit langem, insbesondere seit dem V. Parteitag, die sozialistische Erziehung der Werktätigen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gerückt, und in seiner Erklärung vor der Volkskammer bezeichnete

¹² W. I. Lenin: Statistik und Soziologie. In: Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 286.

¹³ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien ..., S. 65.

¹⁴ Ebenda.

der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, die Herausbildung des neuen Menschentyps der sozialistischen Epoche als die zentrale Aufgabe jeder ideologischen und massenpolitischen Arbeit. Alle Formen und Methoden der ideologischen Beeinflussung und Erziehung — also auch die Arbeit der Geschichtswissenschaftler — müssen den Kampf für den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und für die Bändigung des westdeutschen Militarismus und Imperialismus wirksam unterstützen.

In der zunehmenden Bedeutung der ideologischen Arbeit kommt eine der objektiven Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zum Ausdruck. Im Verlauf der Übergangsperiode und besonders bei der Vollendung des sozialistischen Aufbaus sowie — in noch gesteigertem Maße — beim Übergang zum Kommunismus wachsen bekanntlich die Rolle und Wirksamkeit des subjektiven Faktors in der gesellschaftlichen Entwicklung bzw. des politischen Überbaus, wozu nicht zuletzt auch die sozialistische Ideologie gehört. Folglich müssen sich auch die führende Rolle der Partei, die organisierende Tätigkeit der Staatsorgane und die politisch bewußte, von der sozialistischen Weltanschauung bestimmte Handeln der Volksmassen bei der sozialistischen Umgestaltung fortwährend verstärken.

Aber auch noch aus einem anderen Grunde nimmt die Bedeutung der ideologischen Arbeit ständig zu. Die Moskauer Erklärung hat noch einmal nachdrücklich Lenins Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bekräftigt.¹⁵ Aber so unbeirrt sich die sozialistischen Staaten in ihrer Außenpolitik von diesem Grundsatz der friedlichen Koexistenz auch leiten lassen, so bedeutet das doch keineswegs eine Versöhnung der sozialistischen mit der bürgerlichen Ideologie. Je mehr sich also das Kräfteverhältnis auf Grund des ökonomischen Wettbewerbs in der internationalen Arena wie auch in Deutschland selbst weiter zugunsten des Sozialismus verändert, um so mehr verlagert sich auch der Klassenkampf auf das Gebiet der Ideologie.¹⁶ Jedoch auch unter den Bedingungen des Sozialismus setzen sich die fortschrittlichen Gedanken, die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus nicht spontan, sondern nur im hartnäckigen, geduldigen Ringen mit den Überresten der Vergangenheit im Denken der Menschen durch. Bei der Entwicklung des neuen, des sozialistischen Menschen, der sich mit seiner Arbeit, bewußt handelnd, in den Dienst der menschheitsbefreienden Ideen des Sozialismus, des Friedens und der Völkerfreundschaft stellt, spielt die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft eine bedeutende Rolle.

Aus eigenem Erleben, aber nicht minder aus den Erfahrungen der Vergangenheit wissen wir, welch große, in der Tat geschichtsbildende Kraft den Traditionen, den geschichtlichen Erfahrungen einer Partei, einer

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 37.

¹⁶ Vgl. hierzu: L. Iljitschow: Für einen neuen Aufschwung der ideologischen Arbeit. In: Aus der internationalen Arbeiterbewegung, 1960, Nr. 22, S. 2/3.

Klasse, ja eines ganzen Volkes innewohnt. Allerdings gibt es auch in der Geschichte unseres Volkes sowohl gute als schlechte Traditionen. Nur allzu oft in der deutschen Geschichte wurden unter Berufung auf einen verlogenen, den Interessen der Werktätigen entgegenstehenden preußischen „Traditionsgeist“ die Volksmassen in Not und Elend oder gar in nationale Katastrophen gestürzt. Auch heute wieder ist es ein Hauptanliegen des westdeutschen Militarismus, durch eine Flut von Geschichtsfälschungen und -verzerrungen die zutiefst antinationale Politik der Militaristen und Imperialisten in der Vergangenheit zu rechtfertigen, die westdeutsche Bevölkerung daran zu hindern, die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen und sie dadurch den Atomkriegsplänen des Bonner Generalstabs dienstbar zu machen. Ebenso gefährlich ist das Bemühen der rechten sozialdemokratischen Ideologen und der Revisionisten, mit ihren antikommunistischen, sozialreformerischen „Theorien“ den Klassencharakter des klerikal-militaristischen Bonner Obrigkeitsstaates zu verschleiern und ihn als sozialen und demokratischen „Wohlfahrtsstaat“ anzupreisen. Demgegenüber haben die marxistischen deutschen Historiker, insbesondere auch die Parteihistoriker, die hohe Verpflichtung, in ständiger kompromißloser Auseinandersetzung mit der reaktionären imperialistischen und reformistischen Historiographie die humanistischen, demokratischen und sozialistischen Traditionen der besten Kräfte unseres Volkes zu pflegen und zu verbreiten sowie ein wissenschaftliches, der historischen Wahrheit entsprechendes Geschichtsbild zu erarbeiten, das den Werktätigen in ganz Deutschland hilft, die Lehren aus der Vergangenheit zu begreifen, die Aufgaben der Gegenwart richtig zu verstehen und unsere sozialistische Zukunft bewußt zu gestalten.

Von ersterangiger Bedeutung ist dabei die Geschichte der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, insbesondere der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse. Warum? „Im Mittelpunkt der jetzigen Epoche steht die internationale Arbeiterklasse und das Wichtigste, was sie hervorgebracht hat: das Weltsystem des Sozialismus.“¹⁷ Mit der wachsenden Bedeutung der Arbeiterklasse als herrschende Klasse in den sozialistischen Staaten oder als Vorkämpfer der Nation in den noch imperialistischen Staaten und in den antiimperialistischen Nationalstaaten wächst natürlich auch die Bedeutung ihrer Geschichte und damit deren Erforschung und Propagierung.

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben die revolutionäre Vorhut des Proletariats immer wieder darauf hingewiesen, welch unschätzbaren Wert die historischen Erfahrungen und Lehren des Kampfes der Arbeiterklasse für die Ausarbeitung einer revolutionären Strategie und Taktik besitzen. Sie haben vor allem in zahlreichen ihrer Schriften selbst gezeigt, wie die marxistische Arbeiterbewegung — bei Anwendung des dialektischen und historischen Materialismus — aus ihrer eigenen Ver-

¹⁷ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien ..., S. 18.

Zur Moskauer Erklärung und den Aufgaben der Parteihistoriker

Angenheit lernen kann und muß, wie die Auswertung dieser Kämpfe aber gleichzeitig auch ein Kraftquell für die ideologisch-politische sowie moralische Erziehung der Arbeiter und vor allem der proletarischen Revolutionäre ist. Als ein Beispiel für viele sei nur an Engels' Aufsätze über die Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der marxistischen Partei erinnert, Schriften, die er in den achtziger Jahren bewußt zu dem Zweck verfaßte, durch die Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit bei der Klärung aktueller ideologischer und theoretischer Fragen in der deutschen Sozialdemokratie zu helfen.

Diese Tradition, die Arbeiterklasse an Hand ihrer eigenen Erfahrungen zu erziehen, wurde auch von den marxistischen Kräften in der deutschen Arbeiterbewegung stets lebendig erhalten. August Bebel, Franz Mehring, Ernst Thälmann wie Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht wie Otto Grotewohl und viele andere hervorragende Arbeiterführer beschäftigten und beschäftigten sich intensiv mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Partei und halfen nicht zuletzt durch ihre geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen und Darstellungen dem revolutionären Proletariat, das jeweilige Kräfteverhältnis der Klassen wissenschaftlich einzuschätzen, unter Beachtung aller ökonomischen, politischen wie ideologischen Faktoren eine richtige politische Linie auszuarbeiten und sie im täglichen Kampf kühn durchzusetzen. Während die Reformisten das revolutionäre Erbe der deutschen Arbeiterbewegung totschwiegen, verleugneten oder verfälschten, scheute die Kommunistische Partei Deutschlands auch unter den schwersten Bedingungen keine Mühe, die Geschichte ihrer Partei und der proletarischen Klassenbewegung zu erforschen und im Kampf um die Gewinnung der werktätigen Massen und aller Antifaschisten nutzbar zu machen.

Nach der Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten standen vor der marxistischen deutschen Geschichtswissenschaft große Aufgaben. Dank der ständigen Hilfe, die das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und besonders sein Erster Sekretär, Walter Ulbricht, der Geschichtswissenschaft der DDR erwiesen, konnten die marxistischen und fortschrittlichen Historiker ihren Auftrag, bei der antifaschistisch-demokratischen Um- und Erziehung der Werktätigen zu helfen, erfüllen. Auch bei der Ausarbeitung eines wissenschaftlich exakten Geschichtsbildes unserer Nation und im Kampf gegen die imperialistischen Geschichtsfälschungen wurden anerkennenswerte Leistungen erzielt. Gleichwohl ist die geschichtswissenschaftliche Arbeit hinter der stürmischen Entwicklung auf allen anderen Gebieten des sozialistischen Aufbaus zurückgeblieben, haben es die marxistischen Historiker noch nicht genügend verstanden, in ihren Arbeiten von der untrennbaren Einheit von Geschichtswissenschaft und Politik auszugehen.

Die gemeinsame Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien, gründlich studiert und ausgewertet, erweist den Parteihistorikern unschätzbare Hilfe, gerade diese noch bestehende Kluft zwischen Theorie und

Praxis, zwischen der wissenschaftlichen Arbeit und den Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus, zu überwinden. Offensichtlich besteht immer noch nicht bei allen Historikern, die die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung erforschen und lehren, bis zur letzten Konsequenz Klarheit darüber, wie dringend unsere Partei den Beitrag der Geschichtswissenschaftler zur Lösung des Grundwiderspruchs in Deutschland braucht. Dabei kommt es vor allem darauf an, ausgehend von der Erkenntnis des historischen Materialismus, daß die Geschichte der Gesellschaft die Geschichte der Produktion der materiellen Güter ist, die Rolle und Entwicklung der Haupttriebkraft der Geschichte: der Produzenten der materiellen Güter, der Volksmassen und in Sonderheit der Arbeiterklasse zu erforschen. Doch so notwendig und nützlich uns jede fundierte Studie über die sozialökonomische Basis, über die Lage und Entwicklung der Arbeiterklasse im 19. und 20. Jahrhundert ist, sie kann nur dann gleichzeitig politisch-erzieherisch wirksam werden, wenn sie darüber hinaus auch die *geschichtsbildende* Kraft der Arbeiterklasse als der einzigen konsequent revolutionären Klasse zeigt und wissenschaftlich nachweist. Nur der Kampf der Volksmassen, besonders der Arbeiterklasse, löst die Probleme der Gesellschaft, nicht aber Einzelpersönlichkeiten, „Eliten“, nicht Selbstlauf und Spontaneität.

Deshalb ist auch die bewußte Führung des Klassenkampfes durch die Partei der Arbeiterklasse eine unumgängliche Voraussetzung für die Befreiung von Imperialismus und Militarismus und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Entwicklung dieser Partei zu einer marxistisch-leninistischen, zu einer Partei neuen Typus, die unlösbar mit den Werktätigen verbunden ist, mit dem Volk eine Einheit bildet, ist eine objektive Gesetzmäßigkeit. Diese Gesetzmäßigkeit im Zusammenhang mit der allgemeinen ökonomischen und politischen Entwicklung aber wissenschaftlich-konkret und verständlich darzustellen, ist die Aufgabe der Parteihistoriker. Besonders sind der ideologische Reifeprozess der Partei und ihre Entwicklung zu einer Massenpartei wichtige, bisher nur ungenügend untersuchte Fragen. Die revolutionäre Kampfpartei der Arbeiterklasse entsteht, entwickelt und festigt sich in *ständiger* Auseinandersetzung mit allen Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie. Nur in unablässiger Auseinandersetzung mit den Vertretern bürgerlicher, der Arbeiterklasse fremder oder feindlicher Auffassungen wurde die richtige marxistisch-leninistische Generallinie der Partei durchgesetzt. Die Abweichungen oder massierten Vorstöße gegen den Marxismus-Leninismus aber sind nur richtig zu verstehen und einzuschätzen, wenn wir sie als Ausdruck des unaufhörlichen Drucks der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse erkennen und kennzeichnen. Das heißt, daß wir das Wesen und die Zielrichtung des Revisionismus aber auch des Dogmatismus und Sektierertums nur richtig einschätzen können, wenn wir sie im engsten Zusammenhang mit der nationalen wie internationalen Geschichte, vor allem mit der Taktik der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut, betrachten. Nur so wird der schwere, doch erfolgreiche Pro-

Leß der Aneignung und Durchsetzung des Leninismus in der KPD; der unablässige Kampf der KPD um die ideologische Einheit ihrer Reihen und die Reinheit des Marxismus-Leninismus sichtbar und in parteierzieherischer Hinsicht nutzbar gemacht. Nur so wird auch völlig verständlich, warum dieser Kampf – angesichts der nationalen Führerrolle der Arbeiterklasse – von gesamtnationaler Bedeutung war.

Erforschung und Propagierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Partei sind deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil sie nicht nur zur marxistisch-leninistischen Erziehung und ideologischen Festigung der Parteimitglieder sowie zur Stärkung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse beitragen, sondern auch bei den Werktätigen und vornehmlich der Jugend unserer Republik den Prozeß der Herausbildung des neuen sozialistischen Menschen fördern und die Werktätigen in Westdeutschland im Kampf um die Bändigung des Militarismus unterstützen.

Eröffnet sich vor den Historikern der Geschichte der Arbeiterbewegung ein sehr weites Feld fruchtbarer und dringend notwendiger Mithilfe bei der Lösung der in der Moskauer Erklärung und in der Entschließung des 1. ZK-Plenums unserer Partei genannten Aufgaben, so gilt es, vorrangig solche Probleme zu behandeln, die für die Ausarbeitung der Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Partei, für die Stärkung des Klassenbewußtseins der gesamten deutschen Arbeiterklasse und für die sozialistische Bewußtseinsbildung unserer Werktätigen von besonderer Bedeutung sind. Ohne jeglichen Anspruch auf Vollständigkeit sei im folgenden auf einige solcher Probleme hingewiesen, wobei der leitende Gesichtspunkt bei der Arbeit stets sein muß, über die Faktenaufzählung hinaus zur wissenschaftlichen Analyse und Verallgemeinerung und zur Aufdeckung der historischen Gesetzmäßigkeiten in den untersuchten historischen Erscheinungen vorzudringen.

In Anbetracht der Größe des Problems von Krieg und Frieden, der Feststellung in der Moskauer Erklärung: „Die Kriegsgefahr ist größer geworden“¹⁸, ergibt sich für die Parteihistoriker, dieser Frage in Zukunft noch mehr Beachtung als bisher zu widmen. Gerade die Arbeiterklasse trägt eine große Verantwortung für die Erhaltung des Friedens. Und das ist nicht nur in der Gegenwart so, sondern war auch in der Vergangenheit der Fall. Es gilt, einerseits die Stellung der Arbeiterklasse zum Problem Krieg – Frieden zu untersuchen und andererseits nachzuweisen, daß gerade die Arbeiterklasse, die im Krieg immer die größten Opfer bringen mußte, unter Führung ihrer Partei am konsequentesten gegen den Krieg, für die Erhaltung des Friedens kämpfte, daß die Kommunisten „den Kampf für den Frieden als ihre erstrangige Aufgabe“ betrachten¹⁹. Das sollte nicht nur in Spezialuntersuchungen und -veröffentlichungen erfolgen, sondern in allen Arbeiten zur Geschichte der Arbeiterbewegung zum Ausdruck kommen, gibt es doch gerade in dieser Hinsicht eine lange und große Tra-

¹⁸ Ebenda, S. 31.

¹⁹ Ebenda, S. 35.

dition, die der Gegenwart wichtige Lehren vermittelt. Nicht von ungefähr verbreiten – wie ganz besonders der Stockholmer Historikerkongreß im August 1960 zeigte – die westdeutschen imperialistischen Historiker, so z. B. Rothfels und Conze, die übelsten Geschichtsfälschungen über die Rolle und Bedeutung der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut im Friedenskampf.

Seit den Tagen von Marx und Engels stellten sich die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse in den Dienst dieser wahrhaft humanistischen Aufgabe. Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und solche hervorragenden Führer der deutschen Arbeiterklasse wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht, Karl Liebknecht, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht waren sich der hohen Verantwortung ihrer Klasse stets bewußt und gehörten deshalb zu den ersten Streitern im Kampf gegen den Krieg und zu den entschiedensten Kündern der Ideen des Friedens. Sie lehrten die Klasse, alle Kraft einzusetzen, um das höchste Gut, das Leben, zu erhalten und einen unerbittlichen Kampf gegen die kriegslüsternen und expansionshungrigen Kräfte bis zu deren ökonomischer und politischer Entmachtung zu führen. Immer war es eines der ersten Prinzipien der Kommunisten, die ökonomischen Wurzeln und das Geheimnis der Entstehung von Kriegen aufzudecken, die Volksmassen zu warnen und gegen den Krieg, gegen Chauvinismus und Kriegshetze zu mobilisieren. Die Kommunisten gingen stets davon aus, daß man „die Bekämpfung des Krieges nicht aufschieben“ darf, „bis er ausgebrochen ist“.²⁰ Die Parteihistoriker müssen noch stärker jene Gesetzmäßigkeit herausarbeiten, daß der Kampf um den Frieden stets ein immanenter Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus–Kommunismus gewesen ist, und alle entgegengesetzten Behauptungen der imperialistischen Ideologen zerschlagen. Sozialismus bedeutet Frieden, und der Friedenskampf der Kommunisten ist keine Taktik, sondern bestimmendes Gesetz ihrer Politik und entspricht vollauf dem Marxismus–Leninismus. In diesem Zusammenhang sollte auch nachgewiesen werden, daß die Kommunisten die Vorkämpfer der Abrüstung sind, daß die Abrüstung ein wichtiger Bestandteil des Kampfes gegen den Krieg ist. Es war der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Friedrich Engels, der den ersten realen Abrüstungsvorschlag überhaupt in der Weltpolitik unterbreitete.²¹

Nirgends zeigt sich so deutlich wie im Kampf um den Frieden, daß die Arbeiterklasse und ihre Partei die Interessen der ganzen Nation vertreten. Die historische Entwicklung beweist, daß dieser Kampf der Vorhut der Klasse in stets wachsendem Umfang von anderen Schichten unseres Volkes unterstützt wurde, daß sich auch weitsichtige und aufgeschlossene Kreise des Bürgertums dieser Friedensfront anschlossen. Waren es zunächst nur wenige, die den scheinbar aussichtslosen Kampf gegen den Krieg auf-

²⁰ Ebenda, S. 33.

²¹ Vgl. Horst Bartel/Otto Finger: Friedrich Engels – Mitschöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus. In: *Einheit*, 1960, Heft 11, S. 1658.

nahmen, so wuchsen sie zu einer Millionen zählenden Macht heran. Die Herausbildung dieser breiten Front unter Führung der Arbeiterklasse gilt es, besonders in der Arbeit der Parteihistoriker, zu beachten und dabei zu untersuchen, wie es der Partei gelang, neue Schichten in den Kampf einzubeziehen, wie sie auch mit bürgerlichen und pazifistischen Kreisen zusammenarbeitete.

„Obwohl“, so führte Walter Ulbricht auf dem 11. Plenum des ZK der SED aus, „die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse gegen den ersten Weltkrieg kämpfte und auch gegen die Entfesselung des zweiten, so hatte sie damals noch nicht die Kraft, den Krieg zu verhindern.“²² Erst heute, da ein sozialistisches Weltsystem und mächtige marxistisch-leninistische Parteien in zahlreichen kapitalistischen Ländern bestehen, große neutrale Staaten und junge Nationalstaaten eine aktive Friedenspolitik betreiben und die Weltfriedensbewegung zu einer unübersehbaren Kraft geworden ist, gibt es keine schicksalhafte Unvermeidlichkeit von Kriegen mehr. Durch ihren jahrzehntelangen Kampf formte und entwickelte die Arbeiterklasse und ihre Partei in den Massen das Bewußtsein, daß auch der sogenannte kleine Mann Einfluß auf die „große Politik“ ausüben kann, daß die Volksmassen über Krieg und Frieden entscheiden. Die Parteihistoriker sollten ihre Aufmerksamkeit auch darauf richten, die Kriterien der einzelnen Etappen des Antikriegskampfes, der wachsenden Friedensfront zu untersuchen und herauszuarbeiten, daß sich heute in der Frage der Verhinderung des Krieges „die Interessen der verschiedensten Gesellschaftsschichten“ vereinigen; „sie erlangen damit den Charakter *allgemein nationaler* Interessen. Hierin besteht eine wesentliche Besonderheit der heutigen Etappe der Antikriegsbewegung, die diese von allen Bewegungen zur Verteidigung des Friedens, die es jemals gegeben hat, unterscheidet.“²³ Eng verbunden damit ist der Kampf der revolutionären deutschen Sozialdemokratie und vor allem der KPD gegen alle Erscheinungsformen des preußisch-deutschen Militarismus. Gerade in dieser Hinsicht zeigt sich, daß wir unbedingt eine gewisse Enge in der Erforschung der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Partei überwinden müssen. Der Kampf der deutschen Marxisten gegen den Militarismus, gegen seine Unterdrückungsfunktionen nach innen wie nach außen, zeichnete sich dadurch aus, daß er eine immer breiter werdende antimilitaristische Bewegung hervorrief. Mit Recht hat die proletarische Kampfpartei auch stets die vielfältigen Erscheinungsformen des Militarismus auf dem Gebiet der Ideologie, der Kultur wie auch der Wirtschaft und dessen Antidemokratismus angeprangert und bekämpft und gerade dadurch neue Bundesgenossen im antimilitaristischen Kampf gewonnen.

²² Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien ..., S. 102.

²³ Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 542.

Bei der Untersuchung und Darstellung des antimilitaristischen Kampfes im 20. Jahrhundert muß in Zukunft noch stärker gezeigt werden, daß die Wurzel des volksfeindlichen modernen Militarismus und Antidemokratismus in der Herrschaft der Monopole bestand und besteht. „Der Hauptstoß wird unter den jetzigen Verhältnissen“, so heißt es in der Moskauer Erklärung, „immer entschlossener gegen die kapitalistischen Monopole gerichtet, die die Hauptschuld am Wettrüsten tragen und das Bollwerk der Reaktion und Aggression sind.“²⁴ Dieser Kampf gegen die Herrschaft der Monopole aber hat, obwohl er in der neuen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus neue Züge annimmt und vor allem über viel bessere Bedingungen verfügt, eine lange Tradition. Es liegt auf der Hand, welch große aktuelle Bedeutung die wissenschaftliche Untersuchung dieser Probleme für die Perspektiven der Entwicklung in Westdeutschland und in den anderen imperialistischen Staaten hat.

Die Moskauer Erklärung hebt neben dem USA-Imperialismus als der gegenwärtigen Hauptkraft der Aggression und des Krieges besonders die gefährliche Rolle des westdeutschen Imperialismus und Militarismus hervor, der zum Hauptgegner der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und Entspannung in Europa geworden ist. Unsere Partei hat immer wieder, erneut im Referat Walter Ulbrichts auf dem 11. Plenum, nachgewiesen, „daß das Unglück der deutschen Nation die Herrschaft des Militarismus und Imperialismus war und in Westdeutschland noch ist“.²⁵ Das zentrale Problem unserer Geschichte, besonders seit der Jahrhundertwende, besteht daher darin, den unüberbrückbaren Grundwiderspruch in Deutschland zwischen den Interessen der herrschenden Imperialisten und Militaristen und den Interessen der friedliebenden Volksmassen zu lösen, und zwar durch die Bändigung und Entmachtung der antinationalen imperialistischen Kräfte und die Schaffung eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands.²⁶ Diese wahrhaft nationale Politik wurde von der Vorhut der deutschen Arbeiterklasse ausgearbeitet und – entsprechend den wachsenden Kampferfahrungen – weiterentwickelt.

Die Ausarbeitung und Weiterentwicklung der nationalen Grundkonzeption durch die KPD und die SED steht in untrennbarem Zusammenhang mit der Herausbildung der marxistisch-leninistischen Partei und der Durchsetzung des Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung sowie seiner schöpferischen Anwendung beim sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik. Dieser Kampf der deutschen Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei ist von höchster nationaler Bedeutung, er hat aber gleichzeitig einen tiefen sozialen Inhalt. Die marxistischen Historiker haben in den letzten zwei Jahren in

²⁴ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien ..., S. 48.

²⁵ Ebenda, S. 127.

²⁶ Vgl. auch Ernst Diehl: Die Aufgaben der Parteihistoriker bei der Erfüllung des Siebenjahrplanes. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Heft 1, S. 7 ff.

seiner ganzen Reihe von zumeist kleineren Untersuchungen die nationale Mission der deutschen Arbeiterklasse und die nationale Führerrolle ihrer revolutionären Kampfpartei mit wachsendem Erfolg herausgearbeitet. Doch drohte dabei nicht selten die sozialistische Perspektive dieses Kampfes um die Lösung des Grundwiderspruchs verlorenzugehen. Es liegt auf der Hand, daß wir in unserem Ringen um die Bändigung des deutschen Militarismus, um die Schaffung demokratischer Verhältnisse in Westdeutschland und die Bildung einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten keinen Zweifel daran lassen dürfen, daß auch die nationale Frage *endgültig* und *vollständig* erst im Sozialismus gelöst werden kann, wie Walter Ulbricht auf dem 11. Plenum des ZK der SED erklärte.²⁷

In Verbindung mit der Darlegung der nationalen Grundkonzeption der Arbeiterklasse ergibt sich auch noch eine andere wichtige Aufgabe für die Parteihistoriker: die Entlarvung des Antikommunismus und seiner verhängnisvollen Rolle für das deutsche Volk. Es ist an dieser Stelle wohl überflüssig zu beweisen, wie die deutschen Militaristen jede Gewalttat gegen das eigene Volk und gegen unsere Nachbarvölker mit dem angeblich notwendigen Kampf gegen den Kommunismus zu „begründen“ versucht haben. Seit den Anfängen der revolutionären Arbeiterbewegung diente der Antikommunismus als wichtigste ideologische Waffe der Ausbeuterklasse gegen das Proletariat. Mit dem Übergang zum Imperialismus und vor allem seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde er zur Grundidee der Kriegsideologie der deutschen Imperialisten, die ihn dann auch folgerichtig sowohl in der Zeit des Hitlerfaschismus wie im gegenwärtigen klerikal-militaristischen Bonner Staat zur Staatsdoktrin proklamierten. Immer wieder war es auch der Antikommunismus, der die gemeinsame ideologische Plattform der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer und der deutschen Imperialisten bildete und auch heute wieder in ausgeprägter Form bildet.

Wir müssen feststellen, daß wir die Bedeutung dieses Problems in der geschichtswissenschaftlichen Arbeit bisher außerordentlich unterschätzt haben und damit gerade in einer der Kernfragen der ideologischen Auseinandersetzung mit der imperialistischen und revisionistischen Ideologie unserer Verpflichtung nicht gerecht wurden. Hier gilt es, schleunigst aufzuholen und sowohl die verhängnisvolle Rolle des Antikommunismus in unserer Nationalgeschichte als auch den zähen Kampf der marxistisch-leninistischen Partei gegen alle Erscheinungsformen dieser volksfeindlichen Ideologie darzustellen. Das ist die wohl wichtigste Aufgabe im Rahmen der ständig notwendigen Auseinandersetzung mit der imperialistischen und reformistischen Historiographie und Publizistik. Ihre Erfüllung wird mithelfen, in der Auseinandersetzung offensiv die Richtigkeit unserer Geschichtsauffassung zu beweisen. Vor allem aber helfen wir dadurch den westdeutschen Arbeitern, den Antikommunismus als die

²⁷ Vgl. Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien ..., S. 128.

gefährlichste Waffe der Spalter der Arbeiterklasse zu erkennen und ihn im Interesse der Klasse wie der Nation zu überwinden.

Ein wichtiger Fragenkomplex, mit dessen Lösung die Parteihistoriker gerade angesichts der Moskauer Erklärung beginnen sollten, stellen das Kräfteverhältnis der Klassen und die Strategie und Taktik der Partei der Arbeiterklasse dar. Wir sollten bei unserer Arbeit stets die Worte Wilhelm Piecks auf der Brüsseler Konferenz der KPD im Jahre 1935 vor Augen haben: „Die richtige Einschätzung der Klassenkräfte, des Verhältnisses zwischen den Klassen, der Lage innerhalb unserer Klasse und der Lage der Bourgeoisie in Deutschland, ist das wichtigste Element für die Ausarbeitung einer richtigen politischen Linie, einer richtigen strategischen Orientierung und Taktik unserer Partei.“²³

Die richtige Analyse des Kräfteverhältnisses der Klassen ist nicht nur entscheidend für die Bestimmung der gegenwärtigen Politik, sondern auch Grundvoraussetzung jeder geschichtswissenschaftlichen Arbeit. Nur wenn man von ihr ausgeht, ist es möglich, exakte Einschätzungen und Verallgemeinerungen treffen und vor allem die Strategie und Taktik der Partei untersuchen zu können. In engem Zusammenhang damit müssen auch solche Fragen betrachtet und untersucht werden – und zwar vom Beginn der Arbeiterbewegung bis in unsere Tage – wie die Entwicklung von Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse, die Beziehungen zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Kampf um den Sozialismus, die Gewinnung von Bundesgenossen der Arbeiterklasse, vor allem deren Bündnis mit der Bauernschaft, die Notwendigkeit und Möglichkeit der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die Stellung der Arbeiterklasse und ihrer Partei zum Problem der Macht, zum Staat und zu den Fragen des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus usw.

Die Klärung dieser Probleme steht auch in enger Verbindung mit der Periodisierung. Nur sie ermöglicht die Beantwortung solcher Fragen wie: welche Klasse bestimmt Hauptinhalt, Hauptrichtung und Hauptmerkmale der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, vertritt den historischen Fortschritt, ist Haupttriebkraft der Entwicklung vom Niederen zum Höheren; welches Verhältnis besteht zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, ist die herrschende Klasse ein Hemmnis der Entwicklung der Produktivkräfte oder fördert sie diese; welches ist der soziale und klassenmäßige Inhalt der gesellschaftlichen Bewegungen im jeweiligen Zeitabschnitt, ihrer inneren Auseinandersetzungen und Widersprüche usw. usf. Es liegt auf der Hand, daß die oben genannten Probleme Grundfragen der Forschung und Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Partei sind, deren Bearbeitung bisher unzulässig verzögert wurde.

Die Moskauer Erklärung macht uns deutlich, daß die marxistischen Historiker in der Vergangenheit eine andere wichtige Frage kaum beachtet haben: die Stellung der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei zur

²³ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Oktober 1935, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 16.

nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern. Es ist u. E. unbedingt erforderlich, das Zurückbleiben der Parteihistoriker hinter dieser wichtigen Aufgabe der Gegenwart schnell zu überwinden, gilt es doch, die auf freundschaftlicher Zusammenarbeit gegründete Politik der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber den jungen Nationalstaaten zu unterstützen. Die Parteihistoriker müssen in ihren Arbeiten zeigen, daß die Arbeiterklasse die einzige konsequent antikolonialistische Klasse ist, daß sie stets gegen koloniale Ausbeutung und Unterdrückung auftrat und – von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus geleitet – der nationalen Befreiungsbewegung jede nur mögliche Unterstützung gab.

Die Marxisten in der deutschen Arbeiterbewegung führten einen ständigen Kampf gegen die koloniale Raubpolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus. Sie konfrontierten diese Politik mit dem Gefasel der imperialistischen Ideologen von „nationaler Würde“, „Freiheit“, „Gerechtigkeit“, von der „deutschen Mission“ und zeigten den Volksmassen, daß gerade in der Kolonialpolitik das brutale Expansions- und Machtstreben sowie die nackten ökonomischen Ausbeutungsinteressen des deutschen Imperialismus und Militarismus besonders augenfällig zum Ausdruck kamen. Immer traten sie für die nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der kolonialen und unterdrückten Völker ein, weil sie von diesem Grundsatz ausgingen, daß ein Volk nicht frei sein kann, das andere Völker unterdrückt.

Die Kommunistische Partei Deutschlands verfocht seit ihrer Gründung einen konsequenten Antikolonialismus und entlarvte alle Schliche des deutschen Monopolkapitals, das durch den ersten Weltkrieg „seine“ Kolonien verlor, bei der kolonialen Ausplünderung wieder ins Spiel zu kommen. Dieser gradlinigen, wahrhaft von nationaler Würde und Verantwortung bestimmten Politik der KPD, die heute von der SED und der Regierung der DDR fortgesetzt wird, muß die teils eindeutige, teils demagogisch getarnte antinationale Rolle der rechten Sozialdemokraten gegenübergestellt werden. Rechte Sozialdemokraten waren es, die immer wieder versuchten, die Arbeiterklasse für die koloniale Unterdrückungs- und Ausplünderungspolitik der deutschen Imperialisten und Militaristen zu ködern, weil Kolonialbesitz angeblich auch im Interesse der Arbeiter liege. Es gehört zu einem schmachvollen Kapitel deutscher Geschichte, daß sich rechte SPD-Führer zur Zeit des ersten Weltkrieges als Handlanger des Monopolkapitals verdingten und sich – angelockt von der Beteiligung am Extraprofit aus den Kolonien – in die Front der Kolonialideologen und Ausbeuter einreihen. Auch heute leisten rechte SPD-Führer den westdeutschen Monopolen aktive Hilfe bei der als „Entwicklungshilfe“ getarnten neokolonialistischen Expansion. Allerdings wird auch das dem westdeutschen Imperialismus nichts helfen. *„Der volle Zusammenbruch des Kolonialismus ist unabwendbar.“*²⁹

²⁹ Erklärung der Berater von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien ..., S. 40.

Bei der Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung müssen die Parteihistoriker immer im Auge haben, daß die deutsche ein untrennbarer Bestandteil der internationalen Arbeiterbewegung ist, daß jeder Erfolg dieser sich auch positiv für jene auswirkt und umgekehrt, daß der proletarische Internationalismus ein immanenter Bestandteil jeder Arbeiterpolitik, jeder revolutionären Klassenpolitik ist.

In der Geschichte der deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung gibt es eine jahrzehntelange Wechselwirkung. Deutschland ist das Geburtsland des wissenschaftlichen Sozialismus. Aber schon die Herausbildung des Marxismus ist nur in engstem Zusammenhang mit dem Befreiungskampf der englischen und französischen Arbeiter und der Arbeiterklasse anderer europäischer Länder richtig zu verstehen und darzustellen. Nach der Pariser Kommune, die nicht zuletzt für die ideologische und politische Verselbständigung und Entwicklung der Eisenacher Partei von größter Bedeutung war, rückte der historische Entwicklungsprozeß die marxistische Partei der deutschen Arbeiterklasse zeitweilig in die erste Reihe des internationalen proletarischen Befreiungskampfes. Die deutsche revolutionäre Arbeiterbewegung sammelte als erste in großem Maßstab umfangreiche wertvolle Erfahrungen bei der Zusammenfassung und Organisierung des Proletariats im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die historischen Erfahrungen der marxistischen Bewegung in Deutschland wurden Besitz der gesamten internationalen Bewegung. Und als sich um die Jahrhundertwende der Schwerpunkt der internationalen Arbeiterbewegung von Deutschland nach Rußland verschob und mit dem Sieg der russischen Arbeiter und Bauern in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eine neue Epoche der Menschheit begann, war der marxistisch-leninistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für Demokratie, Frieden und Sozialismus eine besondere Verantwortung auferlegt.

Angesichts der entscheidenden Rolle, die Lenin, die KPdSU und die sowjetische Arbeiterklasse in der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung spielen, angesichts ihrer hervorragenden Bedeutung für die deutsche Arbeiterklasse und ihre Partei ist es notwendig, diese Rolle mehr in den Vordergrund zu rücken und das Beispiel und die Hilfe, die die KPdSU und die sowjetische Arbeiterklasse der deutschen Partei und der deutschen Arbeiterbewegung gaben, sowie den gemeinsamen Kampf der russischen und deutschen Marxisten, der KPdSU und der KPD, der sowjetischen und deutschen Arbeiterklasse zu untersuchen und darzustellen.

Schon Marx und Engels verband eine enge Freundschaft mit der russischen revolutionären Bewegung. Die russische Revolution von 1905 und die Februarrevolution 1917 mobilisierten die deutsche Arbeiterbewegung, waren für sie Auftrieb und nachahmenswertes Beispiel. Unvergleichlich stärker aber noch stellte die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats das Kräfteverhältnis in der Welt radikal änderte, auch die deutsche Arbeiterklasse vor die Aufgabe, mit der Reaktion in Deutschland „russisch“ zu

geden, d. h. den deutschen Militarismus zu vernichten, die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen, eine marxistisch-leninistische Partei zu schaffen und unter ihrer Führung zur proletarischen Revolution überzugehen. Diese Aufgaben konnten — wie die Spartakusgruppe und die junge KPD richtig erkannten und unablässig betonten — nur in engem Bündnis mit der jungen Sowjetmacht gelöst werden. Mit der Novemberrevolution und der Aktion „Hände weg von Sowjetrußland“ halfen die deutschen Arbeiter der jungen Sowjetrepublik in ihrem Kampf gegen den internationalen Imperialismus. Lenin und die KPdSU standen der deutschen Arbeiterbewegung und der Partei ständig mit Rat und Tat zur Seite. Was deutsche und das sowjetische Volk verbindet eine feste Freundschaft mit einer langjährigen Tradition.

„Die von der KPdSU im Kampf für den Sieg der Arbeiterklasse, beim Aufbau des Sozialismus und beim umfassenden Aufbau des Kommunismus gesammelten Erfahrungen sind von prinzipieller Bedeutung für die gesamte kommunistische Weltbewegung.“³⁰ Deshalb müssen wir die Auswirkungen des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion und der sowjetischen Friedenspolitik auf die deutsche Arbeiterbewegung verstärkt berücksichtigen und erforschen, denn ohne Zweifel waren sie von großem Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse und der KPD. Diese Auswirkungen förderten, trotz der massierten antikomunistischen Hetze der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, auch den ideologischen Klärungsprozeß in der SPD und den Gewerkschaften.

Zwischen der deutschen und der polnischen, tschechoslowakischen, französischen Arbeiterklasse sowie der anderer Länder gibt es ebenfalls Traditionen des gemeinsamen Kampfes gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, deren Erforschung und Propagierung die Parteihistoriker ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Bei der Darlegung der Wechselwirkung in der internationalen Arbeiterbewegung gilt es auch zu zeigen, wie sich der proletarische Internationalismus zum sozialistischen Internationalismus entwickelte, wie er dadurch einen neuen Inhalt erhielt, welche neue Qualität der sozialistische Internationalismus darstellt. Darüber hinaus sollten die Parteihistoriker stets das dialektische Verhältnis von proletarischem Internationalismus und Patriotismus herausarbeiten und am konkreten historischen Beispiel nachweisen, daß — wie das Handeln Karl Liebknechts und vieler anderer zeigt — die besten Internationalisten die besten Patrioten sind.

Wie sich im internationalen Maßstab die Einflußsphäre des Marxismus-Leninismus ständig erweiterte, so erfaßte und erfaßt diese sieghafte Lehre auch in Deutschland immer breitere Kreise. In unserer künftigen Arbeit sollten wir diesen Prozeß mehr beachten und die Hauptquellen für die Macht und Unbesiegbarkeit des Sozialismus darlegen. Wir müssen zeigen, wie sich der wissenschaftliche Sozialismus mit der Arbeiterbewegung verknüpfte, wie er sich in der aus dieser Vereinigung entstandenen revolution-

³⁰ Ebenda, S. 64.

nären proletarischen Partei gegen alle Einflüsse der bürgerlichen Ideologie durchsetzte, wie die Partei die Theorie schöpferisch auf die Praxis des Klassenkampfes anwandte und den wissenschaftlichen Sozialismus systematisch in die gesamte Arbeiterklasse hineintrug, wie der Marxismus-Leninismus schließlich — nach der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht — dank der beharrlichen Überzeugungsarbeit der Partei und der langjährigen historischen Erfahrungen der Massen zur führenden Ideologie der gesamten Nation wurde und wird. Als Parteihistorikern obliegt uns dabei die besondere Aufgabe nachzuweisen, daß der Siegeszug des Marxismus-Leninismus, der auf das nachdrücklichste alle revisionistischen Theorien seit Bernstein widerlegt, nur möglich war, weil die Marxisten einen entschlossenen Zweifrontenkampf führten: gegen den Revisionismus als die Hauptgefahr wie auch gegen Dogmatismus und Sektierertum. Nur der Marxismus-Leninismus gibt der Arbeiterbewegung die richtige Orientierung im Kampf gegen die Todfeinde der Nation, weil er von den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeht. In diesem Zusammenhang muß auch erneut die von der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands immer wieder erhobene Forderung unterstrichen werden, das Lebenswerk von Marx und Engels, insbesondere ihre Rolle als Führer der deutschen Arbeiterbewegung, zu untersuchen und zu propagieren sowie sich mit den Verfälschungen des Marxismus und der Rolle der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus durch die Apologeten des Imperialismus offensiv und ständig auseinanderzusetzen.

Die Moskauer Erklärung macht sehr nachhaltig deutlich, welche Bedeutung der Geschichte nach 1945 zukommt. Bislang wurde dieser Abschnitt unserer historischen Entwicklung recht stiefmütterlich von den Parteihistorikern bedacht, wenn auch in allerletzter Zeit eine gewisse Wende spürbar ist. Gerade auf diesem Gebiet gibt es bisher große Mängel in der theoretischen Durchdringung und wissenschaftlichen Verallgemeinerung der Probleme. Die Moskauer Erklärung wird dazu beitragen, diese Schwächen zu überwinden, und auch weitere Historiker veranlassen, sich dem Studium der Probleme nach 1945, der Herausbildung, Entwicklung und Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik zuzuwenden und das Verschmelzen der Geschichte der Klasse und der Nation in dieser Zeit zu untersuchen.

Dabei darf die Gründung der DDR nicht nur als Antwort auf die Schaffung des Bonner Separatstaates betrachtet werden, sondern vor allem als Ergebnis des jahrzehntelangen Kampfes der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Große Beachtung — vornehmlich im Hinblick auf Westdeutschland und andere westeuropäische Länder — verdient die Tatsache, daß die sozialistische Umwälzung in der DDR mit friedlichen Mitteln durchgeführt wurde. Ganz besonders sind Rolle und Aufgabe der DDR als Friedensstaat, als erster sozialistischer Staat in Deutschland und als einziger rechtmäßiger deutscher Staat zu behandeln sowie der nationale Charakter der Politik der DDR stärker zu begründen.

Dabei müssen wir noch nachdrücklicher betonen, daß die DDR ein fester Bestandteil des sozialistischen Weltsystems ist.

Die Einschätzung unserer Epoche, wie sie in der Moskauer Erklärung formuliert ist, auf Deutschland anzuwenden bedeutet, daß die Parteihistoriker die sozialistische Perspektive für ganz Deutschland historisch, aber auch mit Hilfe der anderen Gesellschaftswissenschaftler philosophisch und ökonomisch begründen. Hierbei kommt der Behandlung der Friedenspolitik der DDR, die selbst der westdeutschen Bourgeoisie eine Perspektive gibt, und des Aufbaus des Sozialismus in unserer Republik besondere Bedeutung zu. „Je erfolgreicher sich die DDR im friedlichen ökonomischen Wettbewerb mit dem monopolkapitalistischen Westdeutschland durchsetzt, um so anziehender wird der Sozialismus auf die Werktätigen in der Bundesrepublik wirken und um so mehr werden die Positionen des deutschen Imperialismus untergraben. Damit verwirklicht sich das Gesetz der geschichtlichen Entwicklung, das mit der Lehre der Kriege und Krisen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in Deutschland übereinstimmt, wonach in der neuen Epoche der Weltgeschichte Deutschland niemals mehr durch die Herrschaft und Politik des Imperialismus, sondern nur noch durch die Ideen und die Macht des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus vorwärtskommen kann.“³¹

Die Darlegung der Probleme der Herausbildung und Entwicklung der DDR ist nicht zu trennen von der Gründung und Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ist sie doch – gestützt auf die Einheit der Arbeiterklasse – die entscheidende, vorwärtstreibende Kraft in diesem Prozeß. Die Parteihistoriker müssen die Vereinigung der KPD und der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in erster Linie als einen Sieg des Marxismus-Leninismus würdigen, der gegen die Spalter im Lager der Bourgeoisie und der rechten SPD-Führer errungen wurde und aus den gemeinsamen Kämpfen der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik und während der Nazidiktatur erwuchs. Die Vereinigung, die Grundlage aller Erfolge unserer Republik, war der Triumph einer Entwicklung, die von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Gründung der KPD eingeleitet wurde. Unter Führung der SED schlossen sich in unserer Republik alle Schichten der Bevölkerung für den Aufbau des Sozialismus zusammen, entwickeln sich die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Friedensbewegung zur einigenden Kraft des antiimperialistischen Kampfes in ganz Deutschland.

Um die Rolle und Bedeutung der SED und der DDR richtig darstellen zu können, muß beachtet werden, daß die Politik der Partei der Arbeiterklasse seit ihrer Gründung immer darauf gerichtet war, eine breite antiimperialistische, antimilitaristische Kampffront zur Durchsetzung der Interessen der ganzen Nation zu schaffen. In der Antifaschistischen Aktion suchte die Partei Anfang der dreißiger Jahre alle Gegner des Faschismus gegen die drohende Gefahr der Errichtung der Hitlerdiktatur, für den

³¹ Ebenda, S. 175/176.

Kampf zur Verteidigung der Demokratie zusammenzufassen. Die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz 1935, die die besondere nationale Verantwortung der Partei und der Arbeiterklasse unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur dokumentierten, suchten alle Schichten des deutschen Volkes zum Kampf gegen die drohende nationale Katastrophe zu mobilisieren. Noch deutlicher kam dieses zähe Ringen der Partei um die Sammlung und Aktivierung aller patriotischen Kräfte gegen die verderbbringende Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus auf der Berner Parteikonferenz 1939 zum Ausdruck. Hier unterbreitete die Partei der Nation „Grundsätze für einen einigen, demokratischen deutschen Staat, der an die Stelle des imperialistisch-faschistischen Gewaltstaates treten mußte“.³² Im Widerstandskampf gegen die Nazidiktatur und den von ihr entfesselten zweiten Weltkrieg vereinten sich unter Führung der KPD Patrioten aller Weltanschauungen, denen der Friede und die Nation ein hohes Gut waren, das es zu schützen galt. In diesem Kampf entstand eine breite Front nationalgesinnter Deutscher, deren Zentrum durch die Initiative des ZK der KPD das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ wurde, dessen Programm jene Linie der Politik vorzeichnete, die für die Deutsche Demokratische Republik bestimmend geworden ist. Bereits in jener Zeit wurde „im Feuer des Kampfes die Nationale Front eines demokratischen Deutschland unter der Führung der Arbeiterklasse geschmiedet“³³.

Diese Kräfte waren es auch, die in einem Teil Deutschlands den Sieg über Imperialismus und Militarismus errangen und die Politik der nationalen Verantwortung und Würde zum bestimmenden Prinzip deutscher Staatspolitik machten – ein Prinzip, dessen Anhängerzahl infolge der Politik der SED in ganz Deutschland ständig wächst und das eines Tages auch in Westdeutschland triumphieren wird.

Der Entwicklung der DDR muß die Rolle des westdeutschen Staates gegenübergestellt und hervorgehoben werden, daß beide Staaten die in Deutschland wirkenden Grundtendenzen zum Ausdruck bringen, daß aber die DDR der Staat ist, der „immer stärkeren Einfluß auf die Zukunft der deutschen Nation“³⁴ gewinnt, während der Bonner Staat als Organ der zum Untergang verurteilten imperialistischen und militaristischen Politik keine Perspektive hat. Wir müssen nachweisen, daß er gegen den Willen des deutschen Volkes entstand, daß die Spalter des einheitlichen deutschen Nationalverbandes keine demokratische Legitimation besaßen, wie sie den Volksmassen weiszumachen suchen, sondern den Bonner Staat als Grundlage und Vorbedingung zur Fortsetzung ihrer Unterdrückungs- und Aggressionspolitik nach innen und außen schufen. Die marxistischen Historiker müssen zeigen, daß alle Merkmale und Auswirkungen der all-

³² Brief des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus. In: Neues Deutschland (B), 23. März 1960.

³³ Ebenda.

³⁴ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien ..., S. 175.

gemeinen Krise des Kapitalismus, wie sie in der Moskauer Erklärung charakterisiert werden, auch auf Westdeutschland zutreffen. Sie müssen das Wachsen des antagonistischen Widerspruchs in Westdeutschland zwischen den Monopolisten und Militaristen einerseits und dem deutschen Volk andererseits untersuchen und dabei die Vorbereitung der offenen militaristisch-faschistischen Diktatur und des Atomkrieges durch die Tötung des deutschen Volkes hervorheben. Besonderes Gewicht verdient die Darlegung der Rolle der Arbeiterklasse und der KPD in Westdeutschland bei der Lösung der Lebensfrage der Nation. Es gilt, den komplizierten Prozeß der Neuorientierung in der Arbeiterklasse Westdeutschlands, in den Mittelschichten und in national und demokratisch gesinnten Teilen der Bourgeoisie herauszuarbeiten und die These imperialistischer Ideologen von der Existenz zweier deutscher Nationen zu widerlegen.

Ein anderes wichtiges Problem ist die Rolle der SPD. Bei der Behandlung der Politik der rechten Führer dieser Partei müssen die marxistischen Historiker von der Rolle des Monopolkapitals ausgehen und die sozialökonomische Basis der Politik der rechten SPD-Führer, die Struktur der führenden Schicht der SPD, den engen Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus in Geschichte und Gegenwart untersuchen. Nur so ist es möglich, sowohl den 4. August 1914 als auch den 30. Juni 1960 in ihrer grundsätzlichen Bedeutung zu zeigen. Sie waren nicht zufällige Ereignisse, sondern Ausdruck der notwendigen Folgen, die sich aus der ständig enger werdenden Kettung rechter SPD-Führer an den Imperialismus ergeben, der mit Hilfe jener Führer die Arbeiterklasse spaltete und für seine Ziele einzuspannen suchte. Der Weg der rechten Sozialdemokraten vom Revisionismus Bernsteins bis zum Godesberger Programm und zum Parteitag in Hannover im November 1960 war ein Weg der Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse und der Nation.

Es ist notwendig, noch stärker die zwei Klassenlinien und die Verschärfung der Krise in der SPD auf Grund der Zuspitzung der Widersprüche in Westdeutschland zu beachten und zu zeigen, was erforderlich ist, damit die sich entwickelnde Opposition in der SPD erfolgreicher wirken kann. „Die wichtigste Aufgabe der Arbeiterbewegung ist die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Festigung ihres Bündnisses mit der Bauernschaft“, so unterstrich Walter Ulbricht auf dem 11. Plenum des ZK der SED noch einmal die im Deutschlandplan des Volkes umfassend begründete Bedeutung der Aktionseinheit.³⁵ Deshalb kommt ihrer Herstellung in Westdeutschland und im gesamtnationalen Rahmen so große Bedeutung zu, ist sie doch der wichtigste Hebel zur Orientierung und Aktivierung der Opposition innerhalb der SPD und damit vor allem zur Bän-
tigung des westdeutschen Militarismus.

Wenn die Parteihistoriker die Moskauer Erklärung zur Grundlage ihrer künftigen Forschungs- und Publikationstätigkeit machen, so setzt das voraus, daß sie ihre gesamte Arbeit auf einem höheren Niveau durchführen,

³⁵ Ebenda, S. 162.

ihre Einsatzbereitschaft steigern und ihre Anstrengungen verstärken. Sicherlich werden in der Diskussion der Parteihistoriker über die Moskauer Erklärung viele Vorschläge unterbreitet werden, wie, mit welchen Methoden die großen vor uns stehenden Aufgaben zu lösen sind. Uns scheint, daß eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist, endlich auch auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft die Prinzipien der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit durchzusetzen. Zweifellos gibt es hier schon bedeutsame Anfänge, allein sie genügen keinesfalls den Erfordernissen unserer Zeit. Wenn wir sozialistische Gemeinschaftsarbeit sagen, so meinen wir nicht nur, daß sich Kollektive von Parteihistorikern für Forschung und Publikation zusammenfinden sollen. Sondern daß auch eine enge Zusammenarbeit von Parteihistorikern mit Ökonomen, Philosophen und Staats- und Rechtswissenschaftlern erforderlich ist. Nur auf breiter Basis wird eine umfassende Forschungs- und Publikationstätigkeit möglich, können die Arbeit auf dem Gebiet der Parteigeschichte verbessert und der ideologische Kampf unserer Partei wirksamer als bisher unterstützt werden.

In diesem Zusammenhang wollen wir darauf hinweisen, daß auch die Arbeiterforscher auf dem Gebiet der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in die sozialistische Gemeinschaftsarbeit einbezogen werden müssen. Mit Hilfe der Moskauer Erklärung wird es ihnen gelingen, noch besser die Problematik der örtlichen Geschichte zu meistern, ihre Arbeitsmethodik zu verbessern, sich auf die Hauptaufgabe zu konzentrieren und die lokalen Ereignisse richtig in den gesamt nationalen Rahmen des Kampfes der Partei und der deutschen Arbeiterklasse für Frieden, Demokratie und Sozialismus einzuordnen. Gerade auch durch ihre Einbeziehung in die sozialistische Gemeinschaftsarbeit helfen wir ihnen, die örtliche Forschung voranzutreiben und auf ein höheres Niveau zu heben. Das gilt vor allem auch für die so wichtige Erforschung der Geschichte unserer volkseigenen Betriebe, in deren Entwicklung sich besonders deutlich die neue Rolle der die Macht ausübenden Arbeiterklasse widerspiegelt.

Unbedingt notwendig ist ein kollektiver sozialistischer Arbeitsstil ganz besonders bei der vor uns stehenden Diskussion der Thesen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Ausarbeitung eines kurzen Abrisses der Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung. Ohne ihn läßt sich diese wichtige Aufgabe der Parteihistoriker nicht lösen.

Wir glauben auch, daß durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der immer noch wenig gepflegte wissenschaftliche Meinungsstreit gefördert wird, der gleichzeitig zur Entwicklung unserer Kader beiträgt.

Die Moskauer Erklärung auswerten heißt auch, die Forschungen zur Parteigeschichte zwischen den einzelnen Instituten noch besser zu koordinieren und auf jene Probleme zu konzentrieren, deren Lösung besonders dringlich ist. In diesem Zusammenhang erweist es sich als notwendig, daß die Wissenschaftlichen Räte bei den verschiedenen Instituten wirksamer werden. Sie sollten künftig stärker als bisher bei der Koordinierung der Arbeit, besonders aber bei der Diskussion von Problemen, vor allem

theoretischen Fragen, und der Verbesserung der wissenschaftlichen Arbeitsmethodik, der Anwendung des historischen Materialismus auf die Parteigeschichte, der wissenschaftlichen Einschätzung und Verallgemeinerung eine wichtige Funktion ausüben.

Notwendig ist auch, daß die Parteihistoriker ihre Aufmerksamkeit auf die Geschichte der marxistischen Historiographie richten. Hier sind wir über Anfänge noch nicht hinausgekommen. Zweifellos stellt die anlässlich des Stockholmer Historikerkongresses erschienene Sondernummer der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ einen beachtlichen Erfolg auf diesem Gebiet dar. Doch gilt es jetzt, in dieser Richtung systematisch weiterzuarbeiten. Gerade die Moskauer Erklärung macht deutlich, daß die kommunistische Bewegung zu einer weltumspannenden Bewegung wurde. Daraus folgt, daß auch die marxistische Historiographie an Bedeutung gewonnen hat und einen immer größeren Einflußbereich errang, wie das auch der Stockholmer Historikerkongreß nachdrücklich demonstrierte. Deshalb müssen wir jetzt den Entwicklungsweg der marxistischen Historiographie nachzeichnen und zeigen, warum sie ihre Anziehungskraft vergrößern, ihre Einflußbereiche erweitern konnte, wie sie ihre Aufgaben im ideologischen Kampf erfüllte. Dabei dürfen nicht nur Monographien und größere wissenschaftliche Artikel untersucht werden, sondern auch die populärwissenschaftliche Literatur, die Zusammensetzung des Leserkreises usw. verdienen Berücksichtigung.

Die Auswertung der Moskauer Erklärung sollte auch dazu führen, den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit der Parteihistoriker in den sozialistischen Ländern auf allen Ebenen noch enger zu gestalten und ihre Zusammenarbeit mit den marxistischen und fortschrittlichen Historikern in den kapitalistischen Ländern weiter zu verbessern. Gemeinsam werden sie in verstärktem Maße die Geschichte des proletarischen Internationalismus erforschen und zu einem wirksamen Mittel machen, um den sozialistischen Internationalismus der Gegenwart zu festigen und zu vertiefen. Wir deutschen Parteihistoriker müssen nach wie vor in jeder Hinsicht von der sowjetischen Historiographie lernen, verstehen es doch die sowjetischen Historiker vortrefflich, die Geschichtswissenschaft als einen wichtigen Faktor in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus mit Erfolg zu meistern. Wir sollten das lange Zeit zu unrecht stark vernachlässigte Studium der Geschichte der KPdSU und der sowjetischen Historiographie mit Ernst und Intensität betreiben, zeigt es uns doch, welche politischen und wissenschaftlichen Anforderungen wir an unsere Arbeit stellen müssen.

Abschließend wollen wir noch einmal unterstreichen, daß eine unbedingte Voraussetzung für die Arbeit der Parteihistoriker ihre enge Verbindung mit der Praxis ist. Wir müssen unsere Arbeit entsprechend dem Beschluß der 11. Tagung des ZK der SED „Für einen Aufschwung in der Propaganda des Marxismus-Leninismus“³⁶ als wichtigen Bestandteil des

³⁶ Vgl. Neuer Weg, 1961, Heft 2, S. 96–96.

Kampfes unserer Partei um die Lösung der nationalen Frage auffassen und die vielfältigen Möglichkeiten, die wir auf dem Gebiet der ideologischen Erziehung und Bewußtseinsbildung der Werktätigen haben, ausschöpfen. Dabei denken wir insbesondere an die propagandistische Tätigkeit in den Betrieben, glauben aber auch, daß die Parteihistoriker solche Organisationen wie die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftliche Kenntnisse, die Deutsche Historiker-Gesellschaft usw. mehr unterstützen sollten.

Ganz besonders aber scheint es uns wichtig, daß die schriftliche Propaganda an Qualität und Quantität gewinnt. In dieser Hinsicht gilt es auch die „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ mehr auszunutzen und sie zu einem Diskussionsorgan für alle Fragen der Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung sowie der theoretischen Probleme des Marxismus-Leninismus zu gestalten. Die Redaktion und das Redaktionskollegium der Zeitschrift müssen ihre Arbeit vor allem in der Richtung verbessern, daß die veröffentlichten Artikel theoretisch gehaltvoller werden und die Zeitschrift die vielfältigen Aufgaben der Parteihistoriker widerspiegelt.

Hervorheben möchten wir auch, wie notwendig es ist, daß namentlich die populäre, massenwirksame historische Publizistik weiter verbessert wird. Aufgabe dieser Literatur muß sein, die Werktätigen unserer Republik mit den Erfahrungen der Geschichte bekannt zu machen, ihre Schöpferkraft und das Bewußtsein, daß sie Gestalter der Geschichte sind, zu stärken.

Noch einmal möchten wir betonen, daß es in Auswertung der Moskauer Erklärung nicht darauf ankommt, eine Vielzahl neuer Forschungsthemen in Angriff zu nehmen und dadurch die Kräfte zu zersplittern, sondern in erster Linie darauf, die Arbeit besser zu koordinieren, in unseren Arbeitsplänen die Proportionen zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren, den Kollektiven, Instituten usw. bestimmte Schwerpunkte zuzuweisen und uns in unserer gesamten Forschungs- und Publikationstätigkeit von den neuen Erkenntnissen der Moskauer Erklärung leiten zu lassen, sie zur Grundlage unserer Arbeit zu machen. Dadurch werden wir noch wirkungsvoller zur Lösung der großen im Siebenjahrplan vorgezeichneten ökonomischen, politischen wie ideologischen Aufgaben beitragen. Das entspräche dem Geist der Moskauer Erklärung und den Forderungen des 11. Plenums des ZK der SED.

Einige Probleme des Kampfes um die Demokratie in den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands

Der Jahrestag der Herstellung der politischen Einheit der Arbeiterklasse in einem Teil unseres Vaterlandes durch die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gibt Anlaß, die Meilensteine in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wissenschaftlich zu untersuchen und ihre historische Bedeutung anzuschätzen. Die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands 1935 gehört zu den wichtigsten politischen Ereignissen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sowohl im Hinblick auf ihre damalige Bedeutung im Kampf aller patriotischen Kräfte unter der Führung der KPD gegen den faschistischen deutschen Imperialismus und seine Kriegspolitik als auch hinsichtlich ihrer gewaltigen Auswirkungen auf das weitere Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung und der ganzen deutschen Nation. Von der Brüsseler Konferenz der KPD führte ein direkter Weg über die Berner Parteikonferenz 1939 zur Vereinigung der Arbeiterbewegung auf marxistisch-leninistischer Grundlage, zur Entstehung der nationalen Front des demokratischen Deutschland, zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bis hin zu den grandiosen Beschlüssen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über den Vormarsch zum Sieg des Sozialismus in der DDR.¹

Bevor wir auf die Probleme des Kampfes um die Demokratie eingehen, soll zunächst eine kurze Darstellung des Verlaufs der Brüsseler Konferenz der KPD, ihrer allgemeinen Ergebnisse sowie ihrer Beziehungen zum XII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gegeben werden.

In den Jahren nach dem XII. Parteitag der KPD, der im Juni 1929 stattfand und die Generallinie der Partei für die Zeit des beginnenden revolutionären Aufschwungs der deutschen Arbeiterbewegung festlegte,² hatten sich im Weltmaßstab und in Deutschland bedeutsame Veränderungen im Kräfteverhältnis der Klassen vollzogen, war eine gänzlich neue Lage entstanden, die es notwendig machte, die Strategie und Taktik der Partei neu auszuarbeiten. Es kam hinzu, daß der zugespitzte Klassenkampf in der

¹ Vgl. Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1169/1170.

² Vgl. Die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Resolution des XII. Parteitag. In: Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD, Berlin o. J., S. 7-35.

Zeit der Weltwirtschaftskrise und danach den Kommunisten einen großen Schatz an Erfahrungen, Lehren und neuen theoretischen Erkenntnissen vermittelt hatte, der die Partei befähigte, alle Fragen des Kampfes auf neue Art zu stellen. In der Regel oblag die Erörterung und Festlegung der Strategie und Taktik einem Parteitag, jedoch war es unter den Bedingungen des illegalen Kampfes unmöglich, einen solchen einzuberufen. Deshalb machte die Parteiführung von der im Statut festgelegten Möglichkeit Gebrauch und berief statt dessen eine Parteikonferenz ein.

In der Zeit vom 3. bis 15. Oktober 1935 fand dann die IV. Reichsparteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, die erste zentrale Parteitagung nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, statt. Unter den Bedingungen der konspirativen Tätigkeit der Partei wurde die Parteikonferenz allgemein als „Brüsseler Konferenz“ bekannt und ist unter dieser Bezeichnung auch in die Dokumente der Partei und in die historische Literatur eingegangen.

Die Brüsseler Konferenz erfüllte die grundlegenden Aufgaben, die das Statut der Partei an einen Parteitag stellte. Deshalb konnte in der über das Stattfinden und über die Ergebnisse der Konferenz veröffentlichten Pressemitteilung mit Recht gesagt werden, daß die „Parteikonferenz ... den Charakter eines Parteitages hatte“⁴. Dieser Tatsache trug nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus der erste wieder legal zusammen tretende Parteitag Rechnung, indem er sich als „15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands“ konstituierte und die in der Periode der faschistischen Diktatur durchgeführten beiden Parteikonferenzen – die Brüsseler Konferenz, Oktober 1935, und die Berner Konferenz, Januar/Februar 1939 – als 13. bzw. 14. Parteitag anerkannte.⁵

Entsprechend ihrer Zusammensetzung repräsentierte die Parteikonferenz die gesamte heldenmütig kämpfende Kommunistische Partei Deutschlands, die gegen Ende 1934 mehr als 60 000 erfaßte Mitglieder zählte.⁶ An der Konferenz nahmen neben führenden Genossen, die zur Sicherung der Leitung der Partei im Ausland weilten, Delegierte der meisten Bezirksorganisationen teil.⁷ Das Hauptreferat auf der Parteikonferenz hielt Wilhelm Pieck, der auch am Abschluß der Konferenz deren Verlauf und Ergebnisse in einem Schlußwort zusammenfaßte.⁸ In seinem Referat nahm er

³ Vgl. Statut der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). In: Die Entwicklung der Parteistatuten in der deutschen Arbeiterbewegung (Lesematerial). Hrsg. von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 78.

⁴ Die Rote Fahne, Mitte Dezember 1935.

⁵ Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, 19. und 20. April 1946 in Berlin, Berlin 1946, S. 17.

⁶ Vgl. Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß, Moskau-Leningrad 1935, S. 111. – Die angegebene Zahl bezieht sich auf die in irgendeiner Weise (Beitragszahlung, Mitgliederlisten o. ä.) erfaßten Mitglieder, nicht eingerechnet sind also die Zehntausende verhafteter Kommunisten und viele, die noch nicht in den illegalen Organisationen erfaßt waren.

⁷ Vgl. Die Rote Fahne, Mitte Dezember 1935.

Einige Probleme des Kampfes um die Demokratie

Die Einschätzung wichtiger Probleme der Politik der Partei seit dem II. Parteitag vor, gab eine gründliche Analyse der Lage im internationalen Maßstab und vor allem in Deutschland und entwickelte vor den Delegierten alle Grundfragen der weiteren Strategie und Taktik des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus.

In einem zweiten Referat legte Wilhelm Florin ergänzend wesentliche Probleme des Kampfes um die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die Schaffung einer antifaschistischen Volksfront in Deutschland dar.⁹ Auch schätzte die Ergebnisse der Diskussion in einem Schlußwort ein. Das Hauptreferat Wilhelm Piecks und das Referat Wilhelm Florins müssen als E. als einheitlicher Bericht der Parteiführung an die Parteikonferenz angesehen werden. Außerdem wurden von führenden Parteiarbeitern ausführliche Reden zu wichtigen Fragen der Massenpolitik der Partei gehalten. Walter Ulbricht, Sekretär des Politbüros, beschäftigte sich in seiner Rede vor allem mit den Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes in Deutschland.¹⁰ Ferner wurden Probleme des innerparteilichen Aufbaus unter den Bedingungen der Illegalität und Fragen der Massenarbeit¹¹ sowie der Kampf um die Einbeziehung der Jugend in die antifaschistische Kampffront behandelt.¹²

Palmiro Togliatti (Pseudonym Ercoli) begrüßte in der Diskussion im Namen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) die Parteikonferenz, entwickelte vor den Delegierten die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus und wies sehr eindringlich auf die nächsten Aufgaben der KPD hin.¹³

An der sehr ausführlichen Diskussion beteiligten sich zahlreiche Genossen aus den unteren Parteiorganisationen, die vor allem über die praktischen Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes in Deutschland selbst berichteten.¹⁴ Einstimmig bestätigten die Delegierten der Brüsseler Konferenz die Generallinie der Partei, die in der Resolution „Der neue Weg

⁸ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerherrschaft. Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Oktober 1935, Dietz Verlag, Berlin 1960.

⁹ Wilhelm Florin: Wie stürzen wir Hitler. Der Weg zur Einheitsfront und antifaschistischen Volksfront in Deutschland. Rede und Schlußwort auf der Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Oktober 1935, Moskau 1936.

¹⁰ Walter Ulbricht: Der gewerkschaftliche Kampf in Deutschland. Rede auf der Reichsparteikonferenz der KPD in Brüssel, Oktober 1935. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 88–108.

¹¹ Parteaufbau und Massenarbeit. Rede Franz' (d. i. Franz Dahlem – S. V.), gehalten auf der Brüsseler Konferenz. In: Tarnbroschüre „Patrouille Schierstädt“.

¹² Die junge Generation. Reden von Ackermann und Karl, gehalten auf der Brüsseler Parteikonferenz der KPD. In: Tarnbroschüre „Kindermund“.

¹³ Ercoli: Die antifaschistische Einheitsfront und die nächsten Aufgaben der KPD. (Aus der auf der IV. Parteikonferenz der KPD gehaltenen Rede.) In: Die Kommunistische Internationale, 1935, Heft 20, S. 1741–1756.

¹⁴ Wie kämpft das illegale Deutschland? Aus den Berichten der Delegierten zur Brüsseler Parteikonferenz der KPD. In: Tarnbroschüre „Das Bridge-Buch“.

zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Hitlerdiktatur“ niedergelegt wurde.¹⁵ Von dieser Resolution sagte Wilhelm Pieck in seinem Schlußwort, daß sie „das bedeutendste Dokument, das die Partei bisher geschaffen hat“ (Hervorgehoben von mir — S. V.), sei.¹⁶ In einem Manifest „An das werktätige deutsche Volk“ legte die Parteikonferenz eine für alle Volksschichten annehmbare Plattform des gemeinsamen Kampfes für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt vor.¹⁷ Das Begrüßungsschreiben an den vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gewählten Generalsekretär, Georgi Dimitroff, enthielt den Dank der deutschen Kommunisten für sein mutiges Auftreten im Leipziger Reichstagsbrandprozeß und das Bekenntnis zur Politik des VII. Weltkongresses.¹⁸ Ihre innere Verbundenheit mit dem von den Faschisten seit dem 3. März 1933 eingekerkerten Führer der Partei, Ernst Thälmann, sowie mit allen politischen Gefangenen des Hitlerfaschismus brachten die Delegierten der Parteikonferenz in Grußadressen zum Ausdruck und gelobten, den Kampf für ihre Befreiung aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern verstärkt weiterzuführen. Schließlich verabschiedete die Konferenz mit großer Begeisterung Grußschreiben an die Führerin der internationalen Arbeiterbewegung — die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) — und an die heldenhaften Kommunistischen Parteien Chinas und Frankreichs, die im Kampf um die Herstellung der antiimperialistischen bzw. antifaschistischen Einheitsfront ihrer Völker besonders große Erfolge zu verzeichnen hatten.¹⁹

Die Einstimmigkeit, mit der die politische Linie und alle anderen Dokumente von der Brüsseler Parteikonferenz beschlossen wurden, widerspiegelte die feste ideologisch-politische Einheit der Partei. Eine solche marxistisch-leninistische Geschlossenheit war auf den Parteitag und Parteikonferenzen der KPD in der Vergangenheit noch nicht zum Ausdruck gekommen.

Um die einheitliche Durchführung ihrer Beschlüsse zu sichern und die Partei im Kampf gegen den Hitlerfaschismus zielbewußt führen zu können, wählte die Konferenz, ebenfalls einmütig, ein neues Zentralkomitee. Zum Führer der Partei wurde wiederum Thälmann berufen.²⁰ Für die Zeit seiner Kerkerhaft bestätigte die Konferenz Wilhelm Pieck als

¹⁵ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf..., S. 143–172.

¹⁶ Ebenda, S. 140.

¹⁷ Ebenda, S. 173–180.

¹⁸ Die vierte Parteikonferenz der KPD an den Genossen Dimitroff. In: Die Kommunistische Internationale, 1935, Heft 21, S. 1878/1879.

¹⁹ Vgl. Wilhelm Pieck: Die Brüsseler Reichskonferenz der KPD. In: Rundschau (Basel), 1935, Nr. 73, S. 2817. Schließlich wurde ein Beschluß veröffentlicht, der mitteilte, daß die Konferenz Ernst Torgler, den früheren Fraktionsvorsitzenden der KPD im Reichstag und einzigen deutschen Mitangeklagten Georgi Dimitroffs im Reichstagsbrandprozeß, wegen feiger Kapitulation vor dem faschistischen Reichsgericht und wegen Verrats an den Interessen der deutschen Arbeiterklasse aus den Reihen der Partei ausschloß. (Vgl. Ausschuß Torglers aus der KPD. In: Rundschau, 1935, Nr. 75, S. 2896.)

Vorsitzenden der Partei. Der neugewählten Parteiführung gehörten neben den bewährten Mitgliedern des bisherigen Zentralkomitees, wie Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Fritz Heckert, Wilhelm Florin u. a., auch Genossen an, die sich erst in den vorangegangenen Jahren im illegalen Kampf gegen den Hitlerfaschismus bewährt hatten.²¹ Diese von der Brüsseler Konferenz gewählte Parteiführung hat in den schweren Jahren der faschistischen Diktatur und des zweiten Weltkrieges die Partei einen gradlinigen Weg – bis zur Herstellung der politischen Einheit der Arbeiterklasse in einem Teile Deutschlands durch die Gründung der SED am 1. April 1946 – geführt und damit die ihr von der Parteikonferenz übertragene Mission ehrenvoll erfüllt.

Die Brüsseler Parteikonferenz löste die ihr gestellten historischen Aufgaben geleitet von nationaler Verantwortung. Sie zählt ihren Ergebnissen nach zu den bedeutendsten Parteitagungen in der Geschichte der heute mehr als hundertjährigen deutschen Arbeiterbewegung. Auf der Grundlage einer realen Einschätzung der Lage in der Welt und in Deutschland, gestützt auf die Lehren des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, arbeitete die Konferenz das Kampfprogramm aller patriotischen, friedliebenden und demokratischen Kräfte für den Sturz des faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus, mit seiner Hitlerregierung an der Spitze, aus. Damit entwickelte sie als einzige Partei in Deutschland ein wahrhaft nationales Programm zur Rettung des deutschen Volkes vor seinen Verderbern und erbrachte den Beweis, daß „in der Nacht der Hitler-Herrschaft die Kommunistische Partei Deutschlands die einzige politische Kraft (war), die den anti-faschistischen und nationalen Widerstand gegen das Naziregime organisierte“²².

Die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz der KPD können nicht unabhängig von den Ergebnissen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, der vom 25. Juli bis 20. August 1935 in Moskau stattfand, betrachtet werden. Vielmehr muß man feststellen, daß dem Weltkongreß das Hauptverdienst bei der Ausarbeitung der grundlegenden Ideen der strategischen und taktischen Neuorientierung der kommunistischen Parteien gebührt.²³

²⁰ Dem Zentralkomitee der KPD gelang es noch im Jahre 1935 mit dem von den Faschisten in Berlin gefangengehaltenen Ernst Thälmann Verbindung aufzunehmen und seine Zustimmung zur Generallinie der Partei zu erhalten. (Vgl. Walter Ulbricht: Wir erfüllen Ernst Thälmanns Vermächtnis. In: Einheit, 1953, Heft 3, S. 242.)

²¹ Vgl. Die Rote Fahne, Mitte Dezember 1935.

²² Walter Ulbricht: Die DDR ist ihres Sieges gewiß. In: Neues Deutschland (B), Mai 1960.

²³ Vgl. Walter Ulbricht: Der VII. Weltkongreß der Komintern und die Kommunistische Partei Deutschlands. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 69–87. Ferner: Ein historischer Meilenstein im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. In: Einheit, 1960, Heft 8, S. 1237–1251. – Wenn auch der konkrete Gegenstand der vorliegenden Arbeit die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz der KPD sind, so soll doch kurz auf die historische Bedeutung des

Die Brüsseler Konferenz war die erste Parteikonferenz, die von einer Sektion der Kommunistischen Internationale nach dem VII. Weltkongreß durchgeführt wurde.²⁴ Ihre grundlegende Aufgabe bestand darin, die neuen Erkenntnisse und Lehren des Weltkongresses schöpferisch auf die Bedingungen des Kampfes gegen den faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus anzuwenden.²⁵ Im einzelnen mußten von der Konferenz wie der Vertreter des EKKI in seiner Diskussionsrede ausführte, folgende Fragen gelöst werden:

„1. Die konkrete sachliche Analyse der objektiven Lage Deutschlands, die richtige Einschätzung unseres Feindes, des Faschismus, seiner Kräfte

VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale hingewiesen werden. Die Bedeutung des VII. Weltkongresses wird allein schon dadurch unterstrichen, daß auf ihm die Vertreter der kommunistischen Parteien aus 65 Ländern, 510 Delegierte der etwa 4 Millionen Kommunisten aller Erdteile, vertreten waren. Die Aufgabe dieses in der Geschichte bis dahin größten Forums der kommunistischen Weltbewegung bestand vor allem darin, die Veränderungen, die sich im Kräfteverhältnis der Klassen seit dem VI. Weltkongreß (Juli–September 1928) ergeben hatten, zu analysieren, die neuen Erscheinungen der gesellschaftlichen Entwicklung und die Erfahrungen des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg theoretisch zu durchdringen und zu verallgemeinern und die entsprechenden Schlußfolgerungen für die Politik und Taktik der kommunistischen Bewegung auszuarbeiten. Der Weltkongreß hat in dieser Beziehung eine außerordentlich schöpferische theoretische und praktische Arbeit geleistet.

In bezug auf die Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis der Klassen hob der VII. Weltkongreß drei wesentliche Momente hervor, die auch bei der Analyse der Lage durch die Brüsseler Konferenz den Ausgangspunkt bildeten (vgl. Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf ..., S. 5).

Die wichtigste Veränderung ergab sich aus dem Sieg des Sozialismus in der UdSSR, durch den die Macht und Autorität der Sowjetunion außerordentlich gestärkt und ihre Rolle in der internationalen Politik bedeutend gehoben wurde. Der Sieg des Sozialismus auf einem Sechstel des Erdballs bedeutete eine moralische und materielle Stärkung der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung, aller Kräfte des Friedens und der Demokratie. Deshalb konnte D. Manuilski feststellen: „Mit dem Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion entsteht ... eine neue politische Situation, kommt ein neues Kräfteverhältnis der Klassen im internationalen Maßstabe zustande, das die kommunistischen Parteien verpflichtet, eine Reihe grundlegender Probleme der Strategie und Taktik unseres Kampfes auf neue Art zu stellen.“ (D. Manuilski: Die Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion. In: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Moskau 1939, S. 529.)

Eine weitere wesentliche Veränderung in der internationalen Situation bestand im Hereinbrechen der Weltwirtschaftskrise, die von einer „Depression besonderer Art“ abgelöst wurde, und in der Offensive des Faschismus, die vor allem in der Errichtung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland ihren sichtbarsten Ausdruck gefunden hatte.

Schließlich bestand eine der wichtigsten Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis der Klassen in der stürmischen ideologisch-politischen und organisatorischen Entwicklung der kommunistischen Parteien sowie im Aufschwung der antifaschistischen, antiimperialistischen Bewegung in einer Reihe von Ländern, darunter in China, wo die gegen den japanischen Imperialismus gerichtete Einheitsfront beachtliche Erfolge verzeichnen konnte, und in Frankreich, wo es im Februar 1934 gelungen war, die Einheitsfront der Arbeiterklasse herzustellen, den ersten großen Angriff der Faschisten gegen die Republik zurückzuschlagen und die Voraussetzungen für eine breite antifaschistische Volksfront zu schaffen.

und seiner Schwächen; die konkrete Analyse der Verhältnisse zwischen den Klassen im Land und auf Grund dieser Analyse die Festlegung der nächsten Perspektive.

2. Die Ausarbeitung eines politischen Programms, auf Grund dessen alle Kräfte, die gegen den Faschismus kämpfen wollen, zusammengefaßt werden können, um eine breite antifaschistische Bewegung im Lande zu entfesseln und die Voraussetzungen für den Sturz der faschistischen Diktatur zu schaffen.

3. Die konkrete Einschätzung der Kräfte der Partei und eine gründliche, sachliche Selbstkritik der Fehler, die von der Partei besonders nach der Aufrichtung der Hitlerdiktatur gemacht wurden und die die Partei bis jetzt an der Schaffung einer breiten Massenbewegung gegen den Faschismus gehindert haben.

Insgesamt betrachtet bedeuteten die Veränderungen im Weltmaßstab trotz der faschistischen Offensive eine gewaltige Stärkung der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Große Aufmerksamkeit widmete der Weltkongreß der Klassenanalyse der faschistischen Diktatur. Mit der exakten Untersuchung und Definition des Faschismus, auf die im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz näher eingegangen wird, gab er der internationalen Arbeiterbewegung eine der theoretischen Grundlagen zur Ausarbeitung der Strategie und Taktik des antifaschistischen Kampfes.

Im Mittelpunkt des Weltkongresses standen naturgemäß die Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen und friedliebenden Kräfte der Völker gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg. Von den neuen Kampfbedingungen ausgehend, wurden solche Probleme wie die Stellung der Arbeiterklasse zur Demokratie, das Verhältnis von Arbeiterklasse und Nation, die Herstellung der politischen Einheit der Arbeiterklasse, die Bedeutung des Kampfes für die Verhinderung imperialistischer Kriege u. a. neu durchdacht und die marxistisch-leninistische Theorie schöpferisch weiterentwickelt. Insbesondere die Lehren des VII. Weltkongresses über die neuen Möglichkeiten und Formen des Kampfes um die Einheitsfront der Arbeiterklasse und um die Schaffung der antifaschistischen Volksfront aller Gegner des Faschismus und des imperialistischen Krieges hatten für die Ausarbeitung der konkreten Politik durch die einzelnen kommunistischen Parteien eine außerordentliche Bedeutung.

Seine große theoretische und praktische Arbeit bereicherte die marxistisch-leninistische Wissenschaft und hob die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung auf eine höhere Stufe ihrer Entwicklung. Seine neuen theoretischen Erkenntnisse und praktischen Schlußfolgerungen ermöglichten es den kommunistischen Parteien, eine neuen Bedingungen des Klassenkampfes in ihren Ländern entsprechende Strategie und Taktik auszuarbeiten; sie sind auch heute noch für die kommunistischen und Arbeiterparteien von Bedeutung.

24 Vgl. Ercoli: Die antifaschistische Einheitsfront... In: Die Kommunistische Internationale, 1935, Heft 20, S. 1742.

25 Die Bedeutung dieser Aufgabe der Parteikonferenz wurde dadurch unterstrichen, daß der Weltkongreß beschlossen hatte, die operative Leitung des Kampfes stärker als vormals in den einzelnen Parteien selbst zu konzentrieren und die Tätigkeit des KKKI auf die Ausarbeitung der grundlegenden politischen Fragen zu beschränken. Vgl. Über die Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Resolution zum Rechenschaftsbericht des Genossen W. Pieck. In: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 558.)

4. Die Ausarbeitung einer politischen und organisatorischen Plattform, auf Grund welcher alle Kräfte der Partei im Kampf für die Überwindung der jetzigen schwierigen Lage der Partei und für die Lösung ihrer nächsten Aufgaben zusammengefaßt werden können.²⁶

Wie die Geschichte bewiesen hat, stand die Parteikonferenz voll und ganz auf der Höhe dieser Aufgaben. Die von ihr ausgearbeitete und einheitlich beschlossene Politik war das Ergebnis der langjährigen politisch-ideologischen Stählung der Partei, die sich in den Jahren nach ihrer Gründung im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, gegen den Reformismus der Sozialdemokratie sowie alle rechtsopportunistischen und „linken“ Abweichungen in den eigenen Reihen zu einer leninistischen Massenpartei entwickelt und es gelernt hatte, den Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland anzuwenden.²⁷

Außerordentliche Aufmerksamkeit schenkte die Brüsseler Konferenz der Analyse des Kräfteverhältnisses der Klassen. Sie handelte entsprechend den Hinweisen W. I. Lenins, der von den Kommunisten gefordert hatte, „die tatsächliche politische Lage ... mit der größtmöglichen objektiven Genauigkeit festzustellen ...“, um die marxistische Taktik auf der einzig festen Grundlage, auf die sie stets gegründet sein muß, aufzubauen, auf der Grundlage der *Tatsachen*“²⁸. Wilhelm Pieck übte in seinem Bericht scharfe Kritik an jenen Genossen, die in der Vergangenheit einer Analyse der konkreten Kampfbedingungen aus dem Wege gegangen waren und die Lage nach ihren subjektiven Wünschen einschätzten. Er sagte: „Die richtige Einschätzung der Klassenkräfte, des Verhältnisses zwischen den Klassen, der Lage innerhalb unserer Klasse und der Lage der Bourgeoisie in Deutschland ist *das wichtigste Element für die Ausarbeitung einer richtigen politischen Linie* (Hervorhebungen von mir – S. V.), einer richtigen strategischen Orientierung und Taktik unserer Partei.“²⁹ Die Parteikonferenz gab, gestützt auf die Untersuchungen des VII. Weltkongresses, eine reale Einschätzung der Veränderungen, die sich im Weltmaßstab und in Deutschland seit dem XII. Parteitag der KPD vollzogen hatten.

Obgleich international das Kräfteverhältnis der Klassen, besonders infolge des Sieges des Sozialismus in der Sowjetunion, sich zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie, der nationalen Befreiungsbewegungen und des Sozialismus verändert hatte, war in Deutschland eine Entwicklung zuungunsten der Arbeiterklasse und der anderen friedliebenden und demokratischen Schichten des Volkes vor sich gegangen. Den sicht-

²⁶ Ercoli: Die antifaschistische Einheitsfront... In: Die Kommunistische Internationale 1935, Heft 20, S. 1742.

²⁷ Vgl. Walter Ulbricht: Begründung der Thesen über die Novemberrevolution 1918. Referat auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED. In: Einheit, 1958, Heft 10, S. 1426.

²⁸ W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 318.

²⁹ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf..., S. 16.

barsten Ausdruck fand diese Veränderung in der Bildung der Hitlerregierung am 30. Januar 1933. Damit war die offene faschistische Diktatur in Deutschland errichtet worden, die, ausgeübt durch die NSDAP, den Interessen des reaktionärsten und aggressivsten Flügels des deutschen Finanzkapitals am besten entsprach. Während infolge der verräterischen Politik der reformistischen SPD- und Gewerkschaftsführer die Arbeiterbewegung weiterhin gespalten blieb, war auf seiten der herrschenden Kreise eine Konzentration aller Feinde der Demokratie und des Fortschritts unter der Führung der NSDAP vor sich gegangen und hatte sich die faschistische Diktatur konsolidieren können.

Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur hatte sich der politische Kampfboden der Arbeiterbewegung grundlegend verändert. An die Stelle der parlamentarisch-demokratischen Weimarer Republik war die faschistische Terrorherrschaft getreten. Die Arbeiterbewegung hatte sich in jahrzehntelangen Kämpfen eine Reihe demokratischer Rechte und Freiheiten erkämpft und es immer besser verstanden, diese im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus auszunutzen. Nicht zuletzt deshalb griff der reaktionärste Flügel des deutschen Imperialismus 1933 zur offenen faschistischen Diktatur. Durch den Faschismus wurden die letzten Reste demokratischer Rechte und Freiheiten vollständig beseitigt, was den Kampf der Arbeiterbewegung außerordentlich erschwerte und komplizierte. Die traditionellen Organisationen der Arbeiterklasse waren zerschlagen worden und die KPD gezwungen, ihren Kampf unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität zu führen. Hinzu kam, daß die Faschisten in den Jahren 1933/34 schon 2000 der besten Funktionäre und Mitglieder der KPD ermordet und mehr als 60 000 Kommunisten in die Konzentrationslager und Zuchthäuser verschleppt hatten.³⁰

Sachlich untersuchte die Brüsseler Parteikonferenz das Verhältnis der einzelnen Klassen und Schichten zum faschistischen Regime. In der Resolution wurden die wesentlichen Erkenntnisse niedergelegt:

1. Es war dem Faschismus „nicht gelungen, die Hauptmassen der Arbeiterschaft politisch für sich zu gewinnen; sie stehen ihm ablehnend gegenüber“³¹. In dieser Tatsache widerspiegelte sich der antagonistische Widerspruch zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und denen der faschistischen Machthaber. Das bedeutete aber bei weitem noch nicht, daß der Hauptteil der Arbeiterklasse schon zum Kampf gegen den Hitlerfaschismus bereit war. Die Parteikonferenz schätzte nüchtern ein, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse sich noch immer passiv verhielt und nur eine Minderheit aktiv gegen die faschistische Diktatur kämpfte.³²

2. Es war dem Faschismus mit politischem Druck und einer skrupellosen nationalen und sozialen Demagogie gelungen, sich besonders in den Kreisen des Kleinbürgertums, d. h. des städtischen Mittelstandes, der

³⁰ Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß, S. 111.

³¹ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf..., S. 146.

³² Vgl. ebenda, S. 150.

Bauernschaft und der bürgerlichen Intelligenz eine politische Massenbasis zu sichern.³³ Auch diese Tatsache mußte die Parteikonferenz bei der Festlegung ihrer politischen Linie beachten. Sie erkannte jedoch, ausgehend von den Lehren des VII. Weltkongresses, daß zwischen dem Faschismus und seiner Massenbasis objektiv ein antagonistischer Widerspruch existierte, der unter dem Einfluß der volksfeindlichen Politik des Hitlerregimes eine weitere Zuspitzung erfahren und unter Umständen auch zu offenen Konflikten führen konnte.³⁴ Die Parteikonferenz übersah aber nicht die Tatsache, daß der zwischen dem Faschismus und seiner Massenbasis objektiv vorhandene Widerspruch noch nicht im Bewußtsein dieser Schichten, geschweige denn in direkten antifaschistischen Aktionen, seine subjektive Widerspiegelung fand. Immerhin lag im objektiven Wirken dieses Widerspruchs die potentielle Möglichkeit, auch die zeitweiligen Anhänger Hitlers aus den werktätigen Schichten des Volkes für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen.

Der von der Brüsseler Konferenz der KPD entwickelten Strategie und Taktik lagen Erkenntnisse über neue Entwicklungstendenzen des Imperialismus zugrunde, auf die schon Lenin hingewiesen hatte, die in Deutschland besonders in den Jahren der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932/33 deutlich hervortraten und vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale theoretisch verallgemeinert worden waren.³⁵ Durch die außerordentlich schwere und langwierige Wirtschaftskrise wurde die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus forciert. Hieraus resultierte der verstärkte Drang zur politischen Reaktion gegen das eigene Volk und zur beschleunigten Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen andere Völker.³⁶ In Deutschland hatte diese Entwicklung in der faschistischen Diktatur, die vom VII. Weltkongreß als *„die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“* gekennzeichnet wurde,³⁷ ihren bis dahin krassesten Ausdruck gefunden. Das Resultat dieses Entwicklungsprozesses war eine Verschärfung aller dem Imperialismus innewohnenden Widersprüche, besonders seines grundlegenden Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit. Aber nicht nur das. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die faschistische Dikta-

³³ Vgl. ebenda, S. 146.

³⁴ Die Ereignisse vom 30. Juni und 1. Juli 1934 waren teilweise schon Ausdruck eines solchen Konflikts.

³⁵ Vgl. Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. In: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 523 ff. — Georgi Dimitroff: Für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Ebenda, S. 626 ff.

³⁶ Vgl. Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.—17. Dezember 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 48/49. — A. Beljakow/F. Burlatzkij: Die Leninsche Theorie der sozialistischen Revolution und die Gegenwart. In: Aus der internationalen Arbeiterbewegung, 1960, Nr. 19, S. 7/8.

³⁷ Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus ..., S. 525.

tur führten objektiv sogar zu einer Spaltung innerhalb der Bourgeoisie. Insgesamt gesehen bedeutete die Konzentration aller ökonomischen und politischen Macht in den Händen einer kleinen antidemokratischen und kriegslüsternden Clique der Finanzoligarchie eine Zuspitzung und Ausweitung des antagonistischen Gegensatzes zwischen dieser Kriegsfraktion und allen anderen Klassen und Schichten des Volkes. Aus einer solchen Entwicklung, die wir nur knapp und thesenhaft andeuten konnten, ergaben sich für die Kommunistische Partei neue Aufgaben bei der Ausarbeitung und Festlegung ihrer Strategie und Taktik.³⁸ Sie bildete die objektive Grundlage für die Organisation einer breiten nationalen und demokratischen Kampffront gegen den Hitlerfaschismus und seine Kriegspolitik. Wichtige neue Schlußfolgerungen ergaben sich für die Partei hinsichtlich der Festlegung des Kampfziels der ganzen nächsten Etappe sowie der Gewinnung und Sammlung der Klassenkräfte, die in den Kampf um dieses Ziel einbezogen werden konnten. Dementsprechend formulierte die Brüsseler Konferenz als „zentrale Aufgabe der nächsten Zukunft“: *„die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der deutschen Arbeiterklasse und die Schaffung der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen zum Kampf gegen die faschistische Diktatur und für ihren Sturz.“*³⁹ (Hervorhebungen von mir — S. V.) Mit dieser Generallinie wurde der Hauptstoß des Kampfes nicht gegen die Bourgeoisie schlechthin, sondern gegen die faschistische Diktatur geführt. Das heißt, er richtete sich gegen die reaktionärste und kriegslüsterndste Fraktion des deutschen Imperialismus und Militarismus und ihr Instrument, die Hitlerregierung mit ihrem terrori-

³⁸ Wir gebrauchen in der vorliegenden Arbeit im Zusammenhang mit dem VII. Weltkongreß der KI und der Brüsseler Konferenz der KPD die Termini Strategie und Taktik, obgleich in den zeitgenössischen Dokumenten und Materialien in der Regel von der neuen Taktik, der taktischen Neuorientierung u. ä. gesprochen wird. U. E. wurde vom VII. Weltkongreß der Begriff Taktik im weitesten Sinne angewandt und schloß den Inhalt der neuen Begriffe Strategie und Taktik in sich ein. In dem Lehrbuch Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Dietz Verlag, Berlin 1960, wird auf den Seiten 402/403 die folgende Erklärung für die unterschiedliche Anwendung dieser politischen Fachausdrücke gegeben: „Wenn man von der Taktik spricht, meint man meist die politische Linie für eine relativ kurze Periode, die durch diese oder jene konkreten Bedingungen bestimmt wird; spricht man aber von der Strategie, so meint man die Linie für eine ganze historische Etappe. Doch eine solche Unterscheidung wurde nicht immer gemacht. In der alten Arbeiterbewegung (in der Periode vor dem Oktober) wurde unter der Taktik der Partei die gesamte Politik verstanden, unabhängig davon, für welche Zeitspanne sie berechnet war. So wurde dieser Begriff auch von Lenin verwendet, der damit sowohl die sich verhältnismäßig rasch verändernden Aufgaben der Leitung des Kampfes der Arbeiterklasse (die Taktik im engeren Sinne) als auch die Aufgaben bezeichnete, die für die Dauer einer ganzen historischen Periode Geltung haben ... Erst in der Periode nach dem Oktober erwähnte er in einigen Arbeiten, die sich auf die Politik der kommunistischen Bruderparteien beziehen, auch die Parteistrategie, ohne es jedoch für notwendig zu erachten, diesen Begriff vom Begriff der Taktik abzugrenzen. Heute sprechen die Kommunisten von der Strategie oder von der strategischen Linie, wenn es sich um die Grundlinie der Partei handelt, die auf die Erfüllung der allgemeinen Aufgaben der jeweiligen historischen Etappe abzielt ...“

³⁹ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf ..., S. 151.

stischen Unterdrückungsapparat. Das Hauptziel des Kampfes, das strategische Ziel, bestand in der Überwindung des Hitlerfaschismus und der Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland.⁴⁰ Dies war eine allgemein-demokratische Aufgabe von nationaler Bedeutung, zu deren Lösung alle Kräfte des Volkes, die sich objektiv im Gegensatz zum Faschismus befanden, herangezogen werden mußten. Aus dieser Aufgabenstellung erwuchs der Reichsparteikonferenz der KPD die Verpflichtung, eine solche Politik zu entwickeln, die die Grundlage des gemeinsamen Kampfes aller Klassen und Schichten des Volkes gegen den Hauptfeind der Nation sein konnte.

In das Zentrum ihres Kampfprogramms, welches die Konferenz dem Volk unterbreitete, stellte sie den Kampf um die Demokratie, weil alle die verschiedenen Schichten des Volkes bewegenden Probleme nur durch den Sturz des Hitlerfaschismus und die Herstellung demokratischer Zustände in Deutschland gelöst werden konnten. Bereits auf der Brüsseler Konferenz im Jahre 1935 entwickelte die KPD in den Grundzügen jenes Programm für den demokratischen Neuaufbau Deutschlands, mit dem sie nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus aus der Illegalität hervortrat und sich an die Spitze des Kampfes um ein neues friedliebendes und demokratisches Deutschland stellte.⁴¹ „Angesichts der ungeheueren Versklavung und Entrechtung des deutschen Volkes, des politischen Gewissenszwanges und der unerhörten Verfolgung aller freiheitsliebenden Menschen durch die faschistische Diktatur“, so hieß es dazu in der Resolution, „stellt die Kommunistische Partei den Kampf für alle demokratischen Rechte und Freiheiten an die Spitze des antifaschistischen Kampfes.“⁴² Und Wilhelm Florin erklärte in seinem Referat: „Die Kommunistische Partei kämpft in vorderster Front für jedes Stückchen demokratischer Rechte und Freiheiten. Wir haben diese Frage zur zentralen Achse unserer gegenwärtigen Politik gemacht.“⁴³

Im Hinblick auf die Form, in der die neue antifaschistische Demokratie ihre Verwirklichung finden sollte, orientierte die Brüsseler Konferenz auf die Bildung einer Koalitionsregierung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte des deutschen Volkes.⁴⁴ Ihrem politischen und sozialen Inhalt nach

⁴⁰ Vgl. Vorwort Walter Ulbrichts zu Wilhelm Pieck: Im Kampf um die Arbeitereinheit und die deutsche Volksfront 1936–1938, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 7.

⁴¹ Vgl. Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945. In: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 14 ff.

⁴² Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf ..., S. 163.

⁴³ Wilhelm Florin: Wie stürzen wir Hitler ..., S. 33.

⁴⁴ In ihrem Manifest erklärte die Parteikonferenz, daß sich durchaus eine Regierung der Einheitsfront oder der Volksfront als notwendig erweisen könne. Jedenfalls solle und werde das werktätige Volk beim Sturz der Hitlerdiktatur selbst über die Regierung entscheiden. (Vgl. Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf ..., S. 179/180.) Die Losung des Kampfes für eine antifaschistisch-demokratische Republik proklamierte das Zentralkomitee der KPD im Juni 1936. (Vgl. Volksfront gegen die Kriegspolitik Hitlers, für die Erhaltung des Friedens und für ein demokratisches Deutschland! Kundgebung des ZK der KPD. In: Rundschau, 1936,

ußte die zu erkämpfende antifaschistisch-demokratische Ordnung auf der vollkommenen politischen und ökonomischen Entmachtung der reaktionären und aggressivsten Kreise des Imperialismus beruhen. Das würde der führenden Rolle der Arbeiterklasse entsprechende politische und materielle Grundlagen sichern und das Ansehen und das politische Gewicht der Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Leben erhöhen.⁴⁵

Mit ihrer gesamten politischen Grundlinie befand sich die KPD in voller Übereinstimmung mit dem Führer der Partei, Ernst Thälmann, der schon im Februar 1933 auf der illegalen ZK-Tagung in Zeuthen die Erkenntnis äußert hatte, daß wahrscheinlich der Sturz des Hitlerfaschismus nicht unmittelbar zur Diktatur des Proletariats führen werde.⁴⁶ Auf der Brüsseler Konferenz wurde eindeutig erklärt, daß es unter den gegebenen Bedingungen falsch wäre, den unmittelbaren Kampf für die politische Macht der Arbeiterklasse zu propagieren. Die Partei gäbe ihr Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus selbstverständlich nicht auf, aber man müsse jetzt vor allem „im Kampfe... für den Sturz der faschistischen Diktatur solche Losungen aufstellen, die geeignet sind, auch die Schichten für den Kampf um dieses Ziel zu gewinnen, die noch nicht von der Richtigkeit des kommunistischen Programms und unseres Kampfbzwieles überzeugt, ja, vielleicht sogar dagegen sind... Nichts liegt näher, als daß wir, um diese Schichten für die antifaschistische Volksfront zu gewinnen, die Losungen der demokratischen Freiheiten in den Vordergrund stellen, um deren Erringung der gemeinsame Kampf geführt werden

⁴⁴⁷
Der Antagonismus zwischen den reaktionärsten Elementen des Finanzkapitals und allen übrigen Klassen und Schichten der Bevölkerung, von der Arbeiterklasse und den Mittelschichten in Stadt und Land bis weit hinein in die Bourgeoisie, äußerte sich in den verschiedensten Differenzen zwischen der Hitlerdiktatur und den einzelnen Gruppen der Bevölkerung. Der Vertreter des EKKI, der sich in seiner Diskussionsrede mit diesem Problem befaßte, kam zu der Einschätzung: „Es gibt in Deutschland und in der Emigration eine antifaschistische Opposition, die aus den Reihen der alten demokratischen und antifaschistischen Parteien besteht. Es gibt in den Ländern eine neue Opposition, die aus den faschistischen Organisationen

(S. 1340, 1357/58.) Über die Gründe dafür schrieb Wilhelm Pieck: „Die weitere Verschärfung der Lage durch die gesteigerten provokatorischen Kriegsvorbereitungen der Hitlerregierung und die dadurch verschärfte Notwendigkeit der Schaffung der Einheits- und Volksfront sowie die Erfahrungen, die die Partei bei ihren Versuchen, die Einheits- und Volksfront zu schaffen, seit der Brüsseler Parteikonferenz gemacht hat, haben die Partei veranlaßt, im Kampfe um den Sturz der Hitlerdiktatur noch konkreter und eindeutiger das aktuelle Ziel der Errichtung der demokratischen Republik zu stellen.“ (Wilhelm Pieck: Der Kampf um Demokratie. In: Wilhelm Pieck: Im Kampf um die Arbeitereinheit..., S. 20/21.)

(Vgl. Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien..., S. 50/51.)

(Vgl. Walter Ulbricht: Wir erfüllen Ernst Thälmanns Vermächtnis, S. 242.)

(Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf..., S. 121.)

selbst erwächst, aus Schichten der Bevölkerung, die sich bis jetzt unter dem Einfluß des Nationalsozialismus befanden und teilweise noch finden, die noch nicht gegen die faschistische Diktatur als Ganzes kämpfen, sondern nur gegen gewisse Maßnahmen der faschistischen Diktatur.“⁴⁸

Wilhelm Pieck und Wilhelm Florin untersuchten in ihren Referaten so exakt und nüchtern das Verhältnis der einzelnen Klassen und Schichten bzw. der politisch, konfessionell oder anderweitig profilierten Gruppen der Bevölkerung zur faschistischen Diktatur, und zwar sowohl von ihrer objektiven Stellung zur faschistischen Diktatur her als auch vom Gesichtspunkt des Grads ihres antifaschistischen Bewußtseins.⁴⁹ Sie gelangten zu der Feststellung, daß in der Arbeiterklasse und in den anderen Bevölkerungskreisen die Unzufriedenheit mit der Hitlerdiktatur latent vorhanden war und daß sich mehr oder weniger starke, spontane und auch organisierte Elemente einer aktiven Opposition bemerkbar machten. Von den Delegierten der Parteikonferenz, die unmittelbar aus Deutschland kamen, wurde diese Einschätzung durch zahlreiche Beispiele besonders aus Betrieben von Baustellen und aus den faschistischen Massenorganisationen, z. B. der Deutschen Arbeitsfront, den Jugend- und Sportorganisationen u. a., bestätigt.⁵⁰

Von den mannigfaltigen Formen der antifaschistischen und demokratischen Opposition in Deutschland, die von der bloßen Furcht und Unzufriedenheit bis zu spontanen bzw. organisierten Aktionen reichten, führt Wilhelm Pieck u. a. an: den Widerstand breiterer Kreise des deutschen Volkes gegen den Kurs des faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus auf die Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges; den Widerstand der Arbeiter gegen die wachsende Verschlechterung ihrer sozialen Lage; die Opposition in der Bauernschaft gegen die Zwangsablieferungspflicht und die Diktatur des Reichsnährstandes; die Unzufriedenheit in den Kreisen des städtischen Kleinbürgertums über auch ihnen gegenüber nicht erfüllten Versprechungen der Nazipartei; Differenzen innerhalb der Bourgeoisie über den von der Kriegspolitik bestimmten und auf die volle Autarkie gerichteten Wirtschaftskurs der Hitlerregierung; den Widerstand aus Kreisen der künstlerischen Intelligenz gegen die Kulturbarbarei der Faschisten; die Opposition der katholischen Kirche gegen die Auflösung ihrer Organisationen durch Hitler; sich in allen Klassen und Schichten bemerkbar machende Opposition ge-

⁴⁸ Ercoli: Die antifaschistische Einheitsfront ... In: Die Kommunistische Internationale, 1935, Heft 20, S. 1749.

⁴⁹ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf ..., S. 83 ff. — Wilhelm Florin: Wie stürzen wir Hitler ..., S. 17 ff.

⁵⁰ Vgl. Wie kämpft das illegale Deutschland? In: Tarnbroschüre „Das Bridge-Bild“. Dieses illegale Material ist vor allem unter dem Gesichtspunkt des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die faschistische Diktatur zusammengestellt. Eine große Rolle spielen deshalb in diesem Material die Unzufriedenheit und die Kämpfe der Betrüger gegen die mit der Kriegspolitik des Hitlerfaschismus zusammenhängende sozialpolitische Reaktion.

den politischen Terror des Naziregimes und seine antisemitischen Ausschreitungen.⁵¹ Alle diese ihrem Charakter nach allgemein-demokratischen Bewegungen waren, ob bewußt oder noch unbewußt und ungeachtet ihrer Intensität und Breite, in irgendeiner Weise gegen den Hauptfeind des deutschen Volkes, den Hitlerfaschismus, gerichtet. Darin lag, wie die Brüsseler Konferenz erkannte, das Gemeinsame dieser oft aus sehr unterschiedlichen Interessen geborenen und von verschiedenen Klassenkräften getragenen Bewegungen.

Die Hauptschwäche der antihitlerischen Opposition in Deutschland wie auch in der Emigration in diesen Jahren war, daß alle diese Bewegungen und Strömungen unabhängig und voneinander isoliert existierten und wirkten. Walter Ulbricht sagte dazu in seiner Rede, „daß sich der Faschismus nur durch die Zersplitterung der Arbeiterklasse und der anderen antifaschistischen Kräfte halten kann“⁵². Darum erklärte die Brüsseler Konferenz in ihrer Resolution: „Die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei besteht ... darin, die Initiative zur Erfassung aller mit dem faschistischen Regime und mit ihrer Lage unzufriedenen Kräfte zu ergreifen und ihre vereinigten Anstrengungen auf ein Ziel zu richten – auf den Sturz der Hitlerdiktatur.“⁵³ Es kam darauf an, die vielen kleinen, einzeln für sich genommen schwachen „Ströme der Unzufriedenheit ... in das große Meer des Volkswiderstandes“ zu lenken.⁵⁴

Damit entwickelte die KPD ihre Politik zur Schaffung einer antifaschistischen Volksfront. „Die Schaffung der antifaschistischen deutschen Volksfront“, hieß es in der Resolution der Parteikonferenz, „die Vereinigung aller Gegner des faschistischen Regimes auf ein *politisches Kampfprogramm* gegen die faschistische Diktatur, die Herstellung des Kampfbündnisses der Arbeiterklasse mit den Bauern, Kleinbürgern und Intellektuellen, der Zusammenschluß aller Werktätigen in Stadt und Land zum Kampf für *Freiheit, Frieden und Brot* ist die entscheidende Voraussetzung für den Sturz der Hitlerdiktatur.“⁵⁵ Diese Konzeption des breitesten Bündnisses, die im Interesse der Rettung der Nation entwickelt wurde, war die unter den gegebenen Bedingungen konkrete Verwirklichung der Leninschen Forderung, „das gesamt-demokratische Banner (zu) hissen, um alle Schichten und Elemente um sich zu gruppieren, die fähig sind, für die politische Freiheit zu kämpfen oder wenigstens diesen Kampf in irgendeiner Weise zu unterstützen“⁵⁶. Die Politik zur Herstellung der deutschen Volksfront schloß auch die Gewinnung der Teile der Bour-

⁵¹ Wilhelm Pieck warnte entschieden vor jeder Unterschätzung dieser Strömungen; er warnte aber auch vor einer Überschätzung des erreichten Entwicklungsstandes, denn noch immer verhielt sich die übergroße Mehrheit des Volkes passiv.

⁵² Walter Ulbricht: Der gewerkschaftliche Kampf in Deutschland. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 88.

⁵³ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf ..., S. 155.

⁵⁴ Ebenda, S. 68.

⁵⁵ Ebenda, S. 163.

⁵⁶ W. I. Lenin: Werke, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 231.

geoisie für den bewußten, organisierten Kampf gegen den Faschismus ein, die Gegner des Hitlerregimes waren.⁵⁷

Diese Politik der breitesten demokratischen Einheit, die von der Brüsseler Konferenz der KPD auf der Grundlage der Lehren des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale ausgearbeitet wurde, war die den neuen Bedingungen entsprechende Weiterentwicklung des von der Partei im Mai 1932 verkündeten Kampfes um die Schaffung der Antifaschistischen Aktion.⁵⁸ Sie wurde durch die Tatsache bestimmt, daß die faschistische Diktatur in Deutschland mit ihrer volksfeindlichen und aggressiven Politik objektiv den Interessen all dieser Klassen und Schichten des deutschen Volkes widersprach.

Aber die Kommunistische Partei Deutschlands beschränkte sich nicht darauf festzustellen, welche Klassenkräfte am Kampf für den Sturz des Hitlerfaschismus teilnehmen können, sondern sie schlug der zu schaffenden einheitlichen Kampffront auch die geeignete Plattform, das Aktionsprogramm für eine fruchtbare Zusammenarbeit, vor. Das konnte sie, weil nur eine marxistisch-leninistische Partei auf Grund ihrer Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung in der Lage war, ein solches Kampfprogramm zu entwickeln. Die KPD als Partei der Arbeiterklasse ließ sich nicht nur von den Interessen ihrer Klasse, sondern zugleich von den allgemeingesellschaftlichen Interessen des ganzen Volkes leiten.

Die Ausarbeitung einer gemeinsamen Plattform der deutschen Volksfront war eine außerordentlich komplizierte Aufgabe, da es galt, ohne vom Klassenstandpunkt abzuweichen, ein solches Kampfprogramm aufzustellen, welches die verschiedenartige, z. T. entgegengesetzte soziale Stellung, die in vieler Hinsicht ungleichartigen Klasseninteressen, den oft sehr unterschiedlichen Grad des demokratischen Bewußtseins der Partner und andere Faktoren berücksichtigte und dadurch für alle Schichten des Volkes annehmbar war. Auch diese schwierige Aufgabe wurde von der Brüsseler Konferenz meisterhaft gelöst. In ihrem Manifest an das werktätige deutsche Volk entwickelte sie das nationale Programm des Kampfes

⁵⁷ „Es wäre eine schwere Unterlassung, wenn wir nicht alles versuchen würden, mit diesen Kreisen (gemeint sind die verschiedenen oppositionellen bürgerlichen Kräfte – S. V.) in engste Fühlung zu kommen, um deren Kampf gegen Hitler mit dem Kampf der Volksfront zu verbinden. Das trifft auf alle oppositionellen Teile der Bourgeoisie zu.“ (Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf ... S. 124.) – „Das ist die Plattform, auf der wir alle vereinigen können bis weit in die Kreise des Bürgertums, sogar in Teile der Bourgeoisie.“ (Wilhelm Florin: Wie stürzen wir Hitler ... S. 90.) – Vgl. auch Walter Ulbricht: Die Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus – der Beginn einer neuen Periode im Leben unseres Volkes. In: Einheit, 1960, Heft 5, S. 679.

⁵⁸ Vgl. Antifaschistische Aktion! Aufruf des Zentralkomitees der KPD an die deutsche Arbeiterklasse. In: Die Rote Fahne, 26. Mai 1932. Zum Kampf um die Antifaschistische Aktion vgl. im vorliegenden Heft Elfriede Lening/Walter Wimmer: Die ersten Wochen der Antifaschistischen Aktion.

für den Sturz des Hitlerfaschismus.⁵⁹ Das Manifest begnügte sich nicht mit der allgemeinen Deklaration, daß die Überwindung der faschistischen Diktatur notwendig sei, sondern formulierte unter Berücksichtigung der genannten Faktoren die konkreten Aufgaben für die gegebene Situation. Jede aufgestellte Kampflosung richtete sich letzten Endes gegen das faschistische Regime. In den Vordergrund wurde die Losung des Kampfes für den Frieden als die allgemeinste und allen Schichten am meisten zugängliche demokratische Forderung gerückt.⁶⁰ Dazu heißt es: „Die Hitlerregierung treibt mit ihrer provokatorischen Außenpolitik, die besonders gegen die Sowjetunion gerichtet ist, das deutsche Volk in einen neuen Krieg, der zu einer schweren Niederlage führen muß... Nur der Sturz der Hitlerregierung vermag das deutsche Volk vor diesem Kriegsverbrechen zu retten.“⁶¹ Daneben nahm die Parteikonferenz in ihr Manifest die nahelegendsten politischen und sozialen Forderungen der verschiedensten Schichten des Volkes auf: für die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten und Rechte, für Gleichheit aller Staatsangehörigen, ohne Unterschied ihrer Religion und Rasse, für die Befreiung aller eingekerkerten Antifaschisten, für die restlose Beseitigung des Versailler Diktats, für Steuerungsausgleich und ausreichende Löhne und Gehälter, Steuererleichterung und Brechung der Zinsknechtschaft des Mittelstandes und der Bauern, für den freien Verkauf der Arbeitsprodukte der Bauern zu wohnenden Preisen usw. usf. Mit der Aufstellung und Zusammenfassung dieser aktuellen Kampflosungen gab die KPD allen eine Plattform, die sowohl ihren eigenen speziellen Klasseninteressen als auch den Interessen der ganzen Nation entsprach. Sie schuf damit die Grundlage, auf der sich die verschiedenen Strömungen der antifaschistischen Opposition in Deutschland hätten einigen können. Keine andere politische Kraft in Deutschland war in der Lage, ein so wahrhaft nationales und demokratisches Programm dem Volke zu geben.

In den Mittelpunkt ihrer Politik zur Schaffung einer breiten Kampffront gegen den Gegner des Hitlerfaschismus rückte die Brüsseler Konferenz der KPD die Frage der Einheitsfront der Arbeiterklasse.⁶² Es ist eine durch die

⁵⁹ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf ..., S. 173–180. Wie meisterhaft die KPD die Interessen der verschiedenen in der antifaschistischen Opposition wirkenden sozialen und politischen Kräfte berücksichtigte, beweist ein Vergleich des Manifestes der Brüsseler Konferenz mit dem im Dezember 1936 beschlossenen „Aufruf für die deutsche Volksfront“, der von Vertretern verschiedener Schichten des Volkes unterzeichnet worden war und in den Hauptgedanken mit dem Manifest übereinstimmte. (Vgl. Wilhelm Pieck: Im Kampf um die Arbeitereinheit ..., S. 83–90.)

⁶⁰ Der Vertreter des EKKI erklärte: „Erste Hauptlosung: Gegen die Politik des Krieges, die zu einer neuen Niederlage Deutschlands führt.“ (Ercoli: Die antifaschistische Einheitsfront... In: Die Kommunistische Internationale, 1935, Heft 20, S. 1751.)

⁶¹ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf ..., S. 175/76.

⁶² Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf eine kurze Darstellung der Rolle der Arbeiterklasse im Kampf um die Demokratie und ihres Verhältnisses zu den demokratischen Bewegungen sowie auf einige wesentliche Seiten des Kampfes in die Einheitsfront.

Geschichte immer wieder bestätigte Erfahrung, daß die Arbeiterklasse ihre nationale Mission, alle Schichten des Volkes zum Kampf gegen Imperialismus und Militarismus um sich zu scharen und zu führen, nur erfüllen kann, wenn sie selbst einheitlich und geschlossen auftritt.

Gerade weil die deutsche Arbeiterklasse 1932/33 infolge der antikomunistischen Politik der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer gespalten blieb, gelang es ihr nicht, eine solche Volksbewegung zu entfachen, die die Kraft gehabt hätte, die faschistische Diktatur zu verhindern. Von dieser geschichtlichen Lehre ausgehend erklärte Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Konferenz: Solange es nicht gelungen sei, die Einheitsfront der Arbeiterklasse herzustellen, „wird die Arbeiterklasse für die Mittelschichten nicht der Magnet sein, der sie anzieht, wird die Arbeiterklasse nicht die Kraft sein, auf die sie sich orientieren... Erst wenn sie in der Einheitsfront der Arbeiterklasse die führende Kraft sehen, die fähig ist, den Faschismus zu schlagen, werden sie sich vom Faschismus abwenden und sich der Arbeiterklasse anschließen.“⁶³

Im Unterschied zu allen anderen Klassen und Schichten der Gesellschaft spielt die Arbeiterklasse im Kampf um die Demokratie und innerhalb der demokratischen Bewegungen eine besondere Rolle. Nicht nur weil sie in den entwickelten kapitalistischen Ländern die zahlenmäßig stärkste Klasse und insofern die Hauptkraft einer jeden Volksbewegung ist. Die entscheidenden Momente bestehen darin, daß die Arbeiterklasse auf Grund ihrer objektiven gesellschaftlichen Stellung auch hinsichtlich des Kampfes um demokratische Verhältnisse die revolutionärste und konsequenteste Klasse ist und wie keine andere soziale Gruppe die allgemeingesellschaftlichen Interessen des Volkes vertritt. Daraus schlußfolgte W. I. Lenin: „Als die einzige bis zu Ende revolutionäre Klasse der modernen Gesellschaft muß das Proletariat der Leiter sein, der Hegemon im Kampfe des ganzen Volkes für die vollständige demokratische Umwälzung...“⁶⁴ (Hervorhebungen von mir – S. V.). Letzten Endes, auch das darf nicht außer acht gelassen werden, ist der Kampf der Arbeiterklasse für die Demokratie ein Teil ihres Kampfes um den Sozialismus.⁶⁵ Denn einmal ist der Hauptfeind

⁶³ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf..., S. 118. Aus dieser Feststellung durfte jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß zunächst um die Einheitsfront und erst danach um die Volksfront gekämpft werden müsse. Wilhelm Pieck wandte sich energisch gegen eine solche schematische Festlegung der „Reihenfolge“ und betonte die dialektische Wechselwirkung des Kampfes um die Einheitsfront bzw. Volksfront (vgl. ebenda, S. 66).

⁶⁴ W. I. Lenin: Sämtliche Werke, Bd. XV, Moskau 1941, S. 266/267. An anderer Stelle heißt es bei Lenin: „Allein das Proletariat kann – und muß nach seiner Klassenlage – bis zuletzt demokratisch und ein entschlossener Feind des Absolutismus sein, zu keinen Zugeständnissen und Kompromissen fähig. Allein das Proletariat kann der Vorkämpfer für die politische Freiheit und die demokratischen Institutionen sein. Denn erstens lastet der politische Druck am allerstärksten auf dem Proletariat... Zweitens vermag nur das Proletariat die Demokratisierung der politischen und sozialen Ordnung zu Ende zu führen...“ (W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 100).

⁶⁵ Vgl. Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien..., S. 51.

gegen den sich alle demokratischen Bewegungen richten — die reaktionären und aggressiven imperialistischen Monopole — zugleich der Hauptfeind im Kampf für die sozialistische Gesellschaftsordnung und seine Überwindung somit ein entscheidender Schritt zum Sozialismus, zum anderen kann die Arbeiterklasse im Ringen um die Demokratie und unter demokratischen Verhältnissen am besten die Voraussetzungen für die sozialistische Revolution schaffen.

Die Brüsseler Konferenz hob hervor, daß die Einheitsfront *aller* Teile der Arbeiterklasse ungeachtet ihrer politischen Überzeugung und konfessionellen Bindung notwendig sei. Die „wichtigste Voraussetzung“ dazu aber sei, „in erster Reihe die sozialdemokratischen Arbeiter für sie zu gewinnen“.⁶⁶ Das war deshalb so wichtig, da KPD und SPD vor der Errichtung der faschistischen Diktatur den entscheidenden Teil der deutschen Arbeiterklasse politisch beeinflusst und teilweise auch organisatorisch erfaßt hatten.⁶⁷ Auch unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur verfügten die Kommunistische Partei und die SPD über bedeutende Sympathien in der Arbeiterklasse. Vom Verhältnis zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten hing somit in entscheidendem Maße das Schicksal der Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse und davon schließlich das der Volksfront ab. Darum mußte die Schaffung eines neuen Verhältnisses zwischen KPD und SPD das Kernproblem im Kampf um die Einheitsfront sein.

Die Brüsseler Konferenz konnte feststellen, daß die kommunistischen Parteiorganisationen in Deutschland in den Jahren seit 1933 schon einige Erfolge im Kampf um die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten erzielt hatten. Außer gemeinsamen Aktionen in Betrieben und Orten waren in einigen Gebieten des Landes zwischen den Parteileitungen erste konkrete Aktionsvereinbarungen getroffen worden.⁶⁸ Aber diese Anfangserfolge reichten bei weitem nicht aus, um das Kräfteverhältnis in Deutschland grundlegend zu verändern. Deshalb forderte die Konferenz, im Kampf um die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Genossen eine tiefgreifende Wende herbeizuführen.⁶⁹ Das erforderte, stärker als bisher die neue Lage,

⁶⁶ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf . . ., S. 116.

⁶⁷ In Deutschland wurden 1933 etwa 18 Millionen erwerbslose und beschäftigte Arbeiter und Angestellte gezählt. Beide Parteien erhielten bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 zusammen mehr als 13 Millionen Stimmen. Über die Organisiertheit der deutschen Arbeiterklasse vgl. Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland (Dokumentation). Hrsg. von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 385 ff.

⁶⁸ Vgl. z. B. Für die antifaschistische Aktionseinheit! Gemeinsamer Aufruf der Bezirksleitung der KPD und SPD des Bezirkes Hessen-Frankfurt. In: Rundschau, 1934, Nr. 50, S. 2134. — Einheit im Kampf gegen faschistischen Terror. Gemeinsamer Appell der Bezirksleitungen der SPD und Roten Hilfe Berlin-Brandenburg. In: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, S. 376/377. Ähnliche Abkommen wurden in Württemberg, in der Pfalz, in Südbaden und in Dortmund getroffen.

⁶⁹ „Wir sollten nicht etwa annehmen, daß wir unsere bisherige Einheitsfronttaktik nur ungenügend oder schlecht durchgeführt haben und daß wir sie nur zu verstärken brauchen... Wir müssen wirklich lernen, die Einheitsfronttaktik auf neue Art, auf

in der sich die deutsche Sozialdemokratie befand, zu berücksichtigen. Das wichtigste Kennzeichen dieser Lage war, daß die SPD gegen den Willen eines Teils ihrer Führer in eine Kampfstellung zur faschistischen Diktatur gedrängt worden war. Allerdings konnte die Parteikonferenz auch nicht die Tatsache übersehen, daß die offizielle Führung der SPD, der Prager Parteivorstand, auch weiterhin auf ihrer antikommunistischen Plattform beharrte und die zahlreichen Einheitsfrontangebote der KPD abgelehnt hatte, um sich für ein Zusammengehen mit Teilen der Reichswehrgeneralität und der Großbourgeoisie „koalitionswürdig“ zu halten. Die Konferenz verkannte auch nicht, daß die Konzeption des Prager Vorstandes infolge der jahrzehntelangen Beeinflussung durch Reformismus und Antikommunismus auch in großen Teilen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft wirkte und die Entwicklung der Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hemmte.

Die höheren Aufgaben im Kampf um die Einheitsfront der Arbeiterklasse und um die Volksfront aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte des deutschen Volkes bedeuteten zugleich ein Wachsen der Rolle der Kommunistischen Partei.⁷⁰ Die zunehmende Breite der demokratischen Kampffront, deren Kern die Arbeiterklasse mit ihrer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze bildete, erhöhte die Verantwortung der Partei, erforderte neue Methoden und Formen der Partei- und Massenarbeit und machte vor allem die weitere politisch-ideologische Festigung der Partei notwendig. Es kam darauf an, alle Kader der Partei auf der Grundlage der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz, die die Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie auf die neuen Kampfbedingungen darstellten, zu befähigen, die von der Konferenz ausgearbeitete Strategie und Taktik zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang rief die Resolution der Brüsseler Konferenz dazu auf, alle Hemmnisse, die der richtigen Durchführung der Einheitsfront- und Volksfrontpolitik im Wege stünden, zu überwinden. Sie forderte von allen Parteimitgliedern, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsopportunismus und dem Sektierertum „mit aller Gründlichkeit und Beharrlichkeit“ zu führen.⁷¹ Ohne den Kampf gegen den Rechtsopportunismus, den Hauptfeind innerhalb der Arbeiterbewegung zu vernachlässigen, nahm die Parteikonferenz „in sehr entschiedener Weise gegen das in der Partei tief eingewurzelte Sektierertum Stellung“, weil es zu einem ernsthaften Hindernis im Kampf um die Gewinnung breiter Kreise des Volkes geworden war.

Grund einer neuen taktischen Orientierung anzuwenden.“ (Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf ..., S. 119.)

⁷⁰ Dazu schrieb Lenin schon im Februar 1905: „Je breiter die neuen, an Zahl ständig zunehmenden Ströme der gesellschaftlichen Bewegung werden, um so wichtiger wird eine starke sozialdemokratische Organisation, die es versteht, für diese Ströme ein neues Flußbett zu schaffen.“ (W. I. Lenin: Werke, Bd. 8, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 207.)

⁷¹ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf ..., S. 171.

⁷² Ebenda, S. 139.

Die Kommunistische Partei hob auf der Brüsseler Konferenz ihren Kampf um die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage, den sie seit ihrer Gründung führte, auf eine neue Stufe. Die Konferenz entwickelte, soweit das unter den gegebenen Bedingungen schon möglich war, die Hauptprinzipien für die politische und organisatorische Einigung der Arbeiterbewegung. In der Resolution wurde dazu gesagt: „Ausgehend von der Überzeugung, daß die Sache des Proletariats die *Schaffung einer einheitlichen politischen Massenpartei* der deutschen Arbeiterklasse erfordert, arbeitet die Kommunistische Partei daran, alle klassenbewußten Arbeiter dafür zu gewinnen. Die praktische Voraussetzung zu ihrer Verwirklichung ist die Schaffung der Aktionseinheit. Die bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse durch ihre Niederlage und den Sieg des Faschismus machte, haben in ihr den Willen zur Wiedervereinigung in einer einheitlichen politischen Massenpartei hervorgerufen.“⁷³ Mit den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz entwickelte die KPD nicht nur eine neue Initiative zur Herstellung der Aktionseinheit, sondern auch zur endgültigen Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Dieses Ringen fand mit der Gründung der SED im April 1946 in einem Teile Deutschlands, der Deutschen Demokratischen Republik, seinen Abschluß und war eine wesentliche Bedingung für die Entstehung und Festigung der Einheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte des Volkes.

Die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz waren die Richtlinie der Kommunistischen Partei Deutschlands im Kampf gegen den Hitlerfaschismus, der in jenen Jahren mit aller Macht die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Völkermordens betrieb. Unermüdlich und unter Einsatz ihres Lebens kämpften die Kommunisten für die Einigung aller friedliebenden und demokratischen Deutschen, um den faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus an der Entfesselung des Krieges zu hindern, den Hitlerfaschismus zu stürzen und die Voraussetzungen für ein Deutschland des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts zu schaffen. Dieser Kampf der Kommunisten war auf die Rettung des deutschen Volkes vor der Katastrophe, in die der Faschismus die Nation zu führen drohte, gerichtet.

Der Kampf für die nationalen Interessen des gesamten Volkes war das Grundmotiv der Brüsseler Konferenz und des weiteren Kampfes der Partei. Anfang 1939, als der zweite Weltkrieg infolge der aggressiven Politik des Faschismus zu einer akuten Gefahr geworden war, versammelten sich deutsche Kommunisten erneut zu einer illegalen Parteikonferenz — der Berner Konferenz⁷⁴ —, um zu den Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen. Auf ihr erklärte Wilhelm Pieck als Vorsitzender der Partei:

⁷³ Ebenda, S. 156. — Vgl. auch Wilhelm Florin: Wie stürzen wir Hitler ..., S. 43 ff.

⁷⁴ Vgl. Eine wichtige Konferenz der deutschen Kommunisten (Kommuniqué). In: Rundschau, 1939, Nr. 6, S. 184.

„Es gibt nur eine kleine Schicht im deutschen Volke, die ein Interesse am Krieg, an der Eroberung und Unterjochung anderer Völker hat, das ist das Trustkapital, der reaktionärste, am meisten imperialistische und chauvinistische Teil der deutschen Bourgeoisie... Wir müssen an Hand ihrer Politik nachweisen, wie dadurch die nationalen Interessen des deutschen Volkes geschädigt, wie das Ansehen der deutschen Nation herabgewürdigt, wie die Einheit der Nation zerstört und wie durch Hitlers Kriegspolitik die Existenz der Nation geradezu aufs Spiel gesetzt wird... Die Nation vor dem Untergang zu retten heißt also, ihre Verräter und Verderber, den Hitlerfaschismus und das Trustkapital, zu stürzen. Das ist die *höchste nationale Tat* in dieser Epoche.“⁷⁵

Die Beratungen und Festlegungen der Berner Konferenz waren eine direkte Weiterentwicklung der Beschlüsse von 1935. Noch deutlicher, als es die Brüsseler Konferenz schon tun konnte, entwickelte die Berner Konferenz das Programm des Kampfes für eine neue deutsche demokratische Republik.⁷⁶ Damit gab sie dem Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und um die antifaschistisch-demokratische Einheit des ganzen Volkes neuen Auftrieb.

Es gelang dem deutschen Volk nicht, die Entfesselung des zweiten Weltkrieges zu verhindern und die faschistische Diktatur aus eigener Kraft zu überwinden. Erst die Sowjetarmee befreite das deutsche Volk von der Hitler Tyrannie. Die Beschlüsse der Brüsseler und der Berner Konferenz der KPD reichen aber in ihrer Bedeutung weit über das Jahr 1945 hinaus. Sie fanden ihren Niederschlag in dem historischen Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, auf dessen Grundlage die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen antifaschistischen Kräften in einem Drittel Deutschlands den Imperialismus und Militarismus liquidierte und damit unserem Volk den Weg in eine Zukunft des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus frei machte.

⁷⁵ Die Rote Fahne, 1939, Nr. 1.

⁷⁶ Vgl. Resolution der Berner Konferenz der KPD. In: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, S. 393 ff.

Der Kampf der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren 1951/1952 um die Entfaltung der Masseninitiative der Arbeiterklasse zur Durchführung des Fünfjahrplans in den volkseigenen Betrieben*

Vom 20. bis 24. Juli 1950 tagte in Berlin der III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Entsprechend der neuen Lage, die sich der staatlichen Spaltung Deutschlands durch die Imperialisten und nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik entstanden hatte, erarbeitete er die Perspektive sowie die Aufgaben des weiteren Kampfes der Arbeiterklasse und aller in der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands geeinten Kräfte aus. Der Parteitag begründete den ersten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951 bis 1955) – das konkrete Kampfprogramm für die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR, für die Sicherung des Friedens und für die Gestaltung eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands. Der Fünfjahrplan beruhte auf den Erfahrungen und großen Leistungen der Werktätigen beim demokratischen Neuaufbau nach der Befreiung vom Faschismus, auf den gesammelten Erkenntnissen der planmäßigen Entwicklung der Wirtschaft sowie auf der brüderlichen Unterstützung durch die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder.

Der Fünfjahrplan sah vor, die Industrieproduktion gegenüber dem Vorkriegsstand zu verdoppeln, die Arbeitsproduktivität gegenüber 1950 um 50 Prozent und das Volkseinkommen um mehr als 60 Prozent zu erhöhen, um den Lebensstandard der Vorkriegszeit wieder zu erreichen und zu überschreiten. Er stellte weiter die Aufgabe, die fortschrittliche deutsche Wissenschaft, Kultur und Kunst zu einer neuen Blüte zu führen, die Volksgesundheit bedeutend zu heben, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und die Grundlagen dafür zu schaffen, die jahrhundertelange Abhängigkeit des Dorfes endgültig zu überwinden.

Bei der Ausarbeitung des ersten Fünfjahrplans ging die Partei von der marxistisch-leninistischen Erkenntnis aus, daß die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse nach der Eroberung der Macht darin besteht, die Produktivkräfte der Gesellschaft in einem schnellen, bis dahin nicht gekannten Tempo zu entwickeln. Darin offenbart sich am sichtbarsten die historische

Dieser Artikel ist die gekürzte Fassung eines Kapitels aus der Dissertation „Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der SED um die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Industrie während des ersten Fünfjahrplans (1951 bis 1955)“, die vom Verfasser ausgearbeitet wird.

Rolle der Arbeiterklasse als Schöpfer der sozialistischen Gesellschaftsordnung und ihr zutiefst humanistischer Charakter als einer produktiven Klasse. Das Wesen des ersten Fünfjahrplans bestand darin, die Kräfte der Arbeiterklasse weiter zu entfalten, ihre Positionen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu festigen und ihr Bündnis mit den anderen Schichten der Bevölkerung zu stärken, d. h. sie zur Erfüllung ihrer historischen Rolle zu befähigen und die gesellschaftliche Stellung einzunehmen zu lassen, die ihr in unserer Epoche zukommt. Seine Ziele dokumentierten zugleich, daß der Aufbau des Sozialismus allen Schichten des Volkes nützt, alle braucht und allen eine sichere Perspektive bietet.

Mit dem Fünfjahrplan stellte unsere Partei den Kriegs- und Revanchep länen der imperialistischen Großbourgeoisie in Westdeutschland das Programm der Arbeiterklasse und aller anderen am Frieden interessierten Kräfte zum friedlichen Wettbewerb entgegen. Unter den Bedingungen der Bestehens zweier deutscher Staaten mit entgegengesetzter gesellschaftlicher Ordnung stellte der ökonomische Aufbau in der DDR von Anfang an die Hauptfront im Kampf gegen die imperialistischen Kräfte dar. galt, ein solches Tempo der industriellen Entwicklung zu erreichen, wie vordem in Deutschland nicht möglich war, um damit auf diesem Gebiet die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung über das imperialistische Regime in der Westzone zu beweisen. Für diesen Wettbewerb hatte unsere Republik aus einer Reihe von Gründen eine weitaus schlechtere ökonomische Ausgangsbasis als die Westzone. Infolgedessen forderte die Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes, vor allem die Überwindung der vom Kapitalismus hinterlassenen, durch die Spaltung Deutschlands verschärften Disproportionen in unserer Volkswirtschaft, von der Arbeiterklasse und allen Werktätigen große Anstrengungen und auch Entbehrungen. Aber das war der einzig mögliche Weg, der sowohl den Interessen der Bevölkerung unserer Republik als auch den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes entsprach.

Der erste Fünfjahrplan war Ausdruck der schöpferischen Anwendung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus entsprechend den konkreten historischen und nationalen Bedingungen sowie der Einheit der nationalen und internationalen Verpflichtungen der Arbeiterklasse. Mit der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der Durchführung des ersten Fünfjahrplans wurde in unserer Republik begonnen, die Grundlagen des Sozialismus zu errichten. Damit leisteten die Arbeiterklasse und alle Werktätigen einen wichtigen Beitrag zur weiteren Entwicklung des sozialistischen Systems und zur Verteidigung des Friedens. Unter den komplizierten Bedingungen der Spaltung Deutschlands meisterte unsere Partei die schwierige Aufgabe, die Politik zum Aufbau des Sozialismus in unserer Republik mit dem Kampf um die nationale Wiedergeburt Deutschlands friedliebender, demokratischer Staat in Übereinstimmung zu bringen und alle Pläne der reaktionären Kräfte des Westens, das Erstarken der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu verhindern, zu durchkreuzen.

Nach dem III. Parteitag richtete die Partei planmäßig und zielbewußt ihre Tätigkeit darauf, die Kräfte zu organisieren, die einzig und allein den Fünfjahrplan erfüllen konnten: die Arbeiterklasse und die breitesten Schichten des Volkes. Die erste Aufgabe bestand darin, den Werktätigen den Inhalt und die Ziele des großen Plans, der ihren Interessen diene, zu erläutern, sie von der Realität des Plans zu überzeugen und für seine Durchführung zu gewinnen.¹ Darauf hatte Walter Ulbricht in seinem Schlußwort zur Diskussion über den ersten Fünfjahrplan auf dem III. Parteitag nachdrücklich hingewiesen: „Es kommt jetzt darauf an, daß der Fünfjahrplan, das Programm des Aufbaus, zur Sache des ganzen deutschen Volkes gemacht wird. Das heißt, der erste Schritt besteht darin, in den Betrieben, in den Massenorganisationen, in den Dörfern, in den Wohngebieten alle Fragen des Fünfjahrplans so durchzuarbeiten, daß jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Jugendliche, jeder Bauer und jeder Geistes-schaffende im Bilde ist, was der Fünfjahrplan bedeutet, welche Aufgaben vor ihm stehen und wie diese Aufgaben gelöst werden können.“²

Die Hauptverantwortung für die Durchführung des Fünfjahrplans trug die Arbeiterklasse. Sie hatte nicht nur infolge ihrer sozialökonomischen Stellung den größten Anteil zu leisten; von ihrer Organisiertheit und der Entfaltung ihrer Initiative hing es auch in entscheidendem Maße ab, in welchem Tempo und in welchem Umfang die anderen Schichten der Bevölkerung für die Erfüllung des Fünfjahrplans und damit für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus gewonnen wurden. Neben der ständigen ideologisch-politischen und organisatorischen Tätigkeit der Partei kam dabei der Arbeit der Gewerkschaften als der wichtigsten Massenorganisation der Arbeiterklasse die größte Bedeutung zu.

Die Herstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung auf revolutionärer Grundlage war eine der bedeutendsten Errungenschaften der Arbeiterklasse nach der Zerschlagung des Hitlerregimes. Mit der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht begann auch für den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund eine neue Etappe seiner Entwicklung. Es galt mit-zuhelfen, die Arbeiterklasse zu befähigen, Staat und Wirtschaft zu leiten.³ Auf die sich daraus ergebenden Aufgaben wies das Zentralkomitee der SED in seinem Begrüßungsschreiben an den 3. Bundeskongreß des FDGB hin: „In dem Maße, in dem der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ... versteht, die schöpferische Initiative im volkseigenen Sektor unserer Wirtschaft zu entwickeln, die Wettbewerbsbewegung zu steigern, die Aktivisten und alle daran interessierten Werktätigen zu schulen, das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz zu festigen, eine neue Intelligenz heranzubilden und die Tagesinteressen der Werktätigen zu vertreten, in dem Maße wird es auch gelingen, den Fünfjahrplan, vor allem

¹ Diese Aufgabe war um so notwendiger, da die imperialistischen Kräfte mit allen Mitteln der Hetze den Fünfjahrplan zu diskreditieren suchten.

² Protokoll des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 132/133.

³ Vgl. auch Protokoll des III. Parteitages..., Bd. 1, S. 363/364.

hinsichtlich der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten, schneller zu verwirklichen... Deshalb müssen die Gewerkschaften „zu Schulen der Demokratie und des Sozialismus werden“.⁴

Der 3. Bundeskongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes tagte vom 30. August bis 3. September 1950 in Berlin. Auf dem Kongreß waren 1468 gewählte Delegierte und 621 Gastdelegierte sowie 515 Gäste aus Westdeutschland⁵ und zahlreiche Ehrengäste anwesend.⁶ Die Beratungen und Beschlüsse des Kongresses brachten die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse zum Fünfjahrplan zum Ausdruck. Zugleich spiegelten sie die neue Stellung wider, die die Gewerkschaften in unserer Republik einnehmen. Als Massenorganisation der Arbeiterklasse, in deren Händen die Staatsmacht liegt, konnten sie sich nicht mehr darauf beschränken, im alten Sinne – d. h. wie unter den Bedingungen des Kapitalismus und der Herrschaft der Bourgeoisie – für die täglichen Interessen der Arbeiter einzutreten. Dieser enge Rahmen des gewerkschaftlichen Kampfes war gesprengt. Vor den Gewerkschaften eröffnete sich ein weites Feld ihrer Tätigkeit, wie es bis dahin noch nie in Deutschland bestand. Im „Gesetz der Arbeit“⁷, der Grundlage für die Herausbildung des neuen, des sozialistischen Arbeitsrechts in der DDR, das die von der Arbeiterklasse errungenen Rechte verankerte und die aus ihrer neuen Stellung erwachsenen Pflichten festlegte, waren auch die Rechte und die Aufgaben der Gewerkschaften als der gesetzlichen Vertreter der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen niedergelegt. Die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, das bedeutete jetzt, die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu stärken sowie die ökonomischen und kulturellen Aufgaben des ersten Fünfjahrplans zu erfüllen. Nur dadurch konnten sie ihrer eigentlichen Rolle gerecht werden. Die marxistische Auffassung von der Rolle der Gewerkschaften auf die damalige Lage angewandt bedeutete, die gesamte Tätigkeit der Gewerkschaften in den Dienst des Aufbaus des Sozialismus zu stellen, das politische Bewußtsein und das Staatsbewußtsein der Arbeiter zu heben, aus den Reihen der Arbeiterklasse ständig neue Kader für leitende Funktionen zu entwickeln, die richtigen Wechselbeziehungen zwischen den staatlichen Organen und den Gewerkschaften herzustellen u. a. m. Insbesondere galt es, in der neuen Etappe der Entwicklung das Verhältnis zwischen der Partei und den Gewerkschaften noch enger und unzerreißbar zu gestalten. Das erforderte eine große Überzeugungsarbeit. Noch waren die bürgerlichen, revisionistischen Auffassungen von der „Neutralität“ der Gewerkschaften nicht völlig überwunden. Die auf dieser „Theorie“ beruhende Politik der rechten Gewerkschafts-

⁴ Dokumente der SED, Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 219/220.

⁵ Von diesen waren 184 in ihren Betrieben oder Gewerkschaftsorganisationen zum 3. FDGB-Kongreß gewählt worden.

⁶ Vgl. Protokoll des 3. Kongresses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1950, S. 444–447.

⁷ Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 46, 28. April 1950, S. 349–355.

Führer hatte sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts verderblich für die Arbeiterklasse ausgewirkt und nur der Großbourgeoisie genutzt. Sie hatte von der „Burgfriedenspolitik“ während des ersten Weltkriegs schließlich nur offenen Kapitulation der ADGB-Führung vor dem Hitlerfaschismus geführt. Diese Entwicklung hatte die Worte W. I. Lenins bestätigt: „Von einer ‚Neutralität‘ der Gewerkschaften kann überhaupt keine Rede sein. Jedwede Propaganda der Neutralität ist entweder der heuchlerische Deckmantel für eine konterrevolutionäre Einstellung oder Ausdruck völlig fehlenden Klassenbewußtseins.“⁸ Andererseits hatten die Erfahrungen des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren seit der Befreiung vom Faschismus – wie schon vorher die Erfahrungen der Sowjetunion – bereits positiv erwiesen, daß die Gewerkschaften dauerhafte, grundlegende Erfolge nur unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse erzielen können. Ausgehend davon wandte sich der 3. FDGB-Kongreß entschieden gegen alle Auffassungen von der „Neutralität“ der Gewerkschaften und erkannte – als erster Gewerkschaftskongreß in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – den Marxismus-Leninismus als richtungsweisend für die gewerkschaftliche Arbeit und die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse, der SED, gegenüber den Gewerkschaften an.⁹ In gleicher Weise legte er ein klares Bekenntnis zur festen, unverbrüchlichen Freundschaft mit der Sowjetunion ab.¹⁰ Das zeugte davon, wie das Bewußtsein der breiten Arbeitermassen in der ersten Etappe der revolutionären Umgestaltung gewachsen war. Gleichzeitig ergaben sich aus diesen Beschlüssen große Aufgaben für die ideologisch-politische Arbeit der Gewerkschaften. Die Erkenntnisse über das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei, zur Arbeiter-und-Bauernmacht und zur Sowjetunion verbreiten und vertiefen – das war die wichtigste Bedingung, damit die Gewerkschaften ihre Rolle beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus erfüllen konnten. Die Beschlüsse des 3. FDGB-Kongresses schufen die Voraussetzungen, daß im Jahre 1951 im Rahmen der Betriebsabendschulen der Gewerkschaften mit dem Massenstudium des Marxismus-Leninismus begonnen werden konnte.¹¹

Neben den ideologischen Aufgaben lenkte der 3. FDGB-Kongreß die Aufmerksamkeit besonders darauf, die Masseninitiative der Arbeiterklasse in der Form des sozialistischen Wettbewerbs allseitig zu entfalten, denn sie stellte die „Haupttriebkraft für den großen Wirtschaftsaufschwung“ dar.¹²

Die Beratungen und Beschlüsse des 3. FDGB-Kongresses leiteten eine Wende in der Arbeit der Gewerkschaften ein. Ausgehend von der gesamtdeutschen Verantwortung des FDGB waren sie darauf gerichtet, die führende Rolle der Arbeiterklasse auf allen Gebieten des gesellschaftlichen

⁸ W. I. Lenin: Werke, Bd. 28, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 391.

⁹ Vgl. Protokoll des 3. Kongresses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, S. 68/69, S. 530.

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 45, 525/526.

¹¹ Vgl. Handbuch des Gewerkschaftsfunktionärs, Berlin 1952, S. 630–636.

¹² Protokoll des 3. Kongresses..., S. 188.

Lebens zu stärken. Der Kongreß leistete einen wertvollen Beitrag, die Ideen des III. Parteitages der SED in die Arbeiterklasse zu tragen und sie unmittelbar vorzubereiten, den ersten Fünfjahrplan zu verwirklichen und damit die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen.

Neben der umfassenden politischen und ideologischen Vorbereitung wurden durch die erfolgreiche Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950 gleichzeitig auch gute ökonomische Voraussetzungen für den Start des Fünfjahrplans geschaffen. Der Plan der Bruttonproduktion der Industrie wurde mit 109 Prozent erfüllt und die Arbeitsproduktivität in den volkseigenen Betrieben gegenüber 1949 um 13,5 Prozent gesteigert.¹³ Der große Massenwettbewerb im IV. Quartal 1950, an dem sich über 1,6 Millionen Werktätige aus mehr als 8100 Betrieben beteiligten, hatte maßgeblich zu diesem Ergebnis beigetragen.¹⁴

Um den Schwung dieses Wettbewerbs weiterzuentwickeln, rief der Bundesvorstand des FDGB dazu auf, im Januar 1951 einen Sonderwettbewerb „Auftakt zum Fünfjahrplan“ durchzuführen.¹⁵ Es galt, den Plan vom ersten Tage an zu erfüllen. Davon hing in hohem Maße die Verwirklichung der Ziele des ersten Planjahres ab, was wiederum entscheidend für den Erfolg des gesamten Fünfjahrplans war. Die Arbeiter begannen das Jahr 1951 mit neuen Produktionsverpflichtungen; die Werktätigen vieler Betriebe überreichten ihre Verpflichtungen dem Präsidenten unserer Republik, Wilhelm Pieck, als Geschenk zu seinem 75. Geburtstag.¹⁶ Besonders charakteristisch waren dabei die Verpflichtungen vieler Arbeiter, ihre Normen zu erhöhen und technisch begründete Arbeitsnormen einzuführen. Im Stahlwerk Gröditz z. B. bildeten die Arbeiter des Bandagenwalzwerkes ein Selbstnormeraktiv und erhöhten ihre Normen um 5 bis 10 Prozent. Im Hydrierwerk Zeitz erhöhten die Werktätigen von 8321 überprüften Normen freiwillig 3569 Normen um durchschnittlich 18,5 Prozent, wodurch eine Produktionssteigerung von mindestens 8 Prozent möglich wurde.¹⁷ Die Kumpel der Maxhütte Unterwellenborn und der Erzgruben von Kamsdorf, Wittmannsgereuth und Schmiedefeld antworteten auf den Aufruf der Gewerkschaften mit der Losung „Im Januar mehr als im Dezember“. Dank der Leistungen der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz erfüllten viele Betriebe das Plansoll für den Monat Januar schon nach 20 Tagen, so z. B. im Steinkohlenwerk „Deutschland“ in Oelsnitz, in den Zeiß-Werken in Jena u. a.¹⁸

¹³ Vgl. Neues Deutschland (B), 16. Februar 1951.

¹⁴ Vgl. Tribüne, Wochenzeitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, 7. Januar 1951.

¹⁵ Vgl. Tribüne, Organ des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Groß-Berlin 21. bis 27. Dezember 1950.

¹⁶ Vgl. Neues Deutschland, 31. Dezember 1950, 3. Januar 1951; Tribüne, 1. Januar 1951.

¹⁷ Vgl. Neues Deutschland, 4., 5., 6., 14. Januar 1951. Ähnliche Beispiele aus vielen anderen Betrieben wurden zu Beginn des Jahres 1951 täglich in der Presse veröffentlicht.

¹⁸ Neues Deutschland, 3. Januar 1951.

Angespornt durch diese guten Ergebnisse verpflichteten sich die Belegschaften vieler volkseigener und ihnen gleichgestellter Betriebe, den Wettbewerb fortzusetzen, um das erreichte Produktionsniveau zu halten und noch weiter zu erhöhen. Die Kumpel des Mansfelder Kupfererzbergbaus, die unter der Losung „Jede Tonne Kupfer – ein Baustein für den Frieden“ ihr Soll im Januar um 2,2 Prozent überboten, schlugen vor, den Plan im „Februar noch besser als im Januar“ zu erfüllen.²⁰ Der Massenwettbewerb trug entscheidend dazu bei, daß der Volkswirtschaftsplan im I. Quartal 1951 in der industriellen Bruttoproduktion mit 105 Prozent erfüllt wurde; das war gegenüber dem I. Quartal 1950 eine Steigerung um 22 Prozent.²¹ Das Neue bestand darin, daß der Wettbewerb im Kampf um die Inangriffnahme des Fünfjahrplans zu einer Massenbewegung wurde. Die Werkstätigen Tausender volkseigener und ihnen gleichgestellter Betriebe stellten sich fortlaufend neue, höhere Aufgaben. Der Wettbewerb begann zur Schule der sozialistischen Erziehung für Millionen Arbeiter zu werden.

Es kam jedoch nicht nur darauf an, immer größere Teile der Arbeiterklasse in den Wettbewerb einzubeziehen, denn das barg die Gefahr in sich, daß er formalen Charakter annahm. Oft wußten die Arbeiter nicht, daß sich ihr Betrieb dem Massenwettbewerb angeschlossen hatte und welche Aufgaben sie dabei zu erfüllen hatten. Deshalb wies das Zentralkomitee der SED die Parteiorganisationen und die Parteimitglieder in den Gewerkschaften darauf hin, die damals höchste Form der Wettbewerbsbewegung, die Aktivistenpläne zum Kampf gegen alle Produktionsverluste, besonders zu fördern. Die Initiative dazu war – unmittelbar im Zusammenhang mit dem III. Parteitag der SED – von den Arbeitern des VEB Hallesche Pumpenwerke ausgegangen. In diesem Betrieb hatte eine Planungsbrigade, bestehend aus den besten Aktivisten, Arbeitern, Meistern und Vertretern der technischen Intelligenz, einen „Aktivistenplan zum Kampf gegen alle Produktionsverluste“ ausgearbeitet. Die Initiatoren dieser Bewegung waren der Brigadier und Aktivist Paul Wolf und der Techniker Kurt Opitz, die für ihre Tat mit dem Nationalpreis 1950 ausgezeichnet wurden. Anlässlich der Überreichung des Aktivistenplanes an den 3. FDGB-Kongreß sagte Paul Wolf, wie es zum Entstehen dieses Planes kam: „Seitdem wir in unserem Betrieb dazu übergingen, Arbeitsbrigaden zu bilden, beschäftigte uns der Gedanke: Wie können wir unsere Produktion weiter verbessern? Und ich stellte fest, daß es in unserer Arbeitsorganisation noch gewaltige Fehler und Mängel gab... So entstand der Gedanke, daß man die grundsätzlichen Fehler erfassen und die gesamte Belegschaft, besonders die Arbeitsbrigaden, zur Beseitigung organisieren muß. So entstand der Aktivistenplan zur Vermeidung von Produktionsverlusten.“²²

¹⁹ Vgl. Neues Deutschland, 31. Januar 1951.

²⁰ Neues Deutschland, 3. Februar 1951.

²¹ Vgl. Neues Deutschland, 29. April 1951.

²² Protokoll des 3. Kongresses..., S. 331. Vgl. auch Kurt Opitz: Wie der erste Aktivistenplan entstand. In: Neues Deutschland, 27. Oktober 1950.

Das Neue des Aktivistenplans bestand darin, daß er alle Seiten des Produktionsprozesses erfaßte. Er setzte sich aus verschiedenen, die wichtigsten Elemente der Produktion umfassenden Teilplänen zusammen, angefangen vom Plan zur Pflege der Maschinen und Werkzeuge bis zum Plan für die bestmögliche Ausnutzung der Arbeitszeit und den Plan für die Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen. Darüber hinaus enthielt er konkrete Maßnahmen, um die berufliche Qualifikation der Werktätigen zu erhöhen sowie die materielle, kulturelle und soziale Lage der Belegschaft zu verbessern.²³ Durch den Aktivistenplan wurde in der Praxis bewiesen, welch große Reserven in den Betrieben vorhanden waren, um die Produktion zu steigern, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und die Selbstkosten zu senken. Das Entscheidende aber war, daß er die aktive Mitarbeit der gesamten Belegschaft voraussetzte. „Das Grundprinzip unseres Planes ist“, sagte Kurt Opitz, „daß man ohne den Willen der Belegschaft keine Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielen kann.“²⁴

Die Ausarbeitung des Aktivistenplans stellte die praktische Antwort der Arbeiterklasse auf die Verkündung des Fünfjahrplans dar, ihre durch die Tat bewiesene Zustimmung zur Politik ihrer Partei. Die Werktätigen der Halleschen Pumpenwerke gaben das anschauliche Beispiel, wie die Losung des 3. FDGB-Kongresses „Spare mit jedem Gramm, jeder Minute und jedem Pfennig“ verwirklicht werden konnte. Ihre Initiative löste eine breite Bewegung in unserer Republik aus, die von der Partei und den Gewerkschaften aktiv unterstützt wurde. In Verbindung damit wurde die Diskussion über entscheidende Grundfragen unserer gesellschaftlichen Entwicklung, über die neue Stellung der Arbeiter im volkseigenen Betrieb, über das neue Verhältnis zur Arbeit, über die führende Rolle der Arbeiterklasse u. a. gefördert. In seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer sagte Ministerpräsident Otto Grotewohl am 15. November 1950: „Die Werktätigen, die diese Aktivistenpläne aufstellen, beweisen sich als die besten Planer, denn sie haben erkannt, daß im Kampf gegen alle Produktionsverluste das Volkseinkommen und damit der Wohlstand der Menschen wächst.“²⁵ Mit der Ausarbeitung und Durchführung der Aktivistenpläne zum Kampf gegen alle Produktionsverluste begann, wie Walter Ulbricht auf der 3. Parteikonferenz der SED rückblickend feststellte, der *sozialistische Wettbewerb* in unserer Republik.²⁶ Diese Bewegung entsprach den neuen, höheren Aufgaben, die der Fünfjahrplan der Arbeiterklasse stellte. Auf der 4. Tagung des Zentralkomitees (17. bis 19. Januar 1951) verallgemeinerte die Partei die bisherigen Erfahrungen dieser Bewegung und begründete deren ökonomische, politische und natio-

²³ Vgl. Aktivistenplan zum Kampf gegen alle Produktionsverluste. Das Beispiel der Halleschen Pumpenwerke. Hrsg. vom Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, o. O. u. J.

²⁴ Neues Deutschland, 27. Oktober 1950.

²⁵ Otto Grotewohl: Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 282.

²⁶ Vgl. Protokoll der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 30.

nale Bedeutung. Im Beschluß des Zentralkomitees „Alle Kraft für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1951“ wurde dazu festgestellt: „Die Aktivistenpläne stellen ihrer Aufgabenstellung nach eine neue Etappe der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung dar... Die Aktivistenpläne sind ein Beweis dafür, daß die Aktivisten sich der großen Aufgabe zuwenden, durch die Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Arbeitsorganisation die Technik zu meistern... Mit ihrer Hilfe wird es möglich sein, das Tempo der Arbeitsproduktivität zu beschleunigen und damit auch das Tempo der Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen, da ja in der Deutschen Demokratischen Republik jede Steigerung der Arbeitsproduktivität den Werktätigen zugute kommt. Damit zugleich werden auch die Werktätigen erkennen, daß alle Lebensfragen auf der Grundlage unserer friedlichen demokratischen Ordnung gelöst werden können.“²⁷

Neben dem Beispiel der Halleschen Pumpenwerke waren in den letzten Monaten des Jahres 1950 bereits in zahlreichen anderen Betrieben vorbildliche Aktivistenpläne ausgearbeitet worden, so z. B. in der NAGEMA Maschinenfabrik Halle, in den Industrierwerken Rostock, im Hüttenwerk Döhlen, im Phänomenwerk (jetzt VEB Robur) Zittau u. a.²⁸ Die Industriegewerkschaften organisierten Beratungen, um die Erfahrungen der Besten allen Betrieben zu vermitteln.

Durch den beharrlichen Kampf der Partei und der Gewerkschaften wurde diese neue Form des Wettbewerbs immer breiter entwickelt. Gab es im Ende des Jahres 1950 erst in einigen hundert Betrieben unserer Republik Aktivistenpläne, so betrug ihre Zahl am Ende des ersten Halbjahres 1951 bereits 4158.²⁹ Die Verbesserungsvorschläge der Werktätigen ermöglichten es, viele Millionen DM zusätzlich für die Entwicklung der Volkswirtschaft und die Hebung des Lebensniveaus zu gewinnen. Die Gesamtsumme der in den Aktivistenplänen für 1951 vorgesehenen Einsparungen betrug 20 Millionen DM.³⁰

Die Ergebnisse, die bei der Aufstellung und der Durchführung der Aktivistenpläne erzielt wurden, waren ein Gradmesser für die Tätigkeit der Partei und der Gewerkschaften, sowohl der Organisationen in den Betrieben als auch der übergeordneten Leitungen. In vielen Betrieben lernten die Parteileitungen und die Genossen in den Gewerkschaften, ihre Führungstätigkeit konkreter zu gestalten, sich enger mit den parteilosen Arbeitern zu verbinden. Die Arbeiter sahen, daß ihre Meinung geachtet wurde; das hob ihr Verantwortungsbewußtsein. In dieser Bewegung entwickelte sich in den Keimformen das Prinzip, das später in der Losung „Plane mit – arbeite mit – regiere mit!“ seinen Ausdruck fand. Der Kampf um die Aktivistenpläne half, in der Arbeiterklasse das sozialistische Bewußtsein, insbesondere die neue Einstellung zur Arbeit, zu entwickeln.

²⁷ Dokumente der SED, Bd. III, S. 323 und 325.

²⁸ Vgl. Neues Deutschland, 24., 30. September, 21., 28. Oktober, 19. November 1950. – SED-Pressedienst, 17. Oktober 1950. – Die Arbeit, 1950, Heft 11 und 1951, Heft 1 u. a.

²⁹ Vgl. Die Arbeit, 1951, Heft 8, S. 411.

³⁰ Vgl. ebenda, Heft 10, S. 509.

Die großen Aufgaben des Fünfjahrplans sowie die wachsende Aktivität der Arbeiterklasse erforderten gebieterisch, die Formen und Methoden der Leitung der Volkswirtschaft den neuen Verhältnissen anzupassen und nach den Prinzipien der sozialistischen Planwirtschaft zu gestalten. Diese Probleme standen im Mittelpunkt der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED (13.–15. Juni 1951). Das Plenum des ZK analysierte die Ergebnisse und Erfahrungen der ersten Monate des Fünfjahrplans und zog daraus entsprechende Schlußfolgerungen. In den Monaten Januar bis April 1951 war der Plan mit 105 Prozent übererfüllt worden; im Mai gelang es zum erstenmal, in der Steinkohlenproduktion den Plan mit 103,1 Prozent zu erfüllen.³¹ Diese Erfolge, erklärte Heinrich Rau in seinem Referat auf der 6. Tagung des ZK, waren „das Resultat der wachsenden Aktivität unserer Werktätigen in Stadt und Land . . ., das Ergebnis der immer breitere Massen erfassenden Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, der in steigendem Maße angewandten neuen und verbesserten Arbeitsmethoden, der massenhaften Anwendung der von den Stachanow-Neuerern der Sowjetunion entwickelten Methoden“.³² Den erzielten Erfolgen stand jedoch eine solche Tatsache gegenüber, daß wichtige Positionen des Plans (besonders im Schwermaschinenbau) nicht erfüllt worden waren. Im Zusammenhang damit wurde sichtbar, daß die bisherigen Methoden der Planung, sowohl der Ausarbeitung als auch der Kontrolle der Durchführung des Plans, nicht den Anforderungen genügten. Deshalb forderte das Zentralkomitee, bei der Aufstellung des Plans nicht, wie es bis dahin sehr oft geschah, von den vorhandenen Kapazitäten und der gewohnten Produktion auszugehen sondern von dem tatsächlichen Bedarf unserer Volkswirtschaft und des Außenhandels. Es kritisierte die bei manchen Staats- und Wirtschaftsfunktionären vorhandene Auffassung, sich auf die Einfuhr wichtiger Maschinen und anderer Waren aus dem Westen zu verlassen. Eine solche Einstellung lähmte die eigene Initiative und unterwarf unsere Republik den Störmaßnahmen der herrschenden Kreise Bonns und der imperialistischen Westmächte. Das ZK betonte demgegenüber nachdrücklich, die eigenen Kräfte anzustrengen und alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft vom Bezug bestimmter Waren aus den kapitalistischen Ländern kurzfristig zu überwinden.³³ Die harte Kritik, die an den Mängeln und Fehlern der Planung geübt wurde bedeutete nicht ein „Versagen der Planwirtschaft“³⁴, sondern war im Gegenteil darauf gerichtet, die Planung der Volkswirtschaft zu verbessern und ihre Vorzüge wirksamer auszunutzen.

In untrennbarer Verbindung damit wurde es notwendig, neue Methoden zur Leitung der dem Volk gehörenden Betriebe durchzusetzen. Der entscheidende Schritt dazu war „die gründliche Anwendung des Prinzips der

³¹ Vgl. Dokumente der SED, Bd. III, S. 504–506.

³² Die neuen Wirtschaftsaufgaben zur Verbesserung der Lebenslage des Volkes. Drei Reden und Entschlüsse des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf der 6. Tagung am 13., 14. und 15. Juni 1951, o. O. u. J., S. 5.

wirtschaftlichen Rechnungsführung in jedem Betrieb und die Einführung des allgemeinen Vertragssystems sowie die Weiterentwicklung der Kontrolle der volkseigenen Wirtschaft durch die Mark³⁵. Bis dahin nahmen die Vereinigungen Volkseigener Betriebe die jährlichen Bilanzen vor, wobei die Verluste der einen Betriebe durch die Gewinne der anderen Betriebe gedeckt wurden und so ein allgemein günstiger „Durchschnitt“ herauskam. Diese Lage, im Anfangsstadium der Entwicklung der volkseigenen Industrie objektiv bedingt, wurde immer mehr zu einem Hemmschuh. Die zurückbleibenden, unrentabel arbeitenden Betriebe wurden kaum angespornt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um rentabel zu werden,³⁶ während die gut arbeitenden Betriebe nur einen verhältnismäßig geringen Nutzen ihrer Leistungen hatten. Dadurch wurde das sozialistische Prinzip der materiellen Interessiertheit und das Leistungsprinzip verletzt. Mit der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung wurde, gestützt auf die Erfahrungen der Sowjetunion, ein grundlegender Wandel eingeleitet. Die Belegschaften der volkseigenen Betriebe wurden mobilisiert, die Rentabilität ihres Betriebes herzustellen oder zu erhöhen, denn jeder Erfolg kam ihnen direkt (vor allem über den Direktorfonds)³⁷ oder indirekt (durch Erhöhung der Löhne, Senkung der Steuern und der Einzelhandelspreise u. a. Maßnahmen) zugute. Die wirtschaftliche Rechnungsführung ist die Form der planmäßigen Wirtschaftsführung der sozialistischen Betriebe; sie ist durch das Wirken des Wertgesetzes bedingt.³⁸ Ihre Einführung in unserer Republik bedeutete einen wesentlichen Schritt zur planmäßigen Entwicklung der Wirtschaft im Interesse der Werktätigen.³⁹

Die zentrale Frage, der auch die Verbesserung der Planungsmethoden und die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung dienten, bestand darin, die Arbeitsproduktivität in der sozialistischen Industrie zu steigern, denn sie ist, wie W. I. Lenin lehrte, „in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung“⁴⁰. Bedingt durch den faschistischen Raubkrieg und seine Folgen befand sich die Arbeitsproduktivität noch auf einem relativ niedrigen

³³ Vgl. Dokumente der SED, Ed. III, S. 506–510; Die neuen Wirtschaftsaufgaben . . ., S. 9–28.

³⁴ Neue Zürcher Zeitung, 29. Juni 1951.

³⁵ Dokumente der SED, Bd. III, S. 511/512.

³⁶ Die Kritik der Partei richtet sich natürlich nicht gegen solche Betriebe, in denen die Voraussetzungen für die Rentabilität noch nicht vorhanden waren.

³⁷ Vgl. Verordnung über den Direktorfonds 1951 vom 4. Oktober 1951, Gesetzblatt Nr. 142, 8. Dezember 1951, S. 1115/1116. – Neuer Weg, 1952 Heft 3, S. 16/17.

³⁸ Vgl. Politische Ökonomie, Lehrbuch, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 618.

³⁹ Die rechten SPD-Führer suchten diese Maßnahme durch die Behauptung zu diskreditieren, daß sie durch den „Rückgang der Wirtschaft“ sowie die „wachsende Finanznot der Betriebe“ diktiert gewesen sei und damit die Verantwortung für die „Nichterfüllung der Wirtschaftspläne auf die Betriebe und . . . die Belegschaften“ abgewälzt worden sei (Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1950/51, Dortmund o. J., S. 71).

⁴⁰ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 582.

Stand. In unserer Republik waren jedoch, da die entscheidenden Produktionsmittel dem Volke gehören, die notwendigen Bedingungen gegeben, die Arbeitsproduktivität ständig zu erhöhen. Nur dadurch konnten sowohl die erforderlichen Mittel für die sozialistische Industrialisierung gewonnen als auch die Lebenslage der Werktätigen gehoben und damit die Überlegenheit unserer sozialistischen Ordnung bewiesen werden. Die Arbeitsproduktivität zu steigern, das bedeutete in unserer Republik nicht mehr wie z. B. in der Westzone, die Ausbeutung der Arbeiter zu verstärken. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität diente der Verbesserung des Lebens der Werktätigen, sie ist ein objektives Gesetz des Sozialismus und führt zur ständigen Festigung der ökonomischen und politischen Macht der Arbeiterklasse. Das waren die objektiven Voraussetzungen, um alle Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz unmittelbar dafür zu interessieren. Ausgehend davon nahm die 6. Tagung des ZK der SED einen besonderen Beschluß an, in dem die neuen Methoden zur Steigerung der Arbeitsproduktivität begründet wurden.⁴¹

In diesem Beschluß wurde besonders auf die Notwendigkeit hingewiesen, technisch begründete Arbeitsnormen und Materialverbrauchsnormen auszuarbeiten und einzuführen. „Die technischen Normen sind eine große regulierende Kraft, die die breiten Arbeitermassen in der Produktion um die fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse organisiert.“⁴²

Die meisten der damals gültigen Normen waren „erfahrungsstatistische“ Normen, die nicht mehr den technischen Bedingungen und dem gesellschaftlichen Entwicklungsstand entsprachen. Diese Normen konnten leicht erfüllt und übererfüllt werden. In der Bauindustrie z. B. wurde auf verschiedenen Baustellen (das traf besonders für Berlin zu) eine durchschnittliche Normerfüllung von 300–350 Prozent erreicht. Diese alten Normen bildeten ein Hemmnis der weiteren Vorwärtsentwicklung, sie schädeten den gesellschaftlichen Interessen und damit letztlich auch dem einzelnen Arbeiter. Hierbei ist besonders darauf hinzuweisen, daß dadurch der Kampf gegen den deutschen Imperialismus, dessen Wiedererstehen Walter Ulbricht auf der 6. Tagung umfassend analysierte,⁴³ ernsthaft beeinträchtigt wurde. Technisch begründete Normen einzuführen war also nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Notwendigkeit. Sie wirkten als Hebel, um die Arbeitsproduktivität zu steigern und das sozialistische Leistungsprinzip durchzusetzen. Nicht zuletzt wurden die Arbeiter dadurch angeregt, sich zu qualifizieren.

Den Beschlüssen der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED kam nicht nur für die Arbeit der Organe des Staates und der Wirtschaft, sondern auch für die Weiterentwicklung der Arbeit der Partei prinzipielle Bedeutung zu. Wie W. I. Lenin betonte, ist es gesetzmäßig und notwendig, daß nach der Errichtung der Macht der Arbeiterklasse die Partei von den

⁴¹ Vgl. Dokumente der SED, Bd. III, S. 519–525.

⁴² Ebenda, S. 521.

⁴³ Vgl. Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 208–272.

alten, vorwiegend politischen Formen des Kampfes, den fast ausschließlich agitatorischen Fertigkeiten dazu übergehen muß, die praktische Arbeit des Verwaltens, des Wirtschaftens zu erlernen.⁴⁴ Diese Umstellung konnte nicht von heute auf morgen erfolgen, sondern sie erforderte eine längere Zeit. Vor allem mußte die bei einem Teil der Parteimitglieder vorhandene Einstellung überwunden werden, als sei die alltägliche organisatorische Arbeit zum Aufbau der Wirtschaft, die nicht immer sofort sichtbare Verbesserungen mit sich brachte, eigentlich keine revolutionäre Arbeit oder weniger revolutionär als der in früherer Zeit gegen die Bourgeoisie geführte Klassenkampf.

Die Durchsetzung der neuen Methoden zur Leitung der sozialistischen Betriebe sowie zur Steigerung der Arbeitsproduktivität war nicht einfach. Manche Parteiorganisationen sowie Funktionäre des Staatsapparates und der Wirtschaftsorgane unterschätzten die Bedeutung dieser Aufgaben oder waren sich nicht sofort klar über deren Wesen und richtige Durchführung. Anstatt den Arbeitern die Notwendigkeit dieser Maßnahmen zu erklären, wichen man oft vor rückständigen Auffassungen zurück. In großen Teilen der Arbeiterklasse wirkten noch die Vorstellungen der kapitalistischen Vergangenheit, in der zwischen ihren Interessen und denen der herrschenden Klasse unüberwindliche Gegensätze bestanden hatten. Es war z. B. für viele Arbeiter nicht ohne weiteres einzusehen, daß die alten Normen ihren Interessen als Arbeiter schaden, wo es sich so gut damit verdienen ließ. „Hauptsache mein Geld stimmt – alles andere ist mir egal“, diese Einstellung war noch weitverbreitet. Die bürgerlichen Moralbegriffe „Jeder ist sich selbst der Nächste“, „Ich kümmerge mich um mich, für alle sorgt der liebe Gott“ und andere Anschauungen und Traditionen, die der fluchbeladene Kapitalismus der neuen Gesellschaft hinterlassen hatte, waren zäh und konnten nur allmählich überwunden werden. Das war um so mehr der Fall, als die Lebensverhältnisse der Massen, bedingt durch das Erbe, das unsere Republik vom Imperialismus übernommen hatte, noch sehr schwer waren. Der Kapitalismus schuf sich seine Arbeitsdisziplin durch Zwang und Gewalt, durch den Hunger und das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Die neue, die sozialistische Arbeitsdisziplin konnte nicht durch solche Methoden erzwungen, sie mußte vor allem durch beharrliche, geduldige Überzeugung der Arbeiter und aller Werktätigen hergestellt werden – so, wie es W. I. Lenin gelehrt hatte: „Eine neue Arbeitsdisziplin, neue Formen der gesellschaftlichen Bindung zwischen den Menschen, neue Formen und Methoden der Heranziehung der Menschen zur Arbeit zu schaffen – das ist eine Aufgabe von vielen Jahren und Jahrzehnten. Das ist die dankbarste, die erhabenste Aufgabe.“⁴⁵

Die Partei konnte diese Aufgabe nur erfüllen, wenn all das ausgeschaltet wurde, was die Entfaltung der Initiative der Massen und die Erkenntnis der neuen gesellschaftlichen Beziehungen hemmte. In dieser Hinsicht stellten die verschiedenartigen Erscheinungen des Bürokratismus die größte

⁴⁴ Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 27, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 252/253.

⁴⁵ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 676.

Gefahr dar. Der Bürokratismus äußerte sich sowohl in dem Ausweichen vor der Verantwortung, vor klaren Entscheidungen, als auch in den Methoden des Administrierens und des Managertums, in der Mißachtung der Kritik und der Vorschläge der Arbeiter. Sowohl das eine als auch das andere bedeutete nichts anderes als die Unterschätzung der Kraft der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Die Partei führte einen entschiedenen Kampf gegen diese Tendenzen. Das kam zum Ausdruck in den bedeutungsvollen Beschlüssen des Zentralkomitees der Partei über die Lehren des Aufbaus des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg⁴⁶ und des Eisenhüttenkombinats Ost⁴⁷ sowie in den Beschlüssen, die es auf seiner 8. Tagung (21.–23. Februar 1952) faßte.⁴⁸ Auf einer Beratung des Sekretariats des ZK mit leitenden Genossen der Partei, des Staatsapparates und der Massenorganisationen, die Anfang Januar 1952 stattfand, erklärte Walter Ulbricht: „Es gilt, die Initiative des Volkes voll zur Entfaltung zu bringen. Unter diesem zentralen Gesichtspunkt hat der Kampf um die Beseitigung der bürokratischen Hindernisse, gegen die Gleichgültigkeit gegenüber den Vorschlägen und der Kritik aus dem Volke und gegen die Verantwortungslosigkeit mancher Mitarbeiter im Staats- und Wirtschaftsapparat eine so große Bedeutung. Die Unterdrückung der Kritik ist der größte Fehler.“⁴⁹

Der beharrliche Kampf der Partei um die Durchsetzung sozialistischer Leitungsmethoden in den Organen des Staates und der Wirtschaft, die allmähliche, aber immer schnellere Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs und das Wachsen des sozialistischen Bewußtseins schufen die notwendigen politischen und ideologischen Voraussetzungen, um eine der schwierigsten, aber zugleich bedeutsamsten Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in Angriff zu nehmen: die grundlegende Umgestaltung des gesamten Tarifsystems, den Übergang zum sozialistischen Kollektivvertragssystem. Dieser Schritt war eine objektive Notwendigkeit, der sich gesetzmäßig aus den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen in unserer Republik ergab. Die alten, bis dahin noch bestehenden Tarifverträge waren ihrer Form nach im wesentlichen die gleichen wie früher, als die Bourgeoisie die Macht besaß und die Produktionsmittel ihr Eigentum waren. Damals wurden in den Tarifverträgen bestimmte – besonders arbeitsrechtliche – Fragen zwischen zwei Klassen geregelt, die sich antagonistisch gegenüberstanden; ihr Inhalt wurde durch den Klassenkampf zwischen ihnen entschieden.

In unserer Republik waren jedoch grundlegend neue Verhältnisse entstanden. Die Arbeiterklasse hielt die Staatsmacht in ihren Händen. Die entscheidenden Produktionsmittel gehörten dem Volk, waren sozialistisches Eigentum geworden. So wie Regierung und Arbeiterklasse insgesamt, so hatten auch in den einzelnen sozialistischen Betrieben der von der Arbeiter- und Bauern-Macht eingesetzte Werkleiter und die Belegschaft die gleichen

⁴⁶ Vgl. Dokumente der SED, Bd. III, S. 371–378.

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 701–712.

⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 715–722.

⁴⁹ Neues Deutschland, 16. Januar 1952.

grundlegenden Interessen. Ausgehend davon und in Übereinstimmung mit dem im „Gesetz der Arbeit“ verankerten Rechten und Pflichten der Arbeiterklasse erließ die Regierung der DDR am 15. Februar 1951 die „Verordnung über den Neuabschluß der Kollektivverträge in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben für das Jahr 1951“.⁵⁰

Das Neue der Kollektivverträge bestand darin, daß in ihnen die wechselseitigen Verpflichtungen zwischen der Werkleitung und der Belegschaft – als deren gesetzlicher Vertreter die Betriebsgewerkschaftsleitung wirkte – zur allseitigen Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben sowie deren Rechte niedergelegt wurden. Darin kam das neue, auf den sozialistischen Produktionsverhältnissen beruhende Arbeitsrecht zum Ausdruck. Durch die neuen Kollektivverträge wurde es den Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz ermöglicht, aktiver am Aufbau ihrer Betriebe, an der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und an der Entwicklung neuer Arbeitsmethoden teilzunehmen. Somit stellten sie einen entscheidenden Hebel dar, um den Plan zu erfüllen, die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Lebenshaltung der Werktätigen ständig zu erhöhen.

Bei der Einführung der Betriebskollektivverträge galt es jedoch in besonderem Maße, die Arbeiter von der Notwendigkeit dieser Maßnahme zu überzeugen und dabei die alten, der Vergangenheit angehörenden Auffassungen über die Tarifverträge zu überwinden, die sich im jahrzehntelangen Kampf gegen die Bourgeoisie im Bewußtsein der Arbeiter herausgebildet und festgesetzt hatten. Deshalb beschritten Partei und Gewerkschaft den Weg, ein Beispiel zu entwickeln, das den Funktionären der Partei und der Gewerkschaft, den Werkleitungen, der ganzen Arbeiterklasse zeigte, wie diese Aufgabe zu lösen ist. Ein solches Beispiel wurde im Stahl- und Walzwerk Riesa geschaffen.

In einer wochenlangen Diskussion, die in der Betriebsparteiorganisation und im Kollektiv der Gewerkschaftsfunktionäre vorbereitet wurde, waren der Belegschaft zunächst die Aufgaben des Betriebsplanes für das Jahr 1951 und danach die Bedeutung und der Inhalt des Betriebskollektivvertrages erläutert worden. In Hunderten von Versammlungen und Beratungen in größerem und kleinerem Kreis, in den Arbeitspausen und nach der Arbeitszeit wurde über diese Fragen gesprochen. Die Diskussionen verliefen teilweise stürmisch und erstreckten sich oft über viele Stunden. Grundsatz in dieser Aussprache war es, den Arbeitern auf alle ihre Fragen eine klare, befriedigende Antwort zu geben. Drehten sich anfangs die Diskussionen vor allem um Lohnfragen, so gelang es in ihrem weiteren Verlauf immer mehr, die Hauptfragen des Betriebskollektivvertrages in den Mittelpunkt zu rücken. Der erste Entwurf des Betriebskollektivvertrages wurde auf zwei Delegiertenkonferenzen gründlich beraten, nochmals überarbeitet und verbessert. Erst dann, nach einer solchen umfassenden Vorbereitung, wurde der Betriebskollektivvertrag – der erste

⁵⁰ Vgl. Gesetzblatt Nr. 22, 22. Februar 1951, S. 117/118.

in unserer Republik – auf einer dritten Delegiertenkonferenz am 21. Mai 1951 einstimmig angenommen und unterzeichnet. Der Kollektivvertrag war wirklich zur Sache der ganzen Belegschaft und darüber hinaus auch zur Sache ihrer Angehörigen geworden. In ihm wurden 400 Kollektiv- und Einzelverpflichtungen aufgenommen. Das Beispiel des Stahl- und Walzwerkes Riesa bewies, daß der Betriebskollektivvertrag ein entscheidendes Instrument in den Händen der Arbeiterklasse darstellte, den Plan zu erfüllen und die Lebenslage der Werktätigen spürbar zu verbessern.

Dort, wo es die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sowie die Werkleitungen verstanden, die Erfahrungen des Stahl- und Walzwerkes Riesa auszuwerten und anzuwenden, wurden ähnliche Erfolge erzielt, so z. B. im VEB Mansfeld-Kombinat „Wilhelm Pieck“, in den Chemischen Werken Buna, Schkopau, im Kunstseidenwerk „Friedrich Engels“ in Premnitz, im TRO Berlin-Oberschöneweide, in der Kammgarnspinnerei Eisenach, im Kreisforstamt Arnstadt und in vielen anderen Betrieben. Insgesamt wurden 1951 in etwa 5000 volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben zum erstenmal die Betriebskollektivverträge unterzeichnet.⁵¹

Es gab jedoch auch Fälle, wo die Werkleitungen und Betriebsgewerkschaftsleitungen den Betriebskollektivvertrag auf bürokratische Weise ausarbeiteten und dann versuchten, ihn ohne Diskussion mit der Belegschaft, ohne gründliche Überzeugungsarbeit einfach „durchzuziehen“. Mit Recht wehrten sich die Arbeiter gegen ein solches Verfahren, das ihre Interessen mißachtete, ein mangelndes Vertrauen zu ihnen offenbarte und der Weisungen der Partei und der Gewerkschaften widersprach.⁵²

Das Gefährliche und Schädliche einer solchen bürokratischen Arbeitsweise, der Losgelöstheit von den Massen und des Unglaubens an die Kraft der Arbeiterklasse bestand vor allem darin, daß dadurch der Wühltätigkeit imperialistischer Spionageagenturen Spielraum gegeben wurde. Die westdeutschen Monopolherren erkannten sehr wohl, daß mit der Einführung der Betriebskollektivverträge in der DDR die Klassenpositionen der Arbeiterklasse in den Betrieben und im Staat bedeutend gestärkt wurden. Unterstützt von den rechten Führern der SPD und des DGB, suchten sie mit allen Mitteln, den Abschluß der Kollektivverträge zu verhindern. Während sie von den Arbeitern in der Westzone „im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs“ die Bereitschaft forderten, „Opfer“ zu bringen, und ihre Ausbeutung mit den raffiniertesten Mitteln verschärften, verleumdeten sie die Betriebskollektivverträge als angebliche Methode einer „planvolleren Ausbeutung“ der Arbeiter in unserer Republik.⁵³ Die Hetze der Imperialisten und ihrer Handlanger in unseren volkseigenen Betrieben, unter denen die Agenturen des „Ostbüros der SPD“ eine besondere Rolle spielten, knüpfte an die rückständigen Auffassungen unter Teilen der Arbeiterklasse an. Sie schoben die Fragen des Lohnes, des

⁵¹ Vgl. Die Arbeit, 1952, Heft 6, S. 308.

⁵² Vgl. z. B. Die Arbeit, 1951, Heft 9, S. 457. – Geschäftsbericht des Bundesvorstandes der FDGB 1950 bis 1954, Berlin 1955, S. 67.

⁵³ Vgl. Die Neue Zeitung (Berlin), 26. April 1951.

Bezahlung von Überstunden usw. oder von gewissen Vergünstigungen, die in den ersten Jahren nach 1945 berechtigt waren, inzwischen aber ihren Sinn verloren hatten, in den Vordergrund, um die Arbeiter zu verwirren.

Der Feind konzentrierte seine Kräfte vor allem auf die entscheidenden Großbetriebe unserer Republik, insbesondere auf die ehemaligen Zwingburgen der Chemiekonzerne. Das wurde u. a. bei der Diskussion über den Betriebskollektivvertrag im Leuna-Werk „Walter Ulbricht“ deutlich sichtbar, in dem damals die alte Konzernideologie noch stark verbreitet war. Unter dem Einfluß der Propaganda des Gegners forderte ein Teil der Delegierten z. B. einen Nachtzuschlag von 15 Prozent, obwohl gesetzlich 10 Prozent festgelegt waren.⁵⁴ Doch auch im Leuna-Werk erlitt der Feind eine Niederlage; er konnte den Abschluß des Betriebskollektivvertrages wohl verzögern, aber nicht verhindern.

Der wachsende Einfluß der Politik unserer Partei sowie die von ihr und den Gewerkschaften geleistete Erziehungsarbeit fanden in neuen patriotischen Taten der Arbeiterklasse unserer Republik ihren Ausdruck. Im Sommer 1951 trat ein Engpaß bei der Versorgung unserer Volkswirtschaft mit Grobblechen ein. Obwohl im ersten Halbjahr 1951 die Produktion von Grobblechen mit 114 Prozent und in den Monaten Juli und August mit 125 bis 140 Prozent erfüllt wurde, konnte infolge der schnellen Entwicklung der Wirtschaft (Aus- und Aufbau unserer Kraftwerke sowie anderer Industrieanlagen, Aufbau unserer Fischerei- und Hochseehandelsflotte) der wachsende Bedarf nicht voll befriedigt werden. Dazu kam, daß die Adenauerregierung und die Hohen Kommissare der Westmächte den innerdeutschen Handel sabotierten, wodurch die aus Westdeutschland vorgesehenen Lieferungen an Blechen und anderen Walzzeugnissen ausfielen.⁵⁵ Die westdeutschen Monopolherren und die herrschenden Kreise der Westmächte glaubten, durch ihre Blockademaßnahmen den Aufbau unserer Friedenswirtschaft entscheidend schwächen und verzögern zu können. Aber wiederum, wie schon so oft in den zurückliegenden Jahren, machten ihnen die Arbeiter unserer Republik einen Strich durch die Rechnung. Sie ließen sich nicht erpressen.

Dem Appell der Partei an alle Stahl- und Walzwerker folgend und in Erkenntnis der politischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung der Aufgabe, die Produktion von Grobblechen bedeutend über den vorgesehenen Plan zu steigern, rief die Brigade Waßmuth aus dem Walzwerk „Willy Becker“ in Kirchmöser die Kumpel im Walzwerk Hettstedt auf, im Monat September einen Sonderwettbewerb durchzuführen.⁵⁶ Dieser Vorschlag zündete wie ein Funke; die Arbeiter des Kupfer- und Blechwalzwerkes „Michael Niederkirchner“ in Ilseburg sowie der Stahl- und Walzwerke unserer Republik schlossen sich sofort diesem Wettbewerb an. Sie stellten sich das Ziel, den Plan im Monat September gegenüber dem bisherigen

⁵⁴ Vgl. Die Arbeit, 1951, Heft 9, S. 458. — Neues Deutschland, 11. September 1951.

⁵⁵ Vgl. Willi Stoph: Unsere Stahl- und Walzwerker vor größeren Aufgaben. In: Neues Deutschland, 2. September 1951.

⁵⁶ Vgl. Neues Deutschland, 4. September 1951.

Durchschnitt um 30 Prozent zu erhöhen. Selbst verantwortliche Staats- und Wirtschaftsfunktionäre hielten dieses Ziel für unreal. Doch die Stahl- und Walzwerker bewiesen, was in ihnen steckt. Innerhalb weniger Tage wurde der Wettbewerb in den einzelnen Betrieben vorbildlich organisiert. Die Betriebsparteiorganisationen und die Gewerkschaften erläuterten den Arbeitern die politische Bedeutung und die Ziele des Wettbewerbs. Jeder Arbeiter kannte seine tägliche Aufgabe. Es entstand ein regelrechtes Wettbewerbsfieber, eine Kampf Stimmung, die alle Angehörigen der Belegschaften erfaßte. Auf diese Weise wurden Leistungen erzielt, die vorher niemand für möglich gehalten hatte. Die gesteckten hohen Ziele wurden erreicht.⁵⁷

Wer waren die Menschen, die diese großen Leistungen vollbrachten, und welche Kraft spornte sie zu ihren Heldentaten der friedlichen Arbeit an? Nach der Regierungserklärung Otto Grotewohls und dem Volkskammerappell vom 15. September 1951, so schrieb der parteilose Brigadier Fritz Bienhold, „haben sich die Walzwerker von Hettstedt erneut geschworen, ihren Friedenswettbewerb um die Steigerung der Produktion und das bessere Leben in einem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland mit aller Energie zum siegreichen Ende zu führen.

Ich bin einer von ihnen, die im Wettbewerb acht Stunden täglich schwitzend an den Öfen und Walzen stehen, deren harte Arbeit aus weißglühenden, zentnerschweren Platinen Grobbleche formt für den Bau neuer Maschinen, die allein dem Frieden dienen werden. Soll es den Truman, McCloy, Schuman usw. gelingen, aus der Saat des Arbeiterschweißes erneut Karabiner und Bajonette herzustellen? Nein und tausendmal nein! Deshalb haben wir Walzwerker mit unserem Wettbewerb die Sache des Friedens endgültig in unsere Hände genommen. Damit beweisen wir unserer Regierung der Arbeit unser Vertrauen in ihre ehrliche, vorbehaltlose Politik der nationalen Verantwortung gegenüber Völkerverhetzung und Kriegsbrandstiftung. Und damit ist unsere Arbeit an der Walzstraße, an Maschinen und Werkbank zugleich zu unserem festen politischen Bekenntnis geworden...“⁵⁸

Fritz Bienhold sprach auch die Überzeugung aus, daß die patriotische Tat der Stahl- und Walzwerker die beste Unterstützung für die zur gleichen Zeit in einem großen Streikampf stehenden Metallarbeiter Hessens bedeutete.

Die führende Kraft des Wettbewerbs waren die Parteiorganisationen. Die Partei – das war z. B. der Brigadier Paul Luzemann, dessen Brigade während des Wettbewerbs ständig mit an der Spitze lag. 1939 hatten ihn die Hitlerfaschisten in ihre Armee gepreßt. Der Krieg öffnete ihm die Augen. Deshalb trat er nach seiner Rückkehr aus britischer Kriegsgefangenschaft im Jahre 1947 der Partei der Arbeiterklasse bei. Sie erzog ihn und half ihm, zum Vorbild für seine Arbeitskollegen zu werden, denen

⁵⁷ Über die Ergebnisse des Wettbewerbs vgl. Neues Deutschland, 2. Oktober 1951.

⁵⁸ Tägliche Rundschau, 19. September 1951.

er seine fachlichen und politischen Erfahrungen vermittelte und dessen Beispiel sie nacheiferten. Ebenso wie der Brigadier Fritz Bienhold wurde er 1951 als „Held der Arbeit“ ausgezeichnet, und 1954 wählten ihn seine Kollegen als Abgeordneten in die Volkskammer unserer Republik.

Das sind einige wenige aus der großen Zahl von Zehntausenden Stahl- und Walzwerkern, die einen großen Erfolg für den Frieden und den Sozialismus errangen. Im Verlauf ihres Wettbewerbs erwies sich – wie in der Folgezeit in immer breiterem Maße – die Wahrheit der Worte W. I. Lenins: Der Sozialismus erstickt keineswegs den Wettbewerb, im Gegenteil, er schafft erstmalig die Möglichkeit, ihn wirklich auf *breiter* Grundlage, wirklich im Massenumfange anzuwenden, die Mehrheit der Werktätigen wirklich auf ein Tätigkeitsfeld zu führen, auf dem sie sich hervortun, ihre Fähigkeiten entfalten, jene Talente offenbaren können, die das Volk, einem unversiegbaren Quell gleich, hervorbringt und die der Kapitalismus zu Tausenden und Millionen zertreten, niedergehalten und erdrückt hat.⁵⁹

Der Sonderwettbewerb zur Steigerung der Grobblechproduktion leitete eine neue Etappe der Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs in unserer Republik ein. Das Neue bestand darin, daß die großen politischen, Gesamtnationalen Aufgaben der Arbeiterklasse mit den täglichen Produktionsaufgaben in den Betrieben verbunden wurden. Dadurch wuchs das Bewußtsein der Arbeiter schneller. Neu war weiter die Art und Weise, wie der Wettbewerb organisiert wurde. Seine Aufgaben wurden für jeden Betrieb, für jede Brigade und jeden einzelnen Arbeiter aufgeschlüsselt. Die Ergebnisse des Wettbewerbs wurden täglich überprüft und ausgewertet, die besten Leistungen wurden unmittelbar durch Auszeichnungen geehrt und durch Prämien anerkannt. Neu war nicht zuletzt, daß sich in einem bisher nicht gekannten Maße die gegenseitige Hilfe und kameradschaftliche Unterstützung zwischen den Arbeitern, den Brigaden und den am Wettbewerb beteiligten Betrieben entwickelte. So schickte z. B. das Stahl- und Walzwerk Riesa einige seiner besten Brigaden und Arbeiter in das Stahl- und Walzwerk Brandenburg, um dort zu helfen, Schwierigkeiten in der Produktion zu überwinden. Diese nahmen nicht nur am Sonderwettbewerb teil, sondern blieben bis Ende des Jahres in Brandenburg.⁶⁰

Die hervorragende Initiative der Stahl- und Walzwerker löste einen neuen Aufschwung der Wettbewerbsbewegung im IV. Quartal 1951 aus. Die Werktätigen des VEB NAGEMA Mittweida riefen alle Betriebe unserer Republik auf, alle innerbetrieblichen Reserven an Walzmaterial zu erschöpfen. Innerhalb weniger Tage wurden bisher ungenutzte Reserven festgestellt, die nahezu einer Monatsproduktion der Stahl- und Walzwerke entsprachen.⁶¹ Die Werktätigen der verschiedensten Industriezweige stellten sich neue Aufgaben, um ebenfalls einen größeren Anteil an der Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes im ersten Jahr des Fünfjahrplans zu leisten.

⁵⁹ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 289.

⁶⁰ Vgl. Dokumente der SED, Bd. III, S. 633–635. – Tägliche Rundschau, 21. und 22. September 1951.

⁶¹ Vgl. Neues Deutschland, 18. und 20. September 1951.

In diesem Ringen um die Entfaltung der Produktivkräfte und um das neue, bessere Leben spielte die Anwendung sowjetischer Arbeitserfahrungen und Neuerermethoden eine immer größere Rolle. Im Kampf um den Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung hatten die Arbeiterklasse und die Intelligenz der Sowjetunion vielfältige neue Methoden der materieller Produktion entwickelt, wie sie nur im Sozialismus möglich sind. Wollte die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik erfolgreich den Sozialismus aufbauen, so war es unerlässlich, die Methoden der sowjetischen Stachanowarbeiter und Neuerer zu studieren und sie entsprechend unseren Bedingungen anzuwenden. Bereits im Verlauf des Zweijahrplans war ein Durchbruch in dieser Hinsicht erreicht worden. Aber trotzdem war zu Beginn des Fünfjahrplans die Massenapplication sowjetischer Arbeitsmethoden noch nicht erreicht. Ein Umschwung trat ein, als anlässlich des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft im Dezember 1950 zum erstenmal sowjetische Neuerer – der Initiator des Schnelldrehens, Pawel Bykow, und der Organisator der kollektiven Stachanowarbeit, Nikolai Rossijski – unsere Republik besuchten und in einer Reihe von Betrieben den Arbeitern ihre Erfahrungen vermittelten.⁶² Ihr bescheidenes Auftreten und ihr hohes fachliches Können waren die stärksten Argumente, ihre Methoden auch in unseren Betrieben anzuwenden und viele Vorurteile dagegen zu überwinden. Entsprechend dem Vorschlag Pawel Bykows waren in der Zeit vom 12. Januar bis 20. Februar 1951 drei Instrukteurbrigaden, die von dem Nationalpreisträger Erich Wirth sowie von den Helden der Arbeit Gustav Zabel und Martin Raabe geleitet wurden, in 40 der wichtigsten Maschinenbaubetrieben der DDR tätig, um dort die Schnellzerspanung praktisch vorzuführen und durchzusetzen. Dadurch wurde im Durchschnitt aller Betriebe eine Leistungssteigerung von etwa 50 Prozent erreicht.⁶³

Der Besuch der sowjetischen Neuerer – diese Methode des Erfahrungsaustausches wurde von Jahr zu Jahr erweitert – und die praktischen Ergebnisse der Schnellzerspanung trugen dazu bei, auch in den anderen Industriezweigen in immer stärkerem Maße sowjetische Arbeitsmethoden einzuführen.

Mitte des Jahres 1951 wurden bereits 40 verschiedene sowjetische Neuerermethoden in unserer Republik angewandt, nach denen etwa 50 000 Werktätige arbeiteten.⁶⁴ Zu Ehren des 34. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution führten die Werktätigen in zahlreichen Betrieben einen Wettbewerb mit dem Ziel durch, in breitem Maße sowjetische Arbeitsmethoden einzuführen. Im Laufe des Jahres 1951 versiebenfachte sich die Zahl der nach sowjetischen Neuerermethoden arbeitenden Werktätigen.⁶⁵ Einen wesentlichen Anteil daran hatte die vom Bundes-

⁶² Vgl. Neues Deutschland, 6., 8., 9., 10., 14. und 29. Dezember 1950.

⁶³ Vgl. Neues Deutschland, 11. März 1951.

⁶⁴ Vgl. Die Arbeit, 1951, Heft 8, S. 409–412.

⁶⁵ Vgl. Die Arbeit, 1952, Heft 6, S. 301.

vorstand des FDGB herausgebene Schriftenreihe „Bibliothek der Aktivisten“.⁶⁶

Die Übermittlung der sowjetischen Arbeitererfahrungen, die in dem bekannten Wort „Vor Freunden haben wir keine Geheimnisse“ ihren Ausdruck fand, war eine Form des sozialistischen Internationalismus. Sie halfen der Arbeiterklasse unserer Republik, schneller voranzukommen und die schwierigen Probleme des Fünfjahrplans besser zu meistern. Der Einfluß der jahrzehntelangen verderblichen Antisowjethetze des deutschen Imperialismus wurde immer mehr zurückgedrängt und zugleich die Freundschaft zwischen dem Sowjetvolk und den Werktätigen unserer Republik gefestigt. Immer mehr überzeugten sich die Arbeiter, ja die ganze Bevölkerung, an Hand ihrer eigenen Erfahrungen von der Wahrheit und der großen Kraft der Losung unserer Partei: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!“

Dank der Leistungen der Werktätigen, der Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs in den verschiedenen Formen und der stärkeren Anwendung sowjetischer Neuerermethoden endete das erste Jahr des Fünfjahrplans mit guten Ergebnissen. Der Plan der industriellen Bruttoproduktion wurde mit 105,2 Prozent erfüllt.⁶⁷ Das war gegenüber 1950 eine Steigerung auf 123 Prozent und im Verhältnis zu 1936 auf 136 Prozent.⁶⁸ Der Anteil des sozialistischen Sektors in der Industrie erhöhte sich auf 79 Prozent.⁶⁹ Die Arbeitsproduktivität stieg in den sozialistischen Betrieben auf 112,8 Prozent, jedoch wurde infolge der noch immer ungenügenden Anwendung technisch begründeter Arbeitsnormen die im Plan vorgesehene Steigerung auf 114,7 Prozent nicht erreicht. Das Realeinkommen der Werktätigen wuchs bedeutend. Allein durch die Preissenkungen der HO stieg die Kaufkraft um 2,17 Milliarden DM.⁷⁰

Während die Werktätigen der DDR ihre Anstrengungen auf den friedlichen Aufbau konzentrierten, verstärkten die imperialistischen Machthaber Bonns ihre Bemühungen, die Westzone zu remilitarisieren und in den aggressiven NATO-Block einzugliedern. Hinter dem Rücken und gegen den erklärten Willen des deutschen Volkes, auch der Bevölkerung Westdeutschlands, bereitete die Adenauerregierung mit den Hohen Kommissaren der imperialistischen Westmächte den Abschluß des Generalkriegsvertrages und des EVG-Vertrages vor. Bereits am 16. Januar 1952 enthielt Walter Ulbricht auf einer Pressekonferenz des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front die Einzelheiten dieses Schandvertrages und wies nach, daß er der Vorbereitung eines neuen Krieges diene.⁷¹

⁶⁶ In den Jahren 1951 bis 1955 erschienen insgesamt 81 Hefte, davon 48 in den ersten beiden Jahren.

⁶⁷ Neues Deutschland, 21. Februar 1952.

⁶⁸ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1958, S. 262.

⁶⁹ Ebenda, S. 5.

⁷⁰ Neues Deutschland, 21. Februar 1952.

⁷¹ Vgl. Neues Deutschland, 17. Januar 1952.

In dieser gefährdrohenden Situation wandte sich das Zentralkomitee der SED am 16. April 1952 mit einem Appell „Ruf an die Nation“ an alle friedliebenden Menschen in Deutschland, alle Kräfte anzuspornen, um die verderbenbringenden Pläne der reaktionären Machthaber Bonns zu durchkreuzen.⁷² Die Werktätigen der DDR rief das Zentralkomitee auf: „Beantworte die verderbliche Bonner Politik mit neuer Initiative zur Festigung unserer fortschrittlichen demokratischen Ordnung . . .

Die Deutsche Demokratische Republik muß fest und stark sein, damit das gesamte deutsche Volk eine sichere staatliche Stütze in seinem Kampf um Frieden und Einheit hat . . .

Entfaltet darum Euren Arbeitsenthusiasmus und schreitet zu neuen Produktionserfolgen!“⁷³

Der eindringliche Appell der Partei wurde von den Werktätigen unserer Republik mit großem Ernst aufgenommen. Überall, in den Betrieben und auf dem Lande, an Schulen und Hochschulen verstärkten sie ihre Anstrengungen, die Ziele ihres großen Friedensplans schneller zu erfüllen. Wiederum ging die Arbeiterklasse allen anderen Schichten der Bevölkerung voran. Aus ihren Reihen entstand eine neue Initiative, die im Transformator- und Röntgenwerk Dresden geboren wurde. Am 19. April 1952 beschloß eine außerordentliche Konferenz von 200 Aktivisten, Meistern, Ingenieuren und Technikern des Betriebes, einen „Plan der Rationalisatoren und Erfinder“ auszuarbeiten. Sie stellten sich damit das Ziel, im Jahre 1952 eine Summe von einer Million DM einzusparen. Zugleich wandten sie sich mit einem Aufruf an alle volkseigenen Betriebe, ihrem Beispiel zu folgen und darum zu kämpfen, durch Verbesserungsvorschläge und Erfindungen 100 Millionen DM Einsparungen zu erreichen und diese Summe der Regierung als Geschenk für das Nationale Aufbauwerk zum Neuaufbau Berlins zu überreichen. In einem Brief an Wilhelm Pieck, in dem sie die Beweggründe ihres Handelns darlegten, schrieben sie: „Wir sind davon überzeugt, daß wir unsere Produktion noch rentabler gestalten und die Arbeitsproduktivität über die Planziele hinaus steigern können, wenn wir es verstehen, die schöpferische Initiative aller Werktätigen auf dem Gebiete des Rationalisierungs- und Erfindungswesens voll zu entfalten . . .

Gerade jetzt, wo der Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland durch die Noten der Regierung der Sowjetunion eine so wirkungsvolle Unterstützung erfahren hat, . . . kommt es auf die aktive Friedenstat eines jeden einzelnen und einer jeden Belegschaft an.“⁷⁴

Das Neue des „Plans der Rationalisatoren und Erfinder“ bestand darin, daß die Bemühungen der Werktätigen, ihre Betriebsausrüstungen und den Produktionsablauf zu verbessern, planmäßig zusammengefaßt und gefördert wurden. Der wichtigste Teil dieses Plans war die öffentliche Betriebsüberprüfung. Sie sah vor, daß die Brigaden gegenseitig ihren Arbeits-

⁷² Dokumente der SED, Bd. IV, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 22–27.

⁷³ Ebenda, S. 26/27.

⁷⁴ Neues Deutschland, 22. April 1952.

platz, ihre Aggregate und deren technischen Zustand, den Grad ihrer Ausnutzung, die technische Vollkommenheit, die Arbeitsorganisation, die Arbeitsmethoden und den Materialverbrauch überprüfen. Das gleiche sollte dann auf die einzelnen Abteilungen und auf deren Zusammenwirken innerhalb des gesamten Betriebes ausgedehnt werden. Durch diese Methode konnte der größtmögliche Teil der Belegschaft in die Rationalisatoren- und Erfinderbewegung einbezogen werden. Im Großkraftwerk Zschornewitz z. B. wurden in den Jahren von 1945 bis 1950 nur 181 Verbesserungsvorschläge mit einem geringen Jahresnutzen eingereicht. Nachdem es die Gewerkschaftsorganisation des Betriebes verstanden hatte, die Erfahrungen des Transformatoren- und Röntgenwerkes Dresden anzuwenden, wurden im Jahre 1952 insgesamt 305 Verbesserungsvorschläge eingereicht, von denen 276 verwertet wurden. Sie brachten einen Jahresnutzen von über 800 000 DM. Jeder dritte Belegschaftsangehörige wurde zu einem Rationalisator.⁷⁵

Die große Bedeutung der Rationalisatoren- und Erfinderbewegung bestand weiter auch darin, daß sie in bedeutendem Maße dazu beitrug, das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz zu festigen.⁷⁶ Im Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden z. B. übernahmen die Angehörigen der technischen Intelligenz zahlreiche konkrete Verpflichtungen, Verbesserungsvorschläge und Patentanmeldungen einzureichen.⁷⁷ Nicht zuletzt half diese neue Bewegung, die vom III. Parteitag der SED gestellte Aufgabe zu erfüllen, die Facharbeiter auf das Niveau der technischen Intelligenz zu heben, die angelernten Arbeiter zu Facharbeitern und die ungelerten Arbeiter zu Angelernten zu qualifizieren.

In einem Aufsatz, „Kampfmai 1952“, stellte Walter Ulbricht fest, daß der von den Dresdner Neuerern ausgelösten Bewegung eine ähnliche Bedeutung für die Erfüllung des Fünfjahrplans zukomme wie der Tat Adolf Hennecke für die Erfüllung des Zweijahrplans.⁷⁸ Während Adolf Hennecke jedoch in der ersten Zeit mit schweren Widerständen zu kämpfen hatte, wurde die Initiative der Dresdner Aktivisten von den Arbeitern, Technikern und Ingenieuren in Hunderten volkseigenen Betrieben sofort aufgegriffen. Die besten Arbeiter, Aktivisten, Meister und Vertreter der technischen Intelligenz schlossen sich in Aktivs der Rationalisatoren und Neuerer zusammen und arbeiteten Pläne ähnlich dem im Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden aus. Insgesamt wurden im Jahre 1952 von den Werkträgern 291 000 Verbesserungsvorschläge mit einem Nutzen von rund 100 Millionen DM eingereicht.⁷⁹ Die Werkträgern des VEB Askania Teltow

⁷⁵ Vgl. Rudi Rubbel: Die Bedeutung der Rationalisatoren- und Erfinderbewegung; Bibliothek der Aktivisten, Heft 56, Berlin 1953, S. 24–26.

⁷⁶ Vgl. den Bericht über die am 5. Juni 1952 von der Kammer der Technik in Berlin durchgeführte Konferenz von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Neuerern zur Unterstützung der Rationalisatorenbewegung. (Neues Deutschland, 5. u. 6. Juni 1952.)

⁷⁷ Vgl. Tägliche Rundschau, 26. April 1952.

⁷⁸ Neues Deutschland, 1. Mai 1952.

⁷⁹ Geschäftsbericht des Bundesvorstandes ..., S. 108.

wandten sich an alle volkseigenen Betriebe mit dem Aufruf, weitere 100 Millionen DM aus Umlaufmitteln einzusparen.⁸⁰

Auf diese Weise beantworteten die Werktätigen der DDR den Aufruf der Partei, den Arbeitsenthusiasmus zu entfalten und neue Produktionserfolge zu erreichen. Ihre Taten für den Frieden waren die eindeutige Absage an die verbrecherischen Machenschaften der herrschenden Kreise Bonns, in deren Auftrag Adenauer am 26. und 27. Mai 1952 den Generalkriegsvertrag und den EVG-Vertrag unterzeichnete. Die Bewegung der Rationalisatoren und Erfinder bereicherte den sozialistischen Wettbewerb und entwickelte ihn weiter. In ihr kamen die gewaltigen Änderungen zum Ausdruck, die sich im Denken der Arbeiterklasse seit Beginn des Fünfjahresplans vollzogen hatten, wie ihr Bewußtsein im Kampf um den Plan gewachsen war und wie sich ihre führende Rolle im staatlichen und wirtschaftlichen Leben gefestigt hatte. Die Zahl der als Aktivisten ausgezeichneten Arbeiter, die zu Beginn des Fünfjahresplans 146 000 betrug, wuchs bis Mitte 1952 auf über 300 000 an.⁸¹

Andererseits bewies die Politik der Adenauerregierung, daß sie nicht an der Wiedervereinigung Deutschlands interessiert war. Sie lehnte alle Vorschläge der Regierung der DDR ab⁸² und beschrift statt dessen den Weg der beschleunigten Vorbereitung eines neuen Krieges. Dadurch wurde die Spaltung Deutschlands weiter vertieft und der Friede ernsthaft bedroht. Im Interesse der Sicherung des Friedens und der Herstellung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands wurde es erforderlich, den Kampf gegen die westdeutschen Konzernherren und Militaristen mit stärkeren politischen Mitteln zu führen. Es ergab sich die Notwendigkeit, die Frage des Aufbaus des Sozialismus in der DDR offen vor der Arbeiterklasse und den Werktätigen zu stellen. Diese Aufgabe erfüllte die 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (9. bis 12. Juli 1952). Sie stellte fest, daß die ökonomischen und politischen Bedingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen so weit entwickelt waren, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden war. Mit den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz wurde der sozialistische Aufbau *bewußt* und auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in Angriff genommen und damit auf einer höheren Stufe weitergeführt.

⁸⁰ Neues Deutschland, 27. April u. 6. Mai 1952. — Neuer Weg, 1952, Heft 13, S. 18/19.

⁸¹ Vgl. Die Arbeit, 1951, Heft 5, S. 208, 1952, Heft 6, S. 298.

⁸² Vgl. 86 Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik. Eine chronologische Dokumentation, hrsg. vom Ausschuß für Deutsche Einheit, Berlin 1956, S. 3–10.

Die Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik für den Kampf der friedliebenden Kräfte in Westdeutschland

Eine objektive Gesetzmäßigkeit ist es, daß sich gesellschaftlicher Fortschritt, Humanismus und Frieden trotz aller Widerstände Schritt für Schritt in der Welt durchsetzen, daß die Entwicklung der Menschheit zum Sozialismus-Kommunismus nicht aufzuhalten ist. Diese Erkenntnis stand im Mittelpunkt der Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 in Moskau. In der Erklärung dieser Beratung heißt es: „Das sozialistische Weltsystem und die Kräfte, die gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen, bestimmen den Hauptinhalt, die Hauptrichtung und die Hauptmerkmale der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in der gegenwärtigen Epoche. Keine noch so krampfhaften Bemühungen des Imperialismus können dem Fortschritt der Geschichte Einhalt gebieten. Es sind feste Voraussetzungen für weitere entscheidende Siege des Sozialismus geschaffen. Der volle Sieg des Sozialismus ist unausbleiblich.“¹

Auch in Deutschland vollzieht sich dieser Prozeß. An der Schwelle des 20. Jahrhunderts war mit der Errichtung der Herrschaft des besonders aktionären und aggressiven deutschen Imperialismus und Militarismus Deutschland zu einem der Hauptknotenpunkte des Kampfes der Kräfte des Fortschritts gegen die Kräfte der Reaktion geworden. Entgegen den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes und damit gleichzeitig aller friedliebender Völker war es den deutschen Imperialisten und Militaristen und ihren Helfershelfern seit der Jahrhundertwende gelungen, die Weiterentwicklung unseres Volkes zu neuen, höheren Formen der menschlichen Gesellschaft, zu Frieden, Demokratie und Sozialismus, zu verhindern. Das gelang ihnen vor allem deshalb, weil sie die Spaltung und Zersplitterung der deutschen Arbeiterklasse als der Hauptkraft des Kampfes der Nation für den gesellschaftlichen Fortschritt herbeiführen und jahrzehntelang aufrechterhalten konnten.

Seit der siegreichen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution trat eine grundlegende Veränderung ein. Im Zusammenhang mit dem Erstarken der Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts, an deren Spitze das siegreiche Proletariat der Sowjetunion stand, wurde sich auch in Deutschland

¹ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.-17. Dezember 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 11.

unter der Führung der im Feuer der Novemberrevolution geschmiedeten KPD die Arbeiterklasse immer mehr ihrer Rolle als Vorkämpfer für die Interessen der Nation bewußt. Doch gelang es damals nicht, die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Überwindung des Opportunismus in den Reihen der Arbeiterbewegung zu beseitigen.

Die deutschen Imperialisten versuchten, durch die faschistische Diktatur das deutsche Volk vom Weg des gesellschaftlichen Fortschritts zurückzureißen. Infolge der objektiven und unerbittlichen Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Entwicklung war dieser Versuch jedoch zum Scheitern verurteilt; er scheiterte an der Überlegenheit und Stärke der Kräfte des Sozialismus und des Friedens. Das Ergebnis dieses von unsagbarem Leid für die Völker geprägten Versuches war nicht die Verhinderung der gesellschaftlichen Weiterentwicklung und die Zerschlagung der sozialistischen Sowjetunion. Das Ergebnis war vielmehr ein unerhörtes Anwachsen der Kräfte des Fortschritts, der Demokratie und des Sozialismus.

Seit 1945 sind auch in Deutschland die friedliebenden, demokratischen Kräfte mit der Arbeiterklasse an der Spitze im unaufhaltsamen Vormarsch im Kampf um die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer und unabhängiger Staat.

Im Osten Deutschlands entstand im Prozeß der revolutionären Umwälzung, der Beendigung der bürgerlich-demokratischen Revolution sowie des gleichzeitigen Beginns der grundsätzlichen Überwindung der alten und des Aufbaus der neuen, höheren Gesellschaftsordnung die demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern und schließlich die Deutsche Demokratische Republik. Diese Entwicklung war möglich, weil es in Ostdeutschland gelang, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu schmieden und schließlich 1946 mit der Gründung der einheitlichen marxistischen Arbeiterpartei die Kraft zu schaffen, die das deutsche Volk siegreich in den Kampf um die Lösung seiner Lebensfragen führte. Darin besteht die tiefste Bedeutung der Gründung der SED.

Sie ist um so bedeutsamer, da es in Westdeutschland den alten reaktionären Kräften — mit aktiver Unterstützung durch den USA-Imperialismus — schon bald wieder gelang, den Kurs zur Wiedererrichtung ihrer Macht einzuschlagen. Die Politik der Restauration der aggressiven Kräfte der imperialistischen Vergangenheit war der letzte Grund und zugleich der Hebel, der schließlich 1949 zur Abspaltung der drei Westzonen aus dem deutschen Nationalverband führte. „Die imperialistische westdeutsche Staatsmacht wurde errichtet, um Deutschland den Weg zur nationalen demokratischen Wiedergeburt zu versperren. Man ließ den offenen demokratischen Kampf der beiden Hauptkräfte des deutschen Volkes — der Friedenskräfte gegen die Kräfte des Imperialismus — nicht zu.“²

Dieser erneute Versuch der Kräfte der Vergangenheit, dem Fortschritt in Deutschland Einhalt zu gebieten und ihn schließlich mit der Entfachung

² Walter Ulbricht: Die DDR ist ihres Sieges gewiß. Vier Reden und Aufsätze zur Geschichte der DDR, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 178.

des Bruderkrieges und des Krieges gegen die sozialistischen Länder zu zerschlagen, ist heute mehr denn je zum Scheitern verurteilt. Dem deutschen Volk und allen friedliebenden Völkern erwachsen aus den Plänen der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des deutschen Militarismus jedoch große Gefahren. Deshalb ist der Kampf um die Sicherung des Friedens das gegenwärtig wichtigste Problem.

Aber der Kampf um die Erhaltung des Friedens und der Kampf um die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts hängen in unserer Epoche aufs engste zusammen. Es steht fest, daß auch in Deutschland das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht werden kann. Aus diesem Grunde ist die Deutsche Demokratische Republik, der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat, der jetzt erfolgreich die Massen zum Sieg des Sozialismus führt, die Basis und das Kraftzentrum, das heute den um Frieden, Demokratie und Fortschritt kämpfenden Menschen in ganz Deutschland Richtung weist und Siegeszuversicht gibt. Heute ist deutlicher als je zuvor, daß trotz aller Gegenmaßnahmen der westdeutschen Imperialisten und Militaristen und ihrer Stützen in den Reihen der Arbeiterbewegung das Vorbild der ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Macht die Entwicklung in Westdeutschland zutiefst beeinflußt.

Dieser tiefe, objektiv begründete Einfluß beruht vor allem auf der Tatsache, daß sich in der Deutschen Demokratischen Republik und in ihrer gesamten Politik die Klasseninteressen der ganzen deutschen Arbeiterklasse ausdrücken. Aus den gemeinsamen Interessen ergibt sich für die deutsche Arbeiterklasse, entsprechend ihrer ökonomischen und politischen Stellung als fortschrittlichste Klasse in Deutschland, die gemeinsame Verantwortung für das Schicksal des deutschen Volkes.

Die Arbeiter ganz Deutschlands haben eine lange gemeinsame Geschichte des Klassenkampfes, des Kampfes um Frieden, Freiheit, Menschenrecht, Demokratie und Sozialismus. Die entscheidende Lehre dieses langen Kampfes um die Verwirklichung ihrer Klasseninteressen, die mit den Interessen des ganzen deutschen Volkes für eine glückliche und friedliche Zukunft zusammenfallen, besteht in der Erkenntnis, daß es nur eine Kraft gibt, dieses große Ziel zu erreichen: die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse.

Ohne die Einheit der Arbeiterklasse und ihre Vorhut, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die sich fest auf die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus stützt, wären alle Erfolge in der DDR, beispielsweise das Bündnis mit den Bauern, die Bodenreform, die Enteignung der Kriegsverbrecher, die Schulreform usw., ja selbst die Existenz des Arbeiter-und-Bauern-Staates illusorisch.

Nur die einheitlich organisierte Arbeiterpartei, die SED, konnte die revolutionären Lehren aus der deutschen Geschichte ziehen, nämlich durch den geschlossenen Kampf der Arbeiterklasse den traditionellen Feind des Volkes, den Imperialismus und Militarismus, mit der Wurzel beseitigen und die Werktätigen auf den Weg der Errichtung des Sozialismus führen.

Aber die deutsche Arbeiterklasse verbinden neben dieser ersten und wichtigsten Gemeinsamkeit auch die gemeinsamen Anliegen in allen anderen Fragen des Kampfes um die Wiedergeburt der deutschen Nation auf dem Wege der Erhaltung des Friedens und der Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts. Die Arbeiter beider deutscher Staaten sind untrennbar verbunden und im Kampf um den Frieden aufeinander angewiesen. Ihre gemeinsame nationale Pflicht sind die Verständigung und der gemeinsame Kampf für die friedliche Einigung der beiden deutschen Staaten. Sie verbindet das Streben nach sozialer Sicherheit und Wohlstand für alle deutschen Werktätigen, und schließlich ist die Arbeiterklasse in beiden Teilen Deutschlands zutiefst interessiert an freundschaftlichen Beziehungen zu allen Völkern, insbesondere zur Sowjetunion. Die Existenz, die Politik und die unübersehbaren Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik tragen entscheidend dazu bei, den westdeutschen Arbeitern diese Erkenntnisse zu vermitteln und ihnen den Weg zur gemeinsamen Aktion zu zeigen.

An erster Stelle nennen wir hier die Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die unermüdlich den Klassengenossen in Westdeutschland diese grundlegenden Wahrheiten vermitteln. Der offene Brief des Zentralkomitees der SED an die Arbeiterschaft in Westdeutschland – der Deutschlandplan des Volkes – findet gerade deshalb überall dort, wo er den Arbeitern bekannt wird, deren einmütige Zustimmung.

Gleichzeitig aber wird von all den Arbeitern, die sich seit Jahren selbst über die Entwicklung der DDR durch Augenschein informieren, ihre Kenntnis des neuen Deutschlands, der ersten Arbeiter-und-Bauern-Macht, immer mehr verbreitet. In ihren Stimmen auf den gesamtdeutschen Beratungen und Konferenzen, in ihren persönlichen Meinungsäußerungen und in ihrem immer konsequenteren Auftreten in Westdeutschland findet das seinen beredten Ausdruck.

Allein im III. Quartal 1960 waren nach einem Bericht des Bundesvorstandes des FDGB 2530 westdeutsche Arbeiterdelegationen mit 22 700 Mitgliedern in der DDR. Ihre Teilnehmer erfuhren in Berlin, Halle, Leipzig und anderen Gebieten in den Betrieben, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, in Schulen usw. die Wahrheit, die einfache Wahrheit. Sie sahen an Ort und Stelle, welche Politik gemacht wird, wo die Arbeiter und Bauern regieren. Sie konnten feststellen, welche Gesetze wirksam sind und wie sie unter Beteiligung der Bevölkerung zustandekamen. Sie konnten beobachten, wie die Volkskammer oder andere staatliche und gesellschaftliche Organisationen und Körperschaften wirken, ob dort demokratisch oder – wie die Bonner Herren und ihre Presse ihnen ständig vorlügen – diktatorisch verfahren wird. Sie konnten das politische und kulturelle Leben, die Arbeitsbedingungen in den Betrieben, den Aufbau der Städte und die sozialen Verhältnisse in ihrer ständigen Höherentwicklung verfolgen und lernten so den friedlichen und demokratischen Charakter des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates kennen. Und schließlich fiel es ihnen sicher auch nicht schwer zu sehen, von welchen

optimistischen Stimmungen und Zukunftsaussichten die Menschen in der DDR getragen werden, und sie zogen Vergleiche zur Lage in der Bundesrepublik. Der von der Regierung der DDR am 15. November 1960 veröffentlichte Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches, seine Entstehung und seine Behandlung in monatelangen Diskussionen in der gesamten Öffentlichkeit entsprechen dem Wesen der sozialistischen Demokratie, die die Menschen zu selbstbewußten, aktiven Gestaltern ihres eigenen Lebens und des Lebens der ganzen Gesellschaft erhebt. Solche Gesetze, die zutiefst dem Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen entsprechen, können nur Ausdruck einer von der geeinten Arbeiterklasse geführten und stürmisch vorwärtsschreitenden Arbeiter-und-Bauern-Macht sein. Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß dieses Gesetzbuch von den werktätigen Menschen in Westdeutschland, soweit sie damit vertraut werden, lebhaft begrüßt wird und der DDR neue, warme Sympathien von seiten der westdeutschen Arbeiter und der anderen werktätigen Menschen erwerben wird. Für die Arbeiter in Westdeutschland wird dieses Gesetz aber auch eine neue scharfe Waffe im Kampf gegen die Unternehmer, gegen die Sozialdemontage und das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz sein.

Wie sehr dieser Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches die Arbeiter in Betrieben und Gewerkschaften in Westdeutschland interessiert, wie sehr er zu Vergleichen auffordert, das zeigten schon wenige Wochen nach der Veröffentlichung des Entwurfs in der Presse eine Vielzahl von Aussprachen, persönlicher Gespräche oder gesamtdeutscher Konferenzen, Delegationen und Berichte. Ein alter Arbeiterfunktionär von der Ruhr erklärte z. B. dazu: „Es gibt hier viele Leute, die Westdeutschland der DDR vorziehen, weil es hier noch mehr Automobile gibt als im sozialistischen Deutschland. Es gibt Frauen, die Westdeutschland für fortschrittlicher als die DDR halten, weil hier der Bleistiftabsatz am Pumps dünner sei. Aber es gibt keinen einigermaßen vernünftigen Werktätigen, der nicht bereitwillig eingesteht, daß die Rechte des Arbeiters und seiner Gewerkschaften in der DDR denen der Bundesrepublik haushoch überlegen sind. Das neue Arbeitsrecht der DDR wird sich zu dem Arbeitsrecht Westdeutschlands ausnehmen wie ein maßgeschneiderter Anzug zur Zwangsjacke.“³

Eine wichtige andere Seite des Einflusses der ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Macht besteht darin, daß es auf Grund der in der DDR erreichten sozialen Errungenschaften heute den kapitalistischen Unternehmern in Westdeutschland nicht mehr ohne weiteres möglich ist, die berechtigten sozialen Forderungen der Arbeiter zu unterdrücken und abzulehnen. Sie waren in den letzten Jahren schon oft gezwungen, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen, die ganz offensichtlich auf das Beispiel der DDR zurückzuführen sind.

³ Neues Deutschland (A), 15. Dezember 1960.

Besonders sichtbar wurde dies z. B. während des Streiks der 30 000 Metallarbeiter Schleswig-Holsteins vom 24. Oktober 1956 bis zum 14. Februar 1957. Es ging dabei um die Forderung: 6 Wochen Lohnausgleich ohne Wartezeit im Krankheitsfall, Wegfall der Karenztage, Erhöhung des Urlaubs und Zahlung eines Urlaubsgeldes von 7,50 DM pro Tag. Die kämpfenden Metallarbeiter erreichten einen beachtlichen Erfolg. In vielen Versammlungen hatten sie sich bei ihren Forderungen auf die sozialistischen Errungenschaften der Arbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik gestützt. Sie wurden auch praktisch unterstützt durch die großen Solidaritätsaktionen der DDR. Große moralische und politische Hilfe erwuchs ihnen aus den täglichen Sendungen des demokratischen Rundfunks.

Nicht zuletzt deshalb erheben die Arbeiterklasse und andere Schaffende in Westdeutschland einen mächtigen Protest gegen die von der Adenauerregierung geplanten Raubzüge auf ihre soziale Sicherheit durch die sogenannte Krankenkassenreform usw., weil ihnen in einem Teile Deutschlands gezeigt wird, wie das deutsche Volk zu Wohlstand und Glück ohne Ausbeutung und soziale Bedrohung gelangen kann.

Die wichtigste Seite dieser Entwicklung aber besteht darin, daß dank der demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der DDR und des unermüdlichen, vom gesamten Lager des Sozialismus und der weltweiten Friedensbewegung unterstützten Kampfes ihrer Arbeiter und aller friedliebenden Kräfte für die Bändigung des deutschen Militarismus auch die Volksbewegung in Westdeutschland anwächst.

Die Adenauerregierung will unter allen Umständen und mit allen Mitteln diese Entwicklung drosseln und verhindern. Sie versucht seit Jahren vergeblich, ihre Politik des „Eisernen Vorhanges“ zu verwirklichen, mit massivem Druck die Reisen in die DDR und jegliche Kontakte der westdeutschen Arbeiter mit ihren Klassengenossen im Arbeiter-und-Bauern-Staat zu unterbinden. Gleichzeitig verstärkt sie die Repressalien und den Terror gegenüber den Bürgern der DDR, die nach Westdeutschland reisen. So forderte z. B. der „Rheinische Merkur“ eine strafrechtliche Verfolgung aller westdeutschen Bürger, die bereit sind, sich mit der DDR zu verständigen. Gleichzeitig forderte diese reaktionäre Zeitung der Adenauer-CDU, auch „alle Bürger der DDR, die nach Westdeutschland reisen, als kommunistische Agitatoren“ vor die Gerichte zu schleppen, und beschwerte sich darüber, daß sie „bisher ein Rufer in der Wüste“ geblieben sei.⁴ Das Landesarbeitsgericht Nordrhein-Westfalen hatte in einem Grundsatzurteil den westdeutschen Unternehmern das Recht zugestanden, Arbeiter fristlos zu entlassen, wenn sie Kontakte zu ihren Kollegen in der DDR unterhalten.

Da alle Diffamierungen und Maßregelungen bisher nicht verhindern konnten, daß die Politik der SED und der Regierung der DDR immer stärkeren Einfluß auf die Menschen in Westdeutschland gewinnt, weil sie den Interessen jedes friedliebenden Deutschen entspricht, will die Bonner

⁴ Neues Deutschland (A), 26. Oktober 1960.

Regierung ein Gesetz verabschieden, das die Verbindung zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten endgültig zerreißen soll. Dieses neue Gesetz, ein Reiseverbot, soll sich sogar auf Jugendliche und Kinder erstrecken, die sich bisher zu Zehntausenden in Ferienlagern der Deutschen Demokratischen Republik erholen konnten. Es gibt keinen deutlicheren Beweis, wie sehr man in Bonn die Wahrheit fürchtet, die Wahrheit über die ständig wachsenden Erfolge der Politik der geeinten Arbeiterklasse in der DDR.

Bei diesem schändlichen Bemühen werden die reaktionären Adenauerkräfte in Westdeutschland vor allem unterstützt durch die rechten Führer der legalen Organisationen der westdeutschen Arbeiter, der SPD und des DGB. Heute kommt es gerade darauf an, die große Kraft der Arbeiterklasse Westdeutschlands gegen die gefährlichen Pläne der westdeutschen Militaristen wirksam zu machen und eine Wende zu einer friedlichen, demokratischen und fortschrittlichen Entwicklung auch in Westdeutschland zu erreichen. In dieser Situation ist der Weg der Verständigung der Arbeiter, ihrer Parteien und Organisationen, in beiden deutschen Staaten die Hauptfrage.⁵ Die Kapitulanten in der Führung der SPD und des DGB scheuen sich jedoch nicht, entgegen den Interessen der Arbeiter zu verhandeln, in wütendem Antikommunismus die reaktionären Militaristen des Adenauerstaates in der Hetze gegen den deutschen Arbeiter-und-Bauernstaat noch zu übertreffen. Sie sind bereits dazu übergegangen, ihre eigenen Klassengenossen wegen der Verständigungsbereitschaft mit den Arbeitern der DDR der Bonner Justiz auszuliefern und sie aus den Arbeiterorganisationen auszuschließen.

Wie aber haben die Arbeiter in Westdeutschland bisher auf die Bonner Unfreiheit, die Unterdrückung ihrer persönlichen Entscheidungsfreiheit geantwortet? Das bedeutendste Beispiel ist wohl die XII. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz, die aus Anlaß der Leipziger Herbstmesse 1960 stattfand. Mit 5200 westdeutschen Teilnehmern war diese Tagung die bisher größte und umfassendste Veranstaltung der gesamtdeutschen Arbeiterbewegung. Hunderte von westdeutschen Betriebsräten, Gewerkschaftsdelegierten, Betriebsvertrauensmännern, Leitern von Ortsverwaltungsteilen des DGB, kommunalen und politischen Funktionären waren erschienen, um mit ihren Kollegen aus der DDR in freimütiger Aussprache zu Lebensfragen des deutschen Volkes und insbesondere der werktätigen Bevölkerung Stellung zu nehmen. Im Rahmen dieser großen Tagung erieten über 500 Mitglieder und Funktionäre der SPD, Getragen war diese Aussprache von dem Willen, dem Verrat der rechten SPD- und DGB-Führer eine Alternative zur Adenauerpolitik entgegenzusetzen, die sich gegen Atomkriegs- und Notstandspläne richtet und die Grundlage für eine Verständigung mit der DDR schafft.

⁵ Vgl. Deutschlandplan des Volkes — Weg zur Rettung der deutschen Nation, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 22.

Der Gelsenkirchener Ortsgruppenvorsitzende der IG Bergbau/Energie Bulmke II, Werner Krüger, erklärte u. a.: „Der Friede geht nicht von einem Lande aus, in welchem die Generale die Atombewaffnung fordern und erzwingen wollen, sondern von der DDR. Das wird bewiesen und belegt durch den Deutschlandplan und durch die neuen Vorschläge der DDR für die totale Abrüstung in beiden deutschen Staaten, wie sie im Zusammenhang mit der Vollversammlung der Vereinten Nationen der Öffentlichkeit unterbreitet wurden. Die Verwirklichung dieser Vorschläge würde garantieren, daß die Militaristen in Westdeutschland gebädigt werden und in unserem Vaterland der Frieden siegt. Wenn wir Arbeiter in ganz Deutschland fest zusammenstehen und gemeinsam für die Erhaltung des Friedens kämpfen, dann werden sich die Militaristen und Atomkrieger an unserer Kraft die Zähne ausbeißen und von uns zerschlagen werden!“⁶

Eduard Lannert aus Mannheim setzte sich insbesondere mit der verätherischen Haltung rechter SPD-Führer auseinander und erklärte: „Wir Sozialdemokraten sehen, welchen verhängnisvollen Weg die rechte SPD-Führung geht. Wenn sich schon die Führer einer Arbeiterpartei zu Militarismus und Atombewaffnung bekennen, dann ist es allerhöchste Zeit, daß wir, die Arbeiterschaft innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, endlich erwachen und die Forderungen durchdrücken, die doch im Programm der Sozialdemokratischen Partei verankert waren: Kampf gegen Militarismus, Monopolkapitalismus und Faschismus! Ich glaube, wir sollten uns besinnen, daß wir doch eine starke Kraft sind.“

Wir müssen schon jetzt darauf hinwirken, daß bei zukünftigen Wahlen und zu Delegiertentagungen nicht mehr solche Genossen delegiert oder gewählt werden, die den Militarismus und den Kapitalismus unterstützen. Wir müssen versuchen, von unten herauf wieder die Sozialdemokratische Partei so aufzubauen, daß sie für die Arbeiterschaft und nicht für den Kapitalismus gut ist.“⁷

Wer weiß, wie sehr einem klassenbewußten Arbeiter seine Partei und die Gewerkschaftsorganisation ans Herz gewachsen sind, der versteht, wie schändlich die Politik der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer ist, die ihre Mitglieder, sobald diese verantwortungsbewußt und aufrichtig für eine echte Arbeiterpolitik eintreten, in schwere Konflikte mit ihrer Organisation bringen. Wenn trotzdem sozialdemokratische und Gewerkschaftsmitglieder immer offener, konsequenter und in größerer Zahl gegen die kleine Gruppe von Feinden der Arbeiterbewegung in ihrer Führung auftreten (auf der XII. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz sprachen viele Diskussionsredner beispielsweise erstmalig unter voller Nennung ihres Namens und ihrer Funktion), so zeigt dies, daß die Politik der DDR, aus immer breitere Kreise nachhaltig einwirkt, daß sie zur Festigung des Klassenbewußtseins und der Kampfbereitschaft der westdeutschen Arbeiter beiträgt.

⁶ Neues Deutschland (B), 14. September 1960.

⁷ Ebenda.

Die einzige wahre Interessenvertreterin der deutschen Arbeiterklasse in Westdeutschland ist die von den aggressiven Bonner Militaristen in die Illegalität getriebene Kommunistische Partei Deutschlands. Sie zeigt unermüdlich den Arbeitern auf der Grundlage der in der DDR und im sozialistischen Weltlager errungenen Erfolge den konkreten Weg zur Lösung der Aufgabe der Arbeiterklasse in Westdeutschland. Auf seiner 17. Tagung im Dezember 1960 forderte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands alle Parteiorganisationen und jeden einzelnen Kommunisten auf, die Aktivität im Kampf gegen die atomare Aufrüstung, gegen Raketenbasen, gegen die Revanchehetze, gegen die wahnwitzige Kriegspolitik des Adenauerregimes zu verstärken. Die Kommunisten sollen sich in diesem Kampf mit den sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschaftskollegen, mit allen friedliebenden Menschen vereinigen, um in Westdeutschland eine von Tag zu Tag wachsende Bewegung für die Abrüstung, für den sofortigen Rüstungsstop, einen Nichtangriffspakt und den Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomwaffen, für eine Politik des Friedens und der Verständigung mit allen Völkern zustande zu bringen.

Das ZK der KPD appelliert an die Arbeiterklasse und alle demokratisch gesinnten Menschen Westdeutschlands, auf der Grundlage der in dieser Richtung bereits gefaßten Beschlüsse der Gewerkschaften und anderer Organisationen sowie der Betriebsbelegschaften zu kämpfen gegen die Notstandsgesetzgebung, gegen die Beseitigung der demokratischen Rechte; gegen das geplante Schrödersche Verbot aller Beziehungen zu den Menschen und Organisationen der Deutschen Demokratischen Republik; für die sofortige Freilassung der eingekerkerten Friedenskämpfer und Patrioten; für die Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei Deutschlands und aller demokratischen Organisationen; für die Säuberung des Bonner Staats- und Justizapparates von dem Judenmörder Globke und anderen Naziaktiven.

Das erfordert, den Menschen in Westdeutschland an konkreten Fakten zu zeigen, daß der deutsche Militarismus zutiefst volksfeindlich ist. Die Männer haben die Schrecken des Krieges, die Frauen das Grauen der Bombennächte nicht vergessen. Sie alle verabscheuen den Krieg, und es gilt, besonders in den Reihen der Arbeiterklasse, diese Abscheu in die Bereitschaft zur aktiven Bekämpfung der Kriegsgefahr umzuwandeln.

„Die Verständigung von Sozialdemokraten und Kommunisten im Betrieb, in allen Organisationen der Werktätigen, ihre Zusammenarbeit in den Ausschüssen gegen den Atomtod, ihr gemeinsamer Kampf gegen die Provokationen faschistischer und revanchistischer Organisationen, der verstärkte Protest gegen das drohende Notstandsgesetz, gegen den Abbau der Krankenversicherung, gegen die Abwälzung der Rüstungslasten auf die Schultern der Werktätigen – das ist der Schlüssel, um trotz des Verrats der rechten SPD-Führer die Absichten der Adenauerregierung zu durchkreuzen und die Niederlage der CDU auch bei den kommenden Bundestagswahlen vorzubereiten. Das ist zugleich der Weg, um die Helfershelfer des deutschen Militarismus in der Arbeiterbewegung zu iso-

lieren und beiseite zu schieben. Das bedeutet, eine echte Alternative des Friedens und der Verständigung gegen den Kriegskurs der westdeutschen Militaristen durchzusetzen.“⁸

Diesen Kampf führen, so wird in der Erklärung hervorgehoben, heiße, das Anwachsen der Kräfte des Friedens und der Demokratie und den Sieg ihrer gerechten Sache in Westdeutschland sichern. Bei diesem Kampf haben die Arbeiterklasse und die Werktätigen in Westdeutschland die volle Sympathie und Unterstützung der Werktätigen und ihrer Organisationen in der DDR.

Die wenigen aus der Fülle der Tatsachen herausgegriffenen Beispiele unterstreichen das wachsende Streben in der westdeutschen Arbeiterklasse nach der Aktionseinheit; sie veranschaulichen gleichzeitig, wie sich das Vorbild der einheitlich handelnden Arbeiterklasse in der DDR in wachsendem Maße auf den Kampf der Werktätigen in Westdeutschland auswirkt.

Je mehr die Wahrheit bekannt und verbreitet wird, desto eher wird die gefährliche ideologische Vergiftung, namentlich der Antikommunismus, besonders in den Reihen der Arbeiterklasse, wirkungslos gemacht. So erklärte der Vertrauensmann in den Bielefelder Dürrkopf-Werken, Schulz, in einer Stellungnahme zur Denkschrift der Regierung der DDR an die UNO: „Wenn unsere Gewerkschaftsarbeit noch einen Sinn haben soll, dann müssen auch wir gegen die Atomrüstung kämpfen und eine offensive Politik betreiben. Wenn wir uns als Arbeiter den Militaristen in den Weg stellen, wenn wir keine Rüstungsproduktion in unseren Betrieben zulassen und gegen die Stationierung von Raketen kämpfen, dann ist es möglich, die Militaristen ebenso wie Adenauer hinwegzufegen.“⁹

Dieser Wille zum Kampf gegen Atomkriegsgefahr, für Abrüstung und Verständigung kam auch in der Aussprache von 70 Sozialdemokraten mit dem Ersten Sekretär der KPD, Max Reimann, in Hunderten von westdeutschen Gewerkschaftsversammlungen und -konferenzen und in entsprechenden Anträgen an die zentralen Gewerkschaftstage zum Ausdruck.

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Berlin im Oktober 1960 wandten die adenauerhörigen DGB-Führer alle Mittel an, um den Verbandstag auf den aggressiven Adenauerkurs zu bringen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Die Delegierten erklärten sich für die Ausnutzung aller Möglichkeiten, auch des Massenstreiks, im Kampf gegen die Bonner Atomrüstung.

Auf der nationalen Metallarbeiterkonferenz im Oktober 1960, an der 600 westdeutsche, 100 Westberliner und 300 Metallarbeiter aus der DDR teilnahmen, sagte der Bremer Betriebsrat von Brackel u. a.: „Wer wie Richter (d. i. der Vorsitzende des DGB – A. B.) Kontakte mit der DDR und dem FDGB ablehnt, hat die Wiedervereinigung abgeschrieben... Wer auf den Zusammenbruch der DDR wartet, kann auf den St. Nimmerleinstag

⁸ Neues Deutschland (B), 2. Dezember 1960.

⁹ Neues Deutschland (B), 1. Oktober 1960.

warten. Wer Frieden und sozialen Wohlstand in der Bundesrepublik will, muß mit der DDR zusammenarbeiten, ob es ihm paßt oder nicht.⁴⁰ Die nationale Metallarbeiterkonferenz, auf der auch der Erste Sekretär der KPD, Max Reimann, sprach, beschloß einmütig einen Appell an die Metallarbeiter Westdeutschlands und Westberlins sowie an alle Mitglieder des DGB. Diese werden aufgefordert, im Kampf um die Verwirklichung der Entschließung des 6. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall im DGB gegen die Atomaufrüstung den März 1961 zum Kampfmonat zu machen.

Vom März bis zum Juni 1960 fanden die Bundesjugendkonferenzen der IG Bergbau, der IG Metall, der IG Bau, Steine, Erden und der IG Holz statt. Allein die Delegierten der IG Metall vertraten 300 000 junge Gewerkschafter. Sie forderten verschiedene Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften gegen die Adenauerpolitik. Gegen nur 3 Stimmen wurde beschlossen, noch im Jahr 1960 eine Studienkommission in die DDR zu entsenden. In weiteren Entschließungen wandten sich die Delegierten gegen die Atomaufrüstung, gegen den Neofaschismus in Westdeutschland, gegen die entspannungsfeindliche Störpolitik der Adenauerregierung und gegen deren volksfeindliche Gesetze. Einstimmig beschloß der Jugendtag der IG Metall, in Treffen aller jugendlichen Atomkriegsgegner in Westdeutschland zu organisieren. „Es muß die Aufgabe der Jugend sein, mit allen Mitteln ihre Ablehnung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr zu bezeugen“, heißt es in einer Entschließung.⁴¹

Ähnliche Beschlüsse wurden auf den übrigen drei Gewerkschaftsjugendkonferenzen und auch von der sozialistischen Jugendorganisation „Die Falken“, von der Naturfreundejugend und vom „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) gefaßt. Alle diese Organisationen stehen unter der ständigen erpresserischen Drohung der rechten SPD-Führer, ihnen die finanziellen Mittel zu sperren. Beim SDS wurde nicht vor der Spaltung durch die Bildung einer neuen sozialdemokratischen Studentenorganisation zurückgeschreckt. Warum? Weil sich diese jungen Menschen und ihre Organisation nicht dem Antikommunismus beugen, weil sie vor der Wahrheit über die Entwicklung in der DDR nicht die Augen verschließen. Da sie jedoch ihre Ansichten mutig und aktiv vertreten, wurde auch der Spaltungsversuch der Erler-Wehner-Brandt zu einem Schlag ins Wasser.

Anmaßend erklärte der „Rheinische Merkur“: „Die Gewerkschaftsjugend, ein beachtlicher Teil des Jugendverbandswesens, das mit Bundesjugendplangeldern gefördert wird, hat den Weg in neue, vertiefte Radikalität angetreten ... Mitglieder der Untergliederungen haben erlaubt oder unerlaubt an zahlreichen Kontakten mit der FDJ der Zone teilgenommen ... Konsequenzen müssen gezogen werden, und zwar harte Konsequenzen. Die Öffentlichkeit hat außerdem ein Recht darauf, von der SPD

⁴⁰ Neues Deutschland (B), 24. Oktober 1960.

⁴¹ Neues Deutschland (A), 9. Mai 1960.

zu erfahren, wie sie diese Vorgänge im DGB im Licht ihres Godesberger Programmes beurteilt.¹²

„Harte Konsequenzen“, wie sie die Adenauerregierung zieht, indem sie z. B. Reisen in die DDR und umgekehrt unter Gefängnisstrafe stellt, werden nach allen Erfahrungen weiteren Menschen die Augen öffnen und sie im Ringen um eine friedliche Wiedervereinigung nur noch stärker energischer und mutiger werden lassen.

Aber „harte Konsequenzen“ fordert der „Rheinische Merkur“ auch von den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern, deren Kapitulation vor dem aggressiven Adenauerkurs den Militaristen noch nicht konsequent genug ist. Die Maßregelungen ihrer Mitglieder sollen rigorosser erfolgen, der Verfassungsschutz soll stärker und mehr eingeschaltet werden. In der Jugendorganisation „Die Falken“ in Bremen wurden zwei Funktionäre ausgeschlossen und sieben Gruppenleiter ihrer Funktion enthoben, weil sie sich für die Zusammenarbeit der gesamten deutschen Arbeiterjugend eingesetzt hatten. Die Jugendlichen hatten sich geweigert, einen Revers zu unterschreiben, der verlangte, daß „Träger prokommunistischer Anschauungen“ (damit sind vor allem diejenigen gemeint, die sich für die Kontaktaufnahme zur Jugend der DDR einsetzen) nicht Mitglied des Verbandes sein können.

Die Jugendorganisation „Die Falken“ aber kann – wenn sie ihren Kampf um eine echte Alternative zur Adenauerpolitik mutig weiterführt – mit der Unterstützung aller Arbeiterjugendorganisationen, auch der Jugend der DDR, rechnen.

Es ist offensichtlich, daß die Verständigung zwischen den Arbeitern, der Jugend und darüber hinaus zwischen allen friedliebenden Kräften beider deutscher Staaten durch keinerlei Unterdrückungsmaßnahmen verhindert werden kann.

Die Kraft des Beispiels, das die deutsche Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen hat – die prinzipielle friedliche Politik im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts, nicht zuletzt in Gestalt des großen Siebenjahrplanes und der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe –, bleibt schon heute nicht ohne Wirkung selbst bis in die Reihen der Bourgeoisie in Westdeutschland. Sie wird sich mit der weiteren Entwicklung gesetzmäßig vertiefen. Es zeigt sich heute bereits in der immer stärker werdenden Erkenntnis auch sehr einflußreicher westdeutscher Kreise, daß ohne die Anerkennung der Existenz der DDR und ohne die Berücksichtigung ihrer politischen und ökonomischen Erfolge das deutsche Problem nicht mehr gelöst werden kann. So schrieb z. B. die „Süddeutsche Zeitung“, die DDR sei ein Staat, der „sich zwar nach seinem inneren Aufbau, aber nicht nach seinen völkerrechtlichen Ansprüchen von der Bundesrepublik unterscheidet und ohne dessen Mitwirkung die Deutschland- und Berlinfrage nicht mehr zu lösen sind. Auf Illusionen

¹² Rheinischer Merkur, 1. Juli 1960.

war die bisherige Deutschlandpolitik Bonns aufgebaut“, muß die Zeitung gestehen, und „heute, wo es auch für Bonn heißt, die Karten auf den Tisch zu legen, um eine neue reale Politik des Westens zu ermöglichen, stellt sich heraus, daß unsere Karten keinen Trumpf enthalten“.¹³

Die „Westfälische Rundschau“ bekannte am 12. November 1960: „Jene Politik neigt sich dem Ende zu, die seit Jahren darauf hinzielt, den bestehenden Zustand in der Machtverteilung zwischen West und Ost, vor allem auch den bestehenden Zustand in der Deutschland- und Berlinfrage unverändert zu erhalten. Es läßt sich nicht verhehlen, daß die Bundesrepublik in der Frage der deutschen Ostgrenze isoliert ist und weder von den Vereinigten Staaten noch von Frankreich oder Großbritannien Unterstützung zu erwarten hat.“¹⁴

Diese Stimmen mehren sich. In zunehmendem Maße setzt sich im Bewußtsein immer größerer Kreise die Erkenntnis durch, daß die sogenannte Politik der Stärke durch eine nüchterne Realpolitik gegenüber der DDR ersetzt werden muß. Wurde z. B. die Wirtschaft der DDR, gemessen am „Wirtschaftswunder“ der Bundesrepublik, in den zurückliegenden Jahren höhnisch glossiert, so hat allmählich in immer mehr Köpfen der herrschenden Schicht in Westdeutschland eine resignierte Stimmung Platz gegriffen. Mußte doch das Organ der Großbourgeoisie, die „Frankfurter Allgemeine“, schon 1958 schreiben: „Der merklich gestiegene Lebensstandard hat nicht nur einen Teil der früheren Kritik hinfällig gemacht, sondern er bietet der Regierung auch viele... stichhaltige Argumente... Das Bewußtsein, unter schwierigsten Verhältnissen etwas geleistet zu haben, schafft... ein neues Selbstgefühl.“¹⁵ Eine andere große Zeitung der westdeutschen Bourgeoisie, die Hamburger „Welt“, kam in einem Leitartikel zu demselben Ergebnis. Es hieß dort: „Der größte Trumpf, den die Sozialistische Einheitspartei ausspielen kann, ist die offensichtliche Besserung der materiellen Lebensbedingungen. Es geht den Menschen heute erheblich besser als vor einigen Jahren... Das alte Schema: ‚armer und reicher Bruder‘ ist überholt.“¹⁶

Seit dieser Zeit ist die DDR dank neuer, erstaunlicher Produktionserfolge ihrer Werktätigen, ihrer technischen und wissenschaftlichen Intelligenz und ihrer Genossenschaftsbauern reicher geworden. Das Gefühl der Sicherheit und das Wissen um eine frohe Zukunft erfaßt immer mehr Menschen. Es ist nur natürlich, daß dies der westdeutschen Bevölkerung nicht verborgen bleiben kann und eine wachsende Bedeutung im gemeinsamen Kampf um Frieden und Wiedervereinigung bekommt.

Wie z. B. das sozialistische Schulwesen der DDR – bislang von den westdeutschen Politikern als „unfruchtbares Zwangssystem“ verfermt – heute auf Westdeutschland wirkt, zeigt die kurze Notiz einer Hamburger Zeitung, in der es hieß: „Bisher wurde aus allen Rohren gegen die Einführung des

¹³ Süddeutsche Zeitung (München), 13. November 1960.

¹⁴ Westfälische Rundschau (Dortmund), 12. November 1960.

¹⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. September 1958.

¹⁶ Die Welt, 17. Oktober 1960.

polytechnischen Unterrichts in der DDR geschossen. Jetzt wurde ein ‚Berufspraktikum‘ zwischen HHA (Hamburger Hochbahn – A. B.) und einer Hamburger Volksschule vereinbart. Um das Berufsleben kennenzulernen, werden die Schüler 14 Tage bei der Hochbahn arbeiten.“¹⁷

Während sich das Schulwesen in der DDR immer weiter entwickelt, werden die Verhältnisse an westdeutschen Schulen infolge der Aufrüstung immer katastrophaler, wie z. B. aus einer Bremer Zeitung hervorgeht: „Die Schulen in Niedersachsen befinden sich in einem akuten Notstand. Mehr als 15 Jahre nach Kriegsende gibt es zwar laut Verteidigungsetat in der bald 340 000 Mann starken Armee Bonns auf 10 Wehrpflichtige fast zwei Offiziere und rund acht Unteroffiziere, die nicht nur fest, sondern auch gut besoldet sind; aber genügend Lehrer für die Erziehung und Bildung unserer Kinder haben wir nicht. Allein in Niedersachsen fehlen für das Schuljahr 1961 rund 2000 Lehrkräfte...“¹⁸

Die genannten Beispiele zeigen aber auch sehr deutlich, wie zugleich mit dem Einfluß der Entwicklung in der DDR die Stärke und Macht des gesamten sozialistischen Weltsystems mit der Sowjetunion an der Spitze auf Westdeutschland einwirken. Die Sputniks und alle anderen hervorragenden technisch-wissenschaftlichen Errungenschaften des Sozialismus sind nicht wegzuleugnen. Die real denkenden Kräfte im Lager des Imperialismus sind gezwungen, sich über die Ursachen dieser Erfolge klar zu werden. Schließlich werden sie um den friedlichen Wettbewerb der beiden bestehenden Gesellschaftssysteme, in dem sich die beste gesellschaftliche Ordnung, der Sozialismus, durchsetzen wird, nicht herumkommen.

Und das gilt auch für Deutschland, für die Lösung seiner Lebensfrage. Die wichtigste Frage ist dabei gegenwärtig die Sicherung des Friedens. Auch in den Kreisen der national denkenden Bourgeoisie beginnt eine entschiedene Neuorientierung.

Auf Konferenzen des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und zahlreichen Tagungen und Beratungen verschiedener Kreise und Gruppen im Osten und Westen unserer Heimat treten immer öfter solche Persönlichkeiten wie Professor Hagemann, Graf von Westphalen, Frau Professor Riemeck, Graf von Stauffenberg und andere im Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung mutig auf. Ende Oktober 1960 haben wieder etwa fünfzig bekannte Persönlichkeiten Westdeutschlands der Öffentlichkeit eine Erklärung übergeben, in der sie sich über alle ideologischen und parteipolitischen Schranken hinweg an alle Gegner der atomaren Bewaffnung Westdeutschlands und Befürworter einer konsequenten Entspannungspolitik wenden. Sie fordern diese auf, im nächsten Bundestag „der Stimme der nationalen Vernunft und Notwendigkeit“ Gehör zu verschaffen. Die Hauptforderungen der Erklärung sind: Stop der atomaren Bewaffnung in Westdeutschland, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten über

¹⁷ Blinkfüer, 23. September 1960.

¹⁸ Neues Echo (Bremen), Nr. 15, Anfang Oktober 1960.

Rüstungsminderung und militärische Neutralität, Wahrung der Normen einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.¹⁹

Eine Anzahl solcher Gruppen und Organisationen haben sich im Dezember 1960 in Stuttgart zu einer „Union“ zusammengeschlossen. Nationale, demokratische und religiöse Motive waren Ursache ihres Handelns. Im Mittelpunkt ihres Programms steht der Kampf um die Erhaltung des Friedens.

Auch diese Bürger werden von den Organen der Bundesregierung als „staatsgefährdend“ bezeichnet. Die Militaristen um Adenauer und Strauß haben Furcht vor der „Gefahr“, daß die Atomwaffengeegner sich zum gemeinsamen Kampf gegen den drohenden Atomkrieg einigen. Sie haben Furcht vor dem starken Rückhalt, den alle Atomwaffengeegner in der geeinten Nationalen Front des demokratischen Deutschland finden.

Aus dem gleichen Grunde wurde 1956 die Kommunistische Partei Deutschlands verboten, die sich als einzige Partei schon den Anfängen der Remilitarisierung und später der Atomrüstung mit aller Konsequenz entgegenstellte. Aber auch in die Illegalität gedrängt, appelliert die KPD als einzige Partei in Westdeutschland unermüdlich an alle Atomwaffengeegner, insbesondere an die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder, die Aktionseinheit herzustellen, um im gemeinsamen Kampf die Militaristen zurückzudrängen.

Wie die KPD warnend voraussagte, folgte ihrem Verbot das Verbot zahlreicher demokratischer Organisationen und Vereinigungen. Mit dem Notstandsgesetz soll schließlich jedwedes demokratische Leben, jede oppositionelle Meinung der Bürger erstickt und wie in der Zeit der Nazierrschaft alles gleichgeschaltet werden.

In der Folge wird der Kampf der Friedenskräfte in ganz Deutschland jedoch gesetzmäßig dazu führen, daß diese finsternen Praktiken eines Polizeistaates sich als Bumerang gegen die Atomkrieger in Westdeutschland selbst erweisen werden. Im Beschluß der Delegiertenkonferenz der KPD wurde hierzu gesagt: „Durch die Existenz der DDR wird den westdeutschen Imperialisten und Militaristen der Weg zur Aufrichtung ihrer Macht in ganz Deutschland versperrt... Der von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik beschlossene Siebenjahrplan zeigt überzeugend den friedlichen Entwicklungsweg der Deutschen Demokratischen Republik. Dieser Siebenjahrplan ist ein Plan des Friedens. Seine Durchführung bringt der Arbeiterklasse und der ganzen Bevölkerung der DDR wachsenden Wohlstand und Glück. Er ist eine Aufforderung an Westdeutschland zum friedlichen Wettstreit für die Verbesserung des Lebens der ganzen Bevölkerung.

Dieser Plan dient der friedlichen Lösung der deutschen Frage, denn je stärker die DDR als sozialistischer Staat ist, je größer die Erfolge der sozialistischen Entwicklung sind, um so schneller wächst der Einfluß der Friedenskräfte auch in Westdeutschland...

¹⁹ Vgl. Neues Deutschland (A), 29. Oktober 1960.

Wenn die friedliebenden Menschen Westdeutschlands ihre eigenen Vorstellungen zur Sicherung des Friedens und zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage mit den Vorschlägen vergleichen, die die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Parteien und Organisationen der Nationalen Front und die Regierung der DDR machen, so werden sie in allen wesentlichen Fragen eine Übereinstimmung feststellen. Das kann nicht anders sein, denn die regierenden Kräfte in der DDR sind Arbeiter, Bauern, Geistesschaffende, Werktätige der verschiedenen Berufe, Menschen, die der gleichen Arbeiterklasse, dem gleichen Volk angehören wie auch die Werktätigen Westdeutschlands.

Großen Nutzen kann die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik ziehen aus den wachsenden Erfolgen des sozialistischen Aufbaus in der DDR, aus der ständigen Verbesserung der Lebenslage des Volkes, der Sicherung des Arbeitsplatzes, den demokratischen Rechten, den großen Möglichkeiten der Bildung und Erholung, den vorbildlichen Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Sozialversicherung, der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen und der Jugend. Die Unternehmerverbände und die vom Großkapital beherrschte Presse entstellen und verleumden das wirkliche Leben in der DDR und die Politik ihrer Regierung. Wenn rechte SPD- und Gewerkschaftsführer mit ihnen in diesen Verleumdungen wetteifern, ist das zum Schaden der Arbeiter, weil damit den Werktätigen Westdeutschlands der Kampf um die eigenen Interessen und Forderungen erschwert wird.

Die Monopolherren und Militaristen, deren Rücksichtslosigkeit und Brutalität sprichwörtlich sind, müssen bei jedem Schritt gegen die Werktätigen im Auge haben, daß es eine DDR gibt, in der die Arbeiter große soziale und demokratische Rechte haben. Das erleichtert den Kampf der Bevölkerung Westdeutschlands.

Weil in der Deutschen Demokratischen Republik Wort und Tat übereinstimmen, weil es keine atomare Aufrüstung gibt, weil sie beharrlich für den Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomwaffen und für den Rüstungsstop eintritt, weil den Militaristen nicht ein Fußbreit Boden gelassen wird, weil ein friedliches, sozialistisches Leben in Wohlstand und Freiheit aufgebaut wird, darum besitzen die Vorschläge der DDR zur Sicherung des Friedens ein solch starkes politisch-moralisches Gewicht in der deutschen wie in der internationalen Politik.²⁰ Darum wird ohne die DDR in Zukunft keine einzige Deutschland betreffende Frage gelöst werden, darum hat die Deutsche Demokratische Republik, deren Hauptkraft die geeinte Arbeiterklasse ist, eine solch große Bedeutung für den Kampf in Westdeutschland.

²⁰ Die Lage in der Bundesrepublik und der Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand. Protokoll der Parteidelegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Februar 1960, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 26–28.

WALTER MÜLLER

Die Aktionsgemeinschaft zwischen KPD und SPD in München 1945/1946

Die nationale Aufgabe des deutschen Volkes besteht heute darin, durch die Überwindung des deutschen Imperialismus und Militarismus den Grundwiderspruch zu lösen, der zwischen den friedlichen Interessen des deutschen Volkes und der aggressiven Revanchepolitik der in Westdeutschland herrschenden Kräfte besteht. In diesem Kampf trägt die deutsche Arbeiterklasse eine große Verantwortung. Sie allein ist fähig, alle friedliebenden und demokratischen Kräfte der Nation im Kampf um ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland zu einen und zu führen.

Die Grundvoraussetzung für die Lösung der Lebensfragen unserer Nation ist das gemeinsame Auftreten und das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse. „Die Aktionsgemeinschaft der deutschen Arbeiterklasse ist die Lebensfrage unseres Volkes.“¹ In ihr liegt die Kraft, einen Atomkrieg zu verhindern und den Frieden zu sichern. Handelt die Arbeiterklasse einheitlich, so wird sie zum Kraftzentrum, zum Sammelpunkt aller Kräfte des Volkes gegen die militaristischen Verderber. Das lehrt uns die Geschichte der letzten Jahrzehnte.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands lassen sich in ihrer Politik davon leiten, daß die Arbeiterklasse nur durch ihr einiges und geschlossenes Handeln den Militarismus in Westdeutschland schlagen und den Frieden sichern kann.

Seit Jahrzehnten geht das Bestreben der Besten der Arbeiterklasse dahin, alle friedliebenden Kräfte des Volkes zum gemeinsamen Kampf gegen die Feinde der Nation zusammenzuschließen. Durch die von den Opportunisten verschuldete Spaltung der deutschen Arbeiterklasse war es möglich, daß in der Vergangenheit die reaktionären Kräfte immer wieder triumphieren konnten. Besonders die Niederlage des Faschismus 1945 war dazu angetan, aus den bisherigen Erfahrungen der Arbeiterbewegung zu lernen und endlich die verhängnisvolle Spaltung zu überwinden. Dieser Weg wurde jedoch nur in einem Teil Deutschlands konsequent beschritten, in der damaligen sowjetisch besetzten Zone. Dieser Teil Deutschlands wurde zum Zentrum für die Schaffung der Arbeitereinheit und für den Zusammenschluß aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte.

Aber auch in Westdeutschland war der Wille zur Aktionseinheit und

¹ Der Deutschlandplan des Volkes. In: Neues Deutschland (B), 17. April 1960.

zum Zusammenschluß der Arbeiterklasse besonders 1945/46 nicht weniger stark als in Ostdeutschland.² Die folgenden Ausführungen sollen das am Beispiel Münchens nachweisen.

Die Zerschlagung des Faschismus war die größte Niederlage, die der deutsche Imperialismus und Militarismus bisher erlitten hatte. Die zwölfjährige Nacht über Deutschland wurde beendet und die Bedrohung der europäischen Völker durch den faschistischen deutschen Imperialismus beseitigt. Unter großen Opfern hatten die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Völker den Weg zum Frieden freigekämpft.

In Deutschland war mit der vollständigen Niederlage des Faschismus eine demokratische und friedliche Entwicklung möglich geworden. Für das deutsche Volk, insbesondere für die Arbeiterklasse, galt es, diese Möglichkeit voll auszunutzen.

Als erste politische Partei trat am 11. Juni 1945 die KPD mit ihrem Programm an die Öffentlichkeit und zog als wichtigste Lehre aus der Zeit von 1918 bis 1945: „Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes!“ Dieser Aufruf der KPD, dem auch der damalige Zentralausschuß der SPD zustimmte, wurde zur Grundlage der brüderlichen Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten, zur Basis der festen Einheit aller demokratischen Kräfte in ganz Deutschland.

Während die Sowjetunion als Klassenverbündeter der deutschen Arbeiterklasse und als nationaler Verbündeter des deutschen Volkes handelte, war die Besatzungspolitik der imperialistischen Westmächte darauf gerichtet, den deutschen Imperialismus und Militarismus vor der vollständigen Vernichtung zu retten und die wahrhaft antifaschistischen und demokratischen Kräfte zu unterdrücken. Schon bald nach der Unterzeichnung begannen die Westmächte, das Potsdamer Abkommen zu sabotieren und es schließlich offen zu brechen. Sie nahmen Kurs auf eine Politik der militärischen Blockbildung gegen die Sowjetunion und alle friedliebenden Völker und begannen, Westdeutschland zu ihrem wirtschaftlichen und militärischen Stützpunkt, zum Aufmarschgebiet für eine künftige Aggression zu machen. Diese Konzeption, deren Anfänge bereits während des zweiten Weltkrieges sichtbar waren, wurde immer mehr zur herrschenden Strategie des USA-Imperialismus und seiner Regierung und bestimmte schließlich seine gesamte Nachkriegspolitik.

Systematisch wurde die demokratische Initiative der Arbeiterklasse und der Werktätigen gehemmt. Deshalb hatten es die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland schwer, die objektiv günstige Lage zur völligen Vernichtung des deutschen Imperialismus und Militarismus auszunutzen. Besonders die Arbeiterklasse wurde durch diese antidemokratische Politik gehemmt, sich zu organisieren und ihre Kräfte zu entfalten. Aber auch in Westdeutschland hätten die Besatzungsmächte auf die Dauer das Drängen

² Vgl. Kurt Wrobel: Traditionen des Kampfes westdeutscher Arbeiter für die Einheit der Arbeiterklasse (1945–1946). In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Heft 1, S. 51–65.

der Arbeiterklasse zur Einheit nicht verhindern können, wenn nicht innerhalb der Arbeiterbewegung selbst rechte SPD- und Gewerkschaftsführer aufgetreten wären, die auf dem Boden des Antikommunismus, der Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse und der Klassenharmonie mit der imperialistischen Bourgeoisie standen. „Die führenden Kreise der deutschen Bourgeoisie und die westlichen Besatzungsmächte konnten diese Politik nur durchführen, weil ihnen die rechten sozialdemokratischen Führer Hilfsdienste leisteten.“³

Trotz dieser Hemmnisse entwickelte sich auch in Westdeutschland eine breite antifaschistisch-demokratische Bewegung, strebte die Arbeiterklasse zur Einheit. Auch in Bayern waren die Voraussetzungen gegeben, um eine fortschrittliche Entwicklung durch das Zusammengehen aller antifaschistischen Kräfte, vor allem der beiden Arbeiterparteien, durchzusetzen. Die bayerische Arbeiterklasse konnte dabei auf gute revolutionäre Traditionen aufbauen.

Im Gegensatz zur sowjetischen Besatzungszone, wo durch den Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 die Zulassung und freie Betätigung aller demokratischen Parteien erlaubt wurde, verzögerten die westlichen Besatzungsmächte in ihren Zonen die Zulassung politischer Parteien. Bis August 1945 war überhaupt jegliche politische Betätigung verboten. Danach wurden Organisationen nur im örtlichen Maßstab zugelassen. Bis zum 30. November 1945 bestanden in Bayern lediglich 62 politische Kreisorganisationen, davon 23 der SPD und 21 der KPD.⁴ Erst Anfang 1946 konnten sich die Parteien auf Landes- und Zonenebene organisieren.

Bei der Bildung der neuen Verwaltungsorgane in Bayern stützte sich die Besatzungsmacht in der Hauptsache auf jene Kräfte der Bourgeoisie, die schon in der Zeit der Weimarer Republik und später während des zweiten Weltkrieges die Verständigung und Zusammenarbeit mit den anglo-amerikanischen Monopolherren gesucht hatten.

Es war in Bayern eine allgemeine Erscheinung, daß nach der Niederlage des Faschismus viele ehemalige Nazis, oft sogar ganze Naziverwaltungen einschließlich des Bürgermeisters und des Polizeipräsidenten, im Amt belassen wurden. Das geht besonders aus einem Protestschreiben des antifaschistischen Arbeitsausschusses in Traunstein (Bayern) vom 31. Juli 1945 hervor, in dem die Entfernung von Faschisten aus der Verwaltung geordert wurde.⁵

Nicht wenige SS-Offiziere und Gestapo-Beamte fungierten als Vorgesetzte der „neuen“ Polizei. In Augsburg z. B. wurden in den ersten Monaten überhaupt kein neuer Bürgermeister und Stadtrat eingesetzt. Die notwendigen Verwaltungsarbeiten wurden von dem bisherigen Naziregierung weitergeführt. Polizeipräsident in München war nach dem Ein-

³ Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1194.

⁴ Vgl. Keesings Archiv der Gegenwart, Jg. XV, 1945, S. 545.

⁵ Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 83.

marsch der Amerikaner der berüchtigte Reaktionär und Arbeiterfeind Seisser, einer der Hauptschrittmacher des Faschismus in Bayern.

Sogar in den Entnazifizierungsausschüssen waren infolge der Unterstützung der amerikanischen Besatzungsmacht viele ehemalige Nazis tätig. „Das USA-Militärhauptquartier in München gab zu, daß in Bayern sechszig Prozent der Richter und sechsundsiebzig Prozent der Ankläger bei den Spruchkammern ehemalige Mitglieder der Nazi-Partei waren.“⁶

Die Kommunisten und die anderen antifaschistischen Kräfte in Bayern hatten schon vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen den organisierten und bewaffneten Kampf gegen die Faschisten aufgenommen. Es gab eine Reihe illegaler bewaffneter Widerstandsgruppen revolutionärer Arbeiter. Der Initiative und dem Mut der kommunistischen Genossen in diesen Organisationen hat es die Stadt München zu danken, daß sie trotz der SS-Besatzung nicht noch weiter zerstört wurde und der Volkssturm nicht zum Einsatz kam.

Eine gute Verbindung bestand zwischen illegalen Gruppen der KPD und der „Freiheitsaktion Bayern“, in deren Reihen auch Kommunisten aktiv mitarbeiteten. Die „Freiheitsaktion Bayern“ war eine von Offizieren der Wehrmacht geführte Bewegung, die sich gegen den Faschismus und gegen die Weiterführung des Krieges richtete. Ende April 1945 hatte unter maßgeblicher Beteiligung der „Freiheitsaktion Bayern“ in München ein militärischer Aufstand stattgefunden. Obwohl zwischen verschiedenen Widerstandsgruppen bestimmte Vereinbarungen für diese Aktion getroffen worden waren, hielt sich die Leitung der „Freiheitsaktion Bayern“ nicht an den vereinbarten Termin und begann den Aufstand 24 Stunden früher. Dadurch wurden die Aufständischen zersplittert und schließlich blutig niedergeschlagen. Nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen zerfiel die „Freiheitsaktion Bayern“. Die aktiven, kämpferischen Kräfte lösten sich von jenen Offizieren, die die Bewegung mehr und mehr zum Sammelpunkt reaktionärer, zum Teil monarchistischer Bestrebungen machen wollten und nur darauf bedacht waren, möglichst rasch in gute Stellungen zu kommen.

Eine wesentliche Rolle für die Entwicklung des Widerstandskampfes gegen den Faschismus und besonders für den antifaschistischen Kampf nach der Zerschlagung des Faschismus spielte das Komitee „Freies Deutschland“, das bereits illegal in Bayern bestand. Sofort nach der Besetzung Münchens durch amerikanische Truppen trat es als bayerische Landeskomitee „Freies Deutschland“ an die Öffentlichkeit. In einem am 25. Juni 1945 veröffentlichten Aufruf „Was nun?“⁷ entwickelte es 20 Punkten sein Programm und rief alle antifaschistischen Kräfte auf, sich am demokratischen Wiederaufbau zu beteiligen.

Das Komitee „Freies Deutschland“ wuchs zahlenmäßig rasch an. In kurzer Zeit zählte es 37 000 Mitglieder. Schon am dritten Tag der Besetzung

⁶ George S. Wheeler: Die amerikanische Politik in Deutschland (1945–1950), Berlin 1958, S. 162.

⁷ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv (abgekürzt IML, Archiv), Nr. 45/02/975.

zung wurde in München eine große Kundgebung dieser Organisation mit über 1500 Personen durchgeführt. Wegen Überfüllung mußten Parallelversammlungen abgehalten werden.

Im Komitee „Freies Deutschland“ schlossen sich unter maßgeblicher Beteiligung der Kommunisten die antifaschistischen Kräfte zusammen. Sein Programm entsprach den Interessen der gesamten werktätigen Bevölkerung. Vor allem trugen auch die aktuellen Tagesforderungen des Programms (z. B. Bildung von Hausgemeinschaften gegen Plünderer, Aufhebung der Sperrzeit, Heranziehung der Nazis zu Aufräumarbeitern usw.) dazu bei, große Teile der Bevölkerung zu gewinnen. So begann sich eine starke antifaschistische Organisation auf sehr breiter Grundlage zu entwickeln. Das lag aber nicht im Interesse der amerikanischen Besatzungsmacht. Schon nach vierzehntägiger legaler Tätigkeit wurde das Komitee wieder verboten, wurden ihm sämtliche Versammlungen und Publikationen untersagt. Trotzdem konnte die amerikanische Besatzungsmacht auch in Bayern nicht verhindern, daß sich eine starke antifaschistische Bewegung entwickelte, an deren Spitze besonders kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter standen.

Die Kommunisten betonten immer wieder, daß die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien eine Vervielfachung der Kräfte der Arbeiterbewegung bedeutet. Sie betrachteten es deshalb als ihre Pflicht, alles zu unternehmen, um sowohl örtlich als auch im Landesmaßstab ein gemeinsames Vorgehen von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Reaktion und für den demokratischen Aufbau zu erreichen.

Schon lange vor der offiziellen Zulassung der Parteien durch die amerikanische Besatzungsmacht fanden sich in Bayern Kommunisten und Sozialdemokraten zu gemeinsamen Beratungen zusammen. Die Vertreter beider Arbeiterparteien besprachen zunächst die unmittelbaren Tagesfragen, die Sicherung der Ernährung, den Schutz der Bevölkerung vor Hunger und Obdachlosigkeit, aber auch grundsätzliche ideologische Fragen, deren Klärung die organisatorische Verschmelzung der beiden Parteien vorbereiten sollte.

Am weitesten war diese Entwicklung in München gediehen. Hier waren bereits am 8. Mai 1945 führende Mitglieder der KPD und der SPD sowie Gewerkschaftsfunktionäre zu einem ersten Gedankenaustausch zusammengetroffen. Daraus entwickelte sich in München nach Überwindung anfänglicher Schwierigkeiten eine enge Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die zu einer festen Aktionsgemeinschaft zwischen SPD und KPD wurde.

Als der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 in Bayern bekannt wurde, begannen die Genossen der KPD sofort, diesen Aufruf zu vervielfältigen und in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Er wurde in den einzelnen Gebieten zur Grundlage für Sofortprogramme zur Behebung der größten Not und zur Wiederingangbringung des normalen Lebens. Der Aufruf der KPD wurde allgemein begrüßt, besonders von den Arbeitern. Die Bezirkskonferenz der Kommunistischen Partei Nordbayerns betonte in ihrer Ent-

schließung „Zur politischen Lage“: „Der Aufruf des ZK der Partei an das deutsche Volk ist uns richtungweisend für unsere Arbeit. Wir geloben, auf der Grundlage dieses vom ZK aufgezeigten Weges höchste Aktivität zu entfalten . . .“⁸

Viele Berichte aus der damaligen Zeit bestätigen, daß der Aufruf einen großen Widerhall in der Arbeiterklasse und besonders auch bei sozialdemokratischen Genossen fand. In einem Bericht vom 25. Juli 1945 über die Lage in Bayern heißt es z. B.: „Hier in der Oberpfalz kennen die Sozialdemokraten nur ein Dokument der Arbeiterklasse, den Aufruf des ZK der KPD. Materialien ihrer Partei haben sie noch nicht gesehen und gibt es wahrscheinlich auch noch nicht.“⁹

Auch bürgerliche Kreise äußerten sich zustimmend zum Aufruf der KPD.

Der Aufruf des ZK der KPD war auch Gegenstand einer ersten Aussprache zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in München. Die beteiligten Genossen der SPD waren mit dem Aufruf grundsätzlich einverstanden und betrachteten ihn als eine geeignete Plattform zur Verständigung der beiden Arbeiterparteien. Die Genossen der KPD schlugen in einem Brief an Albert Roßhaupter (SPD) vor, diesen Aufruf als gemeinsames Dokument zu verbreiten, um bei allen Kommunisten und Sozialdemokraten die engste Zusammenarbeit bei der Realisierung der gestellten Aufgaben zu erreichen.

Es wurde prinzipielle Einigung darüber erzielt, in allen wichtigen Fragen eng zusammenzuarbeiten, einheitlich nach außen aufzutreten und jeden Bruderkampf entschieden zu verhindern. Die Vertreter beider Richtungen protestierten energisch gegen alle separatistischen Versuche einer Abtrennung Bayerns von Deutschland.

Am 28. Juni 1945 fand in den Räumen des Bayrischen Arbeitsministeriums die erste offizielle Beratung zwischen Vertretern der KPD und SPD statt. Von der KPD nahmen u. a. Ludwig Ficker und Alfred Kroth, von der SPD Albert Roßhaupter und Wilhelm Hoegner teil. Die Vertreter beider Parteien brachten übereinstimmend zum Ausdruck, daß es notwendig ist, den Bruderkampf der Vergangenheit endgültig und für immer zu überwinden und die Aktionseinheit herzustellen. Es wurde festgelegt, daß beide Parteien kompetente Vertreter bestimmen, die in einem Arbeitsausschuß über alle wichtigen Probleme beraten und ein gemeinsames Vorgehen vereinbaren sollten. Weiterhin zog man in Erwägung, Verbindung mit bürgerlich-demokratischen Kreisen (ehemalige Bayrische Volkspartei) aufzunehmen, um alle antifaschistischen Kräfte in einem Block zusammenzuschließen.

Diese erste Beratung wurde in kameradschaftlichem Geist geführt. Es war getragen vom Bewußtsein der Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse für eine glückliche Zukunft der deutschen Nation, die nur durch

⁸ IML, Archiv, Nr. 45/02/975.

⁹ Ebenda.

den gemeinsamen Kampf der beiden Arbeiterparteien gesichert werden konnte. Auch Hoegner war damals gezwungen, nach außen hin für die Zusammenarbeit und den gemeinsamen Kampf der beiden Arbeiterparteien einzutreten. Es war aber von seiner Seite, wie sich später herausstellte, kein ehrliches Bemühen.

Zur nächsten Sitzung der Vertreter beider Arbeiterparteien, die auf Einladung des Arbeitsministers Roßhaupter am 22. Juli 1945 stattfand, waren als Vertreter der BVP der Geistliche Dr. Muhler, der Arzt Dr. Bauer und die ehemaligen Reichstagsmitglieder Schwarzer und Helmrich erschienen. Man kam überein, daß noch vor der Zulassung der Parteien die antifaschistische Einheit erreicht werden müsse. Auch die Vertreter der BVP erklärten sich bereit, in diesem Sinne zu wirken und den Aufruf des ZK der KPD zu prüfen. Aber zur nächsten Zusammenkunft am 8. August 1945 erschienen die Vertreter der BVP nicht mehr. Inzwischen nämlich war vom reaktionären Flügel der ehemaligen BVP gegen die Teilnahme an den Besprechungen der KPD und SPD eingeschritten worden. Ohne Zweifel kann man z. B. Dr. Muhler und Dr. Bauer den ehrlichen Willen zu einer Zusammenarbeit mit den Arbeiterparteien nicht absprechen. Aber offenbar zögerten sie zunächst aus Rücksicht auf ihre Parteifreunde; später zogen sie sich vom aktiven politischen Leben vollständig zurück.

Albert Roßhaupter, der die Sitzung am 8. August eröffnete, wies darauf hin, daß trotz des Fehlens der Vertreter der ehemaligen BVP auf jeden Fall das bisherige Resultat der Verhandlungen festgehalten werden sollte. Zweck der Beratung müßte sein, die Aufgaben zu bestimmen, die die beiden Arbeiterparteien bei der Verwirklichung des Potsdamer Abkommens zu lösen haben. Das Ergebnis der Beratungen entsprach auch vollkommen dieser Aufgabenstellung. Die Vertreter der KPD legten eine Deklaration einer Aktionsgemeinschaft der SPD und KPD vor, die als Anregung zur Herstellung der Aktionsgemeinschaft in allen Orten Bayerns dienen sollte. Schon beim Verlesen fand der Entwurf allgemeine Zustimmung. Hoegner erklärte ausdrücklich, daß er jedes Wort der vorgelegten Deklaration unterschreibe.¹⁰ (Was ihn später allerdings nicht hinderte zu äußern, daß man ihn am 8. August „überfahren“ habe, als man ihn veranlaßte, die Erklärung zu unterschreiben.¹¹ – Das Protokoll beweist das Gegenteil.)

Auch der als Gast anwesende Gewerkschaftsfunktionär Schiefer (SPD) stimmte der Deklaration und der Bildung der Aktionsgemeinschaft zu. Er erklärte, daß er die Kollegen der ehemaligen christlichen Gewerkschaften gewinnen wolle, eine gemeinsame Erklärung aller Gewerkschaften abzugeben, in der dieser Schritt der beiden Parteien begrüßt wird.

Die Deklaration „Aktionsgemeinschaft der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in München“ wurde einstimmig angenommen. Für die SPD unterschrieben u. a. Albert Roßhaupter, Dr. Wilhelm Hoegner, Karl Kröpelin und für die KPD u. a. Ludwig Ficker und Bruno Gold-

¹⁰ Vgl. Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD/KPD in München. Hrsg. von der KPD, Landesverband Bayern, S. 13.

¹¹ Vgl. IML, Archiv, Nr. 45/02/975.

hammer. Ferner wurde beschlossen, mit der Deklaration bei der Militärregierung gleichzeitig auch die gemeinsame Anmeldung beider Parteien und der Gewerkschaften einzureichen.

Die Münchener Erklärung der SPD und KPD sprach sich für eine gerechte soziale Ordnung ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Arbeitslosigkeit und Lohnsklaverei aus, die nur in gemeinsamen Kampf erreicht werden konnte. *„Das Endziel ist eine neue, brüderliche, wahrhaft sozialistische Gesellschaft! Die Arbeiterparteien sind sich, unbeschadet noch vorhandener verschiedenartiger Auffassungen über die Möglichkeit der Erreichung dieses Zieles, einig in dem Willen, die gegenwärtig notwendigen Schritte gemeinsam zu gehen, die die große Aufgabe von heute umfassen: die Demokratisierung des politischen, sozialen und kulturellen Lebens der Nation!“*¹²

Die Aktionsgemeinschaft stellte sich die Aufgabe, gemeinsam für die vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Nazi-partei zu kämpfen; die restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter und wichtigen Wirtschafts- und Verwaltungsstellen von aktiven Nazis durchzusetzen; die Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher vorzunehmen; alle lebenswichtigen, öffentlichen Betriebe und alle Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis in die Hände der demokratischen Organe der Gemeinde oder des Landes zu überführen; den Großgrundbesitz zu enteignen (rund 25 Prozent des gesamten Bodens in Bayern befanden sich in den Händen der Großgrundbesitzer) und den Boden an Landarbeiter und landarme Bauern zu übergeben.

Weiterhin wurde beschlossen, gemeinsam einzutreten für die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes, für die Mitbestimmung der Gewerkschaften und Betriebsräte beim Aufbau der Wirtschaft, für die Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle diejenigen, die Menschlichkeit und Fortschritt als die Grundlage ihres Handelns betrachten.

Diese Erklärung entsprach dem Willen der Mehrheit der Mitglieder beider Parteien und darüber hinaus breiter Volksschichten. Die Werktätigen begrüßten diesen gemeinsamen Schritt der Arbeiterparteien. Besonders die Mitglieder der SPD und KPD in München und anderen Teilen Bayerns äußerten sich zustimmend zu dieser Deklaration. Am 26. August 1945 richteten Sozialdemokraten und Kommunisten aus Dachau an die Unterzeichner des Aktionsgemeinschaftsabkommens ein Schreiben, in dem sie aufrärmste die in München beschlossene Aktionsgemeinschaft begrüßten. Die Genossen aus Dachau teilten mit, daß sie auch einen antifaschistischen Aktionsausschuß gebildet hätten, der „auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens bereits eine erfolgreiche Tätigkeit in der Richtung der Beschlüsse der Münchener Aktionsgemeinschaft entfalten konnte“¹³.

¹² Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Reihe III, Bd. 1, S. 98.

¹³ Ebenda, S. 118.

Dieses Dokument aus Dachau ist ebenso wie die Münchener Vereinbarung ein Beweis dafür, daß sich nach 1945 in Westdeutschland Sozialdemokraten und Kommunisten zusammenfanden und um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung kämpften.

Zur Vorbereitung und Popularisierung der gemeinsamen Vereinbarung von SPD und KPD in München fertigten die Genossen der KPD eine Mappe an, in welcher neben dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 und dem Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945 die gemeinsame Erklärung vom 8. August sowie die beiden Protokolle vom 22. Juni und 8. August 1945 enthalten waren. Außerdem waren diese Dokumente mit einem Vorwort versehen, in dem die Bedeutung des gemeinsamen Kampfes von SPD und KPD gewürdigt wurde. Diese Mappe wurde in großer Auflage herausgegeben und u. a. an die unteren Einheiten der KPD in Bayern und in anderen süddeutschen Ländern zur Orientierung und als Grundlage für die Arbeit übermittelt. Später entstand daraus die vom Landesverband der KPD Bayern herausgegebene Broschüre, die sämtliche Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD/KPD in München enthält.

Es zeigte sich, daß überall dort, wo Kommunisten gemeinsam mit Sozialdemokraten auftraten, sich auch bürgerliche Kreise der antifaschistisch-demokratischen Bewegung anschlossen. Besonders in München gab es solche Bestrebungen, einen antifaschistisch-demokratischen Block zu bilden. Die Initiative ging von der Aktionsgemeinschaft SPD/KPD aus. Obwohl die Vertreter der ehemaligen BVP nicht wieder zu den Sitzungen der Aktionsgemeinschaft SPD/KPD erschienen, wurden sie doch durch die Aktivität der beiden Arbeiterparteien stark beeinflusst. Der damalige Münchener Oberbürgermeister Scharnagel richtete ein Schreiben an die Aktionsgemeinschaft, in dem er mitteilte, daß die Bildung einer „Christlich-Demokratischen Partei“ vorbereitet würde. Nachdem sich Scharnagel mit der Deklaration der Aktionsgemeinschaft bekannt gemacht hatte, erklärte er, daß er diese Erklärung durchaus als eine Plattform für die Zusammenarbeit seiner Partei mit den Arbeiterparteien betrachte.

Das Schreiben Scharnagels wurde auf einer Sitzung der Aktionsgemeinschaft behandelt und beschlossen, eine nochmalige Aussprache über eine gemeinsame Plattform mit den bürgerlichen Kräften durchzuführen. Unter allgemeiner Zustimmung betonte Roßhaupter, daß aber zunächst einmal Klarheit über die versteckte Unterstützung der Nazis durch verschiedene bürgerliche Kräfte geschaffen werden mußte.

In der Sitzung vom 4. September 1945 waren von der ehemaligen BVP die Herren Schwarzer, Amberger, Gerstl und Baumeister anwesend. Sie betonten immer wieder, daß sie nicht als Repräsentanten einer Partei, sondern als „Einzelpersonlichkeiten“ gekommen seien. Baumeister war sogar besorgt „darüber, daß sich die Blockbildung von antifaschistisch-demokratischen Parteien auf die Politik der gegenwärtigen Regierung auswirken könnte. Er sei nicht für eine Regierung, deren Mitglieder sich als Partei-

angehörige betrachten, sondern er wolle eine Regierung von „Einzelpersonlichkeiten“.

Das stieß auf den einmütigen Widerstand der Vertreter der SPD und KPD. Die Genossen der KPD stellten dazu fest, daß die Politik der Regierung gerade davon abhängen würde, ob die Parteien fähig sind, ein konstruktives Aufbauprogramm und eine gute Zusammenarbeit zu schaffen. „Die Organe der ersten politischen Willensbildung sind die demokratischen Parteien, die nicht nur als Befehlsempfänger fungieren, sondern gerade durch eigene Initiative das Volk dafür gewinnen, wieder Lebensmut zu fassen und zu lernen, die eigenen Geschicke allmählich wieder in die eigenen Hände zu nehmen.“¹⁴

Es wurde schließlich festgelegt, daß dem Minister Roßhaupter eine schriftliche Stellungnahme der Vertreter der ehemaligen BVP übermittelt werden soll. Erst dann sollte eine neue Zusammenkunft stattfinden.

Im Protokoll vom 18. September 1945 findet sich am Schluß die Bemerkung, daß für den 20. September 1945 die Aussprache mit der bürgerlichen Gruppe vorgesehen ist. Die nächste Sitzung der Aktionsgemeinschaft fand aber erst am 6. November 1945 statt. Aus dem Protokoll dieser Sitzung und auch aus den weiteren vorliegenden Protokollen geht nicht hervor, ob diese Aussprache überhaupt stattgefunden hat. Es ist anzunehmen, daß diese Zusammenkunft nicht mehr erfolgt ist, denn in den Kreisen der ehemaligen BVP gewannen mehr und mehr die alten reaktionären Kräfte die Oberhand, die nichts von einer Zusammenarbeit mit den Arbeiterparteien wissen wollten. Diese Kräfte hatten auch die wohlwollende Unterstützung der amerikanischen Militärregierung.

Die amerikanische Militärregierung in Bayern verzögerte bewußt die Zulassung der Arbeiterparteien. Die in der Aktionsgemeinschaft vereinigten Vertreter der KPD und SPD beschlossen, weiter auf eine baldige Legalisierung der Parteien zu drängen. Schließlich wurde am 1. November 1945 in München die KPD zugelassen und wenige Tage später auch die SPD.

Auch auf die Bildung der einheitlichen Gewerkschaften hatte die Aktionsgemeinschaft großen Einfluß. Schon in der ersten Zusammenkunft war vereinbart worden, daß die Gewerkschaftsfunktionen paritätisch besetzt werden sollten, d. h. jeweils von einem christlichen, einem sozialdemokratischen und einem kommunistischen Kollegen. Schiefer versuchte damals mit der Begründung, die Kommunisten seien früher nicht an der Führung beteiligt gewesen und könnten also auch jetzt nicht daran beteiligt werden, diese Vereinbarung zu durchbrechen. Dieser offen gegen das einheitliche Vorgehen gerichtete Vorstoß wurde von allen Vertretern der Aktionsgemeinschaft, besonders von Roßhaupter, energisch zurückgewiesen. Auch die Forderung Schiefers, daß in den Betrieben keine politischen Veranstaltungen durchgeführt oder Flugblätter verteilt werden dürften, wurde einmütig abgelehnt. Noch am 21. August 1945 stimmte sich Sch

¹⁴ Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD/KPD in München, S. 26.

fer dagegen, daß ein bekannter kommunistischer Gewerkschafter in der für den Aufbau der Gewerkschaften gebildeten Leitung vertreten sein sollte. Er versuchte, das mit dem angeblichen Widerstand christlicher Gewerkschafter zu begründen. Aber auch dieser erneute Vorstoß Schiefers gegen die KPD scheiterte. Die Vertreter der Aktionsgemeinschaft brachten zum Ausdruck, daß sie eine verantwortliche Mitarbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften für selbstverständlich halten. Daraufhin wurde als dritter Verantwortlicher für die Gewerkschaftsleitung in München der Genosse Lenz (KPD) akzeptiert. Auch in den Leitungen der einzelnen Industriegruppen wurde die paritätische Zusammensetzung verwirklicht.

Es gab also schon zu Beginn der gemeinsamen Arbeit von KPD und SPD Kräfte, die – wenn auch noch sehr vorsichtig und zurückhaltend – ihre opportunistischen Auffassungen wieder in die Arbeiterklasse hineinbringen wollten und die Aktionseinheit ablehnten. Zu Schiefer, der in der Folgezeit immer offener jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnte und ständig mit Verleumdungen und gehässigen Angriffen gegen die KPD auftrat, gesellte sich dann auch der SPD-Vertreter in der Münchener Aktionsgemeinschaft, Kröpelin, der der KPD vorwarf, sie mißbrauche die Gewerkschaften für ihre Parteipolitik, weil sie in den Betrieben Plakate mit dem Sofortprogramm der KPD anbrachte. Er verlangte, daß „behördlich verboten“ werde, „in Betrieben parteipolitische Kundgebungen in Wort und Schrift zu verbreiten“¹⁵. Das waren die Anfänge der verderblichen Politik rechter SPD- und Gewerkschaftsführer in Westdeutschland, die im Betriebsverfassungsgesetz einen vorläufigen Höhepunkt fand. Dieses „Gesetz“, das die elementarsten Gewerkschaftsrechte mit Füßen tritt und den Arbeitern verbietet, sich im Betrieb politisch zu betätigen, ist ein Ergebnis der engen Zusammenarbeit von rechten Gewerkschaftsführern mit den imperialistischen Besatzungsmächten und den deutschen Monopolen, um der westdeutschen Arbeiterklasse einen Maulkorb anzulegen und jede politische Aktion zu verhindern.

Die Ursache für die damaligen Angriffe der opportunistischen Kräfte gegen die KPD lag darin, daß der Einfluß der KPD in den Betrieben und in den im Aufbau befindlichen Gewerkschaften schnell wuchs. Die Kommunisten erwiesen sich als die besten Vertreter der Interessen der Arbeiter. Die Partei war erfolgreich bestrebt, den Geist der Aktionsgemeinschaft auch in die Gewerkschaften und die Betriebe hineinzutragen, denn nur durch das einheitliche Auftreten aller Arbeiter wurde ein völliger Sieg über die reaktionären Kräfte garantiert.

Kröpelin wurde von den Vertretern der KPD energisch zurückgewiesen. Sie erklärten, nicht zu dulden, daß den Betriebsbelegschaften verboten wird, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen. Auch Roßhaupter äußerte, daß eine völlige Ausschaltung der Politik aus den Gewerkschaften und Betrieben nicht möglich sei. In dem Flugblatt mit dem Sofortprogramm der KPD Münchens, dessen Veröffentlichung in den Betrieben

¹⁵ Ebenda, S. 31.

Kröpelin als „untragbar“ bezeichnete, hieß es ausdrücklich, daß „die Kommunisten in engster Zusammenarbeit mit der SPD und allen ehrlichen bürgerlichen Antifaschisten sich die Aufgabe stellen, den Weg aus der Katastrophe, in die Hitler geführt hat, zu bahnen“¹⁶. Das entsprach völlig den Beschlüssen der Aktionsgemeinschaft. Die KPD hat sich stets ehrlich an die Abmachungen der Aktionsgemeinschaft gehalten und nach diesen Prinzipien gehandelt.

Auch von der Mehrheit der in der Aktionsgemeinschaft vertretenen Sozialdemokraten wurde eine ehrliche Zusammenarbeit angestrebt und betrieben. In richtiger Erkenntnis der Lehren der Geschichte stellte z. B. der damalige Vorsitzende der SPD von München, Christian Roith, in der Sitzung am 6. November 1945 fest, daß die von den Opportunisten verschuldete Spaltung der Arbeiterklasse eine der Ursachen dafür war, daß die faschistische Diktatur errichtet werden konnte.¹⁷

Auch Roßhaupter hat damals sehr dazu beigetragen, ein Vertrauensverhältnis zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten zu schaffen. Das wurde von den Vertretern der KPD ausdrücklich festgestellt.¹⁸ Roßhaupter, den die Faschisten zweimal für längere Zeit in ein Konzentrationslager warfen, hatte am eigenen Leibe erfahren, was Uneinigkeit für die Arbeiterklasse bedeutet, und daraus zunächst die richtigen Schlußfolgerungen gezogen. Er hat damals in der Aktionsgemeinschaft eine im wesentlichen positive Rolle gespielt.

Anders Hoegner. Er zog sich mit seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten am 22. Oktober 1945 aus der Aktionsgemeinschaft zurück. Für ihn war die Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereits damals „belastend“. Mehr und mehr verließ er den Weg der gemeinsamen antifaschistischen Zusammenarbeit und der Einheit der Arbeiterbewegung und begann eine verhängnisvolle Koalitionspolitik mit den reaktionären Kräften der CDU.

Als die KPD verstärkt auf die Legalisierung der Aktionsgemeinschaft drängte, gab es in der SPD Münchens Bestrebungen, diese Entscheidung weiter hinauszuzögern. Auch hierbei ist besonders Hoegner zu nennen. In einer Kundgebung der SPD am 25. November 1945 versuchte er unter Hinweis auf ein Schriftstück „Strategie und Taktik“ zu beweisen, daß die KPD die Absicht hätte, die SPD „aus dem Felde zu schlagen“. Dieses Schriftstück war ein provokatorisches Machwerk von Gegnern der Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD. Später suchte sich Hoegner dazu zu rechtfertigen, daß er sich erst hinterher davon überzeugen konnte, daß dieses Material nicht von den Kommunisten stamme. Aber das war ein allzu durchsichtiges Manöver. Schon damals wurde sichtbar, daß die Schumacher-Clique auch in der bayrischen Sozialdemokratie Fuß faßte und auch bereits einen bestimmten Einfluß ausübte.

¹⁶ Ebenda, S. 33.

¹⁷ Vgl. ebenda, S. 34.

¹⁸ Vgl. ebenda.

In diesem Zusammenhang sei auf die 1959 im Isar-Verlag, München, erschienenen Memoiren Wilhelm Hoegners „Der schwierige Außenseiter“ verwiesen. Es ist sehr bezeichnend, daß sich in diesem 340 Seiten umfassenden Buch *kein* Wort über die Münchener Aktionsgemeinschaft findet, obwohl doch Hoegner selbst eine ganze Zeit dieser Aktionsgemeinschaft angehörte und das Dokument mitunterzeichnete. Der Leser wird zwar über die gute Zusammenarbeit mit den Amerikanern informiert, aber über seine Tätigkeit in der Aktionsgemeinschaft und über den gemeinsamen aktiven Kampf von Kommunisten und Sozialdemokraten schweigt sich Hoegner aus. Statt dessen bemüht er sich an verschiedenen Stellen des Buches, die aktive Mitarbeit der KPD zu verunglimpfen. Offensichtlich ist es ihm heute peinlich, damals für die Zusammenarbeit der SPD mit der KPD eingetreten zu sein. Aber in der damaligen Zeit waren Hoegner u. a. noch gezwungen, nach außenhin für eine solche Zusammenarbeit einzutreten und den Aufruf zu unterschreiben, da sie sonst befürchten mußten, jeglichen Einfluß auf die nach Aktionseinheit strebende Mitgliedschaft der SPD zu verlieren.

Am Beispiel Hoegner zeigt sich sehr anschaulich der Weg, den die rechten SPD-Führer nach 1945 gegangen sind. Sie haben sich von Anfang an auf die Wiedererrichtung eines imperialistischen Deutschlands und auf die imperialistischen Besatzungsmächte orientiert, statt eine eigene, selbständige deutsche Politik zu betreiben, die den Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen Nation entsprochen hätte. Durch ihre Politik der „Westorientierung“, des zügellosen Antikommunismus und der Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse haben sie große Teile der Arbeiterklasse desorientiert, das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus und schließlich die Errichtung des militaristisch-klerikalen Obrigkeitsstaates in Westdeutschland begünstigt.

Trotz der Bestrebungen rechter Kräfte in der Münchener SPD wurden in der Folgezeit unter dem Druck der nach Aktionseinheit strebenden Arbeiter in den Betrieben weitere positive Ergebnisse in der Zusammenarbeit von KPD und SPD erzielt. Besonders die Bildung der bayrischen Regierung wurde wesentlich durch die Aktionsgemeinschaft beeinflusst, obwohl diese noch nicht legal war und daher auch nicht offiziell in Erscheinung treten konnte. Durch das gemeinsame Auftreten von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Aktionsgemeinschaft wurde erreicht, daß wichtige Funktionen in den Verwaltungen und in der Landesregierung von Vertretern der beiden Arbeiterparteien besetzt werden konnten.

Am 22. Oktober 1945 gab die amerikanische Militärregierung die endgültige Zusammensetzung der Regierung nach der Amtsenthebung Dr. Schäffers bekannt. Ministerpräsident und gleichzeitig Justizminister wurde Dr. Wilhelm Hoegner. Außerdem erhielt die SPD das Innenministerium (Josef Seifried), das Ministerium für Unterricht und Kultur (Dr. Franz Fendt) und das Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt (Albert Roßhaupter). Die KPD war in diesem Kabinett vertreten durch Ludwig Ficker als Staatssekretär im Innenministerium und besetzte das Ministerium für

Sonderaufgaben (Entnazifizierung). Außerdem waren Richard Scheringer als Staatssekretär für das Landwirtschaftsministerium und Alfred Kroth als Staatssekretär für das Wirtschaftsministerium vorgeschlagen. Beide wurden von der amerikanischen Militärbehörde in Bayern mit der „Begründung“, sie seien „ehemalige Nationalsozialisten“, abgelehnt. Gegen diese Diffamierung zweier aufrechter Antifaschisten, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben eingesetzt hatten, erhob die KPD in München in einer Erklärung vom 20. Oktober 1945 energisch Protest.¹⁸

In den Sitzungen der Aktionsgemeinschaft war die KPD immer wieder nachdrücklich dafür eingetreten, daß eine Neubildung der Regierung erst nach der Legalisierung der politischen Parteien erfolgen sollte, auf keinen Fall vorher. Die Vertreter der KPD betonten, daß über die politische Zusammensetzung der Regierung in erster Linie die Parteien, nicht einzelne Personen entscheiden müssen. Deshalb erhoben auch die Kommunisten in den Beratungen der Aktionsgemeinschaft ständig die Forderung nach der Zulassung politischer Parteien.

Die Vertreter der KPD unterbreiteten in der Aktionsgemeinschaft auch einen Vorschlag des Sekretariats der KPD über eine eventuelle Zusammensetzung der Regierung als Grundlage für eine spätere Diskussion. Die SPD-Vertreter erklärten jedoch, daß sie die Situation für noch nicht gegeben erachten, um dazu schon konkret Stellung zu nehmen. Man einigte sich darüber, daß sich keine Partei vor der Legalisierung an der Regierung beteiligen würde. Hoegner hielt sich jedoch nicht an diese Abmachung und nahm seine Berufung als Ministerpräsident an. Daraufhin drückten die Genossen der KPD in einer Stellungnahme vom 3. Oktober 1945 „Zur Frage der Regierungsbildung“ ihr Bedauern aus, daß durch die überraschende Ernennung Hoegners zum Ministerpräsidenten und durch die diskussionslose Annahme dieser Ernennung eine für die Arbeiterparteien komplizierte Situation geschaffen wurde. „Wir waren und sind der Meinung“, heißt es in der Erklärung, „daß die Grundlage einer wirklichen bayerischen Regierung, die eine Garantie für die demokratische Aufbauarbeit darstellen soll, die Bildung eines Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien hätte sein müssen ... Eine Regierungsbildung durch Persönlichkeiten, die sich außer der Militärregierung niemand anderem gegenüber verpflichtet fühlen, muß die KPD aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen.“¹⁹

Trotzdem erklärte sich die Kommunistische Partei bereit, die Regierungszusammensetzung und die Regierungserklärung mit zu beraten und mit auszuarbeiten.

In der Sitzung der Aktionsgemeinschaft vom 18. Dezember 1945 wurde auf Initiative der Vertreter der KPD die Legalisierung der Aktionsgemeinschaft wieder behandelt. Es wurde ein erneuter Antrag auf Zulassung der

¹⁸ Vgl. IML, Archiv, Nr. 45/02/975.

¹⁹ IML, Archiv, Nr. 45/02/975.

Aktionsgemeinschaft bei der Militärregierung gestellt und eine entsprechende Mitteilung an Presse und Rundfunk gegeben.²⁰

In der Sitzung vom 18. Dezember 1945 wurde jedoch noch deutlicher, daß bestimmte Funktionäre der SPD nicht an einer weiteren Zusammenarbeit mit der KPD interessiert waren. Mit Verdächtigungen und Verleumdungen gegenüber der KPD versuchten sie die Aktionsgemeinschaft zu sprengen. Entgegen früheren Vereinbarungen veröffentlichte das Parteisekretariat der Münchener SPD in der Presse eine Meldung, in der es u. a. hieß: „Das Abkommen vom 8. August 1945 ist nicht zwischen den Parteien abgeschlossen, die damals noch gar nicht bestanden haben, sondern es ist von Einzelpersonen unterzeichnet. Die Parteien hatten bisher noch keine Möglichkeit, zu dieser Vereinbarung vom 8. August offiziell Stellung zu nehmen.“²¹

Diese Behauptungen widersprachen in jeder Beziehung den vorangegangenen Festlegungen, wie sie auch in den Protokollen der Aktionsgemeinschaft niedergelegt sind. Die Unterzeichner des Abkommens waren durchaus keine „Einzelpersonen“, sondern Repräsentanten ihrer Parteien und verantwortliche Genossen der bayerischen Arbeiterbewegung. Ausdrücklich wurde in dem Abkommen vom 8. August festgestellt: „Die Arbeiterparteien sind sich ... einig in dem Willen, die gegenwärtig notwendigen Schritte gemeinsam zu gehen ...“²²

Das Sekretariat der Kommunistischen Partei in München brachte dazu in einer Erklärung vom 10. Januar 1946 zum Ausdruck, daß die Vertreter der KPD, die das Dokument vom 8. August unterzeichneten, im Auftrag der gesamten Leitung der KPD Münchens gehandelt haben und durchaus nicht als Einzelpersonen. Es wurde weiter festgestellt, daß der Drang nach engster Zusammenarbeit beider Parteien innerhalb der sozialdemokratischen Anhänger nicht weniger stark war als bei den Anhängern der Kommunistischen Partei. Wörtlich heißt es dann: „Die Kommunisten werden unbeirrt weiterkämpfen für die Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse und für die Sicherung des Sieges über die nationalistischen Erbfeinde des Fortschritts und der Einheit.“²³

In diesem Sinne handelte auch die KPD. Am 15. Januar 1946 suchte ein Genosse den Bürgermeister Wimmer (SPD) auf, um mit ihm über die Frage der Fortsetzung der Aktionsgemeinschaft zu sprechen. Wimmer trat zwar in Worten für eine weitere Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD ein, aber „jetzt im Moment, während des Wahlkampfes“, wäre eine Besprechung in der Aktionsgemeinschaft nicht möglich (!). Aber gerade während des Wahlkampfes war ein einheitliches Auftreten der beiden Arbeiterparteien notwendig, um den reaktionären Kräften entschlossen entgegentreten zu können. Ursprünglich war auch vereinbart worden, sich in der Sit-

²⁰ Süddeutsche Zeitung, 1. Januar 1946.

²¹ Süddeutsche Zeitung, 8. Januar 1946.

²² Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD/KPD in München, S. 14.

²³ Ebenda, S. 51.

zung vom 3. Januar 1946 mit der Herausgabe eines gemeinsamen Wahlauf-rufs und mit der Zusammenarbeit bei der Wahlvorbereitung zu beschäf-tigen. Diese Sitzung hat jedoch nicht mehr stattgefunden.

Da durch dieses Verhalten der Einheitsgegner in der SPD-Führung die Arbeiterparteien während des Wahlkampfes nicht einheitlich auftraten, wurden sehr viele schwankende und desorientierte Menschen reaktionäre Elementen in die Arme getrieben. Erst zehn Tage vor den Wahlen war die KPD auf Landesebene in Bayern zugelassen worden. In dieser kurzen Zeit konnten kommunistische Wahllisten kaum aufgestellt werden. Vorsätzlich wurde die KPD bei der Wahl von den amerikanischen Behörden behindert. Die beiden Arbeiterparteien erhielten zusammen nur 19 Prozent der Stim-men. Dafür gaben 35 Prozent der Wähler ihre Stimme Splitterparteien. Die reaktionären bürgerlichen Kräfte errangen die Mehrheit.

Wenn man die Entwicklung der Aktionsgemeinschaft SPD/KPD in Mün-chen überblickt, so muß man trotz der relativ kurzen Zeit ihres Bestehens — von Juni 1945 bis Januar 1946 — die große Bedeutung dieser Aktions-gemeinschaft hervorheben. Ohne die Selbständigkeit der Parteien zu beein-trächtigen, war die Münchener Aktionsgemeinschaft ein Einheitsfront-organ von weittragender Bedeutung. Sowohl die kommunistischen als auch die Mehrheit der sozialdemokratischen Genossen in München anerkannten die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Arbeiterparteien und bekann-ten sich zur Aktionsgemeinschaft. Es handelte sich dabei nicht um die organisatorische Vereinigung der beiden Parteien, sondern um Fragen des gemeinsamen Auftretens und der engen Zusammenarbeit als Vorausset-zung für die Einigung der Arbeiterklasse. Die Protokolle der Aktions-gemeinschaft und besonders die Vereinbarung vom 8. August 1945 sind historisch bedeutsame Dokumente für den gemeinsamen Kampf der deut-schen Arbeiterklasse und ein sichtbarer Beweis dafür, daß auch in West-deutschland nach 1945 Sozialdemokraten und Kommunisten bestrebt waren, mit der verhängnisvollen Spaltung Schluß zu machen und einem neuen Weg zu beschreiten.

Die vorliegenden Protokolle der Aktionsgemeinschaft beweisen eindeu-tig, daß die verantwortlichen Genossen der KPD von Anfang an alles getan haben, um eine Atmosphäre kameradschaftlichen Zusammenwirkens zu schaffen. Erst als von außen her Auffassungen und Forderungen in die Verhandlungen getragen wurden, die nicht der Sache der Arbeiterbewe-gung und ihres einheitlichen Handelns dienten, wurde die positive Zusam-menarbeit der beiden Arbeiterparteien gestört und das politische Kräfte-verhältnis zugunsten der Reaktion verlagert.

Wenn man die Ursachen untersucht, die zur Beendigung der Münchener Aktionsgemeinschaft und zu verstärkten Angriffen gegen die KPD geführt haben, so dürfte es wohl kaum einen Zweifel geben, daß die Schumacher Clique in Hannover und solche Führer der bayerischen Sozialdemokraten wie Hoegner dafür die Verantwortung tragen. Man kann es nicht als Zu-fall ansehen, daß zur selben Zeit, als Schumacher mit Hilfe der imperia-listischen Besatzungsmächte die Führung der SPD in den Westzonen an-

sich riß und in Wennigsen bei Hannover Anfang Oktober 1945 eine separate Konferenz der Sozialdemokraten Westdeutschlands abhielt, die Kräfte in der Münchener SPD und auch in der Aktionsgemeinschaft auf den Plan traten, die gegen jegliche Zusammenarbeit mit der KPD waren und Gründe suchten, die Aktionsgemeinschaft schon damals zu beenden. In Wennigsen lehnte Schumacher eine Aktionseinheit mit den Kommunisten ebenso ab wie eine Verständigung mit dem Zentralausschuß der SPD, dessen Vorsitzender Otto Grotewohl war. Die Verantwortung Schumachers für die Spaltung der Arbeiterklasse wird noch deutlicher, wenn man in Betracht zieht, daß der Zentralausschuß der SPD, mit Otto Grotewohl an der Spitze, bereits am 17. Juni 1945 auf der ersten großen Konferenz der SPD in Berlin einstimmig von Vertretern aller Bezirke, einschließlich der westlichen Zonen, bestätigt wurde. Der Zentralausschuß stützte sich auf das Vertrauen aller Parteiorganisationen und wurde von den Bezirksparteitagen als die beauftragte Führung der Partei anerkannt.

Bezeichnend für die Rolle der rechten SPD-Führer bei der Verhinderung der Einheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland ist auch die Entschließung der SPD-Konferenz von Frankfurt (Main) vom 6. Januar 1946. Darin wird jede Zusammenarbeit oder Einheit mit der KPD abgelehnt und eine offene Verzichtserklärung auf alle Einheitsbestrebungen der Arbeiterklasse abgegeben. Mit der Feststellung, daß „die Parteien der westlichen Zonen . . . vom politischen Beauftragten dieser Zonen in Hannover geführt“ werden, wurde die eigene Partei gespalten.

Man muß darauf verweisen, daß zu dieser Zeit im Osten Deutschlands die Einheitsbewegung ihrem Höhepunkt zustrebte. Mit der Sechzigerkonferenz im Dezember 1945 hatte eine neue Phase im Kampf um die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien begonnen. Das war mit ein wesentlicher Grund für die verstärkte Aktivität der rechten Kräfte in der westdeutschen Sozialdemokratie, um eine ähnliche Entwicklung in ihren Zonen zu verhindern. Die Leute um Schumacher und Hoegner, unterstützt von den imperialistischen Besatzungsmächten, taten alles, um die große Bereitschaft der sozialdemokratischen Genossen zur Vereinigung mit ganzer Kraft zu unterdrücken. Demagogisch erklärte z. B. Schumacher, nur ein Reichsparteitag könne die Vereinigung beschließen. Da aber kein Reich da sei, könne ein solcher Parteitag nicht stattfinden.

Des weiteren wurde eine ganze Reihe gemeinsamer Vereinbarungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten mit dem Hinweis auf die Frankfurter Entschließung vom 6. Januar 1946 von sozialdemokratischer Seite wieder gelöst bzw. nicht eingehalten. Die SPD-Führung in Hannover bedrohte alle jene SPD-Mitglieder mit Ausschluß, die weiter für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten eintraten.

Was Schumacher und seine Anhänger bezweckten, war offensichtlich: Sie wollten verhindern, daß mit der Einheit der Arbeiterklasse die Kraft entstand, die die Imperialisten und Militaristen endgültig überwand und allein in der Lage war, einen wahrhaft demokratischen deutschen Staat aufzubauen. Schumacher wurde zum Bannerträger der Bewegung gegen

die Vereinigung von KPD und SPD in Westdeutschland. Unter Ausnutzung gefühlsmäßiger Stimmungen und mit offener Verleumdung gelang es ihm und seiner Clique, große Teile der Sozialdemokraten Westdeutschlands irrezuführen und die sich anbahnende Einheit zu verhindern und die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Mit dieser Politik, mit ihrer Mitwirkung bei der Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus und Militarismus, mit ihrer Stellungnahme gegen die antifaschistisch-demokratische Volksbewegung arbeiteten die rechten Führer der SPD zugleich aktiv mit an der nationalen Spaltung Deutschlands.

Es gelang den rechten Führern jedoch nicht, die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich in zahlreichen Betrieben, Orten und Bezirken Westdeutschlands entwickelte, völlig zu verhindern. Das zeigt sehr anschaulich das Beispiel der Münchener Aktionsgemeinschaft. Wenn auch die rechten Kräfte der SPD diese Aktionsgemeinschaft schließlich sprengen konnten, so bleibt doch als wichtiges Ergebnis bestehen, daß die Bereitschaft und der Wille zum gemeinsamen Vorgehen auch in der SPD nicht zu unterdrücken war. Es zeigte sich, daß es keine Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Arbeitern gab, wenn es um Arbeiterinteressen ging. Die ersten Aussprachen und Aktionen wurden in brüderlichem Geist geführt und trugen dazu bei, die richtigen Lehren der Geschichte zu erkennen. Die Worte Walter Ulbrichts, „Sozialdemokraten nicht minder als Kommunisten kämpften auch in Westdeutschland für die Überwindung des Bruderzwistes in der Arbeiterklasse und strebten zur Einheit“²⁴, treffen auch voll und ganz auf München zu.

Besonders muß man dabei den unermüdlichen Kampf der Kommunisten um die Aktionseinheit und den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien hervorheben. Ihrer Initiative und Einsatzbereitschaft ist es zu danken, daß sich nicht nur in München, sondern in vielen Orten Bayerns Aktionsausschüsse und Komitees der SPD und KPD bildeten. Noch vor der Zulassung der Parteien wandte sich z. B. die KPD von Nürnberg mit einem Brief an die Nürnberger SPD (16. Oktober 1945), worin den sozialdemokratischen Genossen die Bruderhand geboten und der gemeinsame Kampf vorgeschlagen wurde: „Es gibt selbst bei Anerkennung noch vorhandener Differenzen so viel Gemeinsames, daß bei einigermaßen gutem Willen beiderseits die Plattform für unseren gemeinsamen Kampf gefunden werden kann . . . Wir schlagen deshalb vor, auf der Grundlage des Aktionsprogramms des SPD und KPD in München eine Aussprache durchzuführen und dabei die besonders in Nürnberg stehenden Fragen zu behandeln. Wir würden dabei dem Beispiel vieler anderer Städte folgen und freudiges Echo finden in der gesamten Arbeiterbewegung.“²⁵

In dem Maße, wie das Beispiel von München in anderen Teilen Bayerns und Süddeutschlands bekannt wurde, entwickelte sich von unten her die

²⁴ Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I/1, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 176.

²⁵ IML, Archiv, Nr. 45/02/975.

Zusammenarbeit beider Arbeiterparteien. Dabei konnten auf örtlicher Ebene viele Aufgaben im Interesse der Werktätigen gelöst werden. Vor allem in den Betrieben schritt die Einheitsbewegung schnell voran. Die Genossen der KPD konnten schon am 18. Dezember 1945 in der Sitzung der Münchener Aktionsgemeinschaft feststellen: „Die Betriebe verlangen stürmisch die Einheit.“²⁶ Diese Bewegung in den Münchener Betrieben und in anderen Städten Bayerns für die Einheit der Arbeiterklasse war ein wichtiger Grund dafür, daß trotz der Störmanöver seitens bestimmter Kräfte in der Münchener SPD die Verhandlungen in der Aktionsgemeinschaft weitergeführt werden konnten. In vielen wichtigen Betrieben von München und auch in anderen Städten Bayerns bekannten sich die Belegschaften nachdrücklich zu einheitlichen Aktionen und zur Einheit der Arbeiterklasse. So sahen z. B. die Vertrauensleute der Gewerkschaft der Eisenbahner des RAW Neuaubing, die etwa 1600 Mitglieder vertraten, „in einer Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien, der Sozialdemokratischen wie der Kommunistischen Partei, die einzige Lösung, die schon lange erwünschte Einheitsfront aller Schaffenden herbeizuführen. Wir wünschen, daß auf der Basis der heute schon bestehenden Aktionsgemeinschaft dieser beiden Parteien die Vereinigung zustande kommt.“²⁷ Diese Resolution wurde in einer Vertrauensmännerversammlung, die sich überwiegend aus Sozialdemokraten zusammensetzte, und im Beisein der sechs Betriebsobleute am 16. Januar 1946 einstimmig angenommen.

Im folgenden veröffentlichen wir einige weitere Dokumente, die den Drang und den Willen der bayerischen, besonders der Münchener Arbeiter nach Einheit beweisen.

„Forderung der Arbeiter- und Angestelltenschaft auf Schaffung einer Einheitsfront von KPD und SPD.

Der Wiederaufbau des von dem verbrecherischen Naziregime nach seinem Zusammenbruch im gesamten Deutschland hinterlassenen Trümmerfeldes bedarf der Mitarbeit sämtlicher aufbauwilliger Kräfte unseres Landes. Die Durchführung dieser schwierigen Aufgabe darf von keinerlei parteipolitischem Zwist behindert werden. Die Vereinigung der beiden größten Arbeiterparteien, der SPD und KPD, erachten wir daher als vordringlichstes Problem, und nur auf dieser Basis können die auftretenden Schwierigkeiten gemeinsam gemeistert werden.

Wir ersuchen dringend, diese Forderung einer positiven Entscheidung zuzuführen.

München, 26. Januar 1946

Der Betriebsrat der Firma Lenz & Co., Südd. Bauges. m. b. H.

Es folgen die Unterschriften des Betriebsrates und weitere 87 Unterschriften.“²⁸

²⁶ Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD/KPD in München, S. 47.

²⁷ Das neue Wort (Stuttgart), 1946, Heft 4, S. 23.

²⁸ Bayerische Volksstimme, März 1946.

„Die Belegschaft der Firma ‚EISO‘ Schrauben GmbH sieht in der Vereinigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien, der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei, die einzige Möglichkeit, eine schon lang erstrebte Einheitsfront herbeizuführen.

Wir wünschen, daß diese Vereinigung bald zustande kommt.

Der Betriebsrat der Fa. ‚EISO‘ Schrauben GmbH, München-Sölln.

Es folgen 30 Unterschriften.“²⁹

„Wir Arbeiter und Angestellten der Firma F. Bruckmann e. G., Lothstraße 1, sehen in der Vereinigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien, der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei, die einzige Lösung, die schon lange erwünschte Einheitsfront aller Schaffenden herbeizuführen. Wir wünschen, daß auf der Basis der heute schon bestehenden Aktionsgemeinschaft dieser beiden Parteien diese Vereinigung bald zustande kommen wird.

Firma F. Bruckmann, Lothstraße.

Es folgen 62 Unterschriften.“³⁰

„Die Belegschaft der Firma Waggonfabrik Rathgeber, München-Mossbach, bekundete in einer Betriebsversammlung den Willen zu einer Einigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien. Sie sieht in dieser Einigung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei den ersten Schritt zum Wiederaufbau Deutschlands. Nur eine einigte Arbeiterschaft ist imstande, die Wiederholung einer faschistischen Diktatur zu verhindern.

Der Betriebsrat der Firma Waggonfabrik Jos. Rathgeber AG,

München-Mossbach.“³¹

„Wir Arbeiter und Angestellten der Firma Siemens und Halske AG, München, Hofmannstr. 51, schließen uns der bereits abgegangenen Resolution des Betriebsrates und der Vertrauensleute an und fordern von der Führung der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei, alles nur Mögliche zu tun, um die Einheitsfront der beiden großen sozialistischen Arbeiterparteien herbeizuführen.

Betriebsrat Siemens und Halske AG, Werk München.

Für die Belegschaft: Es folgen 585 Unterschriften.“³²

„Die Belegschaft der Firma Kraus-Maffei AG, München-Allach, bekundet durch nachfolgende Unterschriften den Willen zu einer Einigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien. Sie erblickt in dieser Einigung die beste Gewähr für eine endgültige Beseitigung von nazistischen Einflüssen.

Der Betriebsrat der Firma Kraus-Maffei AG, München-Allach.

Für die Belegschaft: Es folgen 506 Unterschriften.“³³

²⁹ Bayrische Volksstimme, 1. Februar 1946.

³⁰ Ebenda.

³¹ Deutsche Volkszeitung (Berlin), 22. Februar 1946.

³² Ebenda.

³³ Ebenda.

„Die Betriebsobleute der Reichspostdirektion München fordern die Vereinigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien, die längst ersehnte Einheitsfront: die Aktionsgemeinschaft der SPD und KPD.

Es folgen die Unterschriften von 55 Betriebsobleuten der Reichspost.“³⁴

„Die Belegschaft der Telefunkengesellschaft, Abteilung Apparatebau, Dachau, nahm in einer Belegschaftsversammlung zu der Frage der Einheit der Arbeiterklasse Stellung und faßte eine Resolution, in welcher es heißt: ‚Die beiden Arbeiterparteien sollen ihre ganze Fähigkeit und Kraft für eine fortschrittliche Entwicklung einsetzen. Hand in Hand wollen wir für eine glückliche Zukunft und für die Erhaltung der Einheit der Nation eintreten. Deshalb erachten wir es als vordringlichstes Problem, die beiden Arbeiterparteien zu einer Vereinigung zu bringen.‘“³⁵

„Die Belegschaft der Firma Schirsner & Westermeier, München 25, Badenweiler Straße 47, sieht in einer geeinigten Arbeiterschaft die beste Aussicht für das Gelingen des Wiederaufbaus unserer Heimat. Wir würden es daher freudig begrüßen, wenn die Zusammenfassung der SPD und KPD bald zustande kommen würde.

Der Betriebsratsvorsitzende: Thomas

Der Betriebsrat: Fischbacher und weitere 17 Unterschriften.“³⁶

„Die Arbeiter und Angestellten der Fa. Süddeutsche Kalk-Stickstoffwerke AG, Hart a. d. Alz, wünschen, daß auf der Basis der heute schon bestehenden Aktionsgemeinschaft die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien bald zustande kommt.

Der Betriebsrat: Pöschl und Enzinger

Weitere 234 Unterschriften.“³⁷

„Die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Bahnbetriebswerkes Oberstdorf sehen in der Vereinigung der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei die erwünschte Einheitsfront aller Schaffenden.

Der Betriebsrat: Glaser und weitere 27 Unterschriften.“³⁸

„Auch die Belegschaft der MAN, Abteilung Lastwagenreparatur in Nürnberg, bekundete in einer Betriebsversammlung den Willen zur Einigung beider Arbeiterparteien: ‚Sie sieht in der Einigung der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei die Voraussetzung, die den Wiederaufbau Deutschlands gewährleistet. Die einzige Arbeiterklasse ist imstande, alle reaktionären, militaristischen und faschistischen Bestrebungen, die den fortschrittlichen Aufbau hemmen, zunichte zu machen. Wir wollen, daß Bayern teilnimmt an einer demokratischen Entwicklung Deutschlands und nicht wieder ein Herd der Reaktion wird.‘

Nürnberg, den 4. April 1946.

Es folgen Unterschriften.“³⁹

³⁴ Ebenda.

³⁵ Deutsche Volkszeitung, 13. April 1946.

³⁶ Deutsche Volkszeitung, 17. April 1946.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Deutsche Volkszeitung, 13. April 1946.

Diese Dokumente beweisen eindeutig, daß auch in Westdeutschland der Wille und die Bereitschaft für die Einheit der Arbeiterklasse vorhanden war. Wenn auch die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland nicht verwirklicht werden konnte, so ist es doch das unbestreitbare Verdienst der KPD, daß der Gedanke der Einheit der Arbeiterklasse nicht unterging, sondern sich bis heute in der westdeutschen Arbeiterschaft erhalten hat.

Die KPD hat ständig zur Aktionseinheit aufgerufen und den sozialdemokratischen Genossen in ehrlichem Bemühen die Bruderhand gereicht. Diese klare Linie kennzeichnet den Kampf der KPD um die Aktionseinheit bis auf den heutigen Tag. Im Beschluß der Delegiertenkonferenz der KPD vom Februar 1960 wird noch einmal eindeutig erklärt: „Für die Kommunisten ist die Aktionseinheit und der Zusammenschluß aller friedlichen, demokratischen Kräfte kein Manöver, sondern ein unabänderlicher Bestandteil ihrer Politik.“⁴⁰

Heute ist die Herstellung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse dringender denn je. Da durch die verräterische Politik der rechten SPD-Führer die Einheit der Arbeiterklasse nach 1945 in Westdeutschland nicht zustande kam, wurde es den Monopolisten und Militaristen erneut ermöglicht, ihre antinationale und volksfeindliche Herrschaft zu errichten. Das Leben und die Zukunft unseres Volkes erfordern gebieterisch vereinte Anstrengungen der ganzen Arbeiterklasse und aller patriotischen Kräfte, um die Atomkriegspläne der Bonner Machthaber zu vereiteln und den deutschen Imperialismus und Militarismus zu überwinden. Den Weg dazu weist der Deutschlandplan des Volkes. Er ist die reale Grundlage für die Verständigung der deutschen Arbeiter, der Wegweiser für die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes, das Kampfprogramm für die Bändigung des deutschen Militarismus und die Sicherung des Friedens.

⁴⁰ Die Lage in der Bundesrepublik und der Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand. In: Einheit, 1960, Heft 4, Beilage, S. 20.

Bemerkenswerte Eingeständnisse

Wie die rechten SPD-Führer die Einheit der Arbeiterklasse bekämpften

In der Zeitschrift „Die neue Gesellschaft“ erschien in Heft 6/1960 unter dem Titel „Entscheidung in Wennigsen: Die Wiedergründung der SPD 1945 und die ‚Einheit der Arbeiterklasse‘“ ein Artikel von Albrecht Kaden. „Die neue Gesellschaft“ ist das Sprachrohr führender rechter SPD-Politiker. Zu ihren Herausgebern gehören die Wegbereiter der Kapitulation von Bad Godesberg und des Verrates vom 30. Juni 1960, Wehner, Erler, Knoeringen, Deist und Schmid. Kaden, der Autor dieses Artikels, in dem die Meinung der rechten sozialdemokratischen Führer zum Ausdruck gebracht wird, war Assistent des Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bonner Bundestag, Fritz Erler. Kadens Artikel verdient unsere Aufmerksamkeit nicht wegen seines wissenschaftlichen Wertes, sondern weil in ihm weitaus offener, als das bisher der Fall war, die Verantwortung der rechten SPD-Führer für die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse in den Westzonen und die daraus erwachsenen Folgen eingestanden werden.

In seinem Artikel bestätigt Kaden folgendes: 1. In den Jahren 1945/46 waren auch in Westdeutschland starke Einheitsbestrebungen in der Arbeiterklasse vorhanden. 2. Die rechten SPD-Führer nahmen 1945 ihre Tätigkeit mit der festen Absicht auf, die Einheit der Arbeiterklasse unbedingt zu verhindern. 3. Sie schreckten nicht davor zurück, zu diesem Zwecke die Sozialdemokraten der Westzonen aus der einheitlichen Sozialdemokratischen Partei herauszulösen. 4. Die Spaltung der SPD nach Besatzungszonen und die Verhinderung der Einheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland waren der Ausgangspunkt und die Voraussetzung, um die SPD auf den Weg nach Bad Godesberg, auf den Weg der offenen Kapitulation vor dem deutschen Imperialismus und Militarismus zu führen.

Bisher versuchte die sozialdemokratische Geschichtsschreibung meist, die Dinge so darzustellen, als ob die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse an der Haltung der Kommunisten gescheitert sei und daß sie nur in Ostdeutschland durch Zwang herbeigeführt werden konnte. Wir haben uns kürzlich in einem Artikel ausführlich mit dieser Geschichtslüge auseinandergesetzt.¹ Kaden kann natürlich auf diese Verleumdungen ebenfalls

¹ Vgl. Günter Benser: Klarheit über die Entstehung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der

nicht ganz verzichten, aber bei ihm treten andere Fragen in den Vordergrund. Im Bestreben, die Zuverlässigkeit der rechten sozialdemokratischen Führer als Vorkämpfer der NATO-Politik zu beweisen, rühmt er ihre Verdienste im Kampf gegen das Einheitsdrängen der Arbeiter, ihre raffinierte Taktik bei der Eindämmung der starken Einheitsbestrebungen in den Reihen der SPD.

Kadens arbeiterfeindliche Haltung kommt am augenfälligsten darin zum Ausdruck, daß es für ihn gar keine Arbeiterklasse gibt, sondern nur eine „soziologische Abstraktion ‚Arbeiterklasse‘“ (S. 488), die ohne realen Inhalt sei. Das heißt, er möchte das Drängen nach der *Einheit der Arbeiterklasse* dadurch aus der Welt schaffen, daß er einfach die *Existenz der Arbeiterklasse* leugnet. Aber an dem Versuch, die Klassen und den Klassenkampf mit einem Federstrich zu beseitigen, sind schon profiliertere Antimarxisten gescheitert als Herr Kaden.

Da es die rechten SPD-Führer übernommen haben, im Interesse der Monopolbourgeoisie die Arbeiterklasse aufzusplittern und die Klassengegensätze zu vertuschen, leugnen sie, daß die Arbeiter einheitliche, sich aus ihrer objektiven Lage und ihrer historischen Rolle ergebende Klasseninteressen haben. Doch das Leben bestätigt immer wieder, daß diese objektiven Klasseninteressen wirken und sich durchsetzen. Ohne ihr Vorhandensein wäre nämlich die auf einem Drittel unseres Erdballs errungene Einheit der Arbeiterklasse undenkbar. Ohne ihr Wirken wären auch die in den Ländern des kapitalistischen Weltsystems immer stärker in Erscheinung tretenden Einheitsaktionen der Arbeiterklasse nicht möglich. Auch in Westdeutschland äußert sich trotz der Barrieren, die von Imperialisten und von rechten SPD- und Gewerkschaftsführern errichtet wurden, das elementare Streben der Arbeiter nach der Einheit ihrer Klasse, greift die Erkenntnis um sich, daß nur im einheitlichen Handeln aller Arbeiter die Garantie für die Sicherung des Friedens und die demokratische Wiedergeburt Deutschlands liegt.

Den konkreten Bedingungen in Deutschland entsprechend hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei im „Deutschlandplan des Volkes“ die einheitlichen Klasseninteressen der Arbeiter in den fünf Gemeinsamkeiten der deutschen Arbeiterklasse formuliert. Diese Gemeinsamkeiten ergeben sich aus der historischen Mission der Arbeiterklasse aus ihrer Geschichte wie aus ihren heutigen Interessen und Aufgaben. In den großen Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen wie in den fast täglich stattfindenden Begegnungen zwischen Arbeitern beider deutscher Staaten kommt die Gemeinsamkeit der deutschen Arbeiterklasse, ihr Drang nach Aktionseinheit im Kampf gegen Militarismus und Imperialismus in wachsendem Maße zum Ausdruck.

Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse. Zu einigen Verfälschungen der Entstehungsgeschichte der SED. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Sonderheft, S. 150 ff.

Unsere Epoche ist die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Damit ist sie zugleich die Epoche, in der auf der ganzen Welt die Einheit der Arbeiterklasse hergestellt werden wird, denn ohne sie und den Kampf der Volksmassen, die sich um die einheitlich handelnde Arbeiterklasse scharen, ist der Sozialismus nicht zu verwirklichen. Der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse ist also eine Gesetzmäßigkeit, deren objektives Wirken die Praxis des Klassenkampfes bestätigt. Allerdings entsteht trotz ihrer objektiven Notwendigkeit die Einheit der Arbeiterklasse nicht spontan. Sie ist das Ergebnis des Kampfes der Werktätigen unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei, deren Praxis gerade darin besteht, den werktätigen Massen die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung bewußt zu machen und sie gegenüber allen hemmenden Kräften durchzusetzen.

Kaden liefert ja selbst Belege dafür, daß der Drang nach Einheit der Arbeiterklasse ein Wesenszug der Entwicklung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist, auch wenn er den objektiven Charakter dieser Tendenz bestreitet. Die Tatsachen sprechen aber für sich selbst. Kaden schreibt zum Beispiel über die Zeit der faschistischen Diktatur, „daß in Deutschland unter dem Druck der gemeinsamen Gefährdung zwischen manchen Sozialdemokraten und Kommunisten ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit erwachsen war. Die Schockwirkung der Niederlage von 1933 und die unmittelbare Bedrohung durch die Organe des totalitären Staates ließen bei ihnen für theoretische Betrachtungen wenig Raum. Das Verständnis für gegenseitige Vorwürfe gegen die Haltung der SPD oder der KPD in der Weimarer Zeit ging ihnen im gemeinsamen Widerstand allmählich verloren...“, so daß es bei vielen Sozialdemokraten 1945 gar kein Fragen gab, was nun zu tun sei. Es mußte die einheitliche Organisation der Arbeiterklasse aufgebaut werden – eine Organisation, die keine Richtungskämpfe mehr kannte, die über das Trennende der Vergangenheit die Gemeinsamkeit der zukünftigen Aufgabe stellte: die Einheitspartei aller Sozialisten als Bollwerk für die Demokratisierung“ (S. 485).

An anderer Stelle vermerkt Kaden: „Nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone, sondern auch in den Westzonen regte sich unter den sozialdemokratischen Funktionären der Wille, das Gegeneinander von Sozialdemokraten und Kommunisten, wie es sich vor 1933 entwickelt hatte, für die Zukunft auszuschließen... Versuche, zu einer organisatorischen Einigung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu kommen, sind aus Kiel, Hamburg, Bremen, Braunschweig, Wiesbaden, Ludwigsburg, Regensburg und München belegt, um nur die größeren Orte zu nennen“ (S. 486). Die Liste der von Kaden genannten Städte ließe sich mühelos erweitern.

Es ist das Verdienst des Berliner Zentralausschusses der SPD unter Führung von Otto Grotewohl, dem Willen all dieser sozialdemokratischen Mitglieder Rechnung getragen zu haben, als er sich im Juni 1945 bei der Wiedergründung der SPD sofort eindeutig für die Einheit der Arbeiterklasse aussprach.

Nachdem die imperialistische Bourgeoisie unser Volk in zwei verheerende Weltkriege gestürzt hatte, mußte die Arbeiterklasse die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus beseitigen, eine wahrhaft demokratische Ordnung errichten und danach zum Aufbau des Sozialismus übergehen. Das war nur möglich, wenn sie die Einheit in ihren eigenen Reihen verwirklichte und alle demokratischen Kräfte des Volkes einigte. Es galt als erstes, auf der Grundlage des Aufrufs der KPD vom 11. Juni 1945, dem auch der Zentrallausschuß der SPD zustimmte, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu schaffen. Im Kampf um die antifaschistisch-demokratische Umwälzung mußte der Opportunismus geschlagen und die Vereinigung der Arbeiterparteien vorbereitet werden.

Eine Gruppe rechter sozialdemokratischer Führer jedoch setzte sich das Ziel, nicht nur die Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern auch jede Form echter Zusammenarbeit beider Parteien mit allen Mitteln zu verhindern. Kaden zitiert aus einer Rede Ollenhauers aus dem Jahre 1942, nach der – wie Kaden schreibt – „jede Diskussion über eine Einigung zwischen SPD und KPD ausgeschlossen“ war (S. 484/485). Schumacher wandte sich Anfang Mai 1945 in Hannover in seiner ersten aus der Nachkriegszeit überlieferten Rede sofort gegen die Einheit der Arbeiterklasse. Im August 1945 schrieb Schumacher seine „Politischen Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu anderen politischen Faktoren“, in denen er sich erneut gegen die Einheit aussprach.

Die rechten Führer der SPD stemmten sich also der Einheitsbewegung von Anfang an *prinzipiell* entgegen. Wir unterstreichen das, weil später oft die Dinge so dargestellt wurden, als ob die Politik der KPD eine Einigung unmöglich gemacht habe. Das ist eine Erfindung. Das beweisen die historischen Fakten², und das beweist eben auch die von Herrn Kaden bestätigte Tatsache, daß für die rechten sozialdemokratischen Führer der Antikommunismus ein unumstößliches Axiom war. Noch ehe die KPD in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 ihre Ziele erklärt hatte, noch ehe der Versuch einer positiven Zusammenarbeit gemacht worden war, stand für die rechten Führer der SPD das Ziel fest: Verhinderung der Einheit der Arbeiterklasse um jeden Preis.

„Schumacher“, so heißt es bei Kaden, „glaubte nicht an die Möglichkeit eine einheitliche Partei aus Sozialdemokraten und Kommunisten schaffen zu können, weil er wußte, daß diese Einheit weder geistig-politisch noch gesellschaftlich im deutschen Volk eine Grundlage gehabt hätte. Deshalb bekämpfte er den Gedanken dieser willkürlichen Verwischung der Unterschiede und lehnte die ‚Einheit‘ ab“ (S. 487). An dieser Feststellung ist nur richtig, daß Schumacher die Einheit der Arbeiterklasse bekämpfte. Für die Behauptung, daß die Einheit keine Grundlage im deutschen Volke gehabt hätte, muß uns Kaden den Beweis natürlich schuldig bleiben.

² Vgl. auch im vorliegenden Heft Kurt Wrobel: Dokumente des Kampfes westdeutscher Arbeiter um die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nach dem Gründungsparteitag der SED. Ferner Walter Müller: Die Aktionsgemeinschaft zwischen KPD und SPD in München 1945/1946.

Indem er sich mit Schumacher identifiziert, gerät Kaden in Widerspruch zu seiner eigenen Darstellung, schrieb er doch selbst ausführlich über das Einheitsdrängen der westdeutschen Arbeiter. Dieser Einheitswille beweist, welche solide Grundlage die Einheitspartei in den Massen hatte.

Was allerdings wirklich nicht möglich ist und was auf die Dauer wirklich keine Grundlage hat, das ist die Einheit der Arbeiter mit den Opportunisten, und zwar deshalb nicht, weil der Opportunismus ein klassenfremdes, ein der Arbeiterklasse feindliches Element darstellt. Deshalb kann es den rechten SPD-Führern auch auf die Dauer nicht gelingen, größere Teile der Arbeiterklasse an ihre proimperialistische Politik zu binden. Es ist für die Arbeiterklasse unerlässlich, Klarheit darüber zu gewinnen, daß die Einheit ihrer Klasse nur im Kampf gegen den Opportunismus erwachsen kann. Das lehrt nicht zuletzt der Kampf um die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Wenn Kaden anderthalb Jahrzehnt nach Gründung der SED die Einheit von Kommunisten und Sozialdemokraten für unmöglich erklärt, so beweist er nur, wie unverfroren sich Leute seines Schlages über die eindeutigsten Fakten hinwegsetzen. Vielleicht sollte Herr Kaden auch einmal darüber nachdenken, weshalb ausgerechnet *die* Partei, die angeblich „keine Grundlage im deutschen Volke“ besitzt, als einzige deutsche Partei erfolgreich ihr Programm erfüllt hat. Die Existenz und die Erfolge der SED, beweisen ja gerade, daß die Einheit von Kommunisten und Sozialdemokraten nicht nur möglich war, sondern auch die Voraussetzung schuf, daß in einem Drittel Deutschlands der Grundwiderspruch der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts gelöst wurde, der Widerspruch zwischen den friedliebenden Interessen der Werktätigen und jener Minderheit von Imperialisten und Militaristen, die unsere Nation an den Rand der Katastrophe führten. Indem die Sozialistische Einheitspartei an der Spitze des Aufbaus des Sozialismus, des Kampfes um den Frieden und die nationale Wiedergeburt Deutschlands steht, besitzt sie die festesten „geistig-politischen und gesellschaftlichen Grundlagen“, die eine deutsche Partei überhaupt haben kann, denn ihr Kampf entspricht völlig dem Charakter und den Aufgaben unserer Epoche.

Die Politik der rechten SPD-Führer hingegen steht im Gegensatz zu den entscheidenden Entwicklungstendenzen unserer Epoche, deshalb schrumpft ihre „geistig-politische und gesellschaftliche Grundlage“. Die rechten SPD-Führer, die vom Monopolkapital Aufsichtsratsposten und andere hochbezahlte Stellungen erhielten, sind heute eng mit dem Imperialismus verbunden. Die imperialistische westdeutsche Bourgeoisie hat es verstanden, durch Korruption der rechten Führer sowie durch ihren ständigen ideologischen und politischen Druck auf die Arbeiterklasse die Spaltung zu vertiefen. Aber der Imperialismus hat heute keine Perspektive mehr. Auch in Westdeutschland werden sich die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung durchsetzen, die zur Lösung des Widerspruchs zwischen der volksfeindlichen Politik des Monopolkapitals und den Interessen des Volkes drängen. Die rechten SPD-Führer, die ihr Schicksal aufs engste mit den

Geschicken des Imperialismus verkettet haben, werden daher unweigerlich in eine Sackgasse geraten, weil ihre Politik den Interessen der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen widerspricht. Das führte eben auch dazu, daß die SPD keine positiven Erfolge im Kampf um die Lösung der Grundfragen unserer Nation aufzuweisen hat, daß ihre 1946 in Hannover verkündeten Programmpunkte nicht erfüllt wurden und die rechten Führer ihre Manövrierfähigkeit einbüßen. Anstatt sich auf eine echte Arbeiterpolitik zu besinnen, zogen die rechten Sozialdemokraten den Schluß, sich offen der antinationalen Grundkonzeption der westdeutschen Imperialisten zu unterwerfen. 1960 auf dem Parteitag in Hannover bejahten sie schließlich sogar die Ausrüstung der Bundeswehr mit den „modernsten“ und „wirksamsten“ Waffen, was im Grunde nichts anderes bedeutet als eine versteckte Befürwortung der Atomaufrüstung.

Kadens Artikel dient ja gerade dem Ziele, diese Unterwerfung historisch zu „untermauern“. Gleichzeitig enthält er jedoch das Eingeständnis, daß 1945/46 die Grundlage der rechten SPD-Führer durchaus nicht so stabil war, wie dies die sozialdemokratische und bürgerliche Geschichtsschreibung gern hinstellen möchte. Kaden lobt Schumacher als einen „Taktiker“ von hohen Graden“ (S. 490). Er drückt damit aus, daß Schumacher nicht als Willensvollstrecker der Mehrheit der Sozialdemokraten handelte, sondern nur durch raffinierte taktische Manöver die Sozialdemokratie der Westzonen unter seine Kontrolle bringen konnte. Dabei schreckte Schumacher auch nicht vor der Aufspaltung der SPD nach Besatzungszonen zurück.

Schumachers erste Maßnahme bestand darin, von Hannover aus eine organisatorische Zusammenfassung der Sozialdemokraten der Westzonen vorzunehmen und „auf die Bildung einer westdeutschen Führungsspitze hinzuwirken“ (S. 487). Er ließ sich von seinen Gesinnungsgenossen in den Bezirken das Mandat erteilen, „den Aufbau der SPD in den Westzonen leitend vorzubereiten“, und begann, den Bezirksorganisationen „eine politische Ausrichtung“ zu geben. (S. 487). Wer die damaligen Verhältnisse in den Westzonen kennt, wo den politischen Parteien erst relativ spät die Betätigung gestattet wurde und man alle wirklich demokratischen Kräfte stark behinderte, der weiß, daß Schumacher und seine Mitstreiter dies nur dank der Förderung durch die imperialistischen Besatzungsmächte bewerkstelligen konnten. Zwischen den rechten sozialdemokratischen Führern, die gegen die Einheit der Arbeiterklasse und gegen den Berliner Zentralausschuß der SPD auftraten, und den imperialistischen Besatzungsmächtern, die eine wirkliche – von der geeinten Arbeiterklasse getragene – Demokratisierung Deutschlands verhindern wollten, bestand eine enge Interessengemeinschaft.

Wenn die imperialistischen Besatzungsmächte und die westdeutsche Reaktion auf die Herauslösung der Westzonen aus dem deutschen Nationalverband Kurs nahmen, so unterstützten die rechten SPD-Führer diese antinationale Politik, indem sie die Sozialdemokraten der Westzonen aus der einheitlichen Sozialdemokratischen Partei herauslösten und ein einheit-

liches Auftreten aller deutschen Arbeiter sabotierten. Daß aber dabei große Widerstände zu überwinden waren, verschweigt auch Kaden nicht. Er schreibt: „Nicht wenige Sozialdemokraten nahmen im Sommer 1945 als selbstverständlich an, daß der Parteivorstand der SPD wieder in Berlin gebildet würde. Deshalb erwarteten sie auch von dort die Richtlinien für den Wiederaufbau der Partei, soweit er nicht auf der örtlichen Ebene geleistet werden konnte. Dabei ging es nicht nur um die politischen Fragen, die einer zentralen Lösung bedurft hätten. Es ging auch um die Details der organisatorischen Arbeit, die traditionsgemäß eine wichtige Rolle in einer Massenpartei wie der SPD spielten: Mitgliedsausweise, Beitragskassierung, Abgrenzung der Bezirke der Partei und andere Fragen des Parteistatus. Als die Bildung des Berliner ‚Zentralausschusses‘ in den Westzonen bekannt wurde, war dort an öffentliche politische Arbeit noch nicht zu denken. Das gab der Führungsspitze in Berlin eine Bedeutung, die über die sowjetische Zone hinausreichte“ (S. 485).

In zahlreichen Zuschriften an den Zentralausschuß brachten Sozialdemokraten der Westzonen zum Ausdruck, daß sie in ihm die wirkliche Führung ihrer Partei sahen und größtes Mißtrauen gegen das Vorgehen der Schumacher-Leute hegten. Um diesen Einfluß des Berliner Zentralausschusses auf die sozialdemokratischen Mitglieder der Westzonen zu untergraben, organisierte die Schumacher-Gruppe am 5. und 6. Oktober 1945 in Wennigsen bei Hannover eine Konferenz sozialdemokratischer Funktionäre der Westzonen. Von dieser — auch nach Kaden — „relativ willkürlichen Repräsentation“ (S. 489) ließ sich Schumacher als Beauftragter der SPD für die Westzonen bestätigen und lehnte die Kompetenz des Berliner Zentralausschusses für die gesamte SPD ab.

Damit war — wie Kaden selbst eingesteht — ein wichtiger Schritt zur Spaltung der SPD getan. In Kadens Artikel heißt es: „Allerdings war die Entscheidung, zwei praktisch voneinander unabhängige Führungsspitzen zu vereinbaren, mehr als eine organisationstechnische Maßnahme. Sie war zuerst und vor allen Dingen eine politische Entscheidung, zu der die Vertreter des Zentralausschusses die Delegierten der Westzonen-Bezirke erneut herausforderten, da die Berliner die ‚Einheit der Arbeiterklasse‘ im Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialdemokraten als Ziel ihrer Politik bezeichneten“ (S. 490).

Man muß sich das Ungeheuerliche dieser Aussage klar vor Augen führen. Also, weil der Berliner Zentralausschuß die Einheit der Arbeiterklasse forderte, die — wie Kaden selbst zugibt — auch zahllose Sozialdemokraten der Westzonen verlangten, deshalb mußte der Weg der Spaltung der SPD beschritten werden. Mit dieser Entscheidung wurde jedoch nicht nur ein Schlag gegen die Einheit der deutschen Sozialdemokratie und die Einheit der Arbeiterklasse geführt, sondern auch gegen die Einheit unserer Nation; denn nur das einheitliche Handeln aller deutschen Werktätigen hätte das Komplott der deutschen und anglo-amerikanischen Imperialisten zerschlagen können, Deutschland zu spalten und die Westzonen in eine

Aufmarschbasis des Imperialismus gegen die Sowjetunion und das sich herausbildende sozialistische Lager zu verwandeln.

„In Wennigsen wurde im Oktober 1945 mit dieser Entscheidung der erste Beschluß gefaßt“, heißt es bei Kaden weiter, „der für die gesamte SPD in den Westzonen galt... Die Freiheit der Entwicklung galt den Sozialdemokraten, die die Entscheidung fällten, mehr als die Einheit ihrer Organisation, die mit dem Beschluß von Wennigsen aufs Spiel gesetzt wurde“ (S. 491). Diesem zynischen Eingeständnis ist nichts mehr hinzuzufügen, bleibt nur noch zu klären, was die rechten SPD-Führer unter „Freiheit der Entwicklung“ verstanden. Auch darüber gibt Kaden bereitwillig Auskunft. Er stellt fest, daß mit der Entscheidung von Wennigsen die Möglichkeit eröffnet wurde, die Diskussion über die Rolle der SPD bis zum Godesberger Grundsatzprogramm weiterzuführen. Das heißt mit anderen Worten: Die offizielle Preisgabe des Sozialismus durch die rechten SPD-Führer war nur auf dem Boden der Spaltung der Arbeiterbewegung und der Zerreißung Deutschlands möglich. Die Spaltung der eigenen Partei war der Ausgangspunkt und die Voraussetzung, um die Vorherrschaft der opportunistischen SPD-Führer zu sichern. Diese „Freiheit der Entwicklung“ führte zum Godesberger Programm, zur Selbstaufgabe der SPD, zum Verzicht auf eine selbständige Politik und Alternative. Sie führte zur offenen Befürwortung der antinationalen, reaktionären und aggressiven Zielsetzung der deutschen Imperialisten und Militaristen, zur Beseitigung aller sozialistischen Vorstellungen.³

Aus dem ganzen Artikel von Kaden spricht die Absicht zu zeigen, wie zielstrebig und skrupellos diese Selbstaufgabe vollzogen wurde, welche großen Erfahrungen die rechte Führung in der Vergewaltigung ihrer eigenen Mitglieder besitzt, wie sehr sich das Monopolkapital auf diese korrumpierte Schicht verlassen kann. Kaden will nachweisen, welche zuverlässigen Vorkämpfer des Antikommunismus die rechten sozialdemokratischen Führer sind, wie fest sie im Lager der NATO stehen, daß sie noch amerikanischer auftreten können als selbst Adenauer. Deshalb werden von Kaden die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Schumacher-Leute auch offener beim Namen genannt, als das bisher der Fall zu sein pflegte. Um die Verdienste der rechten Führer bei der Abwürgung der Einheitsbestrebungen der Arbeiterklasse gebührend zu würdigen, gibt er sogar eine realere Einschätzung des Einheitsdranges der sozialdemokratischen Mitglieder, der in anderen sozialdemokratischen Darstellungen meist gelehnet oder verschwiegen wird.

So verwerflich und verhängnisvoll die Politik der rechten SPD-Führer auch war, denn sie haben durch die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse den deutschen Imperialisten den Weg zur Wiedererrichtung ihrer Macht in Westdeutschland geebnet, so überschätzt doch Kaden deren Rolle. Er versucht den Anschein zu erwecken, als ob die rechten sozial-

³ Vgl. die Rede Hermann Materns auf der 9. Tagung des ZK der SED. In: Der Godesberger Parteitag und das Grundsatzprogramm der SPD, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 187 ff.

demokratischen Führer eine selbständige Politik betrieben hätten. Im Grunde besorgten sie jedoch nur die Geschäfte der deutschen Monopolbourgeoisie, die 1945/46 vor den Massen zu sehr kompromittiert war, um sich in alter Weise direkt in die Angelegenheiten der Arbeiterbewegung einzumischen. Das aggressive deutsche Monopolkapital und der deutsche Militarismus waren schließlich auch die eigentlichen Nutznießer des Verrats der rechten SPD-Führer. Die deutschen Imperialisten fürchteten die Einheit der Arbeiterklasse, weil sie wußten, daß sie das Ende ihrer Herrschaft bedeutet hätte. Sie wußten, daß sie nur durch die Herauslösung der Westzonen aus dem deutschen Nationalverband in einem Teil Deutschlands erneut ihr reaktionäres Regime errichten konnten. Die Spalter in den Reihen der SPD liehen ihnen dazu bereitwillig ihre Hand und dienten ihnen als gefügige Werkzeuge. Und wo die Demagogie oder die diktatorischen Manöver der rechten Führer der SPD nicht ausreichten, griffen die imperialistischen Besatzungsmächte ein und unterdrückten mit brutaler Gewalt alle Einheitsbestrebungen und verboten die Bildung von Organisationen der Sozialistischen Einheitspartei in Westdeutschland.

Herr Kaden wollte einen Artikel schreiben, der die rechten sozialdemokratischen Führer als erbitterte Antikommunisten und Gegner der Einheit der Arbeiterklasse ausweisen soll, um das Monopolkapital von der Zuverlässigkeit dieser imperialistischen Fraktion in den Reihen der Arbeiterbewegung zu überzeugen. Die Dialektik der Geschichte bringt es mit sich, daß er damit auf seine Weise die Richtigkeit der in der „Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien“ getroffenen Feststellungen bestätigt.

In der Moskauer Erklärung wird dargelegt, daß das Haupthindernis auf dem Wege der Arbeiterklasse zu ihren Zielen nach wie vor ihre Spaltung ist, „an deren Aufrechterhaltung im nationalen wie auch im internationalen Maßstab die herrschenden Klassen, die rechten Führer der Sozialdemokratie und die reaktionären Gewerkschaftsführer interessiert sind... Die Ereignisse der letzten Jahre haben erneut bestätigt, daß diese Spaltung die Positionen der Arbeiterklasse unterhöhlt und nur für die imperialistische Reaktion von Vorteil ist. Manche rechten sozialdemokratischen Führer sind offen auf die Positionen des Imperialismus übergegangen, sie verteidigen das kapitalistische System, sie spalten die Arbeiterklasse. Aus Feindschaft gegen den Kommunismus und aus Furcht vor dem wachsenden Einfluß des Sozialismus in der Weltarena kapitulieren sie vor den reaktionären, konservativen Kräften.“⁴

Mit dieser Haltung haben die rechten sozialdemokratischen Führer der Monopolbourgeoisie einen großen Dienst erwiesen, aber sie vermögen den elementaren Drang ihrer Mitglieder, die Anhänger des Friedens und des Fortschritts sind, nach Einheit und einer echten Arbeiterpolitik nicht aus

⁴ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.-17. Dezember 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 52-53.

der Welt zu schaffen. Deshalb wächst der Widerstand gegen die rechten Führer, deshalb wachsen die Kräfte, die für gemeinsame Aktionen der Arbeiter und der anderen Werktätigen im Kampf um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt eintreten. Diesen Kräften reichen die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien die Bruderhand, mit ihnen gemeinsam werden sie die Kriegsgefahr bändigen, Demokratie und Sozialismus erkämpfen.

„Wir sind die stärkste der Partei'n“

Eine Bibliographie zum 15. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bearbeitet von der Arbeitsgruppe Bibliographie der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED unter Leitung von Günter Herting und Günter Aurich, VEB Verlag für Buch- und Bibliothekswesen, Leipzig 1961.

Broschiert 68 Seiten, 1,— DM

Aus Anlaß des 15. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD erscheint diese Bibliographie, die eine Auswahl der wichtigsten Literatur zur Vorgeschichte, Würdigung und Auswirkung dieses historischen Ereignisses vermittelt. Die Bibliographie ist ein Hilfsmittel bei der propagandistischen Vorbereitung des 15. Jahrestages der Gründung der SED. Sie wird darüber hinaus den Funktionären von Partei- und Massenorganisationen, Journalisten, Partei- und Gewerkschaftsschulen, Dozenten und Bibliothekaren beim Studium und bei der Vermittlung von Literatur über den siegreichen Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Partei in unserem Staat wertvolle Dienste leisten. Sie ist durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

Die Entwicklung der SPD vom Godesberger Parteitag bis zum Parteitag in Hannover

Vom 21. bis 25. November 1960 tagte in Hannover der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er fand in einer Zeit statt, in der im Kampf zwischen den Kräften des Sozialismus, des Friedens und der Demokratie und den Kräften des Imperialismus, der Reaktion und der Aggression das Übergewicht des Sozialismus und des Friedens immer offensichtlicher wird. Nicht nur moralisch, sondern auch politisch und ökonomisch zeichnet sich die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus in der internationalen Arena deutlicher denn je ab.

Während einerseits die Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems unumstößliche Tatsache ist, spitzen sich in den imperialistischen Ländern die inneren und äußeren Widersprüche immer mehr zu. Das kapitalistische Weltsystem ist, wie in der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 in Moskau hervorgehoben wird, von einem tiefgreifenden Niedergangs- und Zersetzungsprozeß erfaßt.¹

Die zwei entgegengesetzten Entwicklungslinien in der Welt zeichnen sich auch in Deutschland ab. Sie werden auf staatlicher Ebene durch die Deutsche Demokratische Republik einerseits und den Bonner Staat andererseits sichtbar.

In der Stellung zu dem brennendsten Problem unserer Zeit, zur Sicherung des Friedens, hat sich unsere Republik als wahre Vertreterin der nationalen Interessen des deutschen Volkes erwiesen. Von ihrem Boden geht der Kampf um den Frieden in ganz Deutschland aus. Die Denkschrift der Regierung der DDR an die Vollversammlung der UNO ist das Programm zur Erhaltung des Friedens in Deutschland. Darin wird vorgeschlagen, bis 1963 in drei Etappen die allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland durchzuführen. Dieses Dokument entspricht den Wünschen und Bestrebungen aller friedliebenden und demokratischen Menschen in ganz Deutschland und zeigt, daß die DDR der einzig rechtmäßige Staat in Deutschland ist, denn nur sie bildet in unserem Land die Bastion des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

In Westdeutschland zeichnet sich in der Politik und Praxis des Bonner Staates die Linie der reaktionären, imperialistischen und militaristischen Kräfte deutlich ab. Vom 11. bis 13. Juli 1960 fand in Kiel eine Beratung des sogenannten Führungsstabes der Bundeswehr statt. Die hier anwesen-

¹ Vgl. Einheit, 1960, Heft 12, S. 1795.

den Offiziere – in der Mehrzahl hatten sie schon bedingungslos Hitler, Himmler und Göring gedient – faßten das Ergebnis ihrer Besprechung in einer Denkschrift zusammen. In diesem Dokument forderten sie brutal und offen die Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in Westdeutschland und die atomare Bewaffnung der westdeutschen Armee.²

Nach der Veröffentlichung dieses Memorandums der Bundeswehr-generale wurden in Westdeutschland Stimmen laut, daß dies wohl die Auffassung einiger verrückter Militärs sei, aber nicht die offizielle Meinung der Regierung. Dem ist nicht so. Die gleichen Forderungen wurden und werden auch von Vertretern der Bonner Regierung erhoben. Aus der Fülle der Beispiele sollen hier nur zwei angeführt werden. In einer Rede vor dem Parteivorstand und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU am 18. November 1960 erklärte Adenauer, daß „der deutsche Teil des NATO-Heeres – der ein sehr wichtiger Teil ist – mit nuklearen Waffen“ ausgerüstet werden müßte.³ In gleicher Weise äußerte sich Strauß am 6. Dezember 1960 in einem Vortrag im Hessischen Rundfunk.⁴

Diese gefährlichen Erscheinungen in Westdeutschland bestätigen voll und ganz die Einschätzung in der Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien: „Die vom westdeutschen Imperialismus ausgehende Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas wird größer.“⁵

Die forcierte Atomaufrüstung führt aber auch dazu, daß sich der Hauptwiderspruch zwischen den imperialistischen Interessen des aggressiven Teils der Monopolbourgeoisie und den friedlichen und demokratischen Interessen des Volkes immer mehr verschärft, daß in Westdeutschland immer mehr Menschen in Widerspruch zur Atomkriegspolitik von Adenauer und Strauß geraten. Zeugnis dafür sind die verschiedensten Protestaktionen gegen die Stationierung von Raketenverbänden auf westdeutschem Boden, die Aktion der Frankfurter Falken und Naturfreunde gegen den Mißbrauch des Rhein-Main-Flughafens für amerikanische Atombomber, die Protestveranstaltung der Arbeiterjugendverbände in Hessen gegen das Treffen der revanchistischen Kyffhäuser-Jugendorganisation, die Bewegung der Kriegsdienstgegner unter der Losung „Mein Automobil bleibt zivil!“ u. a.

Erwähnt werden muß auch das mutige Auftreten von Frau Prof. Riem-
eck gegen den Kriegskurs des Bonner Staates, das von 21 westdeutschen
Persönlichkeiten unterzeichnete Schreiben an Adenauer, in dem die Ein-

² „Die Bundeswehr muß dieselbe wirkungsvolle Bewaffnung haben wie die verbündeten Schildstreitkräfte. Die Schildstreitkräfte der NATO müssen ein Ganzes sein. Wer eine wirksame Landesverteidigung will, kann sich der Notwendigkeit einer Ausrüstung der Schildstreitkräfte mit atomaren Waffen nicht verschließen.“ (Voraussetzung einer wirksamen Verteidigung. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 20. August 1960, S. 1527/1528.)

³ Rheinischer Merkur, 25. November 1960.

⁴ Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 8. Dezember 1960, S. 2223.

⁵ Einheit, 1960, Heft 12, S. 1806.

stellung der Atomaufrüstung gefordert wurde, und weitere schriftliche und mündliche Erklärungen westdeutscher Patrioten für allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland. Das Neue besteht dabei darin, daß sich die friedliebenden demokratischen Kräfte auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms zum Kampf gegen den Atomtod zu sammeln beginnen. Ein sichtbares Zeichen dafür ist die Bildung der Deutschen Friedens-Union (DFU).

In der Frage Krieg und Frieden scheiden sich heute in der Welt und auch in Deutschland die Geister. An dieser Frage muß deshalb in erster Linie das Ergebnis des Parteitages der SPD in Hannover gemessen werden. Leistete nun der Parteitag einen Beitrag zur weiteren Organisierung und Förderung der friedliebenden und demokratischen Kräfte oder half er den aggressiven kriegslüsternen Imperialisten und Militaristen, ihre Positionen zu festigen?

Hannover war in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung schon zweimal Schauplatz sozialdemokratischer Parteitage. 1899 schlugen hier August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin u. a. eine große Schlacht gegen den Revisionismus Bernsteins. Sie kämpften für eine revolutionäre Politik der deutschen Sozialdemokratie gegen die Bernsteinschen „Theorien“ von der Aussöhnung der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie und vom friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus ohne jegliche revolutionäre Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Leidenschaftlich entgegnete August Bebel diesem Prediger der Klassenharmonie: „Eine Partei, die kämpft, will siegen, und dazu braucht sie Begeisterung, braucht sie Opfermut und Kampfesfreudigkeit, und dieses nimmt man ihr, wenn man nach allen Richtungen hin künstlich die Schwierigkeiten auftürmt. Wenn man ihr immer sagt, seid vorsichtig, seid artig, seid brave, ordentliche Kinder, damit ihr ja nicht das liebe Bürgertum erschreckt...“ Wilhelm Liebknecht schloß sich Bebel an und erklärte: „Bernstein ist voller Widersprüche, aber das Unsozialistische wiegt vor, und die praktische Konsequenz seiner Darlegungen würde sein, daß in der Tat die Sozialdemokratie zu einer *bürgerlichen Reformpartei* wird.“⁶

Von diesem Geiste Bebels und Liebknechts war auf dem Parteitag der SPD 1960 in Hannover nichts mehr zu spüren. Im Gegenteil, die Parteiführung setzte auf tieferer Stufe die von Bernstein begründete revisionistische Linie in der Sozialdemokratie fort. Im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der SPD, wurde anläßlich des Parteitages nicht etwa August Bebel gewürdigt, sondern das Auftreten Bernsteins 1899 als eine „geistige Wende“ in der deutschen Sozialdemokratie hervorgehoben.⁷

⁶ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, Berlin 1899, S. 120 und 152.

⁷ Vorwärts (Bonn), 24. November 1960.

Auf dem Parteitag 1960 in Hannover war nicht nur nichts von den Traditionen Bebels und Liebknechts von 1899 zu merken, man setzte sich auch über Beschlüsse hinweg, die man nach 1945 selbst gefaßt hatte. Auf dem Parteitag 1946 in Hannover wurde in der „Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ einstimmig beschlossen, die Rüstungsmonopole zu sozialisieren, die Enteignung des Großgrundbesitzes einzuleiten und den Kampf gegen jede Form des Imperialismus und Faschismus, der Reaktion und des Nationalismus zu führen.

Ganz anders war das Ergebnis des Parteitages 1960. Hier wurden offiziell die revanchistischen Landsmannschaften begrüßt und in den Beschlüssen des Parteitages sowie in den Reden nicht einmal mehr die Begriffe Militarismus und Imperialismus erwähnt, ganz zu schweigen von Forderungen nach Sozialisierung der Rüstungsmonopole und Enteignung des Großgrundbesitzes. Ollenhauer nahm sogar scharf gegen die Forderungen des 6. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall nach „Gemeineigentum in großen Bereichen der Wirtschaft“ Stellung. Er richtete drohende Worte an all die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften, die für eine selbständige Arbeiterpolitik in Westdeutschland eintreten. „Wir erwarten von allen Mitgliedern der Partei“, rief Ollenhauer aus, „daß sie sich in ihrem öffentlichen und politischen Verhalten in Übereinstimmung mit den Vorstellungen des Godesberger Programms bewegen.“⁸

Während die damaligen Opportunisten in der Sozialdemokratie wie Bernstein und Vollmar, Ebert und Kautsky unter dem Deckmantel einer marxistischen Terminologie bzw. mit bestimmten sozialistischen Phrasen verhüllte ihre Spaltungs- und Zersetzungsarbeit innerhalb der Arbeiterbewegung leisteten, treten die heutigen rechten sozialdemokratischen Führer offen und unverhüllt, ja vielfach mit der gleichen Argumentation wie die Imperialisten selbst für die Interessen der aggressiven Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie ein. Sie haben sich völlig von allen sozialistischen und marxistischen Traditionen gelöst, die von Wehner am 26. Oktober in einer Diskussion im westdeutschen Fernsehen herablassend als „alte Dinge aus der Mottenkiste“ bezeichnet wurden. Sie haben sogar die revisionistische These vom sogenannten dritten Weg aufgegeben und sind mit der Annahme des Programms auf dem Godesberger Parteitag im November 1959 in Wort und Tat auf die Position nicht nur der Bourgeoisie schlechthin, sondern auf die Position des reaktionärsten und aggressivsten Teils der Monopolbourgeoisie, der militaristischen und imperialistischen Kräfte in Westdeutschland, übergegangen.

Bis zum Godesberger Parteitag 1959 sind in den offiziellen Dokumenten der Sozialdemokratischen Partei noch gewisse Momente einer selbständigen Politik und Alternative gegenüber dem antidemokratischen und antinationalen Kurs Adenauers zu finden. Im Beschluß des Stuttgarter Parteitages 1958 wird der Adenauerregierung vorgeworfen, durch ihre Innen- und Außenpolitik die Spaltung Deutschlands vertieft zu haben. Gleichzeitig schlug die SPD vor, beide deutsche Staaten in eine atomwaffenfreie Zone in Europa einzugliedern und Schritte „zur Verminderung

der Auswirkungen der Spaltung zu tun“.⁹ Im Deutschlandplan der SPD vom Frühjahr 1959 gab es noch einige Elemente für eine selbständige Auffassung zur Wiedervereinigung Deutschlands.¹⁰ Mit der Annahme des Godesberger Programms verzichteten die rechten Führer der SPD auf eine eigene Alternative und bezogen die Positionen der klerikal-militaristischen Kräfte in Westdeutschland.

Godesberg war das folgerichtige Ergebnis der arbeiterfeindlichen Politik der rechten sozialdemokratischen Führer seit 1945. Walter Ulbricht schrieb anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik: „Tatsächlich begannen die sozialdemokratischen Führer 1945 wieder mit der Politik, mit der sie 1933 bankrott gemacht hatten.“¹¹ Dieser Weg wird gekennzeichnet durch die Verhinderung der Einheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland, durch die Befürwortung des Marshallplanes, der den deutschen Monopolherren wieder auf die Beine verhalf, durch die aktive Hilfe bei der Errichtung des Bonner Spalterstaates und schließlich durch die offene Billigung der Einbeziehung Westdeutschlands in den aggressiven NATO-Pakt. Im Godesberger Programm wird kein Wort über die volksfeindliche Adenauerdiktatur gesagt. Im Gegenteil, es heißt dort: „Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben *von gleichem Rang* (Hervorhebung von mir – H. K.): beide tragen Verantwortung für den Staat.“¹² Das heißt, die Adenauerregierung und die SPD haben dem Wesen nach keine unterschiedliche Funktion im System des Bonner Staates; beide sind verantwortlich dafür, daß das Regime der imperialistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland erhalten, ausgebaut und geschützt wird. Das ist nichts anderes als die volle und vorbehaltlose Anerkennung der klerikal-militaristischen Diktatur.

Bei einer derartigen vorbehaltlosen Anerkennung des imperialistischen Staates in Westdeutschland und bei einer solchen Bereitschaft, in diesem Staat verantwortlich mitzuarbeiten, ist es nicht verwunderlich, wenn auch der „Landesverteidigung“ zugestimmt wurde.

Die Annahme des Godesberger Programms bedeutet die offene Befürwortung und Unterstützung der antinationalen Ziele der Imperialisten und Militaristen in Westdeutschland durch die rechten Führer der SPD. Das Godesberger Programm bildete die Plattform für den endgültigen und vollständigen Übergang der Brandt, Wehner und Erler auf den Boden der Politik von Adenauer, Strauß und Schröder.

Der ehemalige Ministerpräsident Frankreichs, Pierre Mendès-France, traf den Nagel auf den Kopf, als er im Frühjahr 1960 auf dem Parteitag der belgischen Sozialisten erklärte, daß die SPD mit dem Godesberger

⁸ Vorwärts, 2. Dezember 1960.

⁹ Protokoll des Parteitages der SPD vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart, Bonn 1958, S. 483.

¹⁰ Vgl. Neues Deutschland (B), 5. April 1959.

¹¹ Walter Ulbricht: Die DDR ist ihres Sieges gewiß, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 41.

¹² Protokoll des Außerordentlichen Partitages der SPD vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg, Hannover-Bonn 1960, S. 527.

Programm alle ihre früheren Prinzipien aufgegeben habe.¹³ Ja, das stimmt haargenau. Mit diesem Programm haben die rechten Führer der SPD auf eine eigene Alternative verzichtet, haben sie sich voll und ganz Adenauer, d. h. der Politik des Atomkriegs und der uneingeschränkten klerikal-militaristischen Diktatur, untergeordnet.

Der Weg der rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei von Godesberg bis Hannover ist der Weg der praktischen Realisierung der im Godesberger Programm ideologisch begründeten völligen Unterwerfung unter das Bonner Regime. Dieser Kniefall drückt sich besonders in der Stellung zur CDU/CSU, der Partei der in Westdeutschland herrschenden Monopolbourgeoisie und Militaristen, aus. Jeder ehrliche und aufrichtige Arbeiterfunktionär grenzt sich entschieden von der Politik der Adenauer und Strauß ab, die mit der Atombombe in der Hand die Sowjetunion, die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Länder „von der Landkarte streichen“ wollen. Anders jedoch Wehner. Er erklärte auf dem Landesparteitag der SPD in Saarbrücken: „Die Lage erlaube es nicht mehr, daß sich die CDU und SPD wie unversöhnliche Brüder gegenüberstehen. Die Zeichen der Zeit verlangen vielmehr ein gemeinsames Handeln.“¹⁴

Die zwangsläufige Folge einer derartigen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Partei des westdeutschen Monopolkapitals und der klerikalen und militaristischen Kräfte muß die prinzipielle Unterstützung des innen- und außenpolitischen Kurses der Bonner Machthaber sein. Demonstriert wurde das von den rechten Führern der SPD am 30. Juni 1960.

An diesem Tage beschäftigte sich der Bundestag in Bonn mit der Außenpolitik des westdeutschen Staates. Die Sprecher der CDU (von Brentano, Strauß und Jaeger) forderten anmaßend und aggressiv von der Führung der SPD ein Bekenntnis zur Außenpolitik des Adenauerstaates. Brentano erklärte unmißverständlich: „Zu dieser Außenpolitik gibt es keine Alternative...“¹⁵

Die Antwort der Wehner und Erler auf die Forderungen der CDU lautete: Der Deutschlandplan der SPD „ist eine Sache der Vergangenheit“ (Wehner).¹⁶ Die sozialdemokratische Führung ist gegen einen „Alleingang der Sozialdemokraten“ und befürwortet eine gemeinsame Außenpolitik der „Regierung und der Opposition“.¹⁷

Völlig zu Recht wurde in dem offenen Brief des Zentralkomitees der SED an die Mitglieder, Funktionäre und Freunde der SPD vom 16. Juli 1960 betont: „Der 30. Juni 1960 ist ein schwarzer Tag für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands“¹⁸, denn die rechten Führer der SPD stimmten

¹³ Vgl. Vorwärts, 19. August 1960.

¹⁴ Vorwärts, 14. Oktober 1960.

¹⁵ Das Parlament (Bonn), 13. Juli 1960, S. 3.

¹⁶ Ebenda, S. 5.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Der Godesberger Parteitag und das Grundsatzprogramm der SPD, Dietz Verlag Berlin 1960, S. 166.

dem militaristischen Programm der Adenauerregierung zu, daß Westdeutschland die militärische Überseebasis der USA bleibt, daß die Atomaufrüstung verstärkt durchgeführt werden sollte. Die Wehner und Erler unterstützen also eine Politik, die Westdeutschland zum größten Gefahrenherd eines imperialistischen Krieges in Europa macht.

Wenn man A sagt, muß man auch B sagen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß sich die rechten Führer der SPD auch in eine Front mit Adenauer, Strauß und Schröder in der Atomaufrüstung und der Notstandsgesetzgebung stellten.

Auf Grund der Stimmung der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung gegen die atomare Bewaffnung versuchten die Sprecher der Adenauerpolitik in der SPD mit einem Taschenspielertrick ihre Zustimmung an den Mann zu bringen. Mommer erklärte auf dem Bezirksparteitag der SPD in Südbayern, die Atombewaffnung läge außerhalb der Zuständigkeit der Bundesrepublik, aber man könne nicht vom Westen eine einseitige atomare Abrüstung verlangen.¹⁹ Er ist also für die atomare Bewaffnung der NATO, also auch Westdeutschlands, denn die rechten sozialdemokratischen Führer betonen immer wieder, daß Westdeutschland nicht auf die Zugehörigkeit zur NATO verzichten dürfe. Sie versuchen, die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen über die NATO zu erreichen, da ihnen der direkte Weg noch nicht opportun erscheint. Aber wie es im Grunde genommen das gleiche ist, ob man von Kassel nach Bonn über Köln oder über Frankfurt fährt, da es zwar zwei verschiedene Wege sind, aber das gleiche Ziel ist, so führt auch der Weg über die NATO nur dahin, den westdeutschen Militaristen die Atombombe in die Hand zu geben.

Diese Haltung der Brandt und Wehner, der Erler und Mommer wurde schließlich sehr klar erkennbar, als ihnen Atomkriegsminister Strauß vorwarf, sie würden sich mit der Entscheidung des Kongresses der englischen Labour Party für einen Atomwaffenverzicht identifizieren. Während die Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder den Beschluß der englischen Partei begrüßte, versuchten sich die rechten Führer gegenüber Strauß zu rechtfertigen. Unter dem Titel „Labour-Entscheidung berührt nicht die SPD“²⁰ erschien im „Vorwärts“ ein Artikel, in dem der „Vorwurf“ von Strauß zurückgewiesen wurde. Darin heißt es: „Es wäre nicht Sache der deutschen Sozialdemokratie, den englischen Freunden in ihre Angelegenheiten hineinreden zu wollen, doch können sie nicht ihre Ansicht verhehlen, daß sie den Spruch des britischen Parteitages für bedenklich halten.“ Weiterhin wurde erklärt, daß „die atomare Rüstung des Westens beibehalten werden müsse“.

In gleicher Weise erfolgte die prinzipielle Zustimmung zu Schröders Notstandsgesetzgebung. Die rechten Führer der SPD, die bei jeder Gelegenheit das Wort Freiheit und Demokratie im Munde führen, unternahmen in Wort und Schrift – ganz zu schweigen von praktischen Taten –

¹⁹ Vgl. Vorwärts, 7. Oktober 1960.

²⁰ Vorwärts, 21. Oktober 1960.

nichts, um Schröder mit seinen undemokratischen Maßnahmen in die Schranken zu weisen. Wehner kritisierte zwar den Entwurf von Schröder, fügte aber gleichzeitig hinzu: „Man könne mit der SPD über ein Notstandsgesetz reden.“²¹ In gleicher Weise nahm auch die SPD-Bundestagsfraktion Stellung. Sie verlangte nur die Vertagung der ersten Lesung des Gesetzentwurfes, „damit die interfraktionellen Gespräche wieder aufgenommen und alsbald durchgeführt werden können, um eine gemeinsame Grundlage für eine Verfassungsgesetzgebung zu suchen“²².

Also auch beim Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten sind die rechten Führer für eine „gemeinsame Grundlage“ mit den antidemokratischen Kräften à la Strauß und Schröder. Auf der ganzen Linie – in außen- wie innenpolitischen Fragen – erfolgte der offene Übergang der rechten Führer der SPD auf die Position der reaktionärsten Kräfte in Westdeutschland. Die ideologische Grundlage dafür gab das sogenannte Grundsatzprogramm von Godesberg, mit dem alle eigenen Grundsätze in den Schornstein geschrieben worden waren.

Das Ziel der klerikal-militaristischen Kräfte in Westdeutschland ist es jedoch, nicht nur einige rechte Führer und den Parteiapparat „gleichzuschalten“, d. h. vor ihren Kriegskarren zu spannen, sondern sie wollen die gesamte Partei und alle anderen Organisationen, die der SPD nahestehen, beherrschen und ihrer Atomkriegspolitik unterordnen. Die Funktion der Brandt und Wehner besteht darin, die gesamte SPD und die ihr nahestehenden Organisationen für die vollständige Einbeziehung in das klerikal-militaristische System des Bonner Staates reif zu machen. Um diese Linie durchzusetzen, wurden die Brandt und Wehner von Adenauer und Strauß ständig unter Druck gehalten und zur schnellen Erfüllung der „Gleichschaltungspläne“ gedrängt. Den rechten Führern wurde vorgeworfen, daß „das Godesberger Programm keinen Kurswechsel der SPD ergeben“ hätte und daß „die praktische Politik der SPD allerdings auch heute nicht mit den Wehner-Reden“ übereinstimmt.²³ Daraufhin beeilten sich Brandt und Wehner zu versichern: „Wir ringen um die Durchsetzung unseres Grundsatzprogramms bis in die letzte Ecke unserer Mitgliedschaft hinein.“²⁴

In der Praxis sieht das so aus, daß der Parteivorstand der SPD die Vorstände der Gewerkschaften, der sozialistischen Jugend- und Studentenorganisationen zu sich befahl und von ihnen die Gleichschaltung dieser Verbände auf dem Boden des Godesberger Programms diktatorisch forderte.

Trotz aller Bemühungen und Drohungen der Brandt und Wehner ist ihnen die völlige Gleichschaltung dieser Organisationen auf den Adenauerkurs nicht gelungen. Das zeigten die Konferenzen der Falken und des

²¹ Vorwärts, 7. Oktober 1960.

²² Das Parlament, 5. Oktober 1960, S. 3.

²³ Bericht über den CDU-Landesparteitag in München. In: Fränkische Tagespost 30. Oktober 1960.

²⁴ Wehner in einer Diskussion im westdeutschen Fernsehen am 26. Oktober 1960.

Sozialistischen Studentenbundes (SDS) sowie der 6. Verbandstag der IG-Metall im DGB. Diese Beratungen bewiesen eindeutig, daß große Teile der sozialistischen Jugend und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dem Kurs der rechten Führer der SPD Widerstand entgegensetzen.

Am 1. und 2. Oktober 1960 fand in Frankfurt (Main) die XV. Delegiertenkonferenz des SDS statt. Alle Beschlüsse, die hier angenommen wurden, zeigen, daß die Linie Brandt/Wehner nicht durchgesetzt werden konnte. Die Konferenz forderte zum Kampf gegen die Wehrpflicht und Atomrüstung, gegen Notstand und Notdienst auf. Sie solidarisierte sich mit der Befreiungsbewegung in Algerien.

Eine Abfuhr erhielten die Fürsprecher des Godesberger Programms auch von den Delegierten des 6. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG-Metall, der vom 17. bis 22. Oktober 1960 in Westberlin stattfand. Am deutlichsten kommt das in dem Teil der Entschließung des Gewerkschaftstages zum Ausdruck, der sich mit den Fragen der Remilitarisierung Westdeutschlands beschäftigt. Es heißt dort: „Die Beteiligung der Bundesrepublik am Werrüsten und eine Politik der Stärke verringern die Chancen der Wiedervereinigung, stellen den sozialen Standard in Frage und vergrößern die Gefahren militaristischer Einflüsse auf die gesamte Politik der Bundesrepublik. Die Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen steigert diese Gefahr...“²⁵ Noch klarer und entschiedener kam dieser Geist gegen den westdeutschen Militarismus in einer Reihe von Beiträgen der Delegierten zum Vorschein. Der Delegierte Dietrichs aus Remscheid erklärte: „Was nützen uns letzten Endes Erfolge auf sozialem Gebiet, wenn unser Volk unter der ständigen Angst zu leben hat, in ein Abenteuer hineingestürzt zu werden, das eine vollständige Vernichtung bedeuten würde. Deshalb müssen wir alles daransetzen, daß diese Angst von uns genommen wird durch den aktiven Kampf gegen die atomare Aufrüstung und gegen den Rüstungswahnsinn schlechthin.“²⁶

Schließlich entschied sich am Vorabend des SPD-Parteitages in Hannover (19. und 20. November) die Bundeskonferenz der Falken gegen die rechte Führung der SPD. Hier wurde der Antrag des Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe angenommen, in dem die Abwendung der Kriegsgefahr durch internationale Entspannung und der Verzicht Westdeutschlands auf jede atomare Aufrüstung sowie Lagerung von atomaren Sprengköpfen auf deutschem Boden gefordert wird.

Auch innerhalb der SPD – unter den Mitgliedern und Funktionären – stößt der Brandt-Wehner-Kurs auf Widerstand. Das zeigte der Verlauf einiger Bezirkskonferenzen zur Vorbereitung des Parteitages, und das wurde auch in einigen Anträgen an den Parteitag sichtbar. Auf der Konferenz des Bezirkes Niederbayern/Oberpfalz, die am 1. und 2. Oktober 1960 in Regensburg stattfand, standen mehrere Anträge zur Diskussion, in denen die Kapitulation der rechten Führer vor Adenauer und Strauß ver-

²⁵ Aus unveröffentlichten Materialien.

²⁶ Ebenda.

urteilt wurde. Der Ortsverein Passau wandte sich gegen die Erklärungen von Wehner und Erler am 30. Juni im Bundestag und forderte eine „klare Antistellung“ zur „Politik der Stärke, wie sie von der CDU/CSU nach wie vor völlig einsichtslos betrieben wird.“²⁷ Der gleiche Ortsverein rief in einem weiteren Antrag zum aktiven Kampf gegen die atomare Bewaffnung auf: „Keine Atombewaffnung der Bundeswehr, Ächtung der Atomwaffen in der ganzen Welt! Ächtung des Krieges in jeder Form! Für alle Verantwortungsbewußten ergibt sich als sittliche Pflicht: ‚Kampf dem Atomtod!‘“²⁸

Ähnliche Diskussionen gab es auf den Konferenzen der Bezirke Südbayern, Hessen-Süd und Hamburg-Nordwest.

Am 28. Oktober 1960 veröffentlichte der „Vorwärts“ 78 Anträge, die fristgemäß eingereicht worden waren. Von den zwölf Anträgen zur Innenpolitik beschäftigten sich neun mit der Notstandsgesetzgebung. In vier Anträgen wurden die Notstandsgesetze scharf als Versuch, die „Demokratie und die Grundfreiheiten in der Bundesrepublik ... zu beseitigen“²⁹, entschieden abgelehnt, während die fünf anderen sich ebenfalls gegen den Schröderschen Gesetzentwurf wandten. Von den elf Anträgen, die sich mit der Atomaufrüstung beschäftigten, lehnten zehn eindeutig die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ab. Auch in den Anträgen zu anderen Fragen finden sich Forderungen, die gegen das bestehende Adenauerregime und dessen Politik gerichtet sind. In dem Antrag des Distrikts Frankfurt-Preungesheim wurde die Überführung des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Werke der Großchemie, der drei Großbanken u. a. in Gemeineigentum gefordert. Der Ortsverein Offenburg verlangte vom Parteitag, daß sich die SPD für das Verbot sämtlicher Treffen von Mitgliedern ehemaliger SS- und anderer Naziverbände einsetzen solle. Die Landesorganisation Hamburg hob in ihrem Antrag hervor: „Alle Bestrebungen zur Beendigung des Algerienkrieges mit dem Ziel einer gesicherten Selbstbestimmung für das algerische Volk“³⁰ werden von den deutschen Sozialdemokraten unterstützt.

Die hier genannten Beispiele – von denen noch weitere angeführt werden könnten – zeigen, daß innerhalb der Arbeiterklasse in Westdeutschland eine Umgruppierung der Kräfte begonnen hat, daß in den Gewerkschaften, in den Arbeiterjugendorganisationen und nicht zuletzt in der SPD oppositionelle Kräfte vorhanden sind, die in den innen- und außenpolitischen Grundfragen eine selbständige Arbeiterpolitik verlangen. Das bestätigt erneut die von unserer Partei vorgenommene Einschätzung, daß sich innerhalb der SPD zwei Linien abzeichnen. Auf der einen Seite stehen die Brandt und Wehner, die bestrebt sind, die gesamte SPD und die Massenorganisationen der westdeutschen Arbeiter auf den Kriegskurs

²⁷ Ebenda.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Vorwärts, 28. Oktober 1960.

³⁰ Ebenda.

der Bonner Militaristen zu zerren, und auf der anderen Seite steht die große Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder, die die verhängnisvolle Entwicklung in Westdeutschland zu einem dritten Weltkrieg verhindern wollen. Die Schwäche der Opposition besteht jedoch darin, daß sie noch zersplittert, ohne einheitliche konstruktive Plattform gegen die rechte Parteiführung auftritt.

Die rechten Führer der SPD, Brandt, Wehner, Erler, Carlo Schmid u. a., unternahmen alle Anstrengungen, um jegliche Opposition vom Parteitag fernzuhalten. Unter größtlicher Mißachtung der innerparteilichen Demokratie schoben sie den Parteitag so zusammen, daß fast ausschließlich hauptamtliche Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre als Delegierte nominiert wurden. Vielfach kannten die Ortsvereine und Distrikte nicht einmal die vom Partei- bzw. Bezirksvorstand festgelegten Delegierten. Es gab keinen Entschließungsentwurf oder anderes Dokument, zu dem die Mitglieder vor dem Parteitag ihre Meinung hätten sagen können.

Während die Masse der sozialdemokratischen Mitglieder von der Parteiführung möglichst von der Diskussion über die Probleme des Parteitages ferngehalten werden sollte, wurden zwei Paradekonferenzen durchgeführt, die nach außen die Zustimmung zur Linie der Brandt und Wehner zu demonstrieren hatten. Die Teilnehmer dafür waren vom Parteivorstand festgelegt und als zuverlässig ausgewählt worden. Es handelte sich um den Kongreß „Junge Generation und Macht“ und um die kulturpolitische Konferenz der SPD. Beide Tagungen, insbesondere der Kongreß „Junge Generation und Macht“, stellten sich auf den Boden der Kapitulationspolitik vom 30. Juni und sprachen sich für die bestehenden Machtverhältnisse in Westdeutschland aus. Es ist deshalb auch nicht zufällig, daß die Entschlüsse des Kongresses „Junge Generation und Macht“ vom Parteivorstand als Anträge für den Parteitag vorgelegt wurden. Andernfalls hätte es sehr wenig Zustimmung für die Politik der rechten Parteiführer in den Anträgen an den Parteitag gegeben.

Auf diese Weise bereiteten die Herren Brandt und Wehner, Erler und Mommer auf ihre Art den Parteitag in Hannover vor. Mit allen Mitteln versuchten sie ihre Linie durchzusetzen. Dieser Weg von Godesberg bis Hannover muß als einer der schmachvollsten Abschnitte in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet werden. In dieser Zeit banden sich die rechten sozialdemokratischen Führer fest an die reaktionären militaristischen Kräfte, die versuchen, unser Volk ein drittes Mal in die Katastrophe zu stürzen. Der Parteitag in Hannover selbst gab dafür eine weitere Bestätigung.

Schon die Eröffnung des 9. Parteitages der SPD nach 1945 am 21. Oktober 1960 wirft einige charakteristische Streiflichter auf die Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung. Unter den Gästen, die im Namen des Parteivorstandes begrüßt wurden, befanden sich nicht die Funktionäre der Organisationen wie des SDS, der Falken, der IG-Metall, ganz zu schweigen von Vertretern der Arbeiterbewegung der DDR, sondern die Abgesandten der revanchistischen Landsmannschaften und der Adenauerregierung.

Auf dem Parteitag in Hannover brachten die rechten Führer der SPD klar zum Ausdruck, daß sie in keiner Weise gewillt sind, den seit Godesberg beschrittenen verhängnisvollen Weg zu verlassen. Im Gegenteil, sie versuchten noch über Godesberg hinauszugehen. Dabei gelang es ihnen, ihre Linie der offenen Zusammenarbeit mit den klerikal-militaristischen Kräften in den Beschlüssen des Parteitages durchzusetzen.

In den offiziellen Reden auf dem Parteitag und in den angenommenen Beschlüssen wurde bestätigt, daß die Parteiführung der SPD gegenüber dem Atomkriegskurs des Adenauerregimes keine selbständige Politik und Alternative mehr aufzuweisen hat. Wehner betonte in seinem einleitenden Referat vor der Arbeitsgemeinschaft „Außen-, Wiedervereinigungs- und Sicherheitspolitik“, daß es in einer Reihe wichtiger Grundfragen zur Politik der Adenauerregierung keine Alternative mehr gäbe. Er wandte sich dabei gegen „außenpolitische Alleingänge“ der SPD und forderte die „größtmögliche Übereinstimmung in den Grundfragen“ mit der CDU/CSU.³¹

Unter dem Druck der Wehner, Brandt, Erler u. a. rechter Führer der SPD sanktionierte der Parteitag die Politik der rechten Parteiführung über die Einbeziehung Westdeutschlands in den aggressiven NATO-Block und stimmte prinzipiell der Atomaufrüstung im Bonner Staat zu. In dieser Frage wurde das Godesberger Programm noch übertroffen, wo es hieß: „Atomare und andere Massenvernichtungsmittel sollen weder hergestellt noch verwandt werden.“³² In der Entschließung von Hannover steht dagegen: „Die Bundeswehr muß wirksam ausgestattet und ausgerüstet werden. Auf eine Vermehrung der Zahl der Atommächte und deshalb auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr soll die Bundesrepublik nicht hinwirken.“³³ Damit haben die rechten Führer der SPD sich grundsätzlich auf den Boden der in der Denkschrift der Bonner Nazigenerale dargelegten Position der westdeutschen Militaristen begeben. Auch dort wird von einer wirksamen Bewaffnung der Bundeswehr gesprochen. Während die Generale die atomare Bewaffnung der Bonner Armee fordern, geschieht das bei Brandt und Wehner in etwas verschleierte Form. Sie vertraten auch in Hannover wie schon früher die Konzeption der sogenannten Arbeitsteilung innerhalb der NATO. Das entspricht jedoch ganz und gar dem gegenwärtigen Bestreben von Strauß, auf dem Umweg über die NATO – die NATO als vierte Atommacht – die Atomaufrüstung der Bundeswehr zu erreichen und zur beherrschenden Militärmacht in Westeuropa zu werden.

Brandt erklärte auf dem Parteitag weiterhin, man müsse sich daran gewöhnen, „im Gleichgewicht des Schreckens“ zu leben.³⁴ Damit machte er sich zum Fürsprecher einer Politik des Wettrüstens und unterstützte die von den Politikern der CDU verbreitete Meinung, daß das „atomar-

³¹ Vorwärts, 2. Dezember 1960.

³² Protokoll des Außerordentlichen Parteitages der SPD vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg, S. 528.

³³ Vorwärts, 9. Dezember 1960.

³⁴ Vorwärts, 2. Dezember 1960.

Gleichgewicht“ die beste Garantie für die Sicherung des Friedens sei. Das ist eine Linie, die sich eindeutig gegen die von der Sowjetunion, der Deutschen Demokratischen Republik und den anderen sozialistischen Ländern vorgeschlagene vollständige, allgemeine und kontrollierbare Abrüstung richtet. Sie dient einzig und allein zur Tarnung der forcierten Atomrüstung in den imperialistischen Staaten, insbesondere in Westdeutschland. Die Brandt-Wehner-Gruppe unterstützt damit aktiv den antinationalen Kurs der westdeutschen Militaristen, die durch den Anschluß an die NATO Westdeutschland aus dem Nationalverband herausgerissen haben. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß die Frage, wie unser durch die imperialistischen Westmächte und die westdeutschen Militaristen gespaltenes Land auf friedlichem Wege und in demokratischer Weise wiedervereinigt werden kann, auf dem Parteitag in Hannover so gut wie keine Rolle spielte. Wehner bezeichnete die Vorschläge der Sowjetunion zur Lösung der deutschen Frage als unannehmbar,³⁵ und Brandt setzte dem die Krone auf, indem er verlangte, „den Status quo militärisch zu fixieren“³⁶. Das ist klar und deutlich die Forderung, die Spaltung Deutschlands zu verewigen und die Zugehörigkeit Westdeutschlands zur NATO beizubehalten. Damit wurde auf dem Parteitag in Hannover gleichzeitig die von unserer Partei und ihrem Ersten Sekretär Walter Ulbricht getroffene Feststellung erhärtet, daß die rechten Führer der SPD begreifen mußten, daß ihre bisher als Wiedervereinigungspolitik ausgegebenen Versuche, durch Erpressung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder die DDR zu unterminieren, gescheitert sind. Brandt und Wehner haben auf dem Parteitag in Hannover zur Abrüstung und zum Friedensvertrag eindeutig „Nein“ gesagt. Sie sind auch in der Frage der Wiedervereinigung ganz auf die Position der Bonner Machthaber eingeschwenkt.

Auch in allen anderen Fragen setzten die rechten Führer der SPD systematisch die Linie von Godesberg fort. Sie stimmten prinzipiell der Notstandsgesetzgebung zu, wandten sich gegen die Forderung der IG-Metall nach Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum und stellten sich damit schützend vor das monopolkapitalistische Eigentum in Westdeutschland³⁷ usw. usw. Auf sozial- und kulturpolitischem Gebiet gab es ebenfalls keine Beschlüsse, die eine grundlegende Änderung der bestehenden Verhältnisse in Westdeutschland zum Inhalt hatten. Wenn Brandt sich einerseits für das Wettrüsten aussprach und andererseits eine Verdoppelung des Lebensstandards für die nächsten 20 Jahre versprach, so kann letzteres nur eine leere Wahlversprechung bleiben. Schon die

³⁵ Vgl. ebenda.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Ollenhauer erklärte in seiner Eröffnungsrede auf dem Parteitag in Hannover: „Die Vorstellung, daß die Überführung in Gemeineigentum das zentrale Mittel der öffentlichen Kontrolle sei, haben wir aufgegeben. Das ist nicht aus taktischen Gründen erfolgt, wie manche unserer Gegner behauptet haben ... Diese Entscheidung ist verbindlich für die Gesamtpartei und ihre Mitglieder.“ (Ebenda.)

jüngste Vergangenheit beweist, daß mit den zunehmenden Rüstungsausgaben ein ständiges Absinken des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerung einhergeht.

Die rechten Führer der SPD, die Brandt, Wehner, Erler u. a., hatten sich auf dem Parteitag in Hannover zum Ziel gesetzt, den Parteitag zur einmütigen Bejahung der Atomaufrüstung der westdeutschen Armee zu bringen. Entgegen diesen Absichten kam es in Hannover zu einer teilweise stürmischen Auseinandersetzung über die Haltung der SPD zur atomaren Aufrüstung.

Schon bei der Eröffnungsrede Ollenhauers wurde deutlich, daß selbst unter den streng ausgewählten Delegierten andere Auffassungen vorhanden waren, als es Brandt und Wehner erwartet hatten. Als Ollenhauer erklärte: „Wir lehnen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ab!“, kam es zu starken und lang anhaltenden Beifallskundgebungen.³⁸ Auch in den Auseinandersetzungen über die atomare Bewaffnung in der Arbeitsgemeinschaft „Außen-, Wiedervereinigungs- und Sicherheitspolitik“ sowie im Plenum des Parteitages spiegelte sich diese Stimmung wider.

Mehrere Diskussionsredner sprachen sich in der Arbeitsgemeinschaft gegen die atomare Bewaffnung der Bundesarmee aus. Am klarsten brachte diese Haltung der Delegierte W. Möller (Hessen-Süd) zum Ausdruck, der für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa eintrat und weiterhin sagte: „Eine Opposition, die über keine echte Alternative verfügt, macht keinen besonders attraktiven Eindruck.“³⁹

Offen und brutal traten die Vertreter der Atomwaffenfraktion in der SPD gegen die oppositionellen Sprecher auf. Carlo Schmid sprach von der Notwendigkeit einer strategischen atomaren Abschreckung⁴⁰. Erler beschimpfte die Atomrüstungsgegner und verlangte, daß in der Atomwaffenfrage militärische Argumente in den Vordergrund stehen müßten.⁴¹

Trotz dieses massiven Auftretens der rechten Parteiführer stimmten in der Arbeitsgemeinschaft ein Drittel der Delegierten gegen die vorgelegte Entschließung des Parteivorstandes. Noch stürmischer wurde die Abstimmung zur Entschließung über die „Sicherheitspolitik“, die die schon genannte Formulierung über die Atomaufrüstung enthielt, im Plenum des Parteitages. Vor der Abstimmung hatten 41 Delegierte einen Abänderungsantrag eingebracht, der eine Abschwächung der Entschließung verlangte.⁴² Obwohl auch hier wiederum Brandt und Erler mit drohender Stimme auftraten, wurde dieser Antrag nur mit einer sehr umstrittenen Mehrheit abgelehnt.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Vgl. ebenda.

⁴¹ Vgl. ebenda.

⁴² In diesen Antrag wurde vorgeschlagen, statt der Formulierung „... auf eine Vermehrung der Zahl der Atomkräfte und deshalb auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr soll die Bundesrepublik nicht hinwirken“, aufzunehmen „... darf die Bundesrepublik nicht hinwirken“ (Hervorhebungen von mir – H. K.).

In der Arbeitsgemeinschaft „Wirtschaftspolitik“ kam es ebenfalls zu Auseinandersetzungen, wenn auch nicht in der gleichen Schärfe wie bei der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Hier kritisierten einige Delegierte den Vorschlag des Parteivorstandes, „aus dem Erlös von deutschen Volksaktien eine „Deutsche Nationalstiftung“ zu schaffen. Diese „deutsche Volksaktie“ wurde als eine Kopie der CDU-Propaganda bezeichnet, und der Delegierte Lange (Niederrhein) sagte, es sei nicht zu vertreten, daß man dem Arbeiter zumute, durch den Erwerb einer „Volksaktie“ einen von ihm geschaffenen Wert zu kaufen.⁴³

Zu heftigen Meinungsverschiedenheiten kam es schließlich noch auf Grund der undemokratischen Methoden der Parteiführung bei der Wahl des Parteivorstandes. Vom Präsidium des Parteitages wurde den Delegierten eine Liste mit 29 Kandidaten unterbreitet und erklärt, daß nur *die* Stimmzettel Gültigkeit besitzen sollten, auf denen alle 29 Kandidaten angestrichen würden. Dadurch wollte man verhindern, daß Delegierte ihnen nicht genehme Kandidaten „blockierten“. Dieser Versuch, das demokratische Wahlrecht zu beschneiden, wurde zurückgewiesen.

Die oppositionellen Stimmen, die es in der Diskussion um die hier genannten Fragen auf dem Parteitag der SPD in Hannover gab, widerspiegeln eine breite Stimmung unter den Mitgliedern und zahlreichen Funktionären in der SPD gegen das offene Einschwenken der Brandt-Wehner-Gruppe auf die Linie der Bonner Atomkriegspolitiker. Sie zeigen, daß es innerhalb der Partei eine tiefe Kluft zwischen der rechten Führung und den Mitgliedermassen gibt. Diese Tatsache wird durch die Stellungnahme vieler sozialdemokratischer Mitglieder gegen den Atomwaffenbeschluß des Parteitages bestätigt. Ein sozialdemokratischer Bergarbeiter und Gewerkschaftsfunktionär aus Essen erklärte einem Vertreter des Nachrichtendienstes BPB: „Meine Kollegen und ich sind von den Ergebnissen des SPD-Parteitages in Hannover enttäuscht. Unsere Hoffnung, daß die Delegierten die atomare Bewaffnung der Bundeswehr klar ablehnen und ein zielstrebiges und soziales Wirtschaftsprogramm beschließen werden, hat sich nicht erfüllt.“⁴⁴ Die in Wuppertal erscheinende „Neue Zeitung“ schrieb am 7. Dezember 1960, daß weite Kreise der Öffentlichkeit, einschließlich vieler Sozialdemokraten, über den Beschluß des Parteitages zur atomaren Bewaffnung erschüttert seien. Es könnten noch weitere Beispiele angeführt werden, die von einer großen Enttäuschung innerhalb der sozialdemokratischen Mitgliedschaft über den Parteitag in Hannover zeugen.

Die oppositionellen Delegierten auf dem Parteitag brachten jedoch nur teilweise die tatsächlich vorhandene Stimmung in der Partei, die weit klarer und entschiedener ist, zum Ausdruck. Zum Teil geschah das unter dem unmittelbaren Druck der sozialdemokratischen Mitglieder. Einige

⁴³ Vgl. ebenda.

⁴⁴ Aus unveröffentlichten Materialien.

gaben das in der Diskussion auch unumwunden zu, wenn sie fragten, wie sie in den Parteiorganisationen den Mitgliedern diese Beschlüsse beibringen sollen.⁴⁵ Die Inkohsequenz der Delegierten, die gegen die Entschließung des Parteivorstandes auftraten, drückte sich besonders darin aus, daß sie wohl gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr sprachen, aber die Zugehörigkeit Westdeutschlands zur NATO und die gemeinsame Außenpolitik mit dem Adenauerregime billigten. Sie lehnten die Atomaufrüstung in Westdeutschland ab, ohne jedoch prinzipiell gegen die Gefahr des westdeutschen Militarismus und für eine allgemeine Abrüstung aufzutreten. Es kann somit von keiner entschlossenen und organisierten Opposition und von keiner einheitlichen Plattform auf dem Parteitag in Hannover gesprochen werden.

Auch die Ablehnung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr im Referat Ollenhauers muß unter dem Gesichtspunkt derartiger Stimmungen unter der westdeutschen Bevölkerung und den sozialdemokratischen Mitgliedern gewertet werden. Ollenhauers „Nein“ erfolgte in erster Linie unter dem Druck von unten. Aber nicht der eine ablehnende Satz Ollenhauers bestimmte das Ergebnis des Parteitages, sondern die gefaßten Beschlüsse; denn diese legen die offizielle Politik der Partei fest. Ollenhauer selbst hat nicht nur diesen Beschlüssen zugestimmt, sondern gleichzeitig – unter dem Druck der Brandt und Wehner –⁴⁶ in der Arbeitsgemeinschaft „Außen-, Wiedervereinigungs- und Sicherheitspolitik“ seine „volle Übereinstimmung“ mit der Entschließung des Parteivorstandes bekundet. Er forderte die Delegierten auf, die Entschließung in der vorliegenden Fassung anzunehmen „als der konkrete Ausdruck unseres politischen Willens auf diesem Gebiet“⁴⁷.

Es braucht hier nicht länger erläutert zu werden, daß dieses Einschwenken Ollenhauers auf den Kurs von Brandt und Wehner nur dazu dienen konnte, die sozialdemokratischen Mitglieder zu verwirren. Diese Haltung war und ist objektiv eine Hilfestellung für die Atomkriegsfraktion innerhalb der SPD.

Zu den Ergebnissen des Parteitages der SPD in Hannover wird in der Entschließung des Zentralkomitees der SED über die Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien festgestellt: „Die rechten SPD-Führer haben auf dem Parteitag in Hannover ihre Rolle als Anhängsel der NATO demonstriert und faktisch die Atomrüstung anerkannt. Damit hat der Atomkriegsminister Strauß sein Ziel erreicht, mit Hilfe der berchtig-

⁴⁵ Vgl. Vorwärts, 2. Dezember 1960.

⁴⁶ Die „Neue Ruhr-Zeitung“ schrieb am 24. November 1960 dazu: „Herbert Wehner hatte alle Hände voll zu tun, um mündlich mit Ollenhauer und telefonisch mit Willi Brandt in Berlin die Gegensätze auszubgeln. Wie es die nächtliche Aussprache vorsah, meldete sich gestern früh Ollenhauer als erster Diskussionsredner und sprach für die Annahme des Entwurfs, den er am Vortage mindestens der Wirkung nach – Frage gestellt hatte.“

⁴⁷ Vorwärts, 2. Dezember 1960.

ten Denkschrift des Bonner Generalstabs die SPD-Führer zur Kapitulation zu bringen.⁴⁸

Für diese Entwicklung der rechten Führer der SPD zur völligen Preisgabe der geringsten Ansätze einer selbständigen Politik und zum offenen Bündnis mit den reaktionärsten militaristischen und imperialistischen Kräften gibt es verschiedene Gründe. Viele von ihnen wie Brandt, Deist u. a. gehören als hohe Staatsbeamte, Mitglieder von Aufsichtsräten, Arbeitsdirektoren und Aktienbesitzer unmittelbar zu den besitzenden Klassen im Bonner Staat. Nur wenige in der Parteiführung können auf eine langjährige Tradition als sozialdemokratische Funktionäre zurückblicken. Die meisten kamen nach 1945 in führende Funktionen der SPD, ohne die geringste Erfahrung in der Arbeiterbewegung zu besitzen. Ihnen kam es nur auf einen entsprechenden Posten mit der dazu gehörigen Bezahlung an. Für die Belange der Arbeiter hatten sie seit eh und je nichts übrig.

Die ideologische Grundlage, die die Brandt und Wehner mit Adenauer und Strauß verbindet, ist ihr eingefleischter Haß gegen den Kommunismus und die sozialistischen Länder. Der Antikommunismus ist das Band, das die rechten Führer der SPD mit den reaktionären imperialistischen Kräften vereint und an diese Kräfte fesselt. In diesem Punkt gibt es auch nicht den geringsten Unterschied und nicht die geringste Differenzierung zwischen den Befürwortern der atomaren Bewaffnung von Hannover und den Verfassern der Generalsdenkschrift. Es ist deshalb auch nicht zufällig, daß zu den Dokumenten, die den verhängnisvollen Weg der rechten Führer der SPD charakterisieren, das antikommunistische Pamphlet „Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus“ gehört. In diesem Machwerk, das eine einzige Verleumdung darstellt, werden jegliche Kontakte mit den Klassenbrüdern in der DDR abgelehnt und jedem sozialdemokratischen Mitglied mit Ausschluß aus der SPD gedroht, falls es an einer Delegationsreise in die sozialistischen Länder oder an einer Veranstaltung in der DDR ohne Wissen der Parteiführung teilnimmt.⁴⁹

Der Antikommunismus war ein Grundzug in den Reden der Parteiführung und in den Beschlüssen des Parteitages in Hannover. In dieser Frage gab es in Hannover keine Auseinandersetzungen. Selbst die Delegierten, die in der Frage der atomaren Bewaffnung gegen die rechten Führer auftraten, nahmen die antikommunistischen Ausfälle von Brandt, Wehner, Erler und besonders der Westberliner Delegierten wie Mattick, Mattis u. a. widerspruchslos hin. Die Hetze gegen die sozialistischen Länder, insbesondere die Verleumdungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik bildeten fast ausschließlich den Ausgangspunkt für die Propagierung der militaristischen Konzeptionen durch die rechten Führer auf dem Parteitag. Aus diesem Grunde konnte die Opposi-

⁴⁸ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Referat Walter Ulbricht und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.–17. Dezember 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 186.

⁴⁹ Pressemitteilungen und Informationen der SPD, 1. Februar 1960.

tion, die sich passiv gegenüber dem Antikommunismus Brandts und Wehners verhielt, nicht entschieden und konstruktiv sein. Im Gegenteil, diese passive Haltung zum Wesenszug der reaktionären Politik der rechten Führer war einer der wesentlichsten Gründe, warum Brandt und Wehner in Hannover ihre Linie durchsetzen konnten.

Es steht außer Zweifel, daß die Entwicklung der rechten Parteiführung der SPD zu offenen und unmittelbaren Helfern von Adenauer und Strauß und die Tatsache, daß die Linie dieser Leute sich auf dem Parteitag in Hannover durchsetzen konnte, ein schwerer Schlag gegen die Arbeiterbewegung in Westdeutschland ist. Aber die imperialistische Bourgeoisie hat wohl einen Teil des oberen Apparates der SPD und der Gewerkschaften gewonnen, wie Walter Ulbricht auf dem 11. Plenum betonte, „aber die Masse der Mitglieder der Sozialdemokratie und ihre Orts- und Kreisorganisationen führen zum großen Teil den Kampf gegen den Atomtod, gegen die NATO-Politik, für Frieden, Demokratie und Sozialismus weiter“.⁵⁰ Die Kampfbereitschaft dieser Teile der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre bietet reale Möglichkeiten für ein gemeinsames Handeln zur Bändigung des Militarismus in Westdeutschland. Die schändliche Kapitulation der rechten Führer in der SPD vor der Atomkriegspolitik des Bonner Regimes macht die Aktionsgemeinschaft der gesamten deutschen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen dringender denn je, macht sie zu einer Lebensfrage unseres Volkes.

⁵⁰ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien . . . , S. 162/163.

Friedrich Engels' Hilfe für die deutsche Sozialdemokratie im Kampf gegen den Opportunismus in der Bauernfrage in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts

Am 24. August 1960 verabschiedete der SPD-Vorstand auf der Grundlage des Godesberger Grundsatzprogramms seine agrarpolitischen Richtlinien, in denen er sich auch in der Agrarpolitik bedingungslos der Adenauer-CDU unterwirft. Diese Richtlinien sind der Beweis dafür, daß auch in der Agrarpolitik der sogenannte dritte Weg in die Straße der Imperialisten und Militaristen mündete. Offen wird die Linie der NATO bezogen, die aus der westdeutschen Landwirtschaft ein Versorgungszentrum für ihre aggressiven Streitkräfte machen will. Darum erklären die reformistischen Führer in den Richtlinien es als „die vordringlichste Aufgabe der Agrarpolitik, die Anpassung an strukturelle Veränderungen zu beschleunigen“¹. Was ist darunter zu verstehen? Nichts anderes, als daß die rechte SPD-Führung vorbehaltlos das Legen der Klein- und Mittelbauern in Westdeutschland unterstützt, um „leistungsfähige Familienbetriebe“ von 30 ha und darüber zu schaffen, also ausgesprochen kapitalistische Großbauernwirtschaften. Der Vorsitzende des Agrarpolitischen Ausschusses der SPD, Bundestagsabgeordneter Herbert Kriedemann, faßte diesen „Anpassungsprozeß“ brutal in der These zusammen: „Schärferer Ausleseprozeß im Wege der Pleite.“²

Das ist die Perspektive, die die rechten SPD-Führer heute der werktätigen Bauernschaft Westdeutschlands geben. Und als Hohn auf dieses Programm des Bauernlegens finden wir dann die Worte: „... das private Eigentum des Bauern am Boden (wird) bejaht.“³

Es zeigt sich einmal mehr, daß in Deutschland nur die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands in der Lage sind, allen Schichten des Volkes eine wirkliche Perspektive zu geben, die in der Überwindung des Militarismus und Imperialismus, in der Schaffung wirklich demokratischer Verhältnisse in Westdeutschland und dem Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik besteht. Es zeigt sich einmal mehr, daß die rechte SPD-Führung alle guten Traditionen der alten deutschen Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts, die diese auch in der Agrarpolitik hatte, verraten hat und auf die Positionen der größten Feinde der werktätigen Bauern übergegangen

¹ Zit. in: Bruno Wagner: Bauer Krägenbring und der Sozialismus. Neues Deutschland (B), 22. September 1960.

² Süddeutsche Zeitung, 12. Juli 1960.

³ Zit. in: Neues Deutschland (B), 22. September 1960.

ist, daß die revolutionären Traditionen der alten Sozialdemokratie nur von der SED und KPD bewahrt, fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, schätzte auf dem 8. Plenum des ZK der SED die Agrarpolitik der SPD-Führung, wie sie im Godesberger Grundsatzprogramm niedergelegt wurde, folgendermaßen ein: „Das bedeutet die vollständige Aufgabe einer selbständigen Bauernpolitik der SPD und Unterordnung unter das Programm Adenauers. Was würden wohl August Bebel und Wilhelm Liebknecht zu einem solchen die Bauern mißachtenden und bauernfeindlichen Programm sagen? Trotz mancher Unklarheiten, die es bei ihnen in der Bauernfrage gab, war eines immer unumstößliches Gesetz: Die endgültige Befreiung aus Not und Elend finden die Bauern, so wie das Marx und Engels die Arbeiterklasse lehrten, erst im Sozialismus.“⁴

Im folgenden soll versucht werden nachzuweisen, wie in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts die revolutionären Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie unter unmittelbarer Anleitung und Hilfe Friedrich Engels' die Angriffe der Opportunisten, die gerade in jener Zeit des unmittelbaren Übergangs zum Imperialismus an Schärfe und Konzentriertheit zunahmen, auf die marxistischen Auffassungen in der Agrarpolitik zurückwiesen. Marx und Engels hatten bei ihrer Untersuchung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nachgewiesen, daß sich die kapitalistische Entwicklung in der Landwirtschaft – wenn auch langsamer – nach den gleichen ökonomischen Gesetzen vollzieht wie in der Industrie. Als Folge dieser Entwicklung zerfällt die Bauernschaft als einheitliche Grundklasse der feudalistischen Gesellschaft, wobei der größte Teil ruiniert und ins Proletariat hinabgestoßen wird. Auf Grund des dem Kapitalismus immanenten Konzentrationsgesetzes, das – wie Marx und Engels bewiesen – auch in der Landwirtschaft wirkt, vollzieht sich eine ständig zunehmende Verdrängung des Kleinbetriebs durch den ökonomisch überlegenen Großbetrieb. Gleichzeitig lehrten Marx und Engels die revolutionäre Arbeiterpartei, den werktätigen Bauern, soweit das im Kapitalismus möglich ist, ihr schweres Los zu erleichtern und sich für ihre Interessen als Ausgebeutete und Unterdrückte einzusetzen. Ihre endgültige Befreiung sei jedoch erst im Sozialismus möglich, wo den Bauern auf dem Wege der Genossenschaft auch alle Vorzüge des modernen Großbetriebes zugute kommen. Marx und Engels sahen die Lösung der Bauernfrage also stets in enger Verbindung mit dem Sturz der Ausbeuterordnung und der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Daraus ergibt sich auch in erster Linie die Notwendigkeit und Bedeutung eines engen Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft.

Die in den Jahren 1894/95 in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geführten Auseinandersetzungen um die Bauernfrage wurden meines Wissens in der marxistischen Literatur in Deutschland bisher kaum

⁴ Der Kampf der sozialistischen Staaten für einen Überfluß an landwirtschaftlicher Produkten und die Erhöhung der Marktproduktion der LPG in der DDR, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 153.

behandelt, wenn man von dem im Dietz Verlag, Berlin 1959, erschienenen Buch „Die Bodenreformpolitik der SPD“ von Bruno Wagner absieht, wo der Autor in der Einleitung diesem Problem einen Abschnitt widmet, wobei m. E. nicht alle Einschätzungen zutreffend sind.⁵

In Westdeutschland erschienen in den letzten Jahren von bürgerlicher Seite einige Publikationen⁶, die dieses Problem mit behandeln bzw. streifen, wobei übereinstimmend die Tendenz zum Ausdruck kommt, die opportunistischen Angriffe auf die Agrarpolitik der Partei zu rechtfertigen und gutzuheißen.

Als Marx und Engels die Erfahrungen der Revolution von 1848 auswerteten, zogen sie auch wichtige Schlußfolgerungen für das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bauernschaft. Nicht zufällig schrieb und veröffentlichte Friedrich Engels 1850 seine Arbeit „Der deutsche Bauernkrieg“⁷, sah er doch darin eine gute Gelegenheit, eine wichtige Frage der Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung zu behandeln: die Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft. Kurz darauf schrieb Karl Marx die Arbeit „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, worin er u. a. die Schlußfolgerung zog, daß die Bauern, nachdem es offensichtlich geworden war, daß ihre Interessen im Gegensatz zu den Interessen der Bourgeoisie stehen, „ihren natürlichen Verbündeten und Führer in dem städtischen Proletariat, dessen Aufgabe der Umsturz der bürgerlichen Ordnung ist“⁸, finden müssen.

Bekannt ist auch der Brief von Karl Marx an Friedrich Engels vom 16. April 1856, worin er schrieb, daß die künftige Revolution in Deutschland abhängen wird von der Möglichkeit, „to back the Proletarian revolution by some second edition of the Peasants' war“ (die proletarische Revolution durch irgendeine zweite Auflage des Bauernkrieges zu unterstützen)⁹.

1870 versah Engels den „Bauernkrieg“ mit einem Vorwort, in dem er — entgegen der Lassalleschen sektiererischen Losung von der „einen reaktionären Masse“ — den deutschen Arbeitern die klare Direktive gab: „Die ausschließlich und lebenslänglich auf den Arbeitslohn angewiesene Klasse

⁵ Vgl. die Rezension dieses Buches in Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Heft 3, S. 625 ff.

⁶ Vgl. u. a. David Mitrany: Marxismus und Bauerntum, München 1956. — Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900, Berlin-Dahlem 1959. — Reinhard Jansen: Georg Vollmar. Eine politische Biographie. Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1958. Vgl. auch die Auseinandersetzung mit diesem Buch von Dieter Fricke in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1958, Heft 5, S. 1158 ff.

⁷ Vgl. Werner Müller: Der Bauern Fron und Freiheit. Was uns Friedrich Engels' Schrift „Der deutsche Bauernkrieg“ heute zu sagen hat. In: Neues Deutschland (B), 5. August 1960.

⁸ Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 312.

⁹ Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 426.

bildet noch immer bei weitem nicht die Mehrzahl des deutschen Volkes. Sie ist also auch auf Bundesgenossen angewiesen. Und diese können nur gesucht werden unter den ... kleinen Bauern und Ackerbautagelöhnern.“¹⁰

Auch in den späteren Jahren wurde Friedrich Engels nicht müde, die deutsche Arbeiterbewegung darauf hinzuweisen, daß es notwendig ist, die Landarbeiter und kleinen Bauern für den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, Junker und Großkapitalist, zu gewinnen. So erschienen 1883 seine Schrift „Die Mark“ und 1886 seine Untersuchung „Zur Geschichte der preußischen Bauern“. Auch in seinen Briefen an August Bebel taucht dieser Gedanke immer wieder auf, wobei Engels mehrmals betonte, welche große Bedeutung die Losung von der Bildung von Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft für die Massenpolitik der Partei hatte.¹¹

In der deutschen Sozialdemokratie fanden diese Hinweise einen günstigen Boden. Sie verstärkte unter den schwierigen Bedingungen des Sozialistengesetzes die Agitationsarbeit auf dem Land. In der Landtagswahl 1886 in Sachsen stellte die Sozialdemokratische Partei zum erstenmal und als einzige Partei die demokratische Forderung nach Aufhebung der Gesindeordnung in ihrem Wahlprogramm auf und machte so die Sache der am stärksten unterdrückten Bevölkerungsschicht zu ihrer eigenen.¹² In Flugblattaktionen wurden der Landbevölkerung die Ziele der Sozialdemokratie erklärt. Ungeachtet der Hetze und Verfolgung durch die Junker und ihre Polizei wurde die Wahrheit in das Dorf getragen. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1887 und 1890 zeigten schon die ersten Erfolge in dieser Richtung. In einer ganzen Anzahl von ländlichen Wahlkreisen, z. B. in Mecklenburg, Pommern, Schleswig-Holstein und Westfalen kamen die sozialdemokratischen Kandidaten sogar bis in die Stichwahl.¹³

In der Praxis hatte die Partei die sektiererische These von der „einen reaktionären Masse“ ihres Gothaer Programms schon weitgehend überwunden. Im Erfurter Programm von 1891 wurde der Lassalleanismus in der Bauernfrage auch theoretisch überwunden. Es wurde die Gesetzmäßigkeit des Untergangs des bäuerlichen Kleinbetriebes im Kapitalismus betont und festgestellt, daß die kapitalistische Entwicklung nicht nur für das Proletariat, sondern auch für die Mittelschichten einschließlich der Bauern „wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung“¹⁴ bringt. Das

¹⁰ Friedrich Engels: Der deutsche Bauernkrieg, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 15/16.

¹¹ Vgl. Friedrich Engels: Briefe an Bebel, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 103, 104 und 123.

¹² Vgl. Heinrich Gemkow: Friedrich Engels' Hilfe beim Sieg der deutschen Sozialdemokratie über das Sozialistengesetz. In: Schriftenreihe Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Heft 9, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 143.

¹³ Näheres über sozialdemokratische Wahlerfolge vgl. ebenda, S. 132–147.

¹⁴ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. 3.

gemeinsame Interesse an der Überwindung derartiger unmenschlicher Zustände ermöglicht in erster Linie das Bündnis von Proletariat und Bauernschaft. Diese Schlußfolgerung wurde allerdings im Programm und auf dem Parteitag nicht klar formuliert.

Ab 1890 liefen auf jedem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Dutzende von Anträgen ein, die eine intensivere Landagitation forderten. Auf dem Parteitag in Köln 1893 wurde diese Frage besonders ausgiebig diskutiert. Man forderte mehr geschulte Redner für Versammlungen in den Landgebieten, populär geschriebene Flugblätter und Broschüren, die den Landarbeitern und den Bauern die Ziele der Sozialdemokratie erläutern sollten, und statistisches Material über die Lage der Landbevölkerung, das für eine fruchtbare Landagitation unentbehrlich war.¹⁵ Aus allen Anträgen ist das Bemühen zu erkennen, den Einfluß der Partei auch auf das flache Land auszudehnen, aber auch die Unsicherheit in grundsätzlichen Fragen der marxistischen Agrarpolitik. Die Ausführungen im Erfurter Programm, die selbstverständlich nur allgemein gehalten sein konnten, reichten nicht aus; die Parteimitglieder verlangten konkrete Richtlinien. Diesen Forderungen entsprechend beschloß der Parteitag, auf dem Parteitag von 1894 die Agrarfrage als besonderen Tagesordnungspunkt zu behandeln.¹⁶ Schoenlank und Vollmar wurden mit der Berichterstattung beauftragt.

Schon bei der Vorbereitung dieses Parteitages begannen die vor allem in Süddeutschland stark konzentrierten Opportunisten ernsthafte Angriffe auf die marxistischen Anschauungen in der Agrarfrage. So schrieb Eduard David in der Wochenzeitung „Der Sozialdemokrat“ eine Artikelserie zur sozialdemokratischen Landagitation¹⁷, in der bereits der Gedanke von der Überlegenheit des bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebes über den Großbetrieb in der Landwirtschaft anklang.¹⁸ Dieser Gedanke, der die Anwendbarkeit der ökonomischen Lehren von Marx auf die Landwirtschaft bestritt, wurde von David selbst und anderen Revisionisten immer wieder aufgegriffen.¹⁹ Bezeichnend für Davids Opportunismus ist auch die Formu-

¹⁵ Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Köln vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 19, 113–115, 121–124, 128, 134–135, 144 u. a.

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 243.

¹⁷ Vgl. Der Sozialdemokrat. Wochenblatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 9. August bis 27. September 1894.

¹⁸ Vgl. Der Sozialdemokrat, 20. September 1894.

¹⁹ Diese revisionistische These wurde in der Parteipresse, vor allem in der „Neuen Zeit“, zurückgewiesen. — Vgl. Die Neue Zeit, 13. Jg. 1894/95, Zweiter Band, S. 481 ff., 715 ff., 818 ff.; 14. Jg. 1895/96, Erster Band, S. 45 ff. Nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der allgemeinen Berufs- und Gewerbezahlung vom 14. Juni 1895 erhielten die Revisionisten neues Wasser auf ihre Mühlen, weil die statistischen Angaben ihnen recht zu geben schienen. Kautsky setzte sich in seiner 1899 in Stuttgart erschienenen „Agrarfrage“ auch mit diesen Angaben auseinander. Er wies nach, daß diese Statistik nicht die wirkliche Bewegung in der Landwirtschaft widerspiegelte (vgl. S. 137), und verteidigte die marxistische Lehre von der Überlegenheit des Großbetriebes, die Marxsche Konzentrationstheorie. Dabei war jedoch seine Polemik gegen

lierung: „Die Landwirtschaft wächst auf ihre besondere Art in den Zukunftsstaat hinein.“²⁰ Auch scheint es mir nicht zufällig, daß am 18. Oktober 1894, drei Tage vor Beginn des Parteitages, im „Sozialdemokrat“ die Agrarprogramme der französischen Sozialistischen Partei von 1892 und 1894 abgedruckt wurden. Besonders das letztere war ein ausgesprochen opportunistisches Programm, das von Engels entschieden verurteilt wurde.²¹

Auch auf dem Parteitag selbst befanden sich bei dem Tagesordnungspunkt „Agrarfrage und Sozialdemokratie“ die Opportunisten in der Offensive. Wie David 1903 schrieb, sollte in Frankfurt durch einen massiven Vorstoß versucht werden, mit den alten – sprich marxistischen – Anschauungen zu brechen.²² Schoenlank und Vollmar überrumpelten den Parteitag mit Referaten und einer Resolution, in denen verlangt wurde, „den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner und als Landwirt“²³ zu schützen. Besonders Vollmar trat als entschiedener Verfechter des staatlichen Bauernschutzes auf. Die Forderung nach staatlichem Bauernschutz bedeutete nichts anderes, als dem reaktionären junkerlich-bourgeois Staat neue Machtmittel zur Unterdrückung der werktätigen Bauern in die Hände zu geben. Die Bauernschutzforderungen waren nicht geeignet, die werktätigen Bauern zum Kampf gegen ihre junkerlichen und großbürgerlichen Unterdrücker zu mobilisieren, sondern dienten im Gegenteil ihrer Beschwichtigung und der Konservierung ihrer rückständigen Wirtschaftsweise. Engels schätzte sie als einen Versuch ein, „nicht seine (des Kleinbauern – F. Z.) Freiheit, sondern nur die besondere Form seiner Knecht-

die Revisionisten nicht frei von Inkonsequenz und Zugeständnissen. – Vergleiche B. I. Korolew: Борьба В. И. Ленина против ревизионизма и оппортунизма в крестьянском вопросе (1899–1907 гг.). «История СССР».

(B. I. Korolew: Der Kampf W. I. Lenins gegen den Revisionismus und Opportunismus in der Bauernfrage. In: Geschichte der UdSSR, 1960, Heft 2, S. 137). Es blieb Lenin vorbehalten, diese revisionistischen Ansichten gründlich zu zerschlagen und den Klassencharakter der bürgerlichen Statistik nachzuweisen. – Vgl. W. I. Lenin: Die Agrarfrage und die „Marxkritiker“. In: Werke, Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 97–221. Angesichts des forcierten Bauernlegens heute in Westdeutschland wagt kein Revisionist mehr, die Gültigkeit der marxistischen Ansichten über die Verdrängung und Ruinierung der werktätigen Bauern im Kapitalismus zu leugnen. – Vgl. dazu G. Seidel: Die Genossenschaft macht frei. In: Neues Deutschland (B), 9. Dezember 1959.

²⁰ Der Sozialdemokrat, 20. September 1894.

²¹ Vgl. Engels an F. A. Sorge, 10. November 1894. In: Karl Marx/Friedrich Engels. Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 575. – Engels an Paul Lafargue, 22. November 1894. In: Friedrich Engels. Paul et Laura Lafargue. Correspondance. Bd. III (1891–1895), Paris 1959, S. 373–375. – Vgl. auch die Erklärung von Engels in Berliner „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, vom 16. November 1894, wo er sich ebenfalls scharf von diesem Programm distanzierte. Eine gründliche Auseinandersetzung mit den Tendenzen dieses Programms finden wir in Engels' „Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“.

²² Vgl. Eduard David: Sozialismus und Landwirtschaft, 2. Aufl., Leipzig 1922, S. 15.

²³ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abgehalten zu Frankfurt a. M. vom 21. bis 27. Oktober 1894. Berlin 1894, S. 135.

schaft“²⁴ zu schützen. Mit seinem Bauernschutzprogramm stellte sich Vollmar auf den Boden der bestehenden Ausbeuterordnung. Nicht zufällig verschwiegen Vollmar, aber auch Schoenlank in ihren Referaten und in der Resolution die Hauptforderung einer marxistischen Agrarpolitik, die bisher von der deutschen Sozialdemokratie stets als ihr Endziel proklamiert worden war: die Verwandlung von Grund und Boden in Gemeineigentum. Vollmar umging die Differenzierung in der Bauernschaft; den bayrischen Mittel- und Großbauern, der Landarbeiter ausbeutete, wollte er für die Sozialdemokratie gewinnen, an ihre Knechte und Mägde dachte er nicht. Er warnte davor, den Bauern vom Achtstundentag zu erzählen.²⁵ Dieses Auftreten Vollmars war, wie Engels in seinem Brief an Liebknecht vom 24. November 1894 schrieb, auf opportunistischen „Bauernfang“ berechnet und ging „schon über das Kleinbürgerliche hinaus nach rechts“.²⁶

Grundlage des Vollmarschen Auftretens war – wie bei David – der Glaube an die Überlegenheit des bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebes gegenüber dem landwirtschaftlichen Großbetrieb. Deshalb seine Forderung nach staatlichem Schutz der Bauernwirtschaft, die er auch als die günstigste Wirtschaftsform im Sozialismus betrachtete.²⁷

Vollmar versuchte seine opportunistischen Ansichten mit dem Hinweis zu stützen, daß auch in anderen sozialistischen Parteien, besonders in Frankreich, Bauernschutzprogramme angenommen worden seien. Mit der demagogischen Bemerkung, „daß sich die französischen Genossen meines Wissens der Billigung ihres Vorgehens durch Friedrich Engels versichert haben“²⁸, beeinflusste Vollmar m. E. nicht unbedeutend die Fehlentscheidung des Parteitages,²⁹ der nach kurzer, bald durch Schlußantrag abgebrochener Diskussion, die Schoenlank-Vollmarsche Resolution mit großer Mehrheit annahm. August Bebel, der gegen Vollmar auftreten

²⁴ Friedrich Engels: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 401.

²⁵ Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages zu Frankfurt, S. 155.

²⁶ Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II/2, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 1328.

²⁷ Vgl. dazu auch Bruno Wagner: Die Bodenreformpolitik der SPD, S. 33.

²⁸ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages zu Frankfurt, S. 151. – Bekanntlich verwahrte sich Friedrich Engels in einer dementierenden Erklärung (Vorwärts, 16. November 1894) gegen den Mißbrauch seiner Autorität durch die Opportunisten. Diese Erklärung ist auch als Fußnote im Protokoll des Frankfurter Parteitages, S. 151, enthalten.

²⁹ Im „Vorwärts“ vom 10. November 1894 findet sich im Leitartikel ein interessantes Zitat aus der bürgerlichen „Kölnischen Volks-Zeitung“, worin vom Widerstand in der Sozialdemokratie gegen Vollmars Ansichten gesprochen wird, der sich aber, „nachdem Engels gesprochen, wohl fügen müssen“ wird. Friedrich Engels bezieht sich in seiner Erklärung auch auf diese Tatsache. – Vgl. auch Kautskys Brief an Engels, 14. November 1894, worin er ihn bittet, gegen den Mißbrauch seiner Autorität durch Vollmar Stellung zu nehmen, um der Partei im Kampf gegen den Opportunismus zu helfen. In: Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky, zweite, durch die Briefe Karl Kautskys vervollständigte Ausgabe von „Aus der Frühzeit des Marxismus“. Hrsg. und bearbeitet von Benedikt Kautsky, Wien 1955, S. 413.

wollte³⁰, kam nicht zu Wort. Desgleichen wurde der Antrag angenommen, eine Agrarkommission zu bilden, die dem nächsten Parteitag ihre Vorschläge zur Agrarfrage vorlegen sollte.³¹

Es war offensichtlich, daß der Frankfurter Parteitag, nachdem es schon bei der Diskussion um die prinzipienlose Zustimmung der bayrischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion unter Vollmar zum Gesamtbudget der bayrischen Regierung zu keiner beschlußmäßigen Verurteilung dieses opportunistischen Kuhhandels gekommen war, bei der Behandlung der Agrarfrage nicht auf der Höhe seiner Aufgaben stand. In der Auseinandersetzung nach dem Parteitag wurde nachgewiesen, daß Vollmars Auftreten in der Agrarfrage wie in der Budgetfrage eng miteinander zusammenhing. Engels schrieb am 24. November 1894 an Wilhelm Liebknecht dazu: „... in der ganzen Debatte handelt es sich schließlich nur um die in diesen beiden Punkten gipfelnde Aktion der Bayern: um den Opportunismus der Budgetbewilligung als Kleinbürgerfang und den Opportunismus der Vollmarschen Landpropaganda zum Fang der Mittel- und Großbauern.“³² Der Parteitag behandelte die Agrarfrage, diesen wichtigen Punkt der Tagesordnung, fast am Schluß seiner Beratungen in wenigen Stunden. Zu einer eigentlichen Diskussion kam es durch den angenommenen Schlußantrag gar nicht. Die Auseinandersetzung über diese Frage, vor allem mit Vollmar, begann erst nach dem Parteitag.

Im „Vorwärts“ vom 8. November 1894 wird über den Verlauf einiger Berliner Wahlkreisversammlungen berichtet, die zum Frankfurter Parteitag Stellung nahmen, wobei sie sich gegen Vollmars Opportunismus sowohl in der Budget- als auch in der Agrarfrage aussprachen. Auf diese Unzufriedenheit großer Teile der Mitglieder der Partei konnte sich August Bebel stützen, als er am 14. November auf der Fortsetzung der Berichtsversammlung des II. Berliner Wahlkreises scharf gegen Vollmars „Bauernfängerei“ auftrat.³³ Auch die schon erwähnte Erklärung von Engels vom 12. November 1894, die Bebel schon bekannt gewesen sein dürfte,³⁴ hat ihn sicher in seinem Auftreten gegen alle opportunistischen Versuche zur Verwässerung der Parteipolitik bestärkt.

Bebel kritisierte vor allem, daß in Vollmars, aber auch in Schoenlanks Referat und in der Resolution das letzte Ziel der Sozialdemokratie, „die Verwandlung von Grund und Boden in Gemeineigentum“, verschwiegen

³⁰ Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages zu Frankfurt, S. 116.

³¹ Vgl. ebenda, S. 157/158. — Der Agrarkommission gehörten 15 Mitglieder an, darunter Bebel, Liebknecht, Vollmar, David, Quarek, Schoenlank und Schippel.

³² Marx/Engels/Lenin Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II/2, S. 1328.

³³ Der Bericht über diese Versammlung und der Wortlaut der Rede Bebels wurden im „Vorwärts“ vom 16. November 1894 veröffentlicht.

³⁴ Darauf lassen seine Bemerkungen schließen, daß er sich auf die Meinung von „Genossen im Auslande“ stütze, die genau wie er „einen unbefriedigenden Eindruck vom Parteitage“ haben würden. Technisch lag das durchaus im Bereich des Möglichen, da die Post von London nach Deutschland in der Regel nur zwei Tage ging. — Vgl. Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky, S. 414–417.

worden sei. „Man will in erster Linie neue Anhänger gewinnen um jeden Preis. Um das zu erreichen, macht man Konzessionen nach allen Seiten hin, verwischt man den rein proletarischen Charakter der Partei, steckt häufig die Forderung des Klassenkampfes in die Rocktasche.“ Dieses Beschränken auf die nächsten Forderungen, dieses Außerachtlassen des Endzieles bezeichnete Bebel sehr richtig als reinsten Opportunismus.

Dieses konsequente Auftreten Bebels rief in der Partei eine heftige Diskussion hervor. Vollmar und seine Anhänger versuchten durch eine regelrechte Diffamierung Bebels, die Diskussion vom sachlichen auf das persönliche Gleis zu schieben und Bebel zu isolieren.³⁵ Das gelang den Opportunisten jedoch nicht. In mehreren Artikeln im „Vorwärts“ führte Bebel die Auseinandersetzung auf die Grundfragen zurück und zerschlug die opportunistischen Ansichten.³⁶ Dabei stand Bebel nicht allein. Die überwiegende Mehrheit der Partei unterstützte ihn in der Erkenntnis, daß es um grundsätzliche Fragen der Strategie und Taktik der Partei ging. Der weitaus größte Teil der örtlichen Parteizeitungen und Berichtsversammlungen in ganz Deutschland stellte sich rückhaltlos hinter Bebel.³⁷ In dieser von Bebel begonnenen klärenden Auseinandersetzung mit den Opportunisten in der Agrarfrage wurde von der Masse der Partei die falsche Entscheidung des Frankfurter Parteitags faktisch korrigiert und gleichzeitig die Voraussetzung geschaffen, auf dem nächsten Parteitag die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Kautsky, damals noch Marxist, nahm in einem Artikel in der „Neuen Zeit“ ebenfalls gegen den Opportunismus in der Agrarfrage Stellung.³⁸

Bebel wurde auch von den marxistischen Kräften in der Parteiführung und nicht zuletzt von Friedrich Engels tatkräftig unterstützt. Paul Singer, mit Bebel Parteivorsitzender, schrieb z. B. am 16. November 1894 an Victor Adler: „Wir sind hier fest entschlossen, unter keinen Umständen zu dulden, daß August (Bebel — F. Z.) etwa gedemütigt oder gedrückt wird. Ich habe den Alten (W. Liebknecht — F. Z.) jetzt festgemacht u. Nazis

³⁵ Vgl. Vorwärts, 20., 23. und vor allem 24. November 1894. — Die gleiche Absicht ist in Gerhard A. Ritters Buch „Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich“, S. 133/134, zu erkennen, wo u. a. von „überscharfen Angriffen Bebels“ die Rede ist und davon, daß „Bebel ... weitgehend isoliert“ gewesen sei. — Vgl. auch Reinhard Jansen: Georg von Vollmar, S. 55.

³⁶ Vgl. Vorwärts, 28., 29., 30. November und 1. Dezember 1894.

³⁷ Vgl. Der Sozialdemokrat, 29. November, 6. und 13. Dezember 1894, wo Zusammenstellungen von sozialdemokratischen Pressestimmen und Berichten von Versammlungen enthalten sind. So stellte eine sozialdemokratische Versammlung in Quedlinburg fest: „In Bebels Verhalten nach dem Parteitag erblicken wir notwendige Klärung“ (Der Sozialdemokrat, 6. Dezember 1894). Und im „Stettiner Volks-Boten“ hieß es: „Voll und ganz hat aber Genosse Bebel mit seiner Kritik über die auf dem Parteitag angenommene *Agrarresolution* recht“ (ebenda). — In den meisten der zitierten Pressestimmen wird auch energisch gegen die persönliche Diffamierung Bebels durch die Opportunisten protestiert. Bezeichnenderweise gehen weder R. Jansen noch G. A. Ritter in ihren Büchern auf dieses Echo in der Partei, das offensichtlich nicht in ihre Konzeption paßt, ein.

³⁸ Die Neue Zeit, 13. Jg. 1894/95, Erster Band, S. 278 ff.

(Auer — F. Z.) sind wir sicher... Es darf nichts geschehen, was Bebels Stellung erschwert oder gar unmöglich macht.“³⁹

Friedrich Engels stellte sich in mehreren Briefen an W. Liebknecht, F. A. Sorge und Kautsky entschieden auf die Seite August Bebels. In dem schon erwähnten Brief an Liebknecht vom 24. November 1894, von dem Bebel eine Abschrift bekam,⁴⁰ schrieb Engels, nachdem er die Vollmarsche Landpropaganda als „Opportunismus“ und „Fang der Mittel- und Großbauern“ eingeschätzt hatte, zum Auftreten Bebels nach dem Parteitag: „... und wenn B[ebel] hier ansetzt, wo der Parteitag die Partei im Stich gelassen hat, so solltet Ihr ihm dafür Dank wissen.“⁴¹ Auch in seinen Briefen an Kautsky vom 22. November 1894 und vor allem vom 3. Januar 1895 nimmt er für Bebel Partei: „... Augusts Angriff war... ein großes Verdienst und hat viel in Frankfurt Versäumtes wiedergutmacht. Die Herren Bairischen Reservatrechtssozialisten werden sich wohl sobald nicht wieder die Finger verbrennen.“⁴²

Die größte Hilfe erwies Friedrich Engels der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen die opportunistischen Vorstöße in der Agrarfrage mit seiner Arbeit „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“, die Anfang Dezember 1894 in der „Neuen Zeit“ erschien.⁴³ Als Auseinandersetzung mit dem Agrarprogramm der französischen Sozialisten von Nantes gedacht, war sie auch, ohne Namen zu nennen, unmittelbar gegen die Ansichten der Vollmar und David gerichtet. Das beweist nicht nur der Inhalt der Schrift, sondern das wurde von Engels in Briefen an Kautsky und Adler offen ausgesprochen.⁴⁴

Engels widerlegte in seiner Schrift nicht nur die opportunistischen Ansichten in der Agrarfrage, sondern entwickelte gleichzeitig die marxistischen Grundsätze in der Agrarpolitik weiter⁴⁵ und gab damit der deutschen Sozialdemokratie eine Fülle von Hinweisen, die auch heute ihre Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung nicht verloren haben. Er legte in den Grundzügen die Politik der revolutionären Arbeiterpartei

³⁹ Victor Adler. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954, S. 163.

⁴⁰ Vgl. Brief Bebels an Adler, 6. Dezember 1894. Ebenda, S. 167.

⁴¹ Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II 2, S. 1328.

⁴² Friedrich Engels' Briefwechsel mit Kautsky, S. 420.

⁴³ Die Neue Zeit, 13. Jg. 1894/95, Erster Band, S. 292 ff.

⁴⁴ Vgl. Engels an Kautsky, 22. November 1894. In: Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky, S. 415. — Engels an Adler, 14. Dezember 1894. In: Victor Adler: Aufsätze, Reden, Briefe. Erstes Heft: Victor Adler und Friedrich Engels, Wien 1928, S. 108. — Vgl. dazu auch Adler an Kautsky, 11. Dezember 1894, und Kautsky an Adler, 13. Dezember 1894. In: Victor Adler. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, S. 167 und 170. — Während Jansen in seiner Vollmar-Biographie Engels' „Bauernfrage“ vollständig verschweigt, erwähnt Ritter diese grundlegende Schrift von Engels nebenbei in einer Fußnote, wobei er versucht, sie nur als Antwort auf das französische Agrarprogramm von 1894 hinzustellen.

⁴⁵ Vgl. dazu auch E. A. Stepanowa: Friedrich Engels. Sein Leben und Werk, Dietz-Verlag, Berlin 1958, S. 229 ff.

nach der Erringung der politischen Macht dar, wie sie auch von unserer Partei nach 1945 durchgeführt wurde. Engels warf in seiner Arbeit eine der Grundfragen des Kampfes der Arbeiterklasse um die politische Macht auf: die Frage nach dem Bundesgenossen in diesem Kampf. „Um aber die politische Macht zu erobern, muß diese Partei (die Arbeiterpartei — F. Z.) vorher von der Stadt aufs Land gehn, muß eine Macht werden auf dem Land.“⁴⁶ Das sei deshalb nötig, weil „der Bauer ein sehr wesentlicher Faktor der Bevölkerung, der Produktion und der politischen Macht“⁴⁷ ist. Mit diesen Worten legte Friedrich Engels dem Proletariat nochmals eine der wichtigsten Lehren aus der Niederlage der Pariser Kommune ans Herz.

Engels ging in seiner Schrift von der Differenzierung in der Bauernschaft im Kapitalismus aus und orientierte vor allem auf die Gewinnung des werktätigen Bauern, der keine fremden Arbeitskräfte ausbeutet, den er als „zukünftigen Proletarier“ bezeichnete.⁴⁸ Er wandte sich aber entschieden gegen alle Versuche, den Bauern durch Versprechungen zu gewinnen, die auf Grund der ökonomischen Entwicklung nicht erfüllbar sein konnten. Die objektive Entwicklung auf dem Lande gehe, so schrieb Engels, zum Großbetrieb. Niemand sei in der Lage, diesen Prozeß aufzuhalten. Aber durch den gemeinsamen Kampf unter Führung der Arbeiterklasse könnten die schlimmsten Auswüchse des bauernfeindlichen kapitalistischen Systems beseitigt und schließlich das ganze System überwunden werden, wodurch auch den werktätigen Bauern ein glückliches und wirklich freies Leben gesichert werde. Die Zukunft des Bauern liege im Sozialismus.

Von großer Bedeutung waren auch die Hinweise, die Engels der Partei für ihre Politik den kapitalistisch wirtschaftenden Groß- und Mittelbauern sowie Pächtern gegenüber gab. Mit ihnen müsse die Partei, so schrieb Engels, gemeinsam gegen „die Feudalität des Großgrundbesitzes“ kämpfen und „in gewissen Fragen mit ihnen zusammengehn“. Gleichzeitig wies Engels jedoch darauf hin, daß wir zwar „in unserer Partei... Individuen aus jeder Gesellschaftsklasse, aber durchaus keine kapitalistischen... Interessengruppen gebrauchen“ können.⁴⁹ Letzteres war eindeutig gegen die Versuche der Opportunisten in der Arbeiterbewegung verschiedener Länder, besonders gegen Vollmar, David u. a. in Deutschland, gerichtet, unter Aufgabe aller sozialistischen Prinzipien und vor allem der Gewinnung der Landarbeiter, auch die Großbauern für die Partei zu gewinnen.

Bekanntlich hat es die alte deutsche Sozialdemokratie nur ungenügend verstanden, diesen außerordentlich wichtigen Hinweis von Engels, die gesamte Bauernschaft für ein Bündnis gegen feudale Überreste und zum

⁴⁶ Friedrich Engels: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 395.

⁴⁷ Ebenda, S. 394.

⁴⁸ Ebenda, S. 398.

⁴⁹ Ebenda, S. 403.

Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten zu gewinnen, ihrer Politik zugrunde zu legen. Das zeigte sich auch auf dem Breslauer Parteitag 1895.

Zum Schluß seiner Arbeit entwarf Engels ein geniales Programm zur Lösung der Bauernfrage nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats, das im Frühjahr 1896 auch auf deutschem Boden, in der Deutschen Demokratischen Republik, seine Erfüllung gefunden hat. „... wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, ... (besteht) unsre Aufgabe gegenüber dem Kleinbauer zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck.“⁵⁰ Aber nicht nur den Kleinbauern gab Engels diese Perspektive, sondern auch für die Mittel- und Großbauern sei „die Zusammenlegung der Güter zu genossenschaftlichen Betrieben“⁵¹ der einzige Weg zu einem menschenwürdigen Leben. Die Entwicklung in der Landwirtschaft unserer Republik hat diese wissenschaftlichen Erkenntnisse von Engels voll und ganz bestätigt.

Besonders wichtig für eine sozialistische Agrarpolitik in Deutschland — einem Land, wo die reaktionären Junker große wirtschaftliche und vor allem politische Macht besaßen und die Hauptstütze des militaristischen Systems darstellten — war die Forderung Engels', „die Großgrundbesitzer einfach zu expropriieren“ und das Land den Landarbeitern zur Verfügung zu stellen. Damit orientierte er die deutsche Sozialdemokratie auf die wichtigste Aufgabe ihrer Landagitation — die Gewinnung der Landarbeiter, die auf dem Frankfurter Parteitag, wie die besten Kräfte der Partei in der folgenden Auseinandersetzung feststellten, sträflich vernachlässigt worden war. „Haben wir aber die ostelbischen Landarbeiter, so weht sofort in ganz Deutschland ein anderer Wind.“⁵² Eine Tatsache, die schon 25 Jahre später, bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches, deutlich wurde.

Die Engelssche Schrift hatte eine große Wirkung in der deutschen Sozialdemokratie. Sie hob die Auseinandersetzung, die in der Partei um die Agrarfrage entbrannt war, auf ein höheres Niveau. Das zeigte sich vor allem in der „Neuen Zeit“, wo in mehreren Artikeln,⁵³ gestützt auf Engels, die Vorstöße der Opportunisten zurückgewiesen wurden. Auch im „Sozialdemokrat“ erschienen nun ständig Artikel und Notizen, die eine im wesentlichen richtige Stellung zur Agrarfrage einnahmen.⁵⁴

⁵⁰ Ebenda, S. 406.

⁵¹ Ebenda, S. 410.

⁵² Ebenda, S. 411.

⁵³ Vgl. Die Neue Zeit, 13. Jg. 1894/95, Zweiter Band, S. 481 ff., 557 ff., 586 ff., 610 ff., 806 ff.; 14. Jg. 1895/96, Erster Band, S. 45 ff.

⁵⁴ Vgl. Der Sozialdemokrat, vor allem vom 20. Dezember 1894, 31. Januar, 4., 11. April, 2., 23. Mai, 6., 13. und 20. Juni 1895. Auch die Berichte von Versammlungen zur Agrarfrage zeigen, daß die Partei sich gründlich auf die erneute Diskussion dieser Probleme auf dem Breslauer Parteitag vorbereitete. — Vgl. Der Sozialdemokrat, 13. Dezember 1894 und 24. Januar 1895.

Das Erscheinen des III. Bandes des „Kapitals“ im Herbst 1894 und seine Popularisierung in der Presse⁵⁵ trugen ebenfalls sehr zur Klärung der Agrarfrage in der Partei bei. Bekanntlich entwickelte Marx in diesem Band seine Grundrententheorie und gab damit die ökonomische Begründung für die Notwendigkeit eines festen Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft. Engels erfüllte mit der Fertigstellung und Herausgabe dieses Bandes — seine Hauptarbeit in dieser Periode —, das Vermächtnis seines großen Freundes Karl Marx. Er trug damit entscheidend zur ideologischen Festigung der Partei bei.

So gerüstet, konnten die revolutionären Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie alle opportunistischen Vorstöße in der Agrarfrage energisch zurückschlagen. Das zeigte sich schon in der Diskussion nach der Veröffentlichung des Agrarprogrammentwurfs im Juli 1895 durch die vom Frankfurter Parteitag eingesetzte Kommission.⁵⁶ Der Entwurf, der in dem zweiten Teil des Erfurter Programms eingearbeitet worden war, war aus den drei Entwürfen der Unterkommissionen⁵⁷ entstanden und trug ausgesprochenen Kompromißcharakter. Er war nicht so offen opportunistisch wie die vom Frankfurter Parteitag angenommene Resolution zur Agrarfrage, die ja unverblümt die Verewigung des Kleinbetriebs gefordert hatte. Nur so ist zu verstehen, daß Bebel und Liebknecht ihm zustimmten, im Bemühen, die Arbeit der Kommission nicht von vornherein lahmzulegen. Der Entwurf widersprach jedoch den marxistischen Prinzipien in der Agrarpolitik, wie sie gerade Friedrich Engels in seiner „Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ entwickelt hatte. Neben Forderungen, die durchaus zu vertreten waren, wie die „Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien“, gab es eine ganze Reihe Detailforderungen, die den Rahmen eines Programms sprengten, und auch Forderungen und Formulierungen, die nur dazu dienen konnten, dem junkerlich-bürgerlichen Staat neue Machtmittel in die Hände zu geben und unter den Bauern, aber auch unter dem Proletariat Illusionen über den Charakter dieses Staates und die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten hervorzurufen.⁵⁸

August Bebel war sich über den Kompromißcharakter des Programmentwurfs sehr im klaren. Das zeigt sein Brief vom 17. Juli 1895 an Engels,

⁵⁵ Vgl. Vorwärts, 14. November 1894 und vor allem Die Neue Zeit, 13. Jg. 1894/95, Erster Band, S. 333 ff., 364 ff., 388 ff., 426 ff., 485 ff., 516 ff., 624 ff. — Im Vorwärts vom 4. und 5. Oktober 1895, also unmittelbar vor Beginn des Parteitages in Breslau, wurde unter dem Titel „Karl Marx über das Kleinbäuerntum“ ein Auszug aus dem VII. Abschnitt des „Kapitals“, Bd. III, veröffentlicht.

⁵⁶ Vgl. Der Sozialdemokrat, 18. Juli 1895.

⁵⁷ Auf ihrer konstituierenden Sitzung am 10. Februar 1895 hatte sich die Agrarkommission in drei Unterausschüsse für Süd-, Mittel- und Norddeutschland geteilt. Im süd- und mitteldeutschen Ausschuß dominierten die Opportunisten (Vollmar, David, Quarcq); Bebel und Liebknecht waren im norddeutschen Ausschuß vertreten. Jeder Unterausschuß hatte einen Entwurf ausgearbeitet.

⁵⁸ Zur Kritik des Entwurfs eines Agrarprogramms vgl. auch Bruno Wagner: Die Bodenreformpolitik der SPD, S. 34–36.

in dem er schrieb: „Hoffentlich bist Du über unser Bauernprogramm vor Schreck nicht vom Stuhle gefallen, als Du es last.“⁵⁹

Leider war Friedrich Engels, tödlich erkrankt, nicht mehr in der Lage, Bebel zu antworten. Am 5. August 1895 starb der große Lehrmeister der revolutionären Theorie, Strategie und Taktik. Die deutsche und internationale Arbeiterbewegung erlitt einen schweren Verlust. Sie verlor ihren anerkannten Führer und Vertrauensmann, der sie stets mit Rat und Tat unterstützt hatte. August Bebel, von Friedrich Engels immer als revolutionärer Arbeiterführer hochgeschätzt⁶⁰, schrieb über die bedeutende Rolle, die der geniale Mitstreiter und Fortsetzer des Werkes von Karl Marx in der deutschen Arbeiterbewegung gespielt hat: „Wir haben uns mit dem Tode von Friedrich Engels abzufinden, der zugleich ein großer Theoretiker und Praktiker war und der praktisch tiefer in das geistige Leben der Partei eingegriffen hat, wie einer der anderen unserer großen Toten zuvor.“⁶¹

Doch in der Partei lebte sein Geist weiter. Das bewies die lebhafte Diskussion, die in Versammlungen und in der Parteipresse nach der Veröffentlichung des Entwurfs entbrannte. Die Vorschläge der Agrarkommission stießen auf fast einmütige Ablehnung.⁶² Vom 29. August bis

⁵⁹ Zit. in: Gustav Mayer: Friedrich Engels. Eine Biographie, Zweiter Band: Engels und der Aufstieg der Arbeiterbewegung in Europa, Haag 1934, S. 495.

⁶⁰ Vgl. Engels an Sorge, 4. Dezember 1894: „Bebel ist weitaus der klarste und weitsichtigste Kopf unter ihnen allen; ich korrespondiere seit zirka 15 Jahren regelmäßig mit ihm und wir stimmen fast immer überein“ (Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere, Stuttgart 1921, S. 418/419).

⁶¹ Die Neue Zeit, 14. Jg. 1895/96, Erster Band, S. 14.

⁶² Vgl. Der Sozialdemokrat, 25. Juli – 12. September 1895, wo zahlreiche sozialdemokratische Pressestimmen zitiert werden und von Versammlungen berichtet wird. Im Leitartikel des Sozialdemokrat vom 1. August 1895 wird daraus geschlußfolgert: „Die Stellung der Parteipresse zum Entwurf eines Agrarprogramms ... ist überwiegend eine ablehnende, und die Ablehnung nimmt von Tag zu Tag an Schärfe zu.“ Auch im Vorwärts spiegelte sich diese Ablehnung wider. In der Neuen Zeit nahm vor allem Kautsky in einer Artikelserie gegen den Entwurf Stellung (13. Jg. 1894/95, Zweiter Band, S. 557 ff., 586 ff., 610 ff., 806 ff.). Wilhelm Cohnstaedt bringt in seinem höchstens als Materialsammlung bemerkenswerten Buch „Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie von Karl Marx bis zum Breslauer Parteitag“, München 1903, auf S. 219 eine interessante Zusammenstellung von Versammlungsberichten zum Entwurf der Agrarkommission. Es heißt dort: „Im ganzen Reich sprachen bis zum Breslauer Parteitag 132 Versammlungen über den neuen Entwurf ihre Ansicht aus. Davon äußerten sich: Zustimmend: 7 Versammlungen, Abwartend: 2 Versammlungen, Ablehnend: 123 Versammlungen.“ Um nur einige zu nennen: Gegen den Entwurf sprachen sich z. B. solche wichtigen Parteiorganisationen aus wie Alt-Leipzig, Augsburg (vgl. Der Sozialdemokrat, 1. August 1895), Niederbarnim (vgl. ebenda, 8. August 1895), Potsdam, Wittenberge, Stettin, Wandsbek (vgl. ebenda, 22. August 1895), Frankfurt a. M., Ludwigshafen (vgl. ebenda, 29. August 1895), Nürnberg und Gotha (vgl. ebenda, 19. September 1895). In sieben gleichzeitigen Versammlungen lehnten die Berliner Arbeiter entschieden den opportunistischen Entwurf ab (vgl. Vorwärts, 15. August 1895). Energisch nahmen auch die Parteitage der Land-

1. September 1895 wurde auf Initiative der revolutionären Kräfte Engels' „Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ im „Vorwärts“ veröffentlicht. Zur Begründung dieser Maßnahme hieß es in der Nummer vom 29. August: „Auf Engels' letzte Arbeit über die Bauernfrage ... wird bei den die Partei nun lebhaft beschäftigenden Agrarprogramm-Debatten vielfach zurückgegriffen. Wir glauben dem Wunsche vieler Leser zu entsprechen, wenn wir diese ausgezeichnete Arbeit durch Veröffentlichung in unserem Blatte weiteren Parteikreisen zugänglich machen.“

In der Parteioffentlichkeit war die Diskussion über das opportunistische Agrarprogramm bereits so weit gediehen, daß schon vor dem Parteitag von verschiedenen Seiten die Forderung erhoben wurde, die Agrarkommission solle ihren Programmentwurf zurückziehen.⁶³ Selbst die süddeutschen Parteizeitungen konnten sich dem Druck dieser Massenstimmung nicht entziehen. Um noch zu retten, was zu retten war, schrieb z. B. die von Vollmar beeinflusste „Münchener Post“, man solle in Breslau wohl die Agrarfrage besprechen, aber nichts beschließen, sondern jede Entscheidung dieser komplizierten Frage vertagen.⁶⁴

Die Masse der Parteimitglieder wandte sich entschieden gegen alle Versuche, die Auseinandersetzungen zu vertagen oder zu vertuschen. Sie forderte vielmehr, diese Frage bis zum letzten auszudiskutieren und drängte deshalb auch darauf, die Entwürfe der Unterkommissionen zu veröffentlichen, vor allem den süddeutschen⁶⁵, weil man richtig vermutete, daß dieser am weitesten nach rechts ging. Am 18. September 1895 veröffentlichte die Agrarkommission die drei Entwürfe der Unterkommissionen im „Vorwärts“. Im süddeutschen Entwurf traten die verstärkten opportunistischen Tendenzen, wie sie für die unmittelbare Übergangsperiode zum Imperialismus charakteristisch waren, unverhüllt zutage. Man kann sagen, daß sich in diesem Entwurf schon deutliche Ansätze des Revisionismus zeigten, auf die sich wenige Jahre später Bernstein stützen

arbeitergebiete Pommern und Mecklenburg gegen den Entwurf Stellung (vgl. Der Sozialdemokrat, 26. September 1895). Bezeichnend für die Stimmung der Mehrheit der Mitglieder ist u. a., daß auch solche Versammlungen den Entwurf ablehnten, wo Anhänger des Entwurfs referierten, wie in Gotha, Frankfurt a. M. und Ludwigshafen.

⁶³ Vgl. Der Sozialdemokrat, 8. August 1895.

⁶⁴ Vgl. ebenda. — Vollmar, der durch Krankheit verhindert war, am Breslauer Parteitag teilzunehmen — was von den Opportunisten David und Quarck sehr bedauert wurde —, versuchte mit allen Mitteln zu verhindern, daß der Parteitag sich beschlußmäßig band, um die Hände für seine opportunistische Landtagspraxis freizuhaben. Jansen schreibt dazu in seiner Vollmar-Biographie S. 60/61, was gleichzeitig ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Stellung der Opportunisten zur innerparteilichen Demokratie wirft: „Vollmar suchte nun wenigstens durch die südbayerische Parteidelegation, die er gleichsam als seine Hausmacht für die Agrarfrage mobilisierte, auf die Debatten einen Einfluß auszuüben. Er gab daher dem Vertrauensmann der Münchener Sozialdemokratie, Franz Schmitt, den strikten Auftrag, auf jeden Fall dahin zu wirken, daß der Parteitag sich nicht im Sinne der Gegner des Agrarprogramms festlege.“ Jansen belegt diese Ausführungen mit einem Brief Vollmars an Schmitt.

⁶⁵ Vgl. Der Sozialdemokrat, 12. September 1895.

konnte. Wir finden nicht nur offen staatskapitalistische Thesen, sondern auch schon die heute so aktuelle revisionistische Forderung nach der Schaffung rentabler Familienbetriebe, damals als staatliche Lehen gedacht. Der Entwurf widersprach in allen seinen Punkten dem Erfurter Programm, dem er beigelegt werden sollte, und war ein Hohn auf eine sozialistische Agrarpolitik. Er stellte ein Konzentrat aller opportunistischen Ansichten dar, die auf dem Frankfurter Parteitag 1894 aufgetreten und nach dem Parteitag so entschieden abgelehnt worden waren.

In der Presse finden wir in der kurzen Zeit bis zum Parteitag keine spezielle Auseinandersetzung mit dem süddeutschen Entwurf, aber auf dem Parteitag wurde an ihm, obwohl er offiziell nicht zur Diskussion stand, heftige Kritik geübt.⁶⁶

Durch die monatelange Diskussion der Agrarfrage in Versammlungen und der Parteipresse, unterstützt vor allem durch Friedrich Engels' „Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“, waren die revolutionären Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie bestens gerüstet und konnten der Auseinandersetzung auf dem Parteitag mit Ruhe entgegentreten.⁶⁷

Am 6. Oktober 1895 wurde der Breslauer Parteitag eröffnet. Am Tage zuvor hatte die Agrarkommission ihren Entwurf nochmals überarbeitet, die meisten Forderungen aus dem zweiten Teil des Programms herausgenommen und als separate Resolution dem Parteitag vorgelegt. Aber auch diese Maßnahme konnte den Entwurf nicht retten. In viertägiger gründlicher Diskussion wurden die unmarxistischen Agrarprogrammorschläge abgelehnt und mit überwiegender Mehrheit eine von Kautsky, Clara Zetkin, Singer u. a. eingebrachte Resolution⁶⁸ angenommen, die alle opportunistischen Vorstöße zur Untergrabung der marxistischen Prinzipien in der Agrarfrage zurückwies und die Vollmarsche Resolution des Frankfurter Parteitages 1894 überwand. Wenn sich auch die Resolution im wesentlichen auf die Zurückweisung des opportunistischen Agrarprogrammentwurfs beschränkte und nicht den Anspruch erhob, ein marxistisches Agrarprogramm zu sein – sie orientierte nur auf das Studium der Agrarverhältnisse in Deutschland und auf die Ausarbeitung agrarpolitischer Materialien, die der Sozialdemokratie helfen sollten, ihre Wirksamkeit auf dem Land zu erhöhen –, so wurden in ihr und in den Reden Kautskys und vor allem Clara Zetkins eine Reihe marxistischer Grundsätze zur Agrarfrage entwickelt, die der Partei eine im wesentlichen richtige Orientierung gaben. Es wurde betont, daß auch in der Landwirtschaft die Entwicklung zum Großbetrieb geht, was zum Ruin und

⁶⁶ Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Breslau vom 6. Oktober bis 12. Oktober 1895, Berlin 1895, S. 109, 128, 157.

⁶⁷ So schrieb z. B. Paul Singer an Victor Adler am 27. September 1895: „Wegen Breslau habe ich nicht die geringste Sorge ... ich habe eine stolze Freude über die Gesundheit der Partei empfunden, mit welcher Presse u. Versammlungen die sozialdemokratischen Agrarier abgeschlachtet haben“ (Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, S. 192/193).

⁶⁸ Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages zu Breslau, S. 104/105.

zur Verelendung der werktätigen Bauern führt. Gerade diese als Besitzer zum Untergang verurteilten Teile der Bauernschaft sind am leichtesten von der Sozialdemokratie zu beeinflussen und für den gemeinsamen Kampf gegen die junkerlich-großbürgerliche Ausbeuterordnung zu gewinnen. Ohne bei den Bauern Illusionen über die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zu erwecken, wurde doch klar zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialdemokratie als die Partei aller Ausgebeuteten und Unterdrückten auch die Sache der werktätigen Bauern zu vertreten hat, wobei betont wurde, daß der Bauer nur im Sozialismus endgültig frei werden und eine gesicherte Existenz erhalten kann. Das Hauptfeuer der Kritik richtete sich gegen die „staatssozialistischen“ Tendenzen des Agrarprogrammentwurfs, d. h. gegen die Forderungen, die dem kapitalistischen Staat neue Machtmittel zusprachen bzw. dem Ausbeuterstaat Aufgaben stellten, „die nur ein Staatswesen ersprießlich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat“⁶⁹, wie es in der angenommenen Resolution hieß.

Trotz dieser zweifellos richtigen Erkenntnisse, Stellungnahmen und Beschlüsse zeigte der Parteitag doch einige ernste Schwächen. Weder in der Diskussion noch in der angenommenen Resolution wurde der ganze Reichtum von Engels' „Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ ausgeschöpft. Wie schon weiter oben angedeutet, verstand der Parteitag nur ungenügend, daß es in erster Linie darauf ankam, ein festes Bündnis mit der gesamten Bauernschaft im Kampf gegen den volksfeindlichen preußisch-deutschen Militarismus, dessen Hauptstütze das reaktionäre Junkertum war, zu schließen. Im Mittelpunkt der Bauernpolitik der Sozialdemokratie konnte doch nicht die Gewinnung der Bauern als Wähler oder Mitglieder der Partei stehen, sondern mußte – anknüpfend an die unmittelbaren gemeinsamen Interessen aller Arbeiter und Bauern – das Ringen um die Beseitigung des militaristischen Systems in Deutschland, die Bekämpfung seiner projunkerlichen Steuer- und Zollpolitik und die Erringung demokratischer Verhältnisse stehen. Hier zeigte sich, daß die Partei den Kampf um die Demokratie und die durch ihn mögliche Mobilisierung der Bauern unterschätzte. Es war die gleiche Schwäche, die Friedrich Engels schon am Erfurter Programm kritisierte, als er die Partei darauf hinwies, daß „unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik“.⁷⁰ In der deutschen Sozialdemokratie wurden diese Hinweise nicht richtig verstanden. Für sie war in Deutschland als einem hochentwickelten kapitalistischen Land kein Raum mehr für eine bürgerlich-demokratische Revolution. Die besten Kräfte der alten deutschen Sozialdemokratie führten den Kampf gegen das reaktionäre junkerlich-bourgeoise System nicht mit dem Nahziel

⁶⁹ Ebenda, S. 105.

⁷⁰ Friedrich Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891. In: Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II/2, S. 1134.

der Errichtung einer demokratischen Republik, der ersten Etappe der revolutionären Machtergreifung, sondern glaubten, mit dem Sturz der alten Ordnung die eroberte politische Macht sofort zum Aufbau des Sozialismus benutzen zu können. Die „revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse . . . vermochten . . . noch nicht, die Frage des *Weges* (Hervorhebung von mir — F. Z.) zur Macht zu beantworten und zu lösen“.⁷¹ Aus der schematischen, undialektischen Auffassung von der Revolution, aus ihrer nicht richtigen Einschätzung des realen Kräfteverhältnisses und starren Ausrichtung des strategischen Zieles ergaben sich auch die Schwächen und Fehler in der Bündnisfrage. Sie wollten den Bauer sofort für den Sozialismus gewinnen, ohne ihn erst langsam über demokratische Forderungen und Aufgaben an dieses große Ziel heranzuführen.⁷²

Es blieb Lenin vorbehalten, diese wichtigen Hinweise und grundlegenden Gedanken von Engels aufzugreifen und entsprechend den imperialistischen Bedingungen anzuwenden und weiterzuentwickeln. Schon 1899 schrieb er in seinem „Entwurf eines Programms unserer Partei“, daß der „Kampf gegen alle Überreste des patriarchalischen, vorkapitalistischen Regimes“ in der Stellung zur Bauernfrage eine besondere Rolle spiele.⁷³ Er erklärte, daß es notwendig sei, „daß die Arbeiterpartei die *Unterstützung* der Bauernschaft auf ihr Banner schreibt . . ., *soweit diese Bauernschaft zum revolutionären Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft im allgemeinen und gegen den Absolutismus im besonderen* fähig ist“.⁷⁴

Von diesem Ausgangspunkt — der Unterstützung der demokratischen Forderungen der Bauernschaft — aus entwickelte W. I. Lenin in den späteren Jahren, besonders unter dem Eindruck der Erfahrungen der Revolution von 1905, die geschlossene Theorie vom Bündnis des Proletariats mit der gesamten Bauernschaft unter der Hegemonie des Proletariats in der demokratischen Revolution, die zum unerschütterlichen Kriterium einer marxistisch-leninistischen Partei wurde.

Doch die obengenannten Schwächen können die insgesamt positive Rolle, die der Breslauer Parteitag hinsichtlich der Stellung der Sozialdemokratie zur Bauernfrage gespielt hat, nicht aufheben. Wie sehr die damalige entschiedene Zurückweisung des Opportunismus die heutigen bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreiber stört, beweisen ihre Einschätzungen des Parteitages. Die eindeutige Niederlage der Opportunisten wird von ihnen als ein Unglück für die weitere Entwicklung der Partei angesehen, und sie glauben feststellen zu müssen, die Diskussion

⁷¹ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.—17. Dezember 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 82.

⁷² Vgl. dazu auch Ernst Engelberg: *Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878—1890*, Berlin 1959, S. 80—84, 133/134, 235. Ferner Horst Bartel/Otto Finger: *Friedrich Engels — Mitschöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus*. In: *Einheit*, 1960, Heft 11, S. 1657—1659.

⁷³ W. I. Lenin: *Werke*, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 230.

⁷⁴ Ebenda, S. 237.

zur Agrarfrage sei ergebnislos verlaufen.⁷⁵ Demgegenüber möchten wir feststellen, daß sich die alte deutsche Sozialdemokratie, gestützt auf die Hinweise von Engels, mit ihrer Resolution und den Diskussionen vor und auf dem Parteitag eine im wesentlichen richtige Ausgangsbasis für die weitere Arbeit auf dem Lande geschaffen hatte. Sie orientierte richtig auf die Hauptfrage in der Landagitation — die Gewinnung der Landarbeiter, dem damals rückständigsten und vom Sozialismus kaum erfaßten Teil des Proletariats, besonders in Ostelbien, aber auch in anderen Gebieten, als der politischen Hauptkraft auf dem Land im Kampf gegen die Junker, für Demokratie und Sozialismus. Klar wurde weiter herausgearbeitet, daß der Kleinbauer nicht als Eigentumsfanatiker, sondern nur als Vertreter einer zum Untergang verurteilten Wirtschaftsform, als zukünftiger Proletarier für ein enges und dauerhaftes Bündnis zu gewinnen ist. Lenin erklärte sich in seiner schon zitierten Arbeit über den „Entwurf eines Programms unserer Partei“ entschieden für die revolutionären Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie, als er schrieb, daß „er sich auch in der Agrarfrage . . . auf die Seite derjenigen Marxisten stellt, die von allen möglichen Bourgeois und Opportunisten heute gern als ‚Dogmatiker‘ und ‚Rechtgläubige‘ beschimpft werden . . .“⁷⁶ Genauso entschieden verurteilte er andererseits die Vorschläge der Agrarkommission auf dem Parteitag 1895, die er als ein „Agrarprogramm der Revisionisten“⁷⁷ bezeichnete. In diesem Zusammenhang kritisierte Lenin auch August Bebel, der sich mit Wilhelm Liebknecht zum Verteidiger dieses Programms gemacht hatte.

Die Opportunisten versuchten damals wie sie es gegenwärtig versuchen, diesen Fehler von Bebel und Liebknecht zur Rechtfertigung ihrer heutigen arbeiterfeindlichen Politik auszunutzen. Dabei werden sie getreulich von ihren geschichtsschreibenden Apologeten unterstützt. So schreibt z. B. der Vollmar-Biograph Jansen, um den Opportunismus seines Mandanten zu rechtfertigen, „daß sowohl Bebel als auch Wilhelm Liebknecht auf die Seite der ‚Agrarier‘ übergeschwenkt waren, weil sie die Opportunität der Landagitation erkannt hatten“⁷⁸. Dabei unterschlägt Jansen, daß Bebel und Liebknecht schon zu einer Zeit für eine *sozialistische* Landagitation eingetreten sind, als Vollmar noch päpstlicher Leibwächter war. Beide hatten von Landagitation eine ganz andere Vorstellung wie Vollmar. Weiter oben wurde schon angeführt, daß z. B. Bebel Vollmars Agitation auf dem Lande als „Bauernfängerei“ bezeichnete. August Bebel und Wilhelm Liebknecht orientierten bei der Landagitation immer und in erster Linie auf die Mobilisierung und Organisation der Landarbeiter als

⁷⁵ Vgl. Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, S. 144. — Reinhard Jansen: Georg von Vollmar, S. 62/63. — David Mitrany: Marxismus und Bauerntum, S. 34. Hier heißt es: „Der große Kampf um eine Reform des sozialistischen Agrarprogramms endete so mit einem Fiasko.“

⁷⁶ W. I. Lenin: Werke, Bd. 4, S. 237.

⁷⁷ W. I. Lenin: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 181.

⁷⁸ Reinhard Jansen: Georg von Vollmar, S. 61.

der dabei damals wichtigsten Aufgabe. Beide haben sich auch in Breslau nie auf eine Stufe mit den Vollmar, David und Quarck gestellt. So berichtete Bebel auf dem Parteitag in Breslau, daß er in der Kommission gegen die süddeutschen Vorschläge aufgetreten sei und ihre Ablehnung durchgesetzt habe.⁷⁹ Im Gegensatz zu Vollmar und David stellte er fest: „Wir können dem Kleinbauern nicht seine Konservierung versprechen.“⁸⁰ Und auch Liebknecht betonte, daß wohl niemand mehr glaube, „daß der Kleinbetrieb gegenüber dem kapitalistischen Großbetriebe auf die Dauer bestehen ... könne“⁸¹.

Daß sie beide auf dem Breslauer Parteitag trotzdem das opportunistische Agrarprogramm verteidigten, mag verschiedene Ursachen haben. So unterschätzte z. B. Wilhelm Liebknecht offensichtlich die prinzipielle Bedeutung der Agrardebatte auf dem Parteitag. In seiner Rede gab er „allen theoretischen und prinzipiellen Ausführungen der Vorrednerin (gemeint ist Clara Zetkin, die in einer leidenschaftlichen Rede den Agrarprogrammwurf abgelehnt hatte — F. Z.) volle Zustimmung“.⁸² Für ihn handelte es sich „nicht um prinzipielle, sondern lediglich um praktische Fragen“⁸³. Auch Bebel stellte die praktische Seite der Sache in den Vordergrund. Gleichzeitig gab er sich der Illusion hin, durch bestimmte, wie er meinte vertretbare Zugeständnisse die Opportunisten, die in den süddeutschen Landtagen in ihren Forderungen schon viel weiter nach rechts gegangen waren als der Breslauer Agrarprogrammwurf, besser zur Einhaltung der Parteibeschlüsse verpflichten zu können.⁸⁴

Der Programmwurf war ein Werk der Opportunisten, vor allem Vollmars. Jansen schreibt z. B., daß sowohl David als auch Quarck, der Sekretär der Gesamtkommission, Vollmar auf seinem Krankenlager aufsuchten, „um sich von ihm für die Kommissionsarbeit beraten zu lassen“⁸⁵. Auch bei den Delegierten des Parteitages herrschte darüber kein Zweifel. So sagte Clara Zetkin am Schluß ihrer großen Rede auf dem Parteitag — nachdem sie, an Bebel gerichtet, die Goethe-Worte zitiert hatte: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich Dich in der Gesellschaft seh“ —: „... so können wir nicht entschieden genug erklären: Die Sozialdemokratie geht nicht nach Soienß“.⁸⁶

Clara Zetkins Rede, die mit dem zündenden Mahnruf schloß, immer revolutionär zu bleiben, war der absolute Höhepunkt der Agrardebatte in

⁷⁹ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages zu Breslau, S. 113.

⁸⁰ Ebenda, S. 116.

⁸¹ Ebenda, S. 145.

⁸² Ebenda, S. 143.

⁸³ Ebenda, S. 145.

⁸⁴ Vgl. Bebel an Adler, 20. Oktober 1895. In: Victor Adler. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, S. 194/195.

⁸⁵ Vgl. Reinhard Jansen: Georg von Vollmar, S. 60. — Jansen verweist dabei auf die sich im Vollmar-Nachlaß befindlichen Briefe von Quarck an Vollmar vom 8. Juni bis 13. Juli 1895.

⁸⁶ Protokoll der Verhandlungen des Parteitages zu Breslau, S. 143. — Soienß war der Wohnsitz Vollmars.

Breslau. Ihr entschiedenes Auftreten im Geiste von Marx und Engels trug ihr die Zustimmung der Mehrheit der Partei und den Haß der Opportunisten ein. Noch heute versuchen Ritter und Jansen ihr Auftreten zu diffamieren.⁸⁷ Clara Zetkin war auch eine von jenen, die gemeinsam mit den besten Kräften in der deutschen Arbeiterbewegung unter Führung Ernst Thälmanns die guten Traditionen der alten deutschen Sozialdemokratie – durch die Lehren W. I. Lenins auf eine höhere Stufe gehoben und durch die Erfahrungen vieler revolutionärer Kämpfe bereichert – wahrte und pflegte. Diese guten Traditionen wurden von Walter Ulbricht auf der 8. Tagung des Zentralkomitees der SED in der Auseinandersetzung mit der heutigen bauernfeindlichen Politik der rechten SPD-Führer folgendermaßen eingeschätzt: „Enteignung der feudalen und kapitalistischen Grundbesitzer nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, Errichtung von Genossenschaften der Landarbeiter und Kleinbauern, die die Überlegenheit der genossenschaftlichen Großproduktion auf der Grundlage der modernen Technik zeigen sollten, und freiwilliger Zusammenschluß aller werktätigen Bauern mit Hilfe des sozialistischen Staates zu Genossenschaften, das war die Perspektive, die Marx und Engels und die alte deutsche Sozialdemokratie den Landarbeitern und werktätigen Bauern gaben.“⁸⁸

Im Sinne dieser guten Traditionen, die von den rechten Führern der SPD schon lange und immer wieder verraten wurden, hat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands das Bündnis mit der Bauernschaft geschmiedet, das 1960, im „sozialistischen Frühling auf dem Lande“, seine schönste Krönung fand. Der jahrhundertelange Kampf der deutschen Bauern um ihre Befreiung, der von Marx und Engels und den besten Kräften in der deutschen Arbeiterbewegung selbstlos unterstützt wurde, fand in der Deutschen Demokratischen Republik unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse seine Vollendung.

⁸⁷ Vgl. Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, S. 143. – Reinhard Jansen: Georg von Vollmar, S. 61.

⁸⁸ Der Kampf der sozialistischen Staaten für einen Überfluß an landwirtschaftlichen Produkten ..., S. 153.

Über die Chemnitzer Konferenz und die Widerstandsaktionen der sächsischen Arbeitermassen gegen den Reichswehreinmarsch im Oktober 1923

Das Jahr 1923 bildet einen der Marksteine im Kampf der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus. Unter den Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die unsere Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus einleitete, war das Jahr 1923 ein Höhepunkt der ersten großen revolutionären Welle in Deutschland. Die deutsche Großbourgeoisie, die in der Novemberrevolution 1918 ihre Macht mit Hilfe der rechten SPD-Führer retten konnte, verstärkte ihre Angriffe auf die sozialen und politischen Errungenschaften der Werktätigen. Die Lage der arbeitenden Massen verschlechterte sich zusehends. Das Monopolkapital beutete durch die Inflation das werktätige Volk immer unverschämter aus und unterdrückte es durch verstärkte Terrormaßnahmen immer mehr.

Die Situation in Deutschland und die zunehmende revolutionäre Krise erfuhren durch die französische Okkupation des Ruhrgebietes im Januar 1923 eine außerordentliche Verschärfung. Deutschland verlor sein wichtigstes Industriegebiet. Die Regierung unter Reichskanzler Cuno, dem Generaldirektor der Hamburg—Amerika-Linie, wälzte im Interesse der Großbourgeoisie skrupellos alle zusätzlich aus der Ruhrokkupation entstandenen Lasten auf die Werktätigen ab. Die bürgerliche Presse entfaltete eine ausgedehnte revanchistische Propaganda, um die Massen von der wachsenden Not abzulenken und durch nationalistische Phrasen gefügig zu machen.

Es war jedoch klar, daß die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten dem schändlichen Treiben der ausländischen Okkupanten und der Ausbeuterklassen in Deutschland nicht tatenlos zusehen würden. Unter der Losung „Schlagt Cuno und Poincaré an der Ruhr und Spree!“ stellte sich die Kommunistische Partei Deutschlands an die Spitze des Kampfes der Arbeiterklasse um die soziale und nationale Befreiung.

Seit der Ruhrbesetzung ging durch das ganze Land eine wachsende revolutionäre Welle. Im Ruhrgebiet, in Berlin, an der Wasserkante, in Oberschlesien, im Gebiet Halle—Merseburg, in Sachsen und Thüringen sowie in anderen Bezirken fanden machtvollen Streikämpfe, Demonstrationen und andere Aktionen der Arbeiterklasse statt. Im August 1923 wurde die Cuno-Regierung durch den gewaltigen Generalstreik des deutschen Proletariats hinweggefegt.

Nach dem Sturz der Cuno-Regierung ging die revolutionäre Krise in Deutschland mit Riesenschritten ihrem Höhepunkt entgegen. Es entstand eine Situation, in der die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen nicht mehr bereit waren, wie bisher zu leben, und die Ausbeuterklassen nicht mehr in der Lage waren, in der alten Weise zu herrschen. „Vom Moment des Sturzes der Cuno-Regierung an sprang der Funke des Bürgerkrieges durch Deutschland.“¹

Das nunmehr eingeleitete Stadium der akuten revolutionären Krise war durch einen chaotischen Zustand der Wirtschafts- und Finanzverhältnisse gekennzeichnet. Die herrschenden Ausbeuterklassen raubten bedeutenden Teilen der werktätigen Massen jede Existenzmöglichkeit. Im Herbst 1923 waren über 60 Prozent aller Arbeiter Deutschlands entweder arbeitslos oder arbeiteten verkürzt. Infolge der enorm schnellen Geldentwertung waren Lohn und Unterstützung nahezu wertlos. An die Tür von Millionen Menschen pochte der nackte Hunger. Die großen Monopole zogen aus der ungeheuren Not des Volkes riesige Inflationsgewinne. Das antinationale Wesen der herrschenden Klassen war deutlicher denn je sichtbar geworden. Kaum fünf Jahre nach den Verbrechen des ersten Weltkrieges offenbarte die deutsche Monopolbourgeoisie in eklatanter Weise erneut ihre Unfähigkeit, die Produktivkräfte und die großen materiellen Ressourcen im Interesse der deutschen Nation auszunutzen und zu entwickeln. Ihre Profitwirtschaft zerstörte vielmehr die Lebensgrundlagen der Nation. Auch im Jahre 1923 wurde sehr anschaulich sichtbar, daß der Sturz der herrschenden Klassen und die Beseitigung der imperialistischen Verhältnisse eine Lebensfrage des deutschen Volkes sind.

Die nationale Führerrolle der deutschen Arbeiterklasse trat deutlich hervor. Die Erfüllung ihrer historischen Mission, Rettung der Nation vor der imperialistischen Katastrophenpolitik, schließt enge Sonderinteressen aus. Mit großer Opferbereitschaft kämpften die Arbeitermassen im Jahre 1923 an der Spitze aller Kräfte, die sich gegen die antinationale Politik des deutschen Finanzkapitals auflehnten. In diesen Auseinandersetzungen bewährte sich die Kommunistische Partei Deutschlands als Vortrupp der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen. Die Kommunisten kämpften für die Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen, für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten sowie gegen die nationale Unterdrückung stets in der ersten Reihe und gaben ein Beispiel an revolutionärem Mut und Heroismus. Die hohe Anerkennung, die der KPD von den Werktätigen dafür entgegengebracht wurde, drückte sich auch in der Tatsache aus, daß vom III. Quartal 1922 bis zum III. Quartal 1923 75 675 neue Mitglieder der Partei beitraten. Die KPD vereinigte im Herbst 1923 fast 300 000 Genossen in ihren Reihen.²

¹ Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 256.

² Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Frankfurt a. M. vom 7. bis 10. April 1924, Berlin 1924, S. 57.

Mit Hilfe solcher Organe der proletarischen Einheitsfront wie der revolutionären Betriebsräte, der Kontrollausschüsse, der Erwerbslosenausschüsse sowie der proletarischen Hundertschaften konnte die Partei einen großen Masseneinfluß erringen. Die KPD stellte auch innerhalb der Gewerkschaften eine bedeutende Kraft dar. Wie Ernst Thälmann schrieb, war im Jahre 1923 mindestens die Hälfte der im ADGB gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen bereit, mit der Partei zu kämpfen.³ Man kann sagen, daß die KPD im Herbst 1923 entscheidende Teile des deutschen Proletariats um sich sammeln konnte. Auch im Kleinbürgertum war der Einfluß der Partei stark angewachsen.⁴ Im Herbst 1923 suchten alle Klassen und Schichten in Deutschland nach einem Ausweg aus der Krise.

Den einzig richtigen und den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprechenden Ausweg zeigte die KPD. Walter Ulbricht schrieb: „Vor der KPD stand die geschichtliche Aufgabe, den Massen den revolutionären Ausweg aus der Krise zu zeigen, in Teilkämpfen die Aktionseinheit zu schmieden, die Mehrheit der Arbeiterklasse und große Teile der werktätigen Bauern zu gewinnen, gleichzeitig die Bewaffnung der Hundertschaften zu organisieren und den Aufstand zum Sturze der Regierung Stresemann und für die Errichtung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung vorzubereiten.“⁵ Unter den damaligen Bedingungen konnte eine solche Regierung nur durch den allgemeinen bewaffneten Aufstand errichtet werden. Den Ausbeuterklassen standen vor allem beträchtliche militärische Kräfte zur Verfügung, die das diktatorische, antidemokratische System des Hungers und des Terrors stützten. Die KPD war bereit, diesen Weg zu gehen; sie bereitete den Entscheidungskampf vor.⁶ Die konsequente Verwirklichung dieser Linie wurde durch die parteifeindliche Brandler-Thalheimer-Gruppe in der Führung der KPD zunächst gehemmt und schließlich vereitelt.

Die deutsche Großbourgeoisie suchte den Ausweg aus der Krise in der Kapitulation vor den französischen Okkupanten im Ruhrgebiet, in der Beseitigung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten sowie in der gewaltsamen Niederschlagung der revolutionären Bewegung. Einen solchen Kurs schlug die am 13. August neugebildete Stresemann-Regierung ein, der auch vier rechte SPD-Führer als Minister angehörten. Durch ihre Beteiligung an der Regierung kamen die rechten SPD-Führer in einer entscheidenden Situation dem Finanzkapital abermals zu Hilfe. Sie versuchten stets, solche Handlangerdienste mit angeblichen „nationalen Interessen“ zu bemänteln. Das widerspiegelt sich auch in der sozialdemo-

³ Vgl. Ernst Thälmann: Auszüge aus Reden (1915–1931). Hrsg. von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin, S. 44.

⁴ Vgl. ebenda. — Über den Einfluß der KPD unter den werktätigen Bauern und den städtischen Mittelschichten liegen bis jetzt nur wenig konkrete Forschungsergebnisse vor.

⁵ Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 135.

⁶ Vgl. ebenda.

kratischen Memoirenliteratur. So schrieb z. B. Friedrich Stampfer über den Eintritt der rechten SPD-Führer in die Stresemann-Regierung: „Aber jetzt kam es nicht mehr auf Konsequenz an, sondern darauf, in einem Augenblick, in dem es um Leben und Sterben der Nation ging, das Notwendige zu tun.“⁷ In Wirklichkeit werden hier die Begriffe auf den Kopf gestellt. Der Eintritt der rechten SPD-Führer in die Koalitionsregierung Stresemanns richtete sich vielmehr gegen die Interessen der Nation, denn dieser Schritt war darauf berechnet, die sich vielerorts formierende Einheitsfront der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter zu spalten, die Anhänger der Sozialdemokratie unsicher zu machen und vom Kampf zum Sturz der Regierung der großen Monopole abzuhalten. Indem jedoch die Opportunisten als Helfer des Finanzkapitals die Arbeiterklasse, die Hauptkraft der Nation, spalteten und an der Erfüllung ihrer historischen Mission hinderten, zeigten sie deutlich ihr antinationales Wesen. Sie gaben die Interessen der Arbeiterklasse preis und gerieten damit in Gegensatz zum gesetzmäßig notwendigen Entwicklungsweg der Nation, der die Überwindung des Imperialismus erfordert. Die Argumentation Friedrich Stampfers entspringt also der bürgerlichen Grundkonzeption der Politik der rechten SPD-Führer. Mit dieser Position haben sie sich als völlig unfähig erwiesen, das Hauptproblem unserer nationalen Geschichte seit der Jahrhundertwende zu begreifen.

Die neue Reichsregierung zeigte auch sofort ihr wahres Gesicht. Sie verfolgte die aktiven Teilnehmer am Generalstreik und ließ viele von ihnen verhaften. Am 23. September 1923 kapitulierte die Regierung vor den französischen Okkupanten und gab offiziell die Beendigung des „passiven Widerstandes“ bekannt, um ihre ganze Kraft auf die Niederschlagung der deutschen Arbeiterklasse konzentrieren zu können. Mit Hilfe des Paragraphen 48 der Weimarer Verfassung verhängte der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert am 27. September 1923 über ganz Deutschland den militärischen Ausnahmezustand und übergab die gesamte vollziehende Gewalt den Reichswehrgeneralen. Damit waren die Werktätigen der zügellosen Willkür der militaristischen Kanaille ausgeliefert. Durch diese Verordnung wurden alle in der Verfassung verkündeten demokratischen Rechte und Freiheiten mit einem Strich aufgehoben. Über die persönliche Freiheit der Bürger, über das Recht der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, über das Vereins- und Versammlungsrecht, über das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechegeheimnis, über Verhaftungen, Haussuchungen und Beschlagnahmen konnten von nun an nur die Reichswehrgenerale entscheiden. Durch die Verordnung wurde den Werktätigen für die verschiedensten Handlungen ausdrücklich die Todesstrafe angedroht. Die militaristischen „Beschützer“ der Verfassung haßten die bürgerlich-demokratischen Einrichtungen und selbst die Verfassung, die sie schützen sollten, und warteten nur auf die

⁷ Friedrich Stampfer: Die vierzehn Jahre der Ersten Deutschen Republik, Hamburg 1953, S. 343.

Gelegenheit, dieser den Todesstoß zu versetzen. So schrieb der damalige Chef der Heeresleitung der Reichswehr, Generaloberst v. Seeckt, im Jahre 1933, als der Hitlerfaschismus die von den Werktätigen so teuer erkämpften bürgerlich-demokratischen Rechte liquidierte: „Der Staat war ein zu kalter Begriff, um die Wärme der Empfindungen hervorzurufen, die eine soldatische Hingabe voraussetzt; die Verfassung, die ein Parlament jeden Tag mit Zweidrittel-Majorität ändern kann, war zur Grundlage innerer Verpflichtung nicht geeignet.“⁸

Mit dem deutschen Militarismus stand den Werktätigen auch im Jahre 1923 ein besonders brutaler Gegner gegenüber, der im revolutionären Kampf überwunden werden mußte. In diesem Zusammenhang wird man an die Auseinandersetzung Lenins mit Kautsky erinnert, in der er sagte, daß die Grundgesetze der modernen bürgerlichen Staaten und die Methoden, mit denen sie regiert werden, den Ausbeuterklassen durch Hintertüren oder Klauseln „die Möglichkeit sichern, bei Verstößen gegen die Ruhe und Ordnung“ – in Wirklichkeit aber, wenn die ausgebeutete Klasse gegen ihr Sklavendasein „verstößt“ und versucht, sich nicht mehr wie ein Sklave zu verhalten – Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen u. a. m.“⁹

Aus Angst vor der Revolution war die deutsche Großbourgeoisie zu jedem Verrat an der Nation bereit. Einerseits unternahm die Reichsregierung keine aktiven Maßnahmen gegen die Umtriebe der Monarchisten und Faschisten in Bayern. Staatskommissar von Kahr gab seine separatistischen Absichten u. a. dadurch zu erkennen, daß er am 22. Oktober 1923 die bayrischen Reichswehrtruppen (VII. Reichswehrrdivision) auf die bayrische Landesregierung neu verpflichten ließ.¹⁰ Gleichzeitig unternahmen einflußreiche Kreise der deutschen Großbourgeoisie in Zusammenarbeit mit den französischen Imperialisten besonders in den Monaten September/Oktober 1923 aktive Versuche, um das Rhein-Ruhrgebiet von Deutschland abzuspalten und eine „Rheinische Republik“ zu gründen.¹¹ Unter diesen landesverräterischen Kräften spielte Konrad Adenauer eine führende Rolle. Das deutsche Finanzkapital hatte die Nation in namenloses Elend gestürzt; nun war es auch bereit, die Nation zu zersstückeln.

Im Herbst 1923 griff unter den herrschenden Klassen Unsicherheit und Verwirrung um sich. Zum Zeitpunkt der äußersten Zuspitzung der akuten revolutionären Krise in Deutschland wurden unter dem Druck der Arbeitermassen am 10. Oktober in Sachsen und am 16. Oktober in Thüringen von der KPD und „linken“ SPD-Führern Landesregierungen gebildet, die

⁸ Hans v. Seeckt: Die Reichswehr, Leipzig 1933, S. 67.

⁹ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 431.

¹⁰ Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1923, München 1928, S. 201.

¹¹ Vgl. Zur Geschichte der KPD. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 2., durchges. Aufl., Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 140 ff.

in die Geschichte als „Arbeiterregierungen“ eingegangen sind. Das war zunächst ohne Zweifel ein Zeichen für den Einheitsfront- und Machtwillen der Arbeitermassen. Die Arbeiter hatten in den vorangegangenen Monaten für revolutionäre Arbeiterregierungen gekämpft. Es wäre die Aufgabe dieser Regierungen gewesen, „sich auf die Kraft der Massen zu stützen, das Proletariat zu bewaffnen, den Staatsapparat gründlich zu ändern, angesichts des Elends der Massen die bürgerlichen Privilegien zu beseitigen und so eine wahrhaft demokratische Staatsmacht zu errichten, in der der Wille des Volkes seinen Ausdruck“ gefunden hätte.¹² Auf der Tagesordnung stand der Sturz der imperialistischen Herrschaft und die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den anderen werktätigen Schichten.¹³ Angesichts der brutalen Fesseln der Militärdiktatur hätte der Kampf um die revolutionäre Arbeiter-und-Bauern-Macht im Ringen um die demokratischen Rechte und Freiheiten, um die Erweiterung und Entfaltung der Demokratie seinen Ausgangspunkt finden müssen. Der Kampf der Arbeiterklasse, der die engen Grenzen der bürgerlichen Demokratie sprengt und die Macht der Imperialisten und Militaristen beseitigt, bedeutet immer eine Erweiterung der Demokratie.¹⁴ Je schneller die Kräfte der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten im revolutionären Klassenkampf um die Durchsetzung, volle Entfaltung und Sicherung der Demokratie wachsen, desto rascher schreitet die Revolution voran, weil sich „konsequente Demokratie... auf der einen Seite in Sozialismus verwandelt und auf der anderen Seite den Sozialismus erfordert“¹⁵.

Durch die Bildung der kommunistisch-sozialdemokratischen Regierungen in Sachsen und Thüringen bestanden objektiv günstige Bedingungen, die Kräfte der Revolution erheblich zu stärken. Jeder gewaltsame Anschlag auf die errungenen Positionen sowie gegen die notwendigen revolutionären Maßnahmen der Regierungen hätte mit dem allgemeinen bewaffneten Aufstand in ganz Deutschland beantwortet werden müssen, um die Militärdiktatur zu beseitigen und die Macht der Ausbeuterklasse zu brechen. Das erforderte die historische Situation. Die „Arbeiterregierungen“ in Sachsen und in Thüringen gingen aber nicht den Weg des revolutionären Kampfes.

In Sachsen – und darüber soll in diesem Aufsatz speziell die Rede sein – versprachen die „linken“ SPD-Führer in der entscheidenden Besprechung über die gemeinsame Regierungsbildung am 5. Oktober 1923, den Kampf gegen die Konterrevolution „mit allen Mitteln“ führen zu wollen.¹⁶ Der „linke“ SPD-Führer Arzt hat während der genannten Besprechung fol-

¹² Walter Ulbricht: Beiträge zur Staatslehre, Berlin 1959, S. 24.

¹³ Vgl. ebenda, S. 23.

¹⁴ Vgl. Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.–17. Dezember 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 47 ff.

¹⁵ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 216/217.

¹⁶ Paul Böttcher: Der Verrat der linken SPD, Berlin 1924, S. 6.

gende Erklärung abgegeben: „Hauptsache bleibt, daß wir zur gemeinsamen Regierung kommen. Dies ist das große Signal für die Arbeiter. Es stärkt ihr Gewissen und hebt ihren Mut. Aber auch die Gegner werden auf dem Plan erscheinen . . . Mit diesem Akt des Eintritts der Kommunisten in die Regierung platzt auch die große Koalition im Reiche. Entweder die würgen uns ab oder wir sie. Wir bilden die gemeinsame Regierung, dann wird alles übrige von selber kommen. Alles andere hängt von der Situation ab. Dann wird sogar vieles von Eurem (an die KPD-Vertreter gewandt – R. W.) Programm überholt sein. Es sind tatsächlich keine Differenzen mehr vorhanden. Wir können diesem Entscheidungskampf nicht mehr ausweichen, der zu blutigen Auseinandersetzungen führen wird.“¹⁷

Entgegen diesen großen Worten war die Praxis der „linken“ Führer der sächsischen Sozialdemokratie durch und durch opportunistisch. Sie wichen ständig vor den Maßnahmen des Militärbefehlshabers zurück und lehnten die Bewaffnung der Arbeiterklasse zum Schutze der Regierung ab.¹⁸ Obwohl Dr. Zeigner in der Regierungserklärung am 12. Oktober versprach, „den Staatsapparat weiter energisch (zu) säubern“¹⁹, so geschah dies in der Praxis nicht. Die „linken“ SPD-Führer wollten die Arbeiterklasse nicht zum Kampf mobilisieren.

Ohne energische Massenkaktionen gegen die Militaristen und Imperialisten konnten jedoch die Lage der hungernden Arbeiter nicht ernsthaft verbessert und die wirkliche Demokratie nicht erkämpft werden. So war es der sächsischen Bourgeoisie ungestraft möglich, alle zaghaften Schritte der Landesregierung zu ignorieren und bewußt das wirtschaftliche Chaos zu vergrößern. Sie schloß die Betriebe und warf die Arbeiter auf die Straße. Nach den Angaben des sozialdemokratischen Arbeitsministers Georg Graupe wurden in Sachsen in der Zeit vom 11. August bis zum 19. Oktober 1923 2690 Betriebe stillgelegt.²⁰ Im Oktober 1923 gab es nur wenige sächsische Industriebetriebe, die voll arbeiteten.²¹ Ein Erwerbsloser mit Frau und Kind erhielt z. B. Mitte Oktober 1923 nur 600 Millionen Mark Unterstützung pro Woche, wofür er sich ein einziges Brot kaufen konnte.²² Aber auch den noch beschäftigten Arbeitern ging es nicht viel besser. In Sachsen herrschte, wie in anderen Teilen Deutschlands auch, bitterste Not. Zudem untersagten die Reichswehrkommandeure in Ostpreußen und Schlesien sowie die bayrischen Behörden Lebensmittellieferungen nach Sachsen.

¹⁷ Ebenda, S. 7.

¹⁸ Vgl. z. B. Verhandlungen des Sächsischen Landtages, Jg. 1923, Bd. II, S. 1666.

¹⁹ Ebenda, S. 1578.

²⁰ Vgl. Gegen die Säbeldiktatur! Das Rote Sachsen ruft das deutsche Proletariat! Drei Reden von Fritz Heckert, Paul Böttcher und Georg Graupe. Gehalten auf der Chemnitzer Konferenz am 21. Oktober 1923. (Fotokopien im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv.)

²¹ Vgl. Verhandlungen des Sächsischen Landtages, Jg. 1923, Bd. II, S. 1593.

Hatte die „vaterländische“ deutsche Bourgeoisie nur Hunger und Gewehrkugeln für die deutschen Arbeiter übrig, so halfen ihnen die Werktätigen der Sowjetunion und die internationale Arbeiterklasse. Nach den großen Solidaritätsbeweisen in den vorangegangenen Monaten kamen auch im Oktober 1923 Lebensmittelspenden nach Deutschland. Im Oktober war es der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) möglich, allein in Sachsen an 800 000 Menschen je 3 kg Brot zu verteilen.²³ Auf diese Weise erwiesen sich die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion sowie das internationale Proletariat gerade in den schwersten Zeiten als die wahren Freunde und Helfer der deutschen Werktätigen.

In dieser Situation wäre es die Aufgabe der sächsischen Regierung gewesen, die verbrecherische Sabotage der Industrie- und Finanzbourgeoisie durch energische Maßnahmen zu brechen. Eine wirkliche Arbeiterregierung hätte unter anderem die stillgelegten Betriebe, die Banken sowie zumindest alle landwirtschaftlichen Produkte bei den Großgrundbesitzern beschlagnahmen und die Produktionskontrolle in der gesamten Industrie einführen müssen. Solche revolutionären Maßnahmen ließen sich jedoch nur durchsetzen, wenn die Regierung die Arbeiter bewaffnet und aufgerufen hätte, jeden Widerstand gegen solche Maßnahmen zu brechen. Aber gerade das erfolgte nicht. Die „linken“ Führer der sächsischen Sozialdemokratie versuchten im Gegenteil, alle revolutionären Aktionen zu verhindern.

Die KPD durfte in der gemeinsamen Regierung nicht die Mitverantwortung für eine solche Politik übernehmen. Doch die führende Brandler-Gruppe in der KPD begab sich ins Schlepptau der „linken“ SPD-Führer; sie machte alle praktischen Schritte von der Haltung der „linken“ sozialdemokratischen Führer abhängig. Walter Ulbricht schreibt dazu: „Aber statt die richtige Politik der Kommunistischen Internationale in der Frage der Einheitsfrontpolitik durchzuführen, statt die Massen zum Kampf zu mobilisieren, Massendemonstrationen und Streiks zu organisieren, das Proletariat zu bewaffnen und die Bourgeoisie zu entwaffnen sowie die Kontrolle der Produktion zu übernehmen, praktizierte Brandler und seine Clique eine verräterische Politik.“²⁴ Weil die opportunistische Brandler-Gruppe in Sachsen wie in Thüringen die günstigsten Möglichkeiten für ihre parlamentarischen Kombinationen sah, deshalb orientierte sie sich nur auf diese beiden Länder und ignorierte die Kampfvorbereitungen in anderen wichtigen Gebieten Deutschlands. Das erwies sich als außerordentlich schädlich, denn die Konterrevolution konnte nur im gesamtdeutschen Maßstab und durch die fortschrittlichen Kräfte in ganz Deutschland geschlagen werden.

Die Reaktion verfolgte die Vorgänge in Sachsen und Thüringen mit ungeheurem Haß. Sie verbreitete Greuelmärchen über die Verhältnisse in

²³ Vgl. ebenda.

²³ Vgl. Volksstimme (Chemnitz), 25. Oktober 1923.

²⁴ Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 137.

diesen beiden Ländern und forderte militärische Repressalien gegen die von den Länderparlamenten gewählten Regierungen. In einer Front mit den offenen Konterrevolutionären standen solche rechten SPD-Führer wie Ebert, Braun, Sollmann, Severing u. a., die sich erneut als Feinde der werktätigen Massen entlarvten. In diesen Oktobertagen war nicht mehr zu übersehen, daß die bewaffnete Konterrevolution zu einem konzentrierten militärischen Angriff gegen die revolutionäre Bewegung ausholen würde.

In dieser Situation fand am 21. Oktober 1923 im damaligen Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt) eine Konferenz statt, der während der stürmischen Oktoberereignisse eine große Bedeutung zugebracht war. Formell gesehen wurde diese Konferenz von den drei sächsischen Ministern für Arbeit, Finanzen und Wirtschaft mit dem Thema „Die Sicherung der Arbeit und Ernährung im Freistaat Sachsen“ einberufen. Teilnehmer der Konferenz waren sächsische Betriebsräte, Vertreter der Gewerkschaften, der Kontrollausschüsse und der Konsumvereine. Auch aus anderen Teilen Deutschlands waren Vertreter anwesend.²⁵

Am 21. Oktober 1923 war der Ausbruch des Kampfes bereits unumgänglich geworden. Die äußerste Zuspitzung der Lage wurde nicht nur durch die ökonomische Katastrophe gekennzeichnet, sondern auch durch den Einmarsch der Reichswehrtruppen in Sachsen. Tags zuvor war über Sachsen der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Nach den Angaben des sozialdemokratischen Innenministers Liebmann hatte die Konterrevolution etwa 60 000 Mann Reichswehrtruppen um Sachsen und Thüringen zusammengezogen,²⁶ die mit Artillerie, Panzerautos und schweren Minenwerfern ausgerüstet waren.²⁷ Nunmehr wurde diese Soldateska auf die Arbeiter losgelassen. Am 21. Oktober begannen die Reichswehrtruppen, in die noch unbesetzten Teile Sachsens einzumarschieren.²⁸ Mit diesem Angriff begannen die herrschenden Klassen, den Bürgerkrieg zu entfesseln.

Die Kommunistische Partei hatte diese Entwicklung der Ereignisse vorhergesehen. Der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen sollte das Signal zum Beginn des Kampfes sein. Aus der bewaffneten Verteidigung dieser beiden Länder sollte sich der allgemeine bewaffnete Aufstand in ganz Deutschland entwickeln. Das war der Plan der Partei. Ernst Thälmann erklärte auf der Sitzung des Zentralausschusses der KPD am 3. November 1923: „Die Funktionäre der Partei hatten Tag und Nacht zu arbeiten. Die Partei war so eingestellt, daß, wenn die Bourgeoisie Deutsch-

²⁵ Volksstimme (Chemnitz), 25. Oktober 1923. (Abschrift befindet sich im Stadtarchiv von Karl-Marx-Stadt.)

²⁶ Vgl. Liebmann: Neun Monate sächsische Koalitionspolitik, Leipzig 1924, S. 3.

²⁷ Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1923, S. 200/201.

²⁸ In Sachsen befanden sich bereits vor diesem Einmarsch Reichswhegarnisone der IV. Division, die jedoch der Konterrevolution offensichtlich als zu schwach für die Niederschlagung der mitteldeutschen Arbeiter erschienen. Zu den von Reichswehrtruppen freien Teilen Sachsens zählte vor allem der Bezirk Erzgebirge-Vogtland.

Über die Chemnitzer Konferenz...

lands versucht, Sachsen anzugreifen, das für die Partei den Ausbruch des Machtkampfes bedeutet. So war die Partei eingestellt, und die Vorbereitungen sind getroffen worden auf die Minute bis zu dem Augenblick des Einrückens der Reichswehr in Sachsen.“²⁹

Unter diesen Bedingungen sollte von der Chemnitzer Konferenz der Aufbruch zum Generalstreik ausgehen, der bei einer zielstrebigem revolutionären Politik in den bewaffneten Kampf hinübergewachsen wäre. Die Zentrale der KPD hatte deshalb die verantwortlichen Bezirkssekretäre der Partei nach Chemnitz berufen, um ihnen den Plan des Vorgehens zu erläutern und die notwendigen Anweisungen zu geben. Diese Zusammenkunft fand kurz vor Eröffnung der Chemnitzer Konferenz am 21. Oktober 1923 statt.

Die „linken“ Sozialdemokraten in der sächsischen Regierung hatten bereits seit längerer Zeit Kenntnis über das Vorhaben der Reichswehr erhalten. Dies geht aus folgender Aktennotiz hervor, die von Dr. Zeigner unterzeichnet ist:

„Dresden, am 15. Oktober 1923

Heute Nachmittag gegen 1/5 Uhr teilt mir Herr Minister Dr. Gradnauer³⁰ in Berlin durch den Fernsprecher mit, er habe bei dem Herrn Reichskanzler wegen der Verfügung des RWK IV vom 13. Oktober 1923 ordnungsgemäß vorgesprochen, dieser habe aber vermieden, sich zu äußern, was er zu machen gedenke. Dr. Stresemann habe ausgeführt: Die Verhältnisse in Sachsen hätten sich sehr ungünstig entwickelt. In Werdau seien die Fabrikanten von den Arbeitern unter Drohungen gezwungen worden, eine große Wirtschaftshilfe – angeblich 80 Milliarden Mark – zu leisten, ähnliche Fälle seien ihm aus anderen Städten mitgeteilt worden, auch in der Lausitz solle es sehr unruhig zugehen und der Eintritt der Kommunisten in die Regierung erfülle ihn mit großer Sorge... Dr. Gradnauer hat ferner aus absolut zuverlässiger Quelle, welche nicht genannt werden darf, erfahren, daß in die bisher militärisch noch nicht belegten Teile Sachsens, insbesondere in das Vogtland und die Chemnitzer Gegend, Reichswehr geschickt werden soll.

Dr. Zeigner“³¹

So war Dr. Zeigner mindestens in diesem Umfange bereits zu dieser Zeit über die Pläne des Einmarsches informiert. Darüber hinaus gab der Befehlshaber des Wehrkreises IV, General Müller, in einem Brief an Dr. Zeigner am 20. Oktober den Reichswehreinmarsch bekannt.³² Dr. Zeigner bekam diesen Brief am 20. Oktober 1923 mittags. Am Abend des gleichen Tages fand eine Ministerbesprechung statt, auf der Dr. Zeigner dieses Schreiben Müllers den KPD-Ministern verschwieg, obwohl er von ihnen

²⁹ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv.

³⁰ Dr. Gradnauer (SPD) war Sächsischer Gesandter in Berlin.

³¹ Landeshauptarchiv Dresden, Ministerium des Innern (abgekürzt LAH Dresden, MdI), Nr. 11 118.

³² Vgl. Paul Böttcher: Der Verrat der linken SPD, S. 18.

ausdrücklich über neue Vorkommnisse befragt worden war.³³ Bereits daraus ist ersichtlich, daß Dr. Zeigner als Regierungschef dem entscheidenden Kampf ausweichen wollte. Dies ist gleichzeitig ein weiterer Beweis für die Unaufrichtigkeit der „linken“ SPD-Führer.

Die Chemnitzer Konferenz begann im Volkshaus um 10.30 Uhr mit den Berichten des kommunistischen Wirtschaftsministers, des kommunistischen Finanzministers sowie des sozialdemokratischen Arbeitsministers über die wirtschaftliche Lage in Sachsen. Die Minister zeichneten ein erschütterndes Bild der Notlage der werktätigen Massen, schlugen jedoch nicht die Ausrufung des Generalstreiks vor. Erst nachmittags trat die Konferenz in die entscheidende Phase ein. Dem Präsidium war eine Reihe Anträge zugegangen, die in der Konferenz verlesen wurden. Darunter befand sich die Forderung, den Generalstreik auszurufen.

Als erster Redner nach den Berichten der Minister trat Brandler auf, der zwar zunächst für die Proklamierung des Generalstreiks sprach, dann aber sofort auf die Linie der „linken“ SPD-Führer einschwenkte, als der Arbeitsminister Georg Graupe erklärte, daß sich die Konferenz weiter mit Ernährungsfragen beschäftigen solle und der Antrag auf die Ausrufung des Generalstreiks einer gemeinsamen Kommission überwiesen werden müsse.³⁴ Graupe drohte mit dem Verlassen der Konferenz. Viele Delegierte quittierten diese Erklärung des „linken“ SPD-Führers mit Pfiffen. Brandler jedoch beantragte, „dem Antrag Graupes zuzustimmen. Dem wurde entsprochen. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die sich mit dem Antrag über den Generalstreik zu beschäftigen hatte.“³⁵ Somit war diese entscheidende Frage zunächst einer Kommission zugeschoben.

Im weiteren Verlauf der Diskussion überbrachten Delegierte aus Bayern, Hessen, Schlesien, Thüringen und Preußen der Konferenz brüderliche Kampfesgrüße. Sie alle versicherten, daß das Proletariat bereit sei, die sächsischen Arbeiter im Kampf gegen die Konterrevolution in jeder Weise zu unterstützen. Aus jeder Rede der sächsischen Arbeiterdelegierten „sprach entschlossener Kampfgeist, eiserner Wille, das Vaterland so auszubauen, daß sich jeder Proletarier darin wohlfühlen kann“. Aus dem Reden „klang die Bereitschaft, jeden Angriff auf die Arbeiterrechte abzuschlagen, ganz gleich, von woher er erfolgt“³⁶.

Im Gegensatz dazu legte die eingesetzte Kommission, die über den Antrag auf Generalstreik beraten hatte, der Konferenz einen Vorschlag vor, der nach einigen formalen Änderungen, die die Zahl der Kommissionsmitglieder betrafen, von der Konferenz angenommen wurde. Er lautete: „Die Konferenz wählt eine paritätische Kommission aus zehn Mitgliedern, die bei der sächsischen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung, der KPD, SPD und den Gewerkschaften bei verschärfter Situation für die sofortige Ausrufung des Generalstreiks zur Abwehr der Reichsexekutive

³³ Vgl. ebenda, S. 8.

³⁴ Vgl. Volksstimme (Chemnitz), 25. Oktober 1923.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Ebenda.

gegen Sachsen tätig ist. Die Kommission hat Vollmacht, für den Fall der Ablehnung der Ausrufung des Generalstreiks durch die Instanzen, von sich aus die nötigen Schritte zur Durchführung des Generalstreiks in den Betrieben selbständig einzuleiten.³⁷

Auf diese Weise wurde der Generalstreik abgewürgt. Hatten die „linken“ Führer der sächsischen SPD in der Besprechung mit Vertretern der KPD am 5. Oktober 1923 noch erklärt, daß man „diesem Entscheidungskampf nicht mehr ausweichen“ könne und daß man bereit sein müsse, „mit allen Mitteln“ zu kämpfen, so brachen sie am 21. Oktober 1923 diese Zusage schmachvoll und verrieten die Arbeiterklasse. Die opportunistische Brandler-Gruppe in der Führung der KPD hatte durch ihre Kapitulation auf der Chemnitzer Konferenz deutlicher als jemals zuvor ihr wahres Gesicht gezeigt. Die nur parlamentarische Orientierung dieser Gruppe wurde ganz offenbar. Das war in der akuten revolutionären Situation des Jahres 1923 die praktische Folge jener opportunistischen These, „im Rahmen und mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie“ Arbeiterpolitik treiben zu wollen. Statt sich an die Spitze der kampfgewillten Mehrheit der Konferenz zu stellen und den der konkreten Lage entsprechenden Weg des Generalstreiks und des bewaffneten Aufstandes zu beschreiten, kapitulierte die Brandler-Gruppe auf der ganzen Linie. Die Proklamierung des Generalstreiks durch die Chemnitzer Konferenz wäre schon allein deshalb möglich gewesen, weil sich die Mehrheit der Delegierten aus Kommunisten und revolutionären Betriebsräten zusammensetzte.³⁸

Brandler wollte nicht den Generalstreik; die revolutionären Delegierten fielen seinem betrügerischen Manöver zum Opfer. Die Ungeheuerlichkeit dieser Kapitulationspolitik läßt sich nur ermessen, wenn man bedenkt, daß die ganze Partei ungeduldig auf den Ausbruch des Kampfes wartete. In allen Teilen Deutschlands hatten sich die Parteiorganisationen in aufopfernder Arbeit darauf vorbereitet, an der Spitze der kampfgewillten Arbeiter zum Sturz gegen die antidemokratische und antinationale Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie und der Militaristen anzutreten. Nunmehr wurden sie enttäuscht. Dieser Verrat brachte die Parteimitglieder gegen die Brandler-Gruppe auf und führte zu ihrer Entfernung aus der Leitung der Partei.

Man kann sagen, daß ein Aufruf der Chemnitzer Konferenz an die Arbeiterklasse, sofort in den Generalstreik zu treten, auch ohne die Zustimmung der SPD-Führer von breiten Teilen der Arbeitermassen befolgt worden wäre. Für diese Feststellung sprechen nicht nur die großartigen Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse in den vorhergegangenen Monaten des Jahres 1923, sondern auch die Aktionen und die Kampfbereitschaft in jenen Oktobertagen.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Vgl. Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 139.

Zu welchem Heroismus die Arbeiterklasse unter Führung der Partei fähig war, zeigte sich am deutlichsten im heldenhaften Hamburger Aufstand. Ernst Thälmann und die Hamburger Parteiorganisation der KPD handelten in jener akuten revolutionären Krise im Geiste des Marxismus-Leninismus und in völliger Übereinstimmung mit dem Plan der Partei, wenn sie der angreifenden Konterrevolution mit dem bewaffneten Aufstand antworteten. Das war in dieser Situation die einzig richtige revolutionäre Taktik, um die Macht der herrschenden Klassen zu stürzen und die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu errichten. Leider blieb dieser heldenhafte Kampf der Hamburger Arbeiter infolge der schmachvollen Kapitulation der Brandler-Führung isoliert und mußte nach drei Tagen abgebrochen werden.³⁹

Wenn auch in keinem Teil Deutschlands die Aktionen der Arbeitermassen gegen die Konterrevolution die großartige Höhe des Hamburger Aufstandes unter Führung Ernst Thälmanns erreichten, so leisteten doch die revolutionären Arbeiter der Reaktion auch in anderen Teilen Deutschlands in den verschiedensten Formen Widerstand. Es ist Pflicht der marxistischen Historiker, diese Aktionen, die den Kampfwillen breiter Arbeitermassen beweisen, zu untersuchen. Das trifft auch auf Sachsen zu.⁴⁰

Trotz des feigen Rückzuges der Brandler-Führung auf der Chemnitzer Konferenz führten die sächsischen Arbeitermassen einen harten Kampf gegen den Reichswehreinmarsch. So waren bereits am 22. Oktober die Straßen von Chemnitz⁴¹ bis Mitternacht von einer gewaltigen Demonstration erfüllt. Die Polizei schlug wild auf die unbewaffneten Demonstranten ein, riegelte ganze Straßenzüge ab und nahm Massenverhaftungen vor. Nach Angaben des sächsischen Innenministeriums und des Reichsinnenministeriums sollen 1200 Personen durch die Chemnitzer Polizei verhaftet und namentlich festgestellt worden sein. In Annaberg⁴² besetzten am 22. Oktober 500 bis 600 Arbeiter das Rathaus. Aus Protest gegen den Einmarsch der Reichswehr fand am 22. Oktober eine Kampfdemonstration in Meißen⁴³ statt. Berittene Reichswehr ging mit Säbeln und Gewehrkolben gegen die Arbeiter vor, wobei es vier Verletzte gab. Neun Arbeiter wurden verhaftet.

Am 23. Oktober brach im Lugau-Oelsnitzer Kohlengebiet⁴⁴ ein Generalstreik aus. Die Bergarbeiter beherrschten die Lage. Im Kohlengebiet patrouillierten proletarische Hundertschaften und versahen den Ordnungs-

³⁹ Vgl. ebenda, S. 139 ff.

⁴⁰ Der Verfasser dieses Aufsatzes stellt sich nicht die Aufgabe, die Kampfaktionen oder die Kampfbereitschaft der werktätigen Massen in allen oder vielen Teilen Deutschlands nachzuweisen. Der Aufsatz ist in dieser Hinsicht nur ein Teilbeitrag, in dem die Situation in Sachsen untersucht wird.

⁴¹ LHA Dresden, MdI, Nr. 11 117. — Deutsches Zentralarchiv, Potsdam, Reichsministerium des Innern, Nr. 13 215.

⁴² LHA Dresden, MdI, Nr. 11 114.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Ebenda, Nr. 11 117.

dienst. Die Arbeiter von Freital⁴⁵ traten beim Einrücken der Reichswehr sofort in den Streik. In Pirna⁴⁶ zogen die Reichswehrtruppen am 23. Oktober ein. Vor dem Zug wurden drei Schilder getragen, auf denen provokatorisch stand: „Straße frei!“ — „Fenster zu!“ — „Es wird scharf geschossen!“ In der Stadt selbst wurde von der Reichswehr Stacheldraht gezogen und an den Knotenpunkten wurden Maschinengewehre aufgestellt. Die Soldateska durchwühlte brutal ganze Arbeiterviertel und nahm willkürlich Verhaftungen vor. Selbst von der Straße wurden Passanten mit vorgehaltenem Karabiner zur Durchsuchung geschleppt. Unter den Arbeitern herrschte eine große Erregung. Die Reichswehr schoß auf eine Gruppe Erwerbsloser und ermordete dabei einen Arbeiter. Mehrere Arbeiter wurden verletzt.

Auch in Pirna wollten die Arbeitermassen in den Generalstreik treten. Da erschien ein Regierungskommissar⁴⁷ und würgte diesen Generalstreik ab. In seinem Bericht schrieb er am 24. Oktober 1923 an die Polizei-Nachrichtenstelle Dresden: „Die Stimmung der Bevölkerung ist aufs äußerste erregt, und es bestand die ernstliche Absicht, in den Generalstreik zu treten aus Protest gegen das rücksichtslose Vorgehen der Reichswehr. Es kostete viel Mühe, die Arbeiterschaft von ihrem Vorhaben abzubringen, und nur mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die der sächsischen Regierung dadurch entstehen, hat die Arbeiterschaft beschlossen, davon Abstand zu nehmen.“⁴⁸

Aus dem Bericht ist auch die Rolle der untätigen „Arbeiterregierung“ in diesem Stadium der Ereignisse zu ersehen. Die sächsische Regierung besaß bekanntlich bei den Arbeitermassen eine große Autorität. Die Arbeiter glaubten noch nicht daran, daß diese Regierung sie im Stich lassen und wehrlos den Reichswehrbanden ausliefern würde. Deshalb traten die Arbeiter an vielen Orten nur zögernd in den Kampf oder ließen sich gar von den Regierungskommissaren zum Abwarten überreden. Noch mehr! Begünstigt durch das kapitulantenhafte Verhalten der Brandier-Führung, konnte Dr. Zeigner die Arbeiterklasse sogar im Namen der *gesamten* sächsischen Regierung faktisch zur Kapitulation auffordern. Er erklärte am 23. Oktober vor dem Sächsischen Landtag: „Ich richte deshalb

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Ebenda. Nr. 11 114.

⁴⁷ Nach der Novemberrevolution 1918 wurden im Freistaat Sachsen in jeder Kreishauptmannschaft zwei Regierungskommissare und für das ganze Land ein Oberkommissar eingesetzt. In der Mehrzahl waren es Mitglieder der SPD. Nach den Ausführungen des ehemaligen SPD-Innenministers Richard Lipinski hatten die Regierungskommissare die Aufgabe, „durch rechtzeitige Vermittlung zwischen Arbeiterschaft und Unternehmer Unruhen im Keime zu ersticken (und) Streiks in gesetzliche Bahnen zu lenken“. Lipinski schrieb weiter, die Kommissare „leisteten so gute Arbeit, daß selbst Unternehmer ihre Vermittlung anriefen“. (Vgl. Richard Lipinski: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, Leipzig 1926, S. 26.) Den rechten SPD-Führern schien diese Regierungsinstitution besonders geeignet, den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie in reformistische Bahnen zu lenken.

⁴⁸ LHA Dresden, MdI, Nr. 11 114.

im Namen der sächsischen Regierung von dieser Stelle aus die dringende Mahnung an die sächsische Bevölkerung: Vermehren Sie nicht die Leiden unseres Landes durch Unbesonnenheit (sehr richtig! rechts). Halten wir im Gefühl unseres Rechtes selbst Ordnung! Sorgen wir dafür, daß die Reichswehr keinen Anlaß hat, einzugreifen...“⁴⁹

Hierdurch wird ein weiterer Beweis erbracht, daß das Abwürgen der Widerstandsaktionen der Massen nicht durch eigenmächtige Handlungen irgendwelcher Regierungskommissare erfolgte, sondern von den „linken“ sozialdemokratischen Führern direkt gewünscht und organisiert wurde. Das geht weiterhin klar und deutlich aus einem Schreiben der Nachrichtenstelle der Sächsischen Staatskanzlei vom 24. Oktober 1923 an den Sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer in Berlin hervor. Darin heißt es: „Die unterzeichnete Nachrichtenstelle der Sächsischen Staatskanzlei erlaubt sich, Ihnen hier einige Berichte über das Auftreten der Reichswehr in Sachsen zu überreichen, um Ihnen zu zeigen, daß die sächsische Arbeiterschaft durch die Maßnahmen der Reichswehr systematisch in eine Erregung hineingetrieben wird, die binnen kurzem zu einer Explosion im Generalstreik führen kann. Unsere Organisationsleiter haben schon jetzt die größte Mühe, um unsere Genossen, die stürmisch zur Proklamation des Generalstreiks drängen, von diesem Schritt zurückzuhalten. Wenn die Reichswehr weiter so haust, wird in Kürze der Zeitpunkt eingetreten sein, wo die Genossen über die Mahnungen der Führer hinweggehen. Es wird deshalb dringend notwendig sein, daß von Berlin aus dem Treiben der Reichswehr schleunigst Halt geboten wird, andernfalls eine schlimme Wendung befürchtet werden muß.

Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei
gez. Block“⁵⁰

Dieses Dokument ist in vielerlei Hinsicht aufschlußreich. Es wird darin erneut bestätigt, daß die Arbeiterklasse in Sachsen äußerst kampfbereit war und „stürmisch zur Proklamation des Generalstreiks“ drängte. Damit wird neben den bereits angeführten Beweisen abermals die Behauptung der Brandler-Gruppe widerlegt, daß in der Arbeiterklasse eine mangelnde Kampfbereitschaft vorhanden gewesen sei. Bekanntlich versuchten die opportunistischen Elemente, ihren kapitulantenhaften Rückzug nicht zuletzt mit diesem Argument zu rechtfertigen.⁵¹ Im Gegenteil. In dieser explosiven Situation wäre ein Aufruf der KPD zum Generalstreik und zum Kampf gegen die einmarschierenden Reichswehrbanden von großem Erfolg gewesen. Doch die Brandler-Führung in der KPD forderte die Arbeiterklasse nicht zum Kampf auf, sondern kapitulierte.

Weiter kommt in diesem Schreiben zum Ausdruck, daß sich die sächsischen Regierungsstellen das Ziel gestellt hatten, die Arbeitermassen „von

⁴⁹ Verhandlungen des Sächsischen Landtages, Jg. 1923, Bd. II, S. 1761.

⁵⁰ LHA Dresden, Gesandtschaft Berlin, Nr. 363. — Block, der Leiter der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei, war Mitglied der SPD. (Vgl. Richard Lipinski: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, S. 83.)

⁵¹ Vgl. Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD, S. 117.

diesem Schritt zurückzuhalten“, also den Kampf gegen die Reichswehrtuppen zu verhindern. Ihre ganze Sorge war nur darauf gerichtet, das brutale Vorgehen der Reichswehr zu mildern, um desto leichter auch die Widerstandsaktionen der sächsischen Arbeiter gegen die Konterrevolution verhindern zu können.

In diesem Zusammenhang wird es auch klar, warum der Reichswehreinmarsch nicht durch die Absetzung der sächsischen Regierung eingeleitet wurde. Die Konterrevolution wußte sehr gut, daß die vorzeitige Absetzung der Regierung einen gewaltigen Sturm hervorgerufen hätte. Die große Mehrheit der sächsischen Arbeiter wäre sofort zum entscheidenden Kampf gegen die Reichswehribanden aufgetreten. Daran gibt es keinen Zweifel. Deshalb verfolgte die Konterrevolution eine andere Taktik. Zuerst sollte die revolutionäre Bewegung mit Waffengewalt niedergeschlagen und dabei die sächsische Regierung als Rückendeckung ausgenutzt werden. Infolge ihres bürgerlichen Verhaltens spielte die sächsische „Arbeiterregierung“ diese äußerst traurige Rolle.

Ungeachtet der kapitulantenhaften Haltung der sächsischen Regierung versuchten die Arbeitermassen weiterzukämpfen. So schlugen am 23. Oktober junge Berg- und Landarbeiter in Gandstein⁵² eine 125 Mann starke Bande von Faschisten und Monarchisten auseinander, die mit Pistolen, Trommelrevolvern, Stahlruten und Gummiknüppeln ausgerüstet war. Nachdem sie bereits von Arbeitern anderer Orte verfolgt worden war, versteckte sie sich nunmehr auf dem Schloß des adligen Herrn von Einsiedel. Wie aus den Akten⁵³ hervorgeht, waren diese Elemente auf dem Wege nach Borna, um in die Reichswehr einzutreten. Der Anführer sagte aus, daß sie vorher alles mit dem Reichswehrkommando und dem Reichswehrregiment 11 besprochen hätten. An Hand der in den Akten enthaltenen Personalliste kann man ihre Zugehörigkeit zum „Stahlhelm“ oder zum „Jungdeutschen Orden“ feststellen. Unter diesen Faschisten befanden sich ehemalige Offiziere und Gutsbesitzer. Auch dieses Beispiel zeigt, daß die „republikanische“ Reichswehr ihre Verstärkungen aus den Reihen der Faschisten und Monarchisten organisierte. Junge Arbeiter verhinderten in dem Falle zunächst diese Absicht.

Wie aus den Archivmaterialien⁵⁴ zu entnehmen ist, wurde das Vogtland durch zwei Divisionen der Reichswehr besetzt. Die Arbeiter dieses Gebietes waren äußerst kampfbereits. Am 24. Oktober fand z. B. in Plauen eine Betriebsräteversammlung statt, auf der einstimmig in einer Resolution betont wurde, daß die Plauener Arbeiter jederzeit bereit seien, den Kampf mit allen Mitteln aufzunehmen. Doch auch in Plauen gab es das gleiche Bild wie in Pirna: Die Arbeiter warteten auf das Sturmzeichen von der sächsischen Regierung. Ähnlich war es auch in Oelsnitz (Vogtland). Dort wollten die Arbeiter sofort in den Generalstreik treten. Auch hier erschien ein Regierungskommissar und würgte den Kampf ab. In seinem

⁵² LHA Dresden, MdI, Nr. 11 118.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Ebenda, Nr. 11 114.

Bericht an das sächsische Innenministerium schrieb er: „Die Arbeiterschaft hatte die Absicht, wegen der Besetzung von Oelsnitz den Generalstreik zu erklären. Ich habe sofort mit den leitenden Personen von Oelsnitz eine Sitzung herbeigeführt und dadurch erreicht, daß der Generalstreik unterblieben ist.“⁵⁵

Jedoch nicht nur die Regierungskommissare hinderten die kampfentschlossenen Arbeitermassen an revolutionären Aktionen, sondern die gesamte sächsische Staatsapparat wütete gemeinsam mit der Reichswehr gegen die revolutionäre Bewegung. So wurden z. B. am 26. Oktober 2000 Flugblätter der KPD von der Dresdener Polizei beschlagnahmt.⁵⁶

Am 29. Oktober beschlagnahmte die Chemnitzer Polizei auf Befehl des Wehrkreiskommandos die KPD-Zeitung „Der Kämpfer“ und besetzte die Druckerei. Diese Zeitung war nach langem Verbot erst einen Tag wieder erschienen.⁵⁷ Dagegen entsandte die Dresdener Polizei am 25. Oktober ein Überfallkommando nach Reichenbach, Bezirk Dresden, um eine eventuelle „Störung“ der Hochzeit im Hause eines Gutsbesitzers zu verhindern.⁵⁸ Ähnliches geht aus einem Lagebericht der Staatspolizei Dresden⁵⁹ vom 26. Oktober 1923 an die Reichswehr hervor: „Döbeln: In einigen Gütern bei Hainichen wurden Gutsbesitzer bedroht und zu ihrem Schutz Gendarmerie-Kommandos entsandt.“⁶⁰ Auf diese Weise beschützte der sächsische Staatsapparat die Ausbeuterklassen und unterdrückte die revolutionären Kräfte.

Ungeachtet des Terrors wichen die Arbeitermassen auch an anderen Orten nicht kampflos zurück. Zeigen die bisherigen Beispiele schon die Kampfbereitschaft der Arbeiter, so wird dies durch die Vorgänge in Freiberg und Großenhain noch einmal unterstrichen. Auch in Freiberg⁶¹ terrorisierten die Reichswehrtruppen nach dem Einmarsch die Bevölkerung. Arbeiterwohnungen wurden brutal durchwühlt, revolutionäre Arbeiter verhaftet und mißhandelt. Am 27. Oktober traten in Freiberg die Arbeiter geschlossen in den Generalstreik. Das Kleinbürgertum sympathisierte mit der Arbeiterklasse. Obwohl unter der Bevölkerung großer Mangel an Lebensmitteln herrschte, kauften die Reichswehrsoldaten unter Anwendung von Druck die letzten Lebensmittel in der Umgebung auf. Große Erregung bemächtigte sich deshalb der Arbeiter, als am Nachmittag des 27. Oktober Reichswehrsoldaten auf dem Postamt angetroffen wurden, die große Pakete abschicken wollten. Hierbei kam es zu einem Zusammenstoß. Das war nur ein äußerer Anlaß, der den ganzen Haß der Bevölkerung gegen die Reichswehrtruppen noch offener sichtbar machte. Eine

⁵⁵ Ebenda.

⁵⁶ Ebenda, Nr. 11 117.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Ebenda, Nr. 11 118.

⁵⁹ Die höchste sächsische Polizeinstanz schrieb für die Reichswehr laufend Situationsberichte.

⁶⁰ Ebenda, Nr. 11 117.

⁶¹ Ebenda, Nr. 11 114.

Reichwehrstreife eröffnete sofort Maschinengewehr- und Gewehrfeuer. Die Freiburger Arbeiter leisteten energisch Widerstand. Diese Vorgänge verbreiteten sich wie ein Lauffeuer durch die Stadt und steigerten die Empörung der Bevölkerung bis zum äußersten. Die nunmehr anrückenden Reichwehrsoldaten schossen wild in die Menschen hinein. In diesen Kämpfen wurden 34 Arbeiter von der Soldateska ermordet und über 50 schwer verwundet. Nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus durch die Sowjetarmee wurde zum Gedenken an die im Jahre 1923 von der Konterrevolution gemordeten Arbeiter auf dem nunmehrigen „Platz der Oktoberopfer“ ein Denkmal errichtet, das nicht nur die Freiburger Arbeiter mahnt, unsere Errungenschaften in der Deutschen Demokratischen Republik mit allen Mitteln zu schützen.

In Großenhain⁶² herrschte unter den Arbeitern große Kampfstimmung. Der unmittelbare Anlaß zu den Auseinandersetzungen am 30. Oktober war die Verhaftung eines Arbeiters, der Flugblätter der KPD verteilt hatte. Als bekannt wurde, daß eine Reichwehrpatrouille den Verhafteten gerade nach dem Amtsgericht überführte, machte sich eine große Anzahl Arbeiter sofort auf den Weg, entwaffnete die Soldaten und befreite den gefangenen Arbeiter. Auf dem Hauptmarkt gaben dann die Arbeiter ihrer Empörung gegen den Terror der Reichswehr Ausdruck. Die alarmierten Truppen schossen sofort in die Massen. Viele Arbeiter wurden dabei verwundet. Am Mittag des 30. Oktober traten die Arbeiter sämtlicher Fabriken von Großenhain in den Generalstreik.

Die Reichswehrbanden haben auch in Sachsen Hunderte Arbeiter verhaftet und viehisch mißhandelt. Allein in den Amtshauptmannschaften Borna und Grimma wurden über 120 Arbeiter eingekerkert.⁶³ Die in den Archivakten vorhandenen Dokumente sprechen eine erschütternde Sprache. Die Reichswehrbanditen schlugen die Verhafteten mit Gewehrkolben und Peitschen und verübten an ihnen brutale Bestialitäten. So mußte z. B. ein Arbeiter aus Flöha zählend 600 Kniebeugen machen und dann mit erhobenen Händen stillstehen. Stand der völlig Erschöpfte nicht ganz ruhig, wurde er von der Soldateska mit Gewehrkolben geschlagen und so lange mit Stiefeln getreten, bis er in Ohnmacht fiel.⁶⁴ Ein Lehrer aus Bräunsdorf bei Oberfrohna gab später über seine Behandlung durch die Reichswehr folgendes zu Protokoll: „In Limbach wurden wir im Hotel ‚Zum Hirsch‘ abgeliefert. Beim Eintreten in den Saal sagten die Wachmannschaften: ‚Jetzt bringen wir den Lumpen von Schullehrer, das Schwein usw.‘ Daraufhin schlug mich einer der herumstehenden Soldaten mit der Faust ins Gesicht, daß ich rückwärts taumelte und mir das Blut aus Mund und Nase strömte. Mit Gewehrkolben wurde ich nach einer Saalecke gestoßen, wo ein kleiner Strohhaufen lag. Ich mußte mich bücken, einige Soldaten hielten mich am Körper mit den Armen fest. Von

⁶² Ebenda.

⁶³ Ebenda, Nr. 11 116.

⁶⁴ Ebenda.

3 bis 5 Mann wurde ich dann mit langen Kavalleriepeitschen und Leder-
gurten geschlagen. Als ich mühsam aufgestanden war, zwangen sie mich
unter andauernden Peitschenhieben in halbe Kniebeugestellung zu gehen,
die Hände hinter dem Kopf zu verschränken und eine gerade Haltung ein-
zunehmen. Es war fast unmöglich, mein ganzer Körper zuckte und
zitterte.“⁶⁵

Solche grausamen Beispiele waren keine Ausnahmen, sondern sind in
großer Zahl nachweisbar. Sie zeigen die ganze Brutalität des deutschen
Militarismus und seine Funktion im Innern des Landes als Instrument
der imperialistischen Bourgeoisie zur Unterdrückung des Volkes.

In der westdeutschen bürgerlichen und sozialdemokratischen Literatur
werden diese Bestialitäten der Reichswehr verschwiegen, mit einigen
Worten abgetan oder völlig verlogen dargestellt. Friedrich Stampfer, der
sich in seinem umfangreichen Buch über manche unwesentlichen Details
ausläßt, hat für diese Verbrechen der Reichswehr bezeichnenderweise nur
zwei kurze Sätze übrig, die nicht im entferntesten das ausdrücken, was
wirklich geschehen war.⁶⁶ Nach dem Willen solcher reformistischen
Memoirenschreiber soll die junge Arbeitergeneration über den Terroris-
mus der „republikanischen“ Reichswehr keine Vorstellung erhalten, denn
daraus lassen sich manche Schlußfolgerungen für den Kampf gegen den
Militarismus in Westdeutschland ziehen.

Ein erstaunliches Maß an Unverschämtheit enthalten auch die 1958
veröffentlichten Memoiren des damaligen Reichswehrministers Otto
Gessler.⁶⁷ Nach dem Vorwort von Theodor Heuß zu urteilen, soll dieses
Buch voll „nüchterner Tatsachenkenntnis“ und ein „wichtiger Beitrag“ für
„eine gründliche Revision“ der Geschichte der Weimarer Republik sein.⁶⁸
In diesem Falle sieht die Revision der historischen Tatsachen folgender-
maßen aus: „Die ganze Aktion ging ohne Blutvergießen vor sich.“⁶⁹ Aller-
dings gab es, so muß Gessler gleich im nächsten Satz zugeben, in Pirna
und Freiberg Tote. Einige Personen seien nach einem Truppenübungsplatz
gebracht worden, aber ihm sei nicht „eine Beschwerde wegen schlechter
Behandlung zugekommen“.⁷⁰ Damit ist das Thema für Gessler erschöpft.
So wird in Westdeutschland die Geschichte gefälscht, und so stellt sich
demnach Theodor Heuß die „gründliche Revision“ der Geschichte der
Weimarer Republik vor. Es soll verwischt werden, wie rücksichtslos die
imperialistische Bourgeoisie Militär gegen das werktätige Volk einsetzte
und mit welcher Skrupellosigkeit sie die bürgerlich-demokratischen
Rechte und Freiheiten beseitigte. Auch die durch parlamentarischen Mehr-

⁶⁵ Ebenda.

⁶⁶ Vgl. Friedrich Stampfer: Die vierzehn Jahre der Ersten Deutschen Republik
S. 364.

⁶⁷ Otto Gessler: Reichswehrpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1958.

⁶⁸ Ebenda, S. 11.

⁶⁹ Ebenda, S. 270.

⁷⁰ Ebenda.

heitsbeschluß entstandene Landesregierung in Sachsen wurde am 29. Oktober 1923 mit militärischer Gewalt liquidiert.

Die gesamten historischen Fakten aus dem Jahre 1923 machen das anti-demokratische Wesen des deutschen Imperialismus deutlich. W. I. Lenin hat darauf hingewiesen, daß Imperialismus politische Reaktion auf der ganzen Linie bedeutet. „Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus... ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion... Sowohl in der Außenpolitik wie auch gleicherweise in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion. In diesem Sinne ist unbestreitbar, daß der Imperialismus ‚Negation‘ der Demokratie überhaupt, der ganzen Demokratie ist...“⁷¹ Diese geschichtliche Lehre hat für die heutige westdeutsche Entwicklung eine große Bedeutung.

Durch die blutige Niederschlagung der Arbeiterklasse im Jahre 1923 mit Hilfe der militaristischen Reichswehr wurde in Deutschland der Boden für die Entwicklung und den späteren Machtantritt des Faschismus bereitet. Die rechten Führer der SPD kämpften zusammen mit den reaktionären, antinationalen Kräften gegen die revolutionäre Bewegung und machten sich damit mitschuldig an dieser verhängnisvollen Entwicklung. Mit der Beseitigung des Imperialismus und Militarismus wären dem deutschen Volk die Nacht des Faschismus und die Katastrophe des zweiten Weltkrieges erspart geblieben.

Auch die „linken“ Führer der Sozialdemokratie fügten der Sache der Arbeiterklasse und der Nation durch ihre schwankende und opportunistische Politik großen Schaden zu. Sie orientierten sich 1923 nicht auf den Kampf der einheitlich handelnden Arbeiterklasse, sondern kapitulierten vor den Feinden der Demokratie und des Sozialismus. Doch besonders die bitteren Erfahrungen der faschistischen Diktatur lehrten damals namhafte „linke“ SPD-Führer, daß die Stärke der Arbeiterklasse in ihrer Einheit auf revolutionärer Grundlage liegt. So zog z. B. Dr. Erich Zeigner in einem Aufsatz im März 1946 aus den Ereignissen des Jahres 1923 die Schlußfolgerung, „daß jeder Versuch, ein Problem konsequent im sozialistischen und demokratischen Sinne zu lösen, unausweichlich in die ganze Breite der klassenmäßigen Auseinandersetzung führen muß. Wer diese Konsequenzen scheut, darf kein Problem anfassen.“⁷² Die marxistisch-leninistische Partei ist verpflichtet, aus allen Resultaten des Klassenkampfes die richtigen Lehren zu ziehen, um sie den Parteimitgliedern zu vermitteln und im Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse und der Nation gewappnet zu sein.

Die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse hatte im Jahre 1923 eine Niederlage erlitten. Doch das konnte die besten Kräfte der deutschen

⁷¹ W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 34.

⁷² Erich Zeigner: Politischer Rückblick auf das Jahr 1923. In: Sozialistische Einheit, 24. März 1946.

Arbeiterbewegung im Kampf für die soziale und nationale Befreiung nicht entmutigen. Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte aufopferungsvoll und mit großem Mut an der Organisation des Proletariats gearbeitet. Sie war es, die Millionen deutscher Arbeiter in zahllosen Streik- und Kampfaktionen führte und ihnen Vertrauen in die Kraft der Klasse gab. Die Kommunisten trugen der deutschen Arbeiterklasse und dem ganzen Volke das Banner des nationalen Befreiungskampfes voran und zerschlugen alle separatistischen Versuche. Es waren auch die Mitglieder der KPD, die – an der Spitze der revolutionären Arbeiter stehend – bereit waren, entschieden gegen die Herrschaft der antinationalen Ausbeuterklassen und für eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu kämpfen. Deshalb konnte Ernst Thälmann mit Recht feststellen, daß die Mitglieder der Partei „keineswegs in passiver Ohnmacht dahindämmerten, sondern daß sie zur Einsetzung ihres Lebens für die Er kämpfung der Macht entschlossen waren“. Und die Hamburger, so heißt es weiter, können „mit größerem Recht als alle anderen sagen: Es waren nicht nur die Hamburger, sondern auch die Berliner, die sächsischen und alle anderen kommunistischen Arbeiter in Deutschland, die zum Kampfe bereit waren“.⁷³

Trotz des heroischen Kampfes der Mitglieder der KPD war die Partei als Ganzes noch nicht reif genug, um alle im Sinne von Lenins Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ notwendigen Schritte zu gehen und die Leninsche Revolutionstheorie anzuwenden. Diejenigen Genossen des Zentralkomitees, die nicht der Brandler-Gruppe angehörten, beherrschten diese Frage noch nicht genügend.⁷⁴

Die Erfahrungen des Oktobers 1923 brachten die Parteimitglieder vollends gegen die opportunistische Brandler-Politik auf; sie setzten die Entfernung der Brandler-Gruppe aus der Parteiführung durch. Gleichzeitig wurde offensichtlich, daß die KPD im Geiste des Marxismus-Leninismus weiter gestärkt und gefestigt werden mußte. Dieser Aufgabe widmeten sich die besten Kader der Partei mit Ernst Thälmann an der Spitze. Die KPD hat in opferreichen Kämpfen jene wissenschaftliche Strategie und Taktik herausgearbeitet, die nach dem Sieg der Sowjetarmee über den Hitlerfaschismus auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erfolgreich angewendet wurde. Damit wurde vorläufig in einem Teil Deutschlands der Wunsch und die Sehnsucht der revolutionären deutschen Arbeiter erfüllt, die jahrzehntelang in vielen Aktionen, so auch im Jahre 1923, für dieses Ziel gekämpft hatten.

⁷³ Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 258.

⁷⁴ Vgl. Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 138.

Die ersten Wochen der Antifaschistischen Aktion

„Die Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse ist die Lebensfrage unseres Volkes.“¹

In der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien wird die Bedeutung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse besonders unterstrichen und die Arbeiterklasse zur Überwindung ihrer „Spaltung, an deren Aufrechterhaltung im nationalen wie auch im internationalen Maßstab die herrschenden Klassen, die rechten Führer der Sozialdemokratie und die reaktionären Gewerkschaftsführer interessiert sind“,² aufgerufen. Es wird hervorgehoben, daß die Kommunisten in den sozialdemokratischen Arbeitern Klassenbrüder sehen. In der Gemeinsamkeit der Klasseninteressen liegt die objektive Grundlage der Einheit der Arbeiterklasse.

Die Überwindung der Spaltung ist nötig, weil die Spaltung das „Haupthindernis auf dem Wege der Arbeiterklasse zu ihren Zielen ist“³ und weil die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes gemeinsame Aktionen der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien auf nationaler und internationaler Ebene zur Lösung der brennendsten Fragen unserer Zeit verlangen. Eine solche brennende Frage ist die Bändigung des deutschen Militarismus geworden, der in Westdeutschland das Feuer der Aggressivität und des Revanchismus schürt. Der deutsche Imperialismus bedroht wieder den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas. Demgegenüber demonstriert die Deutsche Demokratische Republik, „wie die Lebensfrage der deutschen Nation durch die Kraft des Volkes gelöst werden kann“.⁴ Zugleich ist sie die feste Stütze im Kampf der deutschen Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten um die Bändigung des deutschen Militarismus, in jenem Kampf, der zum Siege führen wird, sobald auf der Grundlage der gemeinsamen Interessen die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland zustande kommt.

In der gemeinsamen Aktion der Arbeiter ganz Deutschlands, so wie sie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands immer wieder vorgeschlagen

¹ Deutschlandplan des Volkes – Weg zur Rettung der deutschen Nation, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 23.

² Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.–17. Dezember 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 52.

³ Ebenda.

⁴ Ebenda, S. 127.

hat, liegt der Schlüssel zur Lösung der durch die volksfeindliche Kriegs- und Notstandspolitik der herrschenden Gruppe in Westdeutschland täglich ernster gestellten Fragen. Die wachsende Bedrohung des Friedens und der demokratischen Rechte und Freiheiten in Westdeutschland, die Zuspitzung der Gefahr für unser Volk machen die Herstellung der Aktionseinheit immer dringender und zugleich auch den westdeutschen Arbeitern ihre Notwendigkeit immer klarer.⁵

Die Aktionseinheit entspricht auch den wahren Interessen der Sozialdemokraten. Die Masse der Mitglieder der SPD ist nicht einverstanden damit, daß sich ihre Parteiführung den Forderungen des Imperialismus unterwirft, wie das im Godesberger Programm und auf dem Parteitag zu Hannover zum Ausdruck kam. Es wächst der Widerstand gegen diese Politik. Immer öfter verweisen auch Sozialdemokraten warnend auf die Erfahrungen der Jahre vor 1933. Damals gab die rechte SPD- und Gewerkschaftsführung auch eine Position der Demokratie nach der anderen preis. Die rechte SPD-Führung ließ sich bis zur moralischen Selbstaufgabe treiben, wie sie in der Zustimmung zum außenpolitischen Programm Hitlers ihren Ausdruck fand, und verschuldete die Zerschlagung der eigenen Partei. Diesen Weg mag eine Gruppe von SPD-Mitgliedern aus Essen vor Augen gehabt haben, als sie an den Parteitag in Hannover appellierte: „Die Delegierten des Parteitags dürfen sich durch die Adenauer-CDU und die Wehner-Brandt-Führung nicht zu einem Offenbarungseid treiben lassen.“⁶ Das ist nicht die erste Warnung dieser Art. Vor zwei Jahren schrieb der SPD-Kreisverein Wittlage: „Wir haben den Eindruck, daß wir in die gleiche falsche Politik verfallen wie die Sozialdemokratie zur Zeit der Weimarer Republik ...“⁷

Solchen Einsichten entspricht die Fortsetzung des Kampfes vieler Mitglieder der SPD gegen den Atomtod, gegen die NATO-Politik, gegen den Neofaschismus, trotz der Kollaboration der Wehner, Brandt, Deist und Erler mit Adenauer, Strauß und Schröder. Darin liegt auch die Möglichkeit, die zum Siege in diesem Kampf um die Sicherung des Friedens, zur „friedlichen antiimperialistischen fortschrittlichen Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes“⁸ nötige Aktionseinheit der Arbeiter in Westdeutschland und der Arbeiterklasse der DDR und Westdeutschlands herzustellen.

In der gemeinsamen Aktion der Arbeiter der verschiedenen politischen Richtungen lag auch im Jahre 1932 der Schlüssel zur Lösung der brennendsten Fragen jener Zeit: der Abwehr der faschistischen Gefahr, der Sicherung der demokratischen Rechte und Freiheiten des werktätigen Volkes,

⁵ Vgl. auch Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 420.

⁶ Zit. in: Neues Deutschland (B), 21. November 1960.

⁷ Vorwärts (Bonn), 16. Januar 1959.

⁸ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.-17. Dezember 1960, S. 162.

der Zurückdrängung der chauvinistischen Welle und der Abwehr des hemmungslosen Angriffs des Kapitals auf die Lebenslage der arbeitenden Schichten.

Daher verstärkte die KPD im Sommer 1932, als sich ein erneuter Vorstoß der faschistischen Reaktion gegen die Weimarer Republik abzeichnete, ihre Bemühungen um die Schaffung der Einheitsfront, vor allem um die Überwindung der von den rechten sozialdemokratischen Führern künstlich geschaffenen Kluft zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern, und um die Organisierung einer antifaschistischen Volksbewegung. Die Lage war durch täglich sich zuspitzende Klassenkämpfe gekennzeichnet. Die Wirtschaftskrise war auf dem Tiefpunkt angelangt. Die massenhafte Verelendung von Millionen Dauererwerbslosen und ruinierten Mittelständlern erreichte ein Ausmaß wie nie zuvor.

Bei den Reichspräsidentenwahlen zwang die SPD-Führung die sozialdemokratischen Wähler, ihre Stimmen Hindenburg zu geben. Die Reichspräsidentenwahlen und die Landtagswahlen in einer Reihe deutscher Länder am 24. April brachten einen weiteren Stimmenzuwachs für die Nazis.

Die sozialdemokratische Führung aber setzte ihre verderbliche Kapitulationspolitik fort. Als unmittelbar nach dem SA-Verbot vom 13. April bekannt wurde, daß Schleicher dem Reichspräsidenten eine gleiche Behandlung des Reichsbanners vorgeschlagen hatte, befahl die Führung der Eisernen Front umgehend die Demobilisierung der Schutzformationen und Hammerschaften. Die „starken Männer“ der SPD auf den preußischen Ministersesseln ließen durchblicken, daß sie ihre parlamentarischen Positionen nicht halten würden.

Die KPD rief auf Initiative Ernst Thälmanns am 25. Mai 1932 zur Antifaschistischen Aktion auf, appellierte an die Arbeiter ohne Unterschied der Organisation, an alle demokratischen Kräfte, sich zum gemeinsamen Kampf zur Abwehr der faschistischen Gefahr zusammenzuschließen.

Die KPD gab mit dem Aufruf zur Antifaschistischen Aktion den demokratischen Kräften des deutschen Volkes die einzige der Lage entsprechende Orientierung. Die von Ernst Thälmann und seinen Mitkämpfern — unter ihnen besonders auch Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht — verkündete Losung der Antifaschistischen Aktion entsprach den Interessen des ganzen deutschen Volkes und wurde auch von Kreisen aufgenommen, die der kommunistischen Bewegung noch fernstanden. Sie löste eine breite Welle antifaschistischer Demonstrationen und Kampfaktionen aus.

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion festigte sich die Abwehrfront gegen die faschistische Terrorwelle im Sommer 1932, wurde der Versuch zunichte gemacht, durch den organisierten Arbeitermord und den Straßenterror der SA- und SS-Horden die Arbeiterbewegung niederzuschlagen. Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion erhob sich die Streikwelle im Herbst 1932, die den Anschlag der Regierung Papen auf die Reste der von der Arbeiterklasse hart erkämpften sozialpolitischen

Errungenschaften, besonders auf das Tarifrecht, abwehrte. Die Erfolge der Antifaschistischen Aktion trugen entscheidend dazu bei, das Kabinett Papen zu stürzen, und bestätigten, daß die deutsche Arbeiterklasse die Kraft besaß, die faschistische Diktatur zu verhindern. Doch auch die Antifaschistische Aktion vermochte noch nicht, den Widerstand der rechten sozialdemokratischen Führer gegen die Herstellung der Aktionseinheit zu brechen, so daß die Einheitsfront nur in einzelnen Aktionen zustande kam und nur einen Teil der sozialdemokratischen Arbeiter erfaßte. „Infolge der Spaltung der Arbeiterklasse vermochte auch der heroische Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands unter der Führung Ernst Thälmanns zusammen mit den Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und demokratischen Bürgern, die in der Antifaschistischen Aktion kämpften, nicht, die Machtergreifung des Hitlerfaschismus und den Beginn des Eroberungskrieges des faschistischen deutschen Imperialismus zu verhindern.“⁹

Wie die Antifaschistische Aktion eingeleitet wurde und wie sie sich in den ersten Wochen entfaltete, soll im folgenden an Hand der wichtigsten Tatsachen dargestellt werden.

Am 24. Mai 1932 sprach Ernst Thälmann vor dem Plenum des Zentralkomitees der KPD und den politischen Sekretären der Bezirksleitungen. Er beschäftigte sich ausführlich mit Fragen der revolutionären Einheitsfrontpolitik, deren Rolle als entscheidendes Kettenglied der proletarischen Politik schon vom Februarplenum des ZK betont worden war, und kritisierte die mangelhafte Durchführung der Beschlüsse des Februarplenums. In dem Bericht über das Plenum heißt es dann: „Genosse Thälmann entwickelte sodann die Notwendigkeit, durch eine großzügige Massenkampagne unter der Losung ‚Antifaschistische Aktion‘ eine Bewegung der kämpfenden roten Einheitsfront gegen den Faschismus hervorzurufen... Die Herstellung der proletarischen Einheitsfront zum revolutionären Massenkampf gegen den Faschismus ist zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden, um dem Hitlerfaschismus den Weg zur Regierungsteilnahme zu verlegen.“¹⁰

Das Maiplenum 1932 war die Geburtsstunde der Antifaschistischen Aktion. Die Partei hob damit ihren Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und eine breite antifaschistische und antiimperialistische Kampffront gegen die drohende faschistische Diktatur auf eine neue Stufe. Ernst Thälmann forderte die ganze Partei auf, eine „Wendung in der praktischen Arbeit“ zu vollziehen, vielfältige konkrete Formen der Einheitsfrontpolitik zur Gewinnung breiter Massen für den Kampf um das nächste, allen gemeinsame Ziel anzuwenden.

Der „Aufruf des Zentralkomitees der KPD an die deutsche Arbeiterklasse“ zur Antifaschistischen Aktion ging von dem am 25. Mai erfolgten Überfall der Nazis im Preußischen Landtag auf Genossen Wilhelm Pieck

⁹ Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1174.

aus. Das Zentralkomitee wandte sich angesichts der zunehmenden Faszisierung Deutschlands an die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter, an die Reichsbannerkameraden, an die gesamte Arbeiterklasse. Es stellte der Antifaschistischen Aktion das Ziel, „alle Kräfte der Arbeiterklasse und der von ihr geführten Millionen Werktätigen in Stadt und Land zum Einsatz“ zu bringen, „um den blutigen Plan des Hitlerfaschismus zu vereiteln, der die offene faschistische Diktatur über Deutschland aufrichten will“.¹⁰

Der Aufruf erklärte: „Die Antifaschistische Aktion muß durch den organisierten roten Massenselbstschutz in breiter Einheitsfront den Mordterror des Hitlerfaschismus brechen.

Die Antifaschistische Aktion muß durch den Massenkampf für eure Forderungen, für die Verteidigung der Lebensinteressen aller Werktätigen, durch die Streiks der Betriebsarbeiter, durch die Massenaktionen der Millionen Erwerbslosen, durch den politischen Massenstreik der geeinten Arbeiterklasse dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht verlegen!“¹²

Das Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition schloß sich am 26. Mai 1932 dem Aufruf zur Antifaschistischen Aktion an: „Wir appellieren besonders an die freigewerkschaftlich und christlich organisierten Kollegen: Nehmt Stellung zu dem kameradschaftlichen Aufruf zur Schaffung der Antifaschistischen Aktion!... Schafft überall Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion!“¹³

Am 27. Mai entwickelte Walter Ulbricht vor der Groß-Berliner Parteiarbeiterkonferenz die konkreten Aufgaben bei der Einleitung der Antifaschistischen Aktion. Die Parteiarbeiterkonferenz orientierte die Berliner Parteiorganisation auf eine bedeutende Verstärkung der Arbeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern, insbesondere in den Großbetrieben, auf einen konkreteren Kampf um die Tagesforderungen der Arbeiter in jeder Abteilung, auf die weitere Mobilisierung der Erwerbslosen, auf die Schaffung eines Massenselbstschutzes gegen den Naziterror und auf die organisatorische Festigung der Einheitsfront durch die Wahl von Einheitsausschüssen.

Was zeigen die ersten Dokumente der Antifaschistischen Aktion?

1. Die KPD proklamierte mit dem Aufruf zum Kampf gegen die drohende Hitlerdiktatur ein der ganzen Arbeiterklasse verständliches und von ihr erstrebtes, den Interessen aller Werktätigen und der Nation entsprechendes Ziel. Sie stellte keine Bedingungen an die anderen zur Antifaschistischen Aktion aufgeförderten Kräfte. Damit machte sich die Partei zum Führer aller am Kampf gegen den Faschismus interessierten Kräfte in Deutschland. Sie erhob noch kühner das Banner der Demokratie,

¹⁰ Die Rote Fahne, 27. Mai 1932.

¹¹ Die Rote Fahne, 26. Mai 1932.

¹² Ebenda.

¹³ Die Rote Fahne, 28. Mai 1932.

während alle anderen Parteien entweder offen oder halbgetarnt mit den Faschisten kollaborierten oder doch mit verwirrenden Losungen vom „abwirtschaften lassen“ bzw. mit beruhigenden Versicherungen, in Deutschland sei keine faschistische Diktatur möglich, den Kampf sabotierten.

2. Die KPD zeigte, daß es eine Möglichkeit gab, dem Faschismus den Weg zu verlegen, nämlich den gemeinsamen Kampf aller demokratischen Kräfte, und daß für den antifaschistischen Kampf die ganze Arbeiterklasse und breite werktätige Schichten gewonnen werden konnten.

3. Die KPD entwickelte Vorschläge für die anzuwendende Taktik: die Abwehr des faschistischen Terrors durch den wehrhaften Massenkampf; die Heranführung der Betriebsarbeiter an den Massenstreik durch eine Welle von einzelnen, kleinen Teilstreiks gegen jeden Angriff auf die Lebenslage und die betrieblichen Rechte der Arbeiter; die Verbindung von Streiks und Erwerbslosenaktionen zu einer Massenbewegung und die umfassende Gewinnung der breitesten Massen zur Verteidigung der Demokratie.

4. Die KPD empfahl, zur Organisierung und Leitung der Kämpfe aus der Bewegung selbst heraus ohne jedes Schema je nach den örtlichen Bedingungen geeignete Organe zu bilden, die Einheitsausschüsse.

Wenige Tage nach dem Aufruf zur Antifaschistischen Aktion spitzte sich die Lage weiter zu. Die Dreieinigkeit von Finanzkapital, Junkertum und Reichswehrführung ließ am 30. Mai das Kabinett Brüning fallen. Das Zentralkomitee der KPD warnte in einem Kommuniqué: „Drohender als je zuvor erhebt sich der faschistische Todfeind gegen das deutsche Proletariat.“ Das Kommuniqué unterstrich die Aufforderung, sich zum einheitlichen Kampfe gegen diese Gefahr zusammenzuschließen: „Das Zentralkomitee der KPD erneuert in dieser Stunde seinen Aufruf an alle klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen, an das Jungproletariat, an die ausgebeuteten Angestellten, die notleidenden Mittelständler, die armen Bauern, sich im Zeichen der Antifaschistischen Aktion zu vereinigen ...“¹⁴

Der Alarmruf der Kommunisten war nur zu berechtigt. Am 1. Juni wurde Franz von Papen zum Reichskanzler ernannt. Sein Kabinett bestand aus extremen Reaktionären. Es war eine Regierung der beschleunigten Vorbereitung der faschistischen Diktatur. Die „Kommunistische Internationale“ schrieb am 10. Juni: „Die ungeheuren Erfolge der Nationalsozialisten bei den Präsidenten- und Preußenwahlen, die Schwächung des deutschen Proletariats durch die Sozialdemokratie sowie die Tatsache, daß die Kommunistische Partei die immer noch hinter der Sozialdemokratie stehenden breiten Arbeitermassen noch nicht in einer Einheitsfront unter ihrer Führung zusammenzuschließen vermochte, haben die Voraussetzungen für die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur geschaffen.“¹⁵

¹⁴ Die Rote Fahne, 31. Mai 1932.

¹⁵ Zur Lage in Deutschland. In: Kommunistische Internationale, 1932, Heft 11, S. 819.

Das Programm der Regierung von Papen sah einen radikalen Abbau der Löhne und Unterstützungen und die Zerschlagung des Sozialschutzes, neue Steuern für die Massen und neue Subventionen für Bourgeoisie und Junker, die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung bis zum Verbot der KPD und die völlige Ausschaltung des Reichstags, die Aufhebung der Rüstungsbeschränkung des Versailler Vertrags und eine beschleunigte Militarisierung der Jugend und zu alledem die weitgehende Heranziehung der Nazis an die Regierung vor.

Am 4. Juni wurde der Reichstag aufgelöst. Am gleichen Tag gab Papen über den Rundfunk eine Regierungserklärung ab, die dem ganzen deutschen Volk ins Gesicht schlug. Papen log: „Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigernden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht ...“¹⁶

Das war eine Kriegserklärung insbesondere an die acht bis neun Millionen Arbeitslosen. Auch die SPD-Führung sah sich außerstande, die Brüning gegenüber geübte offene Tolerierung fortzusetzen, hoffte aber, durch den Verzicht auf Aktionen gegen die Papen-Regierung einem direkten Angriff entgehen zu können und wenigstens teilweise in ihren staatlichen Positionen geduldet zu werden.

Der Aufruf der KPD zur Antifaschistischen Aktion gegen die faschistische Gefahr, zum Massenkampf gegen Papen, den Wegbereiter der Hitler-Diktatur, fand bei vielen Werktätigen Zustimmung. Eine Belegschaftsversammlung der AEG Brunnenstraße in Berlin stellte sich auf den Boden der Kampfforderungen der KPD und wählte zur Organisation des antifaschistischen Kampfes einen Einheitsausschuß, dem zwei Kollegen vom Deutschen Metallarbeiterverband, zwei Unorganisierte, ein Kollege vom Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins und vier Kommunisten angehörten. Zwei Mitglieder des Ausschusses waren erwerbslos. Die Versammlung richtete einen Appell an die Arbeiter und anderen Werktätigen des Wohngebiets Brunnenstraße, ebenfalls tatkräftige Maßnahmen gegen Krieg und Faschismus zu treffen. Auch die Arbeiter der Firma Orenstein & Koppel in Berlin-Spandau begrüßten in einer einstimmig angenommenen Resolution den Aufruf des ZK der KPD und des Reichskomitees der RGO zur Einheitsfront und verbanden seine Gedanken mit ihren betrieblichen Forderungen: „Die Versammlung stellt fest, daß dieser Aufruf die Basis ist, auf der die Kämpfe der Arbeiterschaft, gleichviel welcher Organisationszugehörigkeit, gegen die neuen beabsichtigten Angriffe auf die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse sowie die Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb des Betriebes organisiert werden müssen.“¹⁷ Die Belegschaft der Tiefbaufirma Albert in Hohenmölsen bei Weißenfels nahm am 29. Mai Stellung zum Aufruf der KPD

¹⁶ WTB — Meldung, 4. Juni 1932. In: Die Rote Fahne, 5. Juni 1932.

¹⁷ Die Rote Fahne, 28. Mai 1932.

zur Antifaschistischen Aktion. Alle SPD-Arbeiter stimmten für die aufgestellten Kampfforderungen. Die Belegschaft wählte einen Ausschuß, dem fünf teils freigewerkschaftlich, teils in der RGO organisierte Bauarbeiter angehörten.

Die Bereitschaft der deutschen Arbeiter, in der Antifaschistischen Aktion gemeinsam den Kampf gegen den drohenden Faschismus aufzunehmen, kommt besonders deutlich in einem Appell des Ortskartells des ADGB Zella-Mehlis vom 1. Juni zum Ausdruck: „Wir folgen freudig dem Ruf der Kommunistischen Partei Deutschlands sowie der kommunistischen Fraktion des preußischen Landtages zur Herstellung der Einheitsfront und verpflichten uns, mit allen außerparlamentarischen Mitteln den Kampf für die gleichen Forderungen zu führen.“¹⁸

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion entfaltete sich die Wahlkampagne für die Reichstagswahlen. Auf zahlreichen Großkundgebungen riefen die Führer der KPD die deutschen Arbeiter zur Einheitsfront. Zehntausende strömten zu den großen Thälmann-Kundgebungen in Darmstadt, Wuppertal, Braunschweig, Hindenburg, Dresden, Berlin-Neukölln und Hamburg. In Dresden hörten 80 000 den Initiator der Antifaschistischen Aktion, im Neuköllner Stadion waren es ebensoviele. In Chemnitz, Halle, Breslau und anderen Städten sprach Wilhelm Pieck, auf der Großkundgebung am 3. Juli im Berliner Lustgarten und in zahlreichen Berliner Betriebsversammlungen Walter Ulbricht, in Eberswalde und anderen Orten Theo Neubauer.

Von besonderer Bedeutung war die Thälmann-Kundgebung am 12. Juni in Darmstadt. Sie fand unmittelbar nach dem Antifaschistischen Kongreß des Hessenlandes statt, an dem 1440 Delegierte teilgenommen hatten, darunter auch Mitglieder der SPD, der SAJ und der SAP sowie mehrere hundert Parteilose. Die Delegierten des Kongresses nahmen an der Kundgebung teil, auf der Ernst Thälmann darlegte, wie sich aus der Interessengemeinschaft der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, der Arbeiter und Bauern die Aktionsgemeinschaft der Antifaschisten ergeben müsse.

Der Darmstädter Einheitskongreß war der erste aus einer Reihe derartiger Bezirkskongresse von Delegierten der Betriebe und Stempelstellen, der Wohngebiete und Arbeiterorganisationen. Diese Kongresse bildeten die Höhepunkte einer Welle von Versammlungen und Kundgebungen der Antifaschistischen Aktion auf örtlicher oder betrieblicher Ebene. Seit Mitte Juni verdichtete sich diese Versammlungswelle bis zum „1. Generalappell“ der Antifaschistischen Aktion am Sonntag, dem 26. Juni, der in allen größeren und zahllosen kleinen Orten antifaschistische Demonstrationen sah.

Im Verlaufe dieser Bewegung entstanden vielerorts Einheitsausschüsse. Solche Komitees der Antifaschistischen Aktion wurden z. B. von den Eisenbahnern des Güterbahnhofs Pankow, von der Belegschaft der Firma

¹⁸ Die Rote Fahne, 2. Juni 1932.

Schönweiß in Hagen, in der Maschinenfabrik Brunker in Köln, im Kraftpostamt Erfurt, im Seidenhaus Michels in Berlin, in den Dixi-Werken Erfurt, in der Rheinischen Papiermanufaktur in Mannheim, bei der AEG-Turbine und in der Weberei Görlitz in Chemnitz gebildet. Eine Belegschaftsversammlung der Zigarettenfabrik Abdulla wählte nach einer Rede Walter Ulbrichts einen Einheitsausschuß.

Auch örtliche Einheitsausschüsse entstanden. Bekannt ist das Bernauer Beispiel. Hier war die Einheitsfront schon Wochen zuvor im Zusammenhang mit Naziüberfällen entstanden. Das Ortskartell des ADGB wurde vom Einheitswillen der Arbeiter mitgerissen. Selbst die meisten Stadtverordneten der SPD mußten im Sinne der Einheitsfront Stellung nehmen. Das Bernauer Beispiel machte Schule; schon Anfang Juni bestanden in der Umgebung von Berlin Einheitsausschüsse in Oranienburg, Velten, Lanke, Freienwalde und Oderberg.

Im Sinne konkreter Verbindung des Kampfes gegen den Faschismus mit den Belangen einer Branche, eines Bezirks oder bestimmter Bevölkerungsschichten fanden Delegiertenkonferenzen auf verschiedenen Ebenen statt. Am 14. Juni tagte eine solche Konferenz in Stuttgart. Am 18. Juni gab es örtliche Delegiertenkonferenzen in Aachen, Bonn, Koblenz und Trier. Am 19. Juni fand eine Delegiertenversammlung der Eisenbahndirektion Königsberg statt, auf der Roman Chwalek sprach. Sie wählte auch ein Einheitsfrontkomitee der ostpreußischen Eisenbahner aus zwei Mitgliedern der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, zwei Mitgliedern des Einheitsverbandes, zwei oppositionellen Mitgliedern des Verbandes der Eisenbahner, einem unorganisierten Kollegen und einer Eisenbahnerfrau. Am 1. Juli trat eine Berliner Angestelltenkonferenz zusammen. Am 10. Juli fanden Delegiertenkonferenzen des Mansfelder Landes (in Eisleben) und des Zeitzer Industriegebiets statt, andere in Ammendorf, Merseburg und Bitterfeld.

Die höchste Stufe der Zusammenfassung der Bewegung repräsentierten die Antifaschistischen Einheitskongresse von der Art des Darmstädter.

Auf dem Antifaschistischen Kongreß der Wasserkante am 26. Juni in Hamburg sprach Wilhelm Pieck vor 1700 gewählten Delegierten. Die Zusammensetzung des Kongresses zeigte, daß die Antifaschistische Aktion von zahlreichen kampfgewillten Sozialdemokraten begrüßt wurde, daß sich zu ihr christliche Arbeiter, Angehörige des Mittelstandes und Bauern bekannten.

Die SPD-, SAJ- und Reichsbannerdelegierten des Kongresses gaben eine besondere Erklärung ab, in der es hieß: „Wir unterzeichneten Delegierten begrüßen den Einheitsappell, den das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei an die ganze deutsche Arbeiterklasse gerichtet hat... Die gemeinsam durchgeführten Streiks der Pflichtarbeiter, die an mehreren Stellen unseres Bezirks mit einem vollen Erfolg der streikenden Arbeiter geendet haben, die gemeinsamen Aktionen der Erwerbslosen gegen den Unterstützungsraub, die gemeinsamen opferreichen Kämpfe, die die Arbeiter ohne Unterschied der Partei in den letzten Wochen in zahllosen

Orten zum Schutz ihres Lebens gegen den Mordterror der SA durchgeführt haben, zeigten nicht nur, daß diese Einheitsfront möglich ist, sondern sie sind zugleich ein Beweis dafür, daß nur dort, wo eine solche Einheitsfront besteht, die Faschisten und die Ausbeuter geschlagen werden können.¹⁹

Den Höhepunkt der Massenbewegung für die Aktionseinheit in dieser Phase bildete der Antifaschistische Einheitskongreß in Berlin am 10. Juli 1932. Dieser Kongreß war von dem provisorischen Einheitsausschuß für Berlin — Brandenburg — Lausitz — Grenzmark im Namen von 70 im Bezirk bereits bestehenden Einheitsausschüssen einberufen. Die Delegierten zum Kongreß wurden teils direkt in Versammlungen der Betriebe und Stempelstellen, teils von bestehenden Einheitsausschüssen und teils auf örtlichen Delegiertenkonferenzen gewählt. So delegierte die Belegschaft der Firma Hartung in Berlin-Lichtenberg einen sozialdemokratischen und einen unorganisierten Kollegen und beschloß, in enge Verbindung zu den Belegschaften von Siemens-Plania und anderen Lichtenberger Betrieben zu treten. Der Einheitsausschuß von Mönchen-Gladbach entsandte einen christlichen Arbeiterfunktionär zum Kongreß. Zehn Delegierte wurden auf einer Versammlung gewählt, die von den Betriebsräten 15 Köpenicker Betriebe und dem von einem Mitglied der SPD geleiteten Köpenicker Einheitsausschuß einberufen war. In Gransee wählte eine Delegiertenkonferenz, auf der 33 Orte der Mark Brandenburg durch 105 Delegierte vertreten waren, 3 Sozialdemokraten, 1 Kommunisten und 1 Parteilosen zu Delegierten für den Berliner Einheitskongreß.

Zwei Tage vor dem Kongreß trafen 20 sozialdemokratische Arbeiter aus den wichtigsten Teilen Deutschlands in Berlin ein, wo sie am 9. Juli eine Unterredung mit Ernst Thälmann im Karl-Liebknecht-Haus hatten. Die 20 SPD-Arbeiter waren langjährige Funktionäre ihrer Partei; als Gruppenführer des Reichsbanners, als Gewerkschaftsfunktionäre und Hammer-schaftsführer der „Eisernen Front“ standen sie unter den Arbeitern im politischen Kampf. Jeder der 20 Sozialdemokraten hatte von seinen Genossen im Heimatort, im Betrieb oder in der Reichsbannergruppe Fragen mitbekommen, die sie in ihrer gemeinsamen Sitzung am 8. Juli zu jenen 21 Fragen zusammenfaßten, die am nächsten Tage als Grundlage für die Aussprache mit Ernst Thälmann dienten. In einer mehr als fünf-stündigen lebhaften Diskussion antwortete der Vorsitzende der KPD ausführlich auf diese Fragen.²⁰

Die Aussprache half den anwesenden SPD-Arbeitern und darüber hinaus vielen Sozialdemokraten, sich von der Ehrlichkeit der Absichten der KPD zu überzeugen, davon, daß die Kommunisten keinerlei Bedingungen für die Aktionseinheit stellten als die eine, bereit zu sein, gegen die faschistische Gefahr wirklich zu kämpfen; sie half eine große Anzahl von

¹⁹ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv (abgekürzt IML, Archiv), D. Do. VIII/103.

²⁰ Vgl. den Wortlaut der Antworten in Ernst Thälmann: Wie schaffen wir die Rote Einheitsfront?, Berlin 1932.

Irrtümern und falschen Auffassungen bei den SPD-Genossen zu beseitigen, die durch die rechten SPD-Führer verbreitet wurden; sie half schließlich, das von den rechten Führern geschaffene Mißtrauen gegenüber der Einheitsfrontpolitik der KPD abzubauen und die Basis für ein besseres Verhältnis zwischen SPD- und KPD-Genossen herzustellen.

Genosse F., Gruppenführer des Reichsbanners in Herde in Westfalen, ein Teilnehmer an dieser Unterredung, berichtet, ihre Führer hätten sie gewarnt, „...mit den Kommunisten eine Einheitsfront zu bilden. Die KPD sollte es mit der Einigung nicht ehrlich meinen, sondern nur für ihre Organisation daraus Nutzen ziehen. Ich kann nach bestem Gewissen erklären, daß durch die Aussprache mit Genossen Ernst Thälmann eine große Anzahl Irrtümer beseitigt wurden, welche die sozialdemokratischen Führer und Zeitungen verbreiten. Daß wir zu einer roten Einheitsfront kommen müssen, ist meine volle Überzeugung, denn nur dadurch können wir der faschistischen Gefahr erfolgreich begegnen. Ich bin der Auffassung, daß durch massenhafte Verbreitung der Antworten des Genossen Ernst Thälmann auf unsere Fragen unter den sozialdemokratischen Arbeitern der Gedanke der Einheitsfront an Boden gewaltig gewinnen wird zum Wohle der ganzen deutschen Arbeiterschaft.“²¹

Ehrliches Bemühen, gemeinsam in der Antifaschistischen Aktion zu kämpfen, und der Wille zum einheitlichen Handeln beider Arbeiterparteien spricht aus den Worten des Genossen Kr., Mitglied der SPD und des Reichsbanners in Hamburg: „Trotzdem ich mit dem bei allen SPD-Arbeitern vorhandenen Mißtrauen zur Besprechung mit Genossen Thälmann ging, brachte ich doch genügend Objektivität mit, um feststellen zu müssen, daß bei der Besprechung Genosse Thälmann in kameradschaftlicher, rückhaltloser Offenheit alle die uns angehenden Fragen geklärt hat. Ich muß sagen, daß von seiten der Kommunistischen Partei volles Verständnis und Eingehen auf die von uns gestellten Fragen vorhanden war, so daß diese Besprechung als ein voller Erfolg im Sinne der Antifaschistischen Aktion ausgewertet werden kann zur völligen Niederringung des Faschismus.“²²

Am Tage nach dieser Unterredung begann die „Antifaschistische Kampfwoche“, die durch den Berliner Einheitskongreß am 10. Juli eingeleitet wurde.

Ernst Thälmann faßte in seiner Rede „Was will die Antifaschistische Aktion?“ auf dem Kongreß noch einmal die Ziele und Formen der Einheitsbewegung zusammen und zog die Bilanz der sechs Wochen, die seit dem Maiplemum des ZK der KPD vergangen waren. Er konstatierte „die Tatsache, daß in Deutschland im Zeichen der Antifaschistischen Aktion von uns Kommunisten gemeinsam mit einem großen Teil der sozialdemokratischen Arbeiter praktisch die Einheitsfront verwirklicht wird“.²³

²¹ Die rote Einheitsfront. Diskussionsorgan der Roten Einheitsfront, Mitte August 1932, Nr. 7.

²² Ebenda.

²³ Ernst Thälmann: Was will die Antifaschistische Aktion?, Berlin 1932, S. 3.

Der Berliner Einheitskongreß war ein lebendiges Abbild dieses Fortschritts. Von seinen 1465 Delegierten waren 132 Mitglieder der SPD oder sozialdemokratischer Organisationen und 954 parteilos. Auch die Gewerkschaftszugehörigkeit zeigt, daß die Antifaschistische Aktion weit über den Rahmen der kommunistischen Organisationen hinausreichte: 376 Delegierte waren in den freien Gewerkschaften organisiert, 628 waren Unorganisierte, unter ihnen neben 26 Kleingewerbetreibenden auch eine große Zahl Hausfrauen.

Ernst Thälmann konnte auch feststellen, daß die Antifaschistische Aktion unter Landarbeitern und Bauern Fuß zu fassen begann. In Ostpreußen wurde zuerst auf dem Gute eines von Zitzewitz in Pomehnen von den im christlichen Zentralverband und im Deutschen Landarbeiterverband organisierten Landarbeitern ein antifaschistischer Kampfaufruf beschlossen, der handschriftlich auf den anderen Gütern des Kirchspiels verbreitet wurde. In einem anderen Kirchspiel, in Pobethen, trat eine Gutsdelegiertenkonferenz zusammen, die einen Einheitsausschuß aus 25 Landarbeitern, Frauen und Hofgängern wählte und eine antifaschistische Kundgebung des ganzen Kirchspiels vorbereitete. In Oldenburg wurden von den Bauern zum Schutze gegen den Naziterror und gegen Zwangsversteigerungen berittene antifaschistische Bauernstaffeln gebildet.

Trotz dieser ersten Erfolge war es außerordentlich wichtig, der antifaschistischen Massenbewegung gerade in bezug auf eine Verbreiterung der Front neue Aufgaben zu stellen, wie es Clara Zetkin in einem Begrüßungsschreiben an den Kongreß tat: „Diese Einheitsfront muß über die Gesamtheit des Proletariats hinausreichen und auch die Angestellten, Handwerker, Kleingewerbetreibenden, kleinen Bauern und nicht zuletzt auch die Intellektuellen aller Schichten erfassen...“²⁴ Auch die Arbeit unter der Jugend mußte verbessert werden, wie Ernst Thälmann forderte.²⁵

Der Berliner Einheitskongreß fixierte die Bilanz der ersten Wochen Antifaschistischer Aktion durch das von ihm beschlossene „Manifest der Antifaschistischen Aktion“. Auf dem Kongreß entstand auch das „Kampfgelöbniß“, das als Schwur der antifaschistischen Kämpfer in den folgenden Wochen auf vielen Arbeiterversammlungen gesprochen wurde. Auf dem Berliner Einheitskongreß wurde schließlich neben dem Berliner Ausschuß auch ein vorläufiger Reichsausschuß der Antifaschistischen Aktion gewählt, der zur Hälfte aus Sozialdemokraten bestand.

Der Antifaschistische Einheitskongreß in Berlin zeigte, daß der Gedanke der Aktionseinheit gegen den Faschismus breite Massen erfaßte. Aus einem polizeilichen Lagebericht vom 28. Juni 1932 spricht die Sorge, die angesichts dieser Entwicklung die Beamten Papens drückte: „Versammlungen werden abgehalten, in denen die Methoden eines Zusammengehens der Arbeiterparteien erörtert, Antifaschistische Einheitskomitees oder

²⁴ Inprekorr, 12. Juli 1932, Heft 57, S. 1797.

²⁵ Vgl. Ernst Thälmann: Was will die Antifaschistische Aktion?, S. 12.

Selbstschutzstaffeln gegründet werden: Die Diskussionen um die Herstellung der Einheitsfront, auch auf höherer Ebene, nehmen immer mehr zu.“²⁶

Man konstatierte befriedigt, daß die SPD-Führung die Einheitsfrontangebote der KPD zurückwies, zweifelte aber an der Haltbarkeit dieses letzten Dammes. In einem Bericht des Thüringischen Ministeriums des Innern vom 18. Juli wurde gesagt, es sei „fraglich, ob die sozialistischen Arbeiter noch weiterhin ihren Führern folgen werden, da in diesen Kreisen vielfach nur in dem Zusammenschluß mit den Kommunisten ein Ausweg aus den bestehenden Verhältnissen gesehen wird.“²⁷

Deshalb zog man im Reichsinnenministerium eine weitere Entwaffnung der Arbeiterklasse in Betracht. Am 21. Juli legte ein Referent folgenden Entwurf vor: „Da die Antifaschistische Aktion wiederholt schon zu den schwersten Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit geführt hat und die Versammlungskampagne der Antifaschistischen Aktion zu dem Zwecke stattfindet, der Antifaschistischen Aktion weiteren Auftrieb zu geben und die grundlegenden Richtlinien für das Vorgehen der Kommunisten gegen den Staat und die politischen Gegner festzulegen, bitte ich ergebenst, ein Verbot der Veranstaltungen der Antifaschistischen Aktion (Demonstrationen, Versammlungen, Konferenzen) und der Organe der Antifaschistischen Aktion (Einheitsfrontausschüsse, Roter Massensebstschutz) in Erwägung ziehen zu wollen. Nach einem Bericht des Thüringischen Ministeriums des Innern weisen die thüringischen Polizeibehörden darauf hin, daß die Organisierung der Antifaschistischen Aktion zu einer außergewöhnlichen Gefahr für die bestehende Staatsordnung werden kann.“²⁸

Offenbar wagte man aber einen solchen Entschluß nicht, weil er mit Sicherheit auf den heftigsten Widerstand der Arbeiterklasse gestoßen wäre. In der Tat zogen auch Gegner der KPD in den Reihen der Sozialdemokratie, wenn sie sich ein reales Bild von der Lage machten, den tiefverwurzelten Einheitswillen der Arbeiter nicht ernsthaft in Zweifel. So konnte man in dem sozialdemokratischen Diskussionsorgan „Das freie Wort“ folgende Meinung eines Frankfurter SPD-Funktionärs lesen: „Die Parole der Einheitsfront steht im Vordergrund der Diskussion auf der Straße, an den Stempelstellen und im Betriebe. In neunzig von hundert Fällen wird es den kommunistischen Klassengenossen, die mit diesen Fragen an die Genossen der Eisernen Front herantreten, ernst sein mit der Einigung des deutschen Proletariats und der Einheitlichkeit des antifaschistischen Kampfes. Wie sollte es auch anders sein?“²⁹

Auch sozialdemokratischen Arbeitern war es ernst um die Einigung des deutschen Proletariats. Von diesem Bemühen spricht der Beitrag eines sozialdemokratischen Kollegen vom Einheitskomitee der BVG, der an der

²⁶ IML, Archiv, Nr. 10/155, Bl. 140.

²⁷ Ebenda, Bl. 103.

²⁸ Ebenda, Bl. 200.

²⁹ Das freie Wort, 1932, Heft 33, S. 9.

Konferenz von Vertretern der antifaschistischen Einheitskomitees am 24. Juni in Berlin teilnahm und dort sagte: „Ich erkenne an, daß der Weg des antifaschistischen Kampfes ... der einzig mögliche ist. Die wichtigste Frage ist aber: Wie bringen wir die sozialdemokratischen Arbeiter zum gemeinsamen Handeln mit den kommunistischen Arbeitern? ... Wir haben uns in unserem Betrieb ganz konkret auf die Punkte festgelegt, die uns einigen, und die Maßnahmen besprochen, die wir *gemeinsam* durchführen können ... In den Vordergrund müssen die gemeinsamen Kampfaufgaben gestellt werden. Ich weiß, daß die kommunistischen Funktionäre, mit denen ich mich zusammengefunden habe, eine ehrliche Einheitsfrontpolitik durchführen wollen.“³⁰

Verzweifelt stemmten sich die rechten SPD-Führer, die spürten, wie ihnen die Arbeiter entglitten, gegen die Tendenz zur Aktionseinheit. Die sozialdemokratische Presse ließ nicht nach, die KPD und die Antifaschistische Aktion zu verleumden. Mitglieder der SPD und der freien Gewerkschaften, die sich in Einheitsausschüsse wählen ließen oder sich auch nur im Sinne der Aktionseinheit äußerten, wurden rücksichtslos ausgeschlossen. Am 28. Juni richtete der Parteivorstand ein Rundschreiben an alle Bezirksleitungen, durch das jede Einheitsfrontverhandlung streng untersagt wurde.³¹ Nichts mehr fürchtend als die Massenbewegung, vertröstete er die sozialdemokratischen Arbeiter: „Jeder politisch Geschulte weiß, daß erfolgversprechende Verhandlungen nur von den zentralen Parteileitungen geführt werden können“, obwohl die rechten sozialdemokratischen Führer auch „Spitzenvereinbarungen“ systematisch hintertrieben. So lehnten sie z. B. den von Walter Ulbricht im Auftrage der Berliner Bezirksleitung der KPD am 16. Juni an die Bezirksleitung der SPD, den ADGB-Ortsausschuß, die Gauleitung des Reichsbanners und die Berliner Leitungen anderer Organisationen herangetragenen Vorschlag ab, gemeinsam eine antifaschistische Demonstration zu organisieren. Ihre Ausrede war besonders bemerkenswert: Die Kommunistische Partei wolle, so konstruierten sie, Arbeiter und Polizei gegeneinander hetzen, denn die Polizei müsse, wenn sie nicht in die Lage kommen wolle, den Nazis auch einen Aufmarsch zu genehmigen, natürlich die antifaschistische Demonstration unterbinden! Diese Berliner Polizei stand aber damals bekanntlich noch unter der Leitung des Polizeipräsidenten Grzesinski, eines Sozialdemokraten, und des preußischen Innenministers Severing, ebenfalls eines Sozialdemokraten! So „objektiv“ ließen die rechten sozialdemokratischen Führer die deutschen Arbeiter, die gegen den Faschismus kämpften und noch wirkungsvoller kämpfen wollten, im Stich, hatten aber die Stirn, von der KPD zu fordern, sie möge jede Kritik an ihrer Ablehnung und Sabotage des antifaschistischen Kampfes unterlassen.

Die Bemühungen der rechten sozialdemokratischen Führer, keine Gemeinsamkeit zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen

³⁰ Die Rote Fahne, 1. Juli 1932.

³¹ Vorwärts, 29. Juni 1932, Morgenausgabe.

Arbeitern entstehen zu lassen, standen im krassen Gegensatz zu den Lebensinteressen jedes Arbeiters. Die Sommermonate 1932 waren ausgefüllt von blutigem Naziterror und erbitterter Gegenwehr der Arbeiter. Am 16. Juni hatte die Reichsregierung durch die Aufhebung des SA- und SS-Verbotes die faschistischen Schlägerkolonnen geradezu aufgefördert, die Arbeiterbewegung durch einen blutigen Straßenterror zurückzuschlagen. Eine zweite, am 28. Juni erlassene Notverordnung untersagte es widerstrebenden Landesregierungen, die Nazis durch eigene Verordnungen bei der Organisation uniformierter bewaffneter Bürgerkriegsgarden zu behindern. Bis Ende Juli kamen bei den Naziüberfällen und Straßenkämpfen mindestens 111 Menschen ums Leben, etwa 1240 wurden verwundet. Unter den toten Arbeitern waren Kommunisten und Sozialdemokraten, Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus und des Reichsbanners, parteilose und christliche Arbeiter.

Obwohl in zunehmendem Maße Gewerkschaftshäuser und Wohnungen sozialdemokratischer Funktionäre das Ziel faschistischer Angriffe wurden, versuchten die Führer der Eisernen Front, die sozialdemokratischen Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Als die Nazis in Dessau ein mitteldeutsches SA-Treffen organisierten, gab die Orts„kampf“-Leitung der Eisernen Front die Losung aus: „Fenster zu und Straße leer!“ Der „Vorwärts“ berichtete unter der Überschrift: „Eiserne Front läßt sich nicht provozieren“, daß die Polizei unter Nazikommando stehe, und dann weiter: „Die Verantwortung für den Schutz der der Arbeiterschaft gehörenden Gebäude ist in einer besonderen Unterredung mit den Polizeibehörden der Polizei auferlegt worden.“³² Als die Nazis ihre so blutig endende Expedition in die Altonaer Arbeiterviertel, die 18 Menschenleben kostete, vorbereiteten, forderten die SPD-Führer die sozialdemokratischen Arbeiter auf, der SA die Straße zu überlassen, ins Grüne zu gehen und zu baden.

Aber die Manöver ihrer Führer konnten die werktätigen Mitglieder der sozialdemokratischen Organisationen nicht hindern, zusammen mit kommunistischen Arbeitern die Verteidigung der Arbeiterviertel, der Häuser der Arbeiterorganisationen, der Arbeiterversammlungen zu organisieren. Im Kampf gegen den Naziterror auf der Straße entstand spontan eine Arbeitereinheitsfront. So nahm bei dem Naziüberfall auf das „Vorwärts“-Gebäude die Reichsbannerwache gern die Unterstützung des Kampfbundes gegen den Faschismus an. Das Düsseldorfer KPD-Haus wurde nach der Beschießung durch Nazis von einer Arbeiterwache geschützt, zu der auch Reichsbannerleute und sozialdemokratische Arbeiter gehörten. Als am 26. Juni SA-Banden im Berliner Norden ein Reichsbannerlokal stürmten und eine hier von Kommunisten organisierte Selbstschutzstaffel die Nazis vertreiben half, schlossen sich viele sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter mit diesem Selbstschutz zusammen.

³² Vorwärts, 1. Juli 1932.

Die von den mordlustigen Nazis bedrohten sozialdemokratischen Arbeiter konnten nicht verstehen, warum sie nicht mit ihren kommunistischen Genossen zusammengehen sollten. Sie setzten sich immer öfter über die Verbote ihrer Führer hinweg. Auf einem Zahlabend der SPD am 13. Juli in Berlin erklärte ein Reichsbannermann: „Auf dem Gaubüro hat man mir verboten, die Einheitsfront von unten mit den Kommunisten einzugehen, aber ich weise Kommunistenfäuste nicht zurück. Die Parteileitung kann nicht die Einheitsfront machen, aber als wir die SAJ-Versammlung schützen mußten, war es ein Glück, daß die Kommunisten uns eine Kette gestellt haben, und die Nazis wagten daraufhin nicht, anzugreifen. Auch in Spandau, als mein Trupp von den Nazis überfallen wurde, halfen uns die Kommunisten . . . Wenn ich auf dem Lande mit meinem Trupp einer Naziübermacht gegenüberstand, waren wir froh, daß die Kommunisten uns überhaupt zu Hilfe kamen . . . Ich habe in Lebensgefahr erlebt, wie die Kommunisten uns Reichsbannerleuten geholfen haben. Ich weise die kommunistischen Bruderfäuste nicht mehr zurück.“³³

Die Einheitsfront wurde im Kampf zur Tatsache. Eine große Rolle spielten dabei die Anstrengungen der Kommunistischen Partei, im Rahmen der Antifaschistischen Aktion eine Bewegung des wehrhaften Massenkampfes gegen den Naziterror zu entfalten und einen Massenselbstschutz zu organisieren.

Selbstschutzstaffeln entstanden in zahlreichen Versammlungen der Antifaschistischen Aktion. Überall trugen sich Hunderte von Arbeitern nach antifaschistischen Kundgebungen und auf Grund von Zusammenstößen mit Faschisten in die Listen des Massenselbstschutzes ein. Auf dem Berliner Einheitskongreß konnte Ernst Thälmann auch mitteilen, daß bereits erste berittene antifaschistische Bauernstaffeln entstanden waren. „Die Bildung des Roten Massenselbstschutzes ging im ganzen Reich in der Regel so vor sich, daß Massenselbstschutzstaffeln in den Betrieben und im Wohngebiet, an der Stempelstelle, in den Straßen und größeren Häuserblocks sowie in den Laubenkolonien in der Abwehr gegen den Naziterror entstanden. Die Gliederung in den unteren Organisationseinheiten sowie ihre Stärke ist infolgedessen sehr verschiedenartig.“³⁴ Der Massenselbstschutz war eine unmittelbar aus dem Bedürfnis, Arbeiterleben und Arbeiterwohnungen zu schützen, entstandene Waffe der breitesten Massen.

Der Massenselbstschutz der Antifaschistischen Aktion und das Zusammengehen von Arbeitern verschiedener politischer Richtungen im Kampf gegen den faschistischen Terror breiteten sich schnell aus und erreichten einen erheblichen Grad der Wirksamkeit. In einem Lagebericht des Reichsministeriums des Innern vom 28. Juni 1932 wurde festgestellt: „Wo überall eine genauere Beobachtung möglich ist, stellt man stets das gleiche fest: Kommunisten, Mitglieder des Kampfbundes gegen Faschismus, Reichsbannerleute und sonstige Sozialdemokraten haben einen

³³ Die rote Einheitsfront, Mitte August 1932, Nr. 7.

³⁴ Kampferfahrungen. VIII. Massenselbstschutz. Hrsg. vom Reichseinheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion, September 1932, S. 5.

Kurierdienst eingerichtet, der ihnen das Herannahen nationalsozialistischer Propagandatrupps anzeigt und „Selbstschutzformationen“ mobilisiert... Bei blutigen Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, z. B. auch bei den Zwischenfällen am Vorwärts-Gebäude, wird noch regelmäßig, trotz der Gegnerschaft beider marxistischer Parteien untereinander, die Einheitsfront praktisch hergestellt, und nicht selten sind es gerade die Kommunisten, die am schnellsten und am rührigsten bei der Sache sind.“³⁵

Der Widerstand der sich in der Antifaschistischen Aktion einenden Arbeiter gegen den Naziterror wuchs schnell. Es zeigte sich bald, daß die faschistische Terrorwelle die beabsichtigte Wirkung, die Arbeiterbewegung niederzuschlagen, nicht erzielte. Die entstehenden Selbstschutzformationen der Arbeiterklasse erreichten ein der Papen-Regierung bedrohlich erscheinendes Ausmaß. Aus beiden Gründen kam es schließlich zu der Notverordnung vom 9. August 1932, die für politische Zusammenstöße drakonische Strafen vorsah, und zu dem hemmungslosen Wüten der Sondergerichte im Herbst 1932 gegen die sich ihrer Haut wehrenden Arbeiter. Aber der faschistische Straßenterror war Mitte August schon wesentlich zurückgedrängt.

Die erste Etappe der Antifaschistischen Aktion kann man etwa Anfang August 1932 als beendet ansehen. Die Vorgänge um den 20. Juli zeigten deutlich die entscheidende Schwäche der bisherigen Bewegung, auf deren Überwindung sich die KPD in der Folgezeit mit besonderem Nachdruck orientierte. An diesem Tage beseitigte der Papen-Staatsstreich gegen die preußische Regierung im größten deutschen Land praktisch das parlamentarische System, und die sozialdemokratischen Führer überrumpelten den sozialdemokratischen Teil der Arbeiterschaft und hintertrieben die mögliche Gegenwehr gegen den Staatsstreich.

Die KPD bot der SPD, dem ADGB und den anderen reformistisch geführten Organisationen den Generalstreik an, aber die Führer der SPD, der Gewerkschaften und des Reichsbanners verweigerten jede Kampfmaßnahme. Es gelang nicht, Streiks gegen den Staatsstreich in bemerkenswertem Umfang auszulösen. Es zeigte sich, daß die Einheitsfront in den Betrieben noch viel zuwenig hatte Fuß fassen können und daß die sozialdemokratischen Arbeiter noch nicht bereit waren, gegen den Willen ihrer Führer in umfangreichere Kämpfe einzutreten. Die Antifaschistische Aktion war „noch nicht stark genug, die Sabotage der Führer der SPD und des ADGB zu brechen“.³⁶

Die folgenden Wahlen zum deutschen Reichstag zeigten jedoch, daß die Kapitulation am 20. Juli dem Einfluß der sozialdemokratischen Führer einen neuen Schlag versetzt hatte. Die Ergebnisse der Wahl vom 31. Juli bestätigten die Richtigkeit der Einheitsfrontpolitik der KPD, die immer mehr als die einzige Arbeiterpartei mit einer Perspektive erkannt wurde. Die KPD erhielt 5,3 Millionen Stimmen. Eine halbe Million Wähler hatten

³⁵ IML, Archiv, Nr. 10/155, Bl. 140.

³⁶ Die rote Einheitsfront, Mitte August 1932, Nr. 7.

sich von der SPD abgewandt. Die Nazis konnten zwar die Zahl ihrer Abgeordneten verdoppeln, doch im Vergleich zu den Wahlen im Frühjahr war bereits ein Stagnieren und in wichtigen Gebieten ein Rückgang zu verzeichnen. Das Stagnieren der Nazis ist auf die Wirksamkeit der Antifaschistischen Aktion zurückzuführen: „Die rote Einheitsfront hat den Nazivormarsch zum Stehen gebracht, sie hat ihn in einigen Gebieten (Berlin, Düsseldorf-West, Köln, Aachen, Oppeln, Niederbayern) zum Rückgang getrieben.“³⁷ Andererseits war die Antifaschistische Aktion die Grundlage für den Wahlsieg der Kommunistischen Partei: „Auf eine einfache Formel gebracht kann man sagen, daß die wichtigste Quelle unseres Wahlsieges am 31. Juli die Organisation der Antifaschistischen Aktion war.“³⁸

Mit der Wahl vom 31. Juli 1932 zeichnete sich eine Veränderung in der Entwicklung der Klassenkräfte in Deutschland ab. Infolgedessen waren die reaktionärsten Teile des deutschen Finanzkapitals gezwungen, den Faschisierungsprozeß langsamer und vorsichtiger durchzuführen. Doch war mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die reaktionärsten imperialistischen Kreise gerade wegen des Anwachsens der antifaschistischen Massenbewegung und der Kampfbereitschaft breiter Arbeiterschichten neue Anschläge vorbereiten würden. Es galt, die Antifaschistische Aktion weiterzuführen und die Lehren aus ihrer ersten Etappe zu ziehen.

Die Durchführung der Antifaschistischen Aktion hatte erwiesen, daß die Linie – Mobilisierung der breitesten Schichten gegen den Faschismus – richtig war. Sie hatte gezeigt, daß die Methoden und Wege der Durchführung dieser Linie im breitesten Maße elastisch entwickelt werden konnten: „Die Anleitungen bei Beginn der Antifaschistischen Aktion, die Bewegung nicht nach einem starren organisatorischen Schema, sondern aus dem praktischen Leben selbst zu entwickeln, haben sich als absolut richtig erwiesen. Vielgestaltige Formen und Methoden der Massenorgane und der Arbeitsmethoden haben sich entwickelt und der revolutionären Arbeiterbewegung neue, wertvolle Lehren gegeben.“³⁹ Aus den Erfahrungen der ersten zwei Monate mußte die Schlußfolgerung gezogen werden, die bestehenden Organe der Einheitsfront – Einheitsausschüsse und Selbstschutzstaffeln – durch konkrete Aufgabenstellung in jedem einzelnen Falle weiter zu festigen und vor allen Dingen in den Betrieben verstärkt Fuß zu fassen.

Die Antifaschistische Aktion zeigte den Arbeitern die Perspektive im Kampf gegen den Faschismus. Sie schuf Beispiele der gemeinsamen Aktion und ließ so die Arbeiterklasse an Hand ihrer eigenen Erfahrungen sich der Kraft bewußt werden, daß sie im gemeinsamen, einheitlichen Kampf unbesiegbar ist.

Die Antifaschistische Aktion mobilisierte breite proletarische Massen zum Kampf gegen den Faschismus, der zur Zurückdrängung des faschisti-

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ernst Thälmann: Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD. In: Die Internationale. 1932, Heft 7/8, S. 312.

³⁹ Kampferfahrungen. VIII. Massenselbstschutz, S. 2.

schen Terrors und des faschistischen Masseneinflusses führte, die Durchführung des Papen-Programms behinderte und die Bewegungsfreiheit der faschistischen Reaktion einengte.

Die Antifaschistische Aktion zeigte, daß die Partei fähig war, den Kampf gegen den Hauptfeind zu organisieren, den neuen Bedingungen entsprechende Formen des Kampfes zu finden, das Hauptkettenglied zu erfassen und alle Kraft auf die Zusammenfassung aller antifaschistischen Strömungen in eine breite Front zu konzentrieren.

Die Antifaschistische Aktion hob die politische Aktivität der Parteimitglieder, befähigte sie, ein richtiges Verhältnis zu den sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeitern herzustellen und sektiererische Stimmungen zu überwinden. Sie trug zur ideologischen Reife der Partei bei. Sie demonstrierte auch eine Wendung in der Massenarbeit der Partei, und sie „war ein erster konsequenter Versuch, konkrete Formen für die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten, vor allem gegenüber den sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen Arbeitern und proletarischen Reichsbannermitgliedern, zu finden und anzuwenden“.⁴⁰

⁴⁰ Ernst Thälmann: Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD. In: Die Internationale, 1932, Heft 7/8, S. 312.

Ein Artikel Walter Ulbrichts zur antifaschistischen Einheitsfront vom 15. Februar 1933

Nachstehend veröffentlichen wir einen Artikel Walter Ulbrichts, der am 15. Februar 1933 in der Bremer „Arbeiter-Zeitung“ erschien und vor kurzer Zeit aufgefunden wurde. Walter Ulbricht schrieb diesen Artikel in jener Zeit, als die Nazis nach ihrer Machtübernahme nicht nur die Unterdrückung der KPD, sondern auch die Zerschlagung aller anderen Arbeiterorganisationen durch eine Kette blutiger Provokationen unmittelbar vorbereiteten.

Die Fragen, die Walter Ulbricht in diesem Artikel behandelt, sind von hoher Aktualität, kommt es doch auch heute darauf an, die Aktionseinheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse zur Bändigung des westdeutschen Militarismus herzustellen. An Hand der damaligen Einheitsfrontaktionen beweist Walter Ulbricht, daß trotz ideologischer Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ihr Zusammenschluß in einer gemeinsamen Kampffront zur Lösung der brennenden Fragen der deutschen Arbeiterbewegung und der ganzen Nation notwendig und möglich ist.

Walter Ulbricht zeigt mit diesem Artikel erneut, daß die Kommunistische Partei Deutschlands wie in der Weimarer Republik so auch zur Zeit der Nazi-Barbarei an der Spitze des Kampfes aller antiimperialistischen und antimilitaristischen Kräfte stand, daß sie stets darum rang, eine breite, alle Schichten des deutschen Volkes umfassende Kampffront gegen die Verderber unserer Nation zu schaffen, daß sie eine Politik betrieb, die mit den Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen Nation übereinstimmte.

Die Redaktion

ALLES FÜR DIE ANTIFASCHISTISCHE EINHEITSFRONT

Das ist das Neue, Gewaltige: die Arbeiter in den Betrieben in Lübeck, Staßfurt, Dresden und zahlreichen anderen Orten führen den politische Proteststreik gegen faschistischen Terror und Unterdrückung durch. In Berlin und an anderen Orten bilden kommunistische und Reichsbanner-Arbeiter gemeinsame Selbstschutzformationen zur Notwehr gegen faschistische Überfälle, zum Schutz der Arbeiterwohnungen, der Arbeiterlokale, des Arbeitereigentums und der Arbeiterversammlungen. Und als Genosse Pieck als Vertreter des ZK der KPD, der Führer einer Reichsbanner-

Formation und ein Funktionär der SAJ am Grabe des Genossen Berner¹ gelobten, alle Kraft einzusetzen für den siegreichen Kampf der antifaschistischen Einheitsfront, da war nicht von „Vorbedingungen“ die Rede, sondern ein Wille durchglühte die kommunistischen und Reichsbanner-Arbeiter, die Gewerkschaftsmitglieder und unorganisierten Arbeiter, alles einzusetzen im Kampf um Brot und Freiheit, gegen den Faschismus. Wenn jetzt in der sozialdemokratischen Presse angesichts des Vormarsches der antifaschistischen Einheitsfront immer mehr die Rede ist von „Vorbedingungen“, von „Nichtangriffspakt“ und dergleichen, so werden wir Kommunisten demgegenüber alle Kraft einsetzen, um den „Angriffspakt“ der kommunistischen, sozialdemokratischen, Reichsbanner-Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder und unorganisierten Arbeiter und Jungarbeiter und aller Organisationen, die zum antifaschistischen Kampf bereit sind, zu erweitern und zu stärken.

Was ist Einheitsfront? – Was ist sofort zu tun?

Einheitsfront heißt gemeinsamer Kampf, Einheitsfront heißt, die leuchtenden Beispiele von Lübeck, Staßfurt usw. überall als Vorbild für gemeinsame Aktionen der Arbeiter zu nehmen. Auch im Streikkampf und bei den Massendemonstrationen in Dresden und Staßfurt bestanden nach wie vor die prinzipiellen Gegensätze zwischen der kommunistischen Politik und der sozialdemokratischen. Aber es war möglich, die Massen der Arbeiter zum gemeinsamen Kampf um die nächsten antifaschistischen Forderungen der Arbeiter zu vereinigen. Das muß überall möglich sein. Die Arbeiterschaft braucht *keine Einheitsfrontphilosophie*, sondern unmittelbar *gemeinsame Kampfmaßnahmen* gegen den gemeinsamen Feind – gegen den Faschismus. Kein Mitgliedsbuch oder entgegenstehende Anweisungen von Organisationsleitungen dürfen die Arbeiterschaft hindern, angesichts der faschistischen Überfälle auf die Arbeiterwohnungen und Arbeiterlokale in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in jeder Straße den gemeinsamen Massenselbstschutz zu organisieren und sich durch ein gut ausgebautes Verbindungs- und Alarmsystem gegen den faschistischen Terror zu schützen.

Alle bestehenden Hindernisse müssen überwunden werden, damit in jedem Betrieb, in jeder Betriebsabteilung alle Arbeiter, gleichgültig welches Mitgliedsbuch sie in der Tasche haben, zu Belegschafts- und Abteilungsversammlungen zusammentreten, um über die Kampfmaßnahmen gegen faschistischen Terror und Lohnabbau zu beraten, die Terrormaßnahmen des Gegners oder das mögliche Verbot der KPD mit dem Streik zu beantworten, für den Betrieb einen Massenselbstschutz zu organisieren und Vertreter in die anderen Betriebe zu entsenden, damit dort dieselben Kampfmaßnahmen eingeleitet werden.

¹ Am 10. Februar 1933 fand auf dem Friedhof Berlin-Friedrichsfelde die Beisetzung von drei Genossen (Erwin Berner, Alfred Kollatsch und Paul Schulz) statt, die von den Faschisten ermordet worden waren. Dieses Begräbnis *gestaltete sich zu einer eindrucksvollen antifaschistischen Einheitsfrontkundgebung.*

Die Stunde ist viel zu ernst, als daß die Kollegen in den Betrieben etwa warten könnten, bis Anweisungen von den Organisationsleitungen kommen. Jetzt kommt es vielmehr auf die Kampforganisierung in jedem Betrieb an, und nur, wenn in jedem Betrieb der Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen die Zerschlagung der Tarifverträge, gegen die Entlassungen wie gegen den faschistischen Terror und gegen die Versammlungs-, Demonstrations- und Presseverbote geführt wird, wird die Welle des anti-faschistischen Massenkampfes steigen und die Arbeiterklasse siegreich ihre Forderungen durchsetzen.

Was tun die Gewerkschaften?

Die von der Arbeiterschaft erkämpften Arbeitsbedingungen und Arbeiterrechte sollen durch die Hugenberg²-Hitler-Diktatur geraubt werden. Der faschistische Terror soll die Arbeiter einschüchtern, damit die Unternehmer um so schneller die Zerschlagung der Tarifverträge, den Lohnraub und Massenentlassungen durchführen können. Leistungslohn und Werktarife, Beseitigung der Tarifröhne mit Hilfe des Lohndrucks durch die Arbeitsdienstpflicht, Zerschlagung der Sozialversicherung und Verschlechterung der betrieblichen Arbeitsordnung, Beseitigung der Rechte der Betriebsräte, um sie zu Organen der Werksgemeinschaft zu machen, das sind die Pläne der Deutschnationalen und der NSDAP.

Aber die Gewerkschaftsleitungen schweigen. Der Bundesvorstand des ADGB erklärt, daß die Periode der Reaktion überstanden werden müsse und daß die Gewerkschaften nicht den grundsätzlichen Kampf gegen die Hitler-Hugenberg-Regierung führen, sondern von Fall zu Fall zu den Maßnahmen der Regierung Stellung nehmen würden. Ist das nicht *offene Kapitulation vor dem Faschismus*?

Die faschistischen Maßnahmen gegen Sozialversicherung und Tarifverträge sowie bezüglich der Arbeitsdienstpflicht machen es notwendig, daß die Gewerkschaftskollegen selbst beschließen, was die Gewerkschaftsorganisationen im Kampf gegen den Faschismus tun sollen. Die Kraft der Gewerkschaften muß jetzt endlich gegen den Faschismus eingesetzt werden. Nur wenn die Gewerkschaftsorganisationen ihre ganze Kraft einsetzen in Streiks gegen den faschistischen Terror, in Massendemonstrationen, in der Schaffung des Massenselbstschutzes zur Verteidigung des Arbeitereigentums und zur Verteidigung der Gewerkschaftshäuser, nur dann werden sie imstande sein, die Angriffe auf die Tarifröhne, auf die Sozialversicherung und Arbeiterrechte zurückzuschlagen. Leipart³ und Husemann⁴ aber glauben, durch eine Politik des „Abwartens“ Hitler und

² Hugenberg, Alfred (1865–1951), Monopolkapitalist, Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Minister für Wirtschafts- und Ernährungsfragen im ersten Hitlerkabinett.

³ Leipart, Theodor (1867–1947), Sozialdemokrat, von 1920 bis 1933 Vorsitzender des ADGB.

⁴ Husemann, Fritz (1873–1935), Sozialdemokrat, von 1919 bis 1933 Erster Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, seit 1920 Vorstandsmitglied und später Vizepräsident des Internationalen Bergarbeiterverbandes. Am 15. April 1935 von den Faschisten im KZ Esterwegen ermordet.

Hugenberg versöhnlich stimmen zu können. Deshalb ist es notwendig, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in den Gewerkschaften zu stärken, damit die Massen der Mitglieder gegen den Willen der Leiparts und Husemanns die Kraft der Gewerkschaftsorganisationen im antifaschistischen Kampf einsetzen.

Wer soll die antifaschistische Einheitsfront führen?

Die aktivsten und kampferfahrensten Arbeiter, die von den Arbeitern selbst gewählt werden, sollen die antifaschistische Einheitsfront führen. Wir Kommunisten sind für die proletarische Demokratie, wir sind dafür, daß die Arbeiter in Belegschaftsversammlungen, in Delegiertenkonferenzen der Betriebsvertreter der einzelnen Gebiete und in Erwerbslosenversammlungen selbst die Kampfmaßnahmen beschließen und sich Aktionsausschüsse zur Führung des Kampfes wählen. In diese Aktionsausschüsse sollen die aktivsten und erfahrensten kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter gewählt werden. Die Einberufer der Belegschaftsversammlungen und Delegiertenkonferenzen sollen selbstverständlich die Vertreter der KPD, der SPD und der Gewerkschaftsleitungen einladen, damit sie die Vorschläge ihrer Organisation vor den Arbeitern selbst begründen können.

Manche sozialdemokratischen Arbeiter wollen ihre Mitarbeit in der kämpfenden Einheitsfront von den Verhandlungen der Spitzenkörperschaften abhängig machen. Kommt die kämpfende Einheitsfront nicht vielmehr zustande, wenn die Arbeiter im Betrieb, an der Stempelstelle oder in den Delegiertenkonferenzen selbst beraten und die gemeinsamen antifaschistischen Kampfmaßnahmen beschließen? Haben nicht gerade jene Streikkämpfe, zum Beispiel die gegen die Papen-Notverordnungen, den größten Erfolg gebracht, wo die Arbeiter nicht auf Anweisungen der Gewerkschaftsleitungen gewartet haben, sondern wie ein Mann, Schulter an Schulter in den Streik gegen den Papen-Lohnabbau getreten sind? So muß es auch jetzt wieder gemacht werden.

Zersetzendes Gift in den Reihen der Arbeiter

Nicht nur der faschistische Terror und die Maßnahmen der Kapitaloffensive sind gegen die kämpfende Arbeiterschaft gerichtet, sondern auch die zersetzenden Theorien vom „Abwarten“ oder „Abwirtschaftenlassen“ sind Gehilfen Hitlers und Hugenburgs. Es ist die gefährlichste Illusion, daß die Hitler-Regierung auf Grund des Widerspruchs zwischen den Versprechungen und ihren Taten von selbst abwirtschaften würde. Der Glaube an diese Illusion bedeutet Verzicht auf den Kampf, bedeutet Entwaffnung der Arbeiter. Die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung ist nicht eine Regierung, die ebenso leicht beseitigt werden kann wie die Brüning- oder Schleicher-Regierung. Die Verbindung der Staatsgewalt mit den Massenorganisationen der Nationalsozialisten, des Stahlhelms und der Deutschnationalen, die Zusammenarbeit der Staatsgewalt mit diesen Kampforganisationen erfordert die Einsetzung der stärksten Kräfte des Proleta-

riats, erfordert die breiteste Einheitsfront zum Kampf gegen den Faschismus. Nur so kann die Arbeiterklasse den Faschismus überwinden.

*Der sozialdemokratische „Nichtangriffspakt“
und die Angst der SPD vor Massenaktionen*

Während in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeiterstraßen die Arbeiterschaft, einschließlich der Jungarbeiter, über die gemeinsamen Kampfmaßnahmen berät und in der Tat Schulter an Schulter kämpft, spricht bezeichnenderweise die Sozialdemokratie nicht über Kampfmaßnahmen, sondern über die „Bedingungen“ der Einheitsfront und über „Nichtangriffspakt“. Der Führer unserer Partei, der Führer der deutschen Arbeiterklasse, Genosse Thälmann, hat bereits vor einem Jahr in der Antwort an die sozialdemokratischen Arbeiter erklärt, daß wir Kommunisten nicht über „Vorbedingungen“ diskutieren, sondern daß es für uns nur eine Bedingung gibt, nämlich den Willen zum gemeinsamen Kampf gegen den Klassenfeind.

Das Interesse der Gesamtarbeiterschaft erfordert, daß nicht allgemeine Reden über „Einheitsfront“ gehalten werden, sondern konkret gesagt wird, was die *Kampfaufgaben der Einheitsfront* sein sollen. Die Kommunistische Partei hat der Arbeiterklasse vorgeschlagen:

1. Streik gegen den faschistischen Terror, wie er in Lübeck, Dresden, Staßfurt usw. in vorbildlicher Weise durchgeführt wurde;
2. Schutz der Wohnungen, des Eigentums, der Versammlungen und der Demonstrationen der Arbeiter durch Schaffung von Massenselbstschutzformationen in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in jeder Arbeiterstraße;
3. Führung des Kampfes durch die von den Arbeitern selbst gewählten Aktionsausschüsse, in die die aktivsten und erfahrensten Arbeiter – kommunistische, sozialdemokratische und parteilose – gewählt werden sollen.

Wenn die Sozialdemokratie gegen den Faschismus kämpfen will, warum macht sie dann keine konkreten Vorschläge? Warum gibt sie keine Anweisungen an ihre Organisationen? Die genannten Vorschläge unserer Partei entsprechen den Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Die Tatsache, daß in zahlreichen Betrieben Streiks gegen den faschistischen Terror durchgeführt wurden, daß der Massenselbstschutz mit kommunistischen, Reichsbanner- und parteilosen Arbeitern gebildet wurde, zeigt, daß unsere Einheitsfrontvorschläge dem Willen der Arbeitermassen entsprechen. Wir schlagen vor, daß in allen Betrieben von den Betriebsräten oder durch Vereinbarung der kommunistischen und sozialdemokratischen Funktionäre Belegschaftsversammlungen durchgeführt werden, wo zu den Aufgaben der antifaschistischen Einheitsfront Stellung genommen wird, die Wahl eines Aktionsausschusses erfolgt und die entsprechenden weiteren Maßnahmen beschlossen werden.

Wenn die Sozialdemokratie statt eines Angriffspaktes gegen den Faschismus einen Pakt des „Nichtstuns“ oder den sogenannten „Waffenstillstand“

fordert, so deshalb, weil sie die Einheitsfrontaktion nicht will. Breitscheid⁵ hat das offen in der „Berliner Volkszeitung“ gesagt, indem er die Befürchtung aussprach, daß die Einheitsfrontaktion weitergetrieben werden könnte. Hat der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion keine anderen Sorgen? Keine anderen Sorgen als die Furcht, daß die Arbeiterklasse in der kämpfenden Einheitsfront „zu weit gehen“, den Faschismus zu weit zurückschlagen würde?

Die Sozialdemokratie fordert, daß die kommunistische Kritik an der sozialdemokratischen Politik eingestellt wird. Wenn wir das getan hätten, dann hätte nicht nur der SA-Terror schon im Sommer vorigen Jahres der Arbeiterschaft noch blutigere Wunden geschlagen, sondern dann wäre Papens Lohnabbau-Notverordnung durchgeführt worden. Weil wir die Arbeiterschaft im vorigen Jahr nach Einsetzung der Papen-Regierung aufriefen zum Kampf gegen den faschistischen Terror und dazu, gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer die Arbeiterlokale und Gewerkschaftshäuser gegen die faschistischen Anschläge zu verteidigen, weil wir im Kampf die Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter zusammengeschmiedet haben, deshalb konnte sich damals der faschistische Terror nicht weiter entfalten. Ohne die Kritik an der sozialdemokratischen Politik „Geht ins Grüne, geht baden“ wäre das unmöglich gewesen. Oder glaubt jemand, daß die sozialdemokratischen Appelle an Hindenburg geholfen haben?

Als Papens Lohnabbau-Notverordnung verkündet wurde, war es ähnlich. Ohne die kommunistische Kritik an der sozialdemokratischen Tarifpolitik und an ihrer Theorie, „in der Krise kann man nicht streiken“, ohne Überwindung dieser Theorie wäre es nicht zu einem einheitlichen Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, der gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer durchgeführt wurde, gekommen, wäre die Regierung Papen nicht gestürzt worden. Als jetzt in Dresden neun Arbeiter⁶ erschossen wurden und die Kommunistische Partei zum Streik aufrief, da waren es die SPD- und die ADGB-Führer, die offen gegen den Streik und gegen die Teilnahme an der Begräbnisdemonstration auftraten. Sollen die Kommunisten, sollen die Arbeiter etwa auf die Verurteilung einer solchen Dolchstoßpolitik verzichten und damit die Kapitulationspolitik unterstützen?

Wenn Stampfer⁷ im „Vorwärts“ schreibt, daß eine Armee während des Kampfes gegen den Feind sich nicht gegenseitig beschießen dürfe, so vergißt Stampfer eine Kleinigkeit, nämlich, daß die Sozialdemokratie zwar gegen den Feind redet, aber nicht kämpft. In der antifaschistischen Kampf-

⁵ Breitscheid, Rudolf (1874–1944), von 1914 bis 1933 in den verschiedensten leitenden Funktionen der SPD und USPD tätig. Nach 1933 bekannte er sich mehr und mehr zur Einheit der deutschen Arbeiterklasse. Unterschrieb 1936 den Aufruf zur Bildung der Deutschen Volksfront. Am 24. August 1944 im KZ Buchenwald umgekommen.

⁶ In der Nacht vom 25. zum 26. Januar 1933 wurde im Keglerheim Dresden von der Polizei eine Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus überfallen. Dabei wurden neun Arbeiter ermordet.

⁷ Stampfer, Friedrich (1874–1957), Sozialdemokrat, von 1916 bis 1933 Chefredakteur des Zentralorgans der SPD, „Vorwärts“.

front marschieren wohl die Kommunistische Partei, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die Massen der sozialdemokratischen und Reichsbanner-Arbeiter und der Gewerkschaftsmitglieder, nicht aber die sozialdemokratischen und die Gewerkschaftsführer. Diese führen vielmehr, während die kämpfende Einheitsfront gegen den Faschismus marschiert, gegen sie einen Gasangriff von der Flanke her, indem sie predigen „Abwarten“, „Besonnenheit“, „Abwirtschaftenlassen“ und durch Reden über „Einheitsfront“ versuchen, die sozialdemokratischen Arbeiter von den unmittelbaren gemeinsamen Kampfmaßnahmen abzuhalten.

Es ist kein Zufall, daß die Sozialdemokratie jetzt vor den Wahlen ebenso wie vor den Wahlen im vorigen Jahr die Einstellung des prinzipiellen Kampfes der Kommunistischen Partei und der revolutionären Arbeiterschaft gegen die sozialdemokratische Politik fordert. Diese Forderung zeigt, daß die Sozialdemokratie nicht die Einheitsfront, sondern nur ein Wahlgeschäft machen will. Sie will verhindern, daß die Arbeiterschaft mit der sozialdemokratischen Hindenburgpolitik abrechnet, die zur Regierung der Hitler, Hugenberg, Papen geführt hat. Vorschläge über gemeinsame Listen oder Listenverbindung bedeuten nur eine Förderung der sozialdemokratischen Hindenburgpolitik.

Der Ernst der Lage, der ungeheure faschistische Angriff gegen die Arbeiterklasse und die Massen der Werktätigen erfordern schnelles Handeln. Wir schlagen deshalb der Arbeiterschaft vor: Beruft sofort überall gemeinsame Belegschaftsversammlungen, Abteilungsversammlungen, Erwerbslosenversammlungen und Häuserblockversammlungen ein. Beschließt dort selbst die notwendigen Maßnahmen des gemeinsamen Kampfes, wie sie oben angeführt sind; wählt Aktionsausschüsse; faßt die Kampfaktivität der Belegschaften zusammen und organisiert in einzelnen Gebieten Delegiertenkonferenzen zur gemeinsamen Beschlußfassung über die Aufgaben der antifaschistischen Einheitsfront und die Wahl von Aktionsausschüssen. Ladet die Vertreter der KPD, SPD und des ADGB zu den Versammlungen und Konferenzen ein, damit sie ihre Vorschläge und Stellungnahme begründen.

Gewerkschaftskollegen, beschließt in Gewerkschaftsmitgliederversammlungen im Betrieb wie in Versammlungen der Gewerkschaftsorganisationen, in den Gewerkschaftsleitungen und in den Tagungen der Ortsvorstände die antifaschistischen, gewerkschaftlichen Kampfaufgaben und fordert von euren Leitungen, daß sie den Organisationsapparat einsetzen für die Durchsetzung der Forderung der Gewerkschaftsmitglieder:

Hoch das Banner der kämpfenden Einheitsfront!

Durch kämpfende Einheitsfront zum Sieg!

Dokumente des Kampfes westdeutscher Arbeiter um die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nach dem Gründungsparteitag der SED

Die Vereinigung der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erfolgte aus nationaler Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse. Es waren die klassenbewußten Arbeiter, Kommunisten und Sozialdemokraten, die vor der Bedrohung des Weltfriedens durch deutsche Militaristen, vor der Gefahr, die sich aus einer Wiederherstellung der Macht der deutschen Imperialisten ergab, schon vor fünfzehn Jahren eindringlich warnten und zugleich den richtigen Ausweg wiesen: die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse als Voraussetzung für die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands.

Es entsprach dem erklärten Willen von Hunderttausenden deutscher Arbeiter auch der Westzonen, wenn die Delegierten des Vereinigungsparteitages — darunter 233 Arbeiterfunktionäre aus Westdeutschland — im April 1946 in Berlin beschlossen: „Niemals wieder darf die Reaktion zur Herrschaft gelangen! Dazu ist die Einheit der Arbeiterbewegung und der Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien die wichtigste Voraussetzung ... Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird ... Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.“¹

Das große Einigungswerk im April 1946 begeisterte alle klassenbewußten Arbeiter Westdeutschlands. Schon vor der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben Sozialdemokraten in Westdeutschland ihre Stimme für die Vereinigung von SPD und KPD erhoben.^{1a} Der Sozialdemokrat Ernst Heilmann aus Schleswig-Holstein, der Sohn des von der SS nach qualvollen Folterungen im Konzentrationslager Dachau ermordeten sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten Ernst Heilmann, forderte auf einer Kundgebung Ende März 1946 in Flensburg die Arbeiter auf, geschlossen in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands weiterzukämpfen. „Es soll Leute geben“, sagte er, „die behaupten, in der Ostzone des Reiches würde die Einheit unter dem Druck der Russen gefordert. Wie kommt es denn, daß im Westen die Einheit ebenso verlangt wird? ... Die Forderung der Einheit entspringt vielmehr der Tatsache, daß wir in den 30 Jahren des Bruderkampfes gelernt haben, daß

dieser Streit nur der Reaktion Vorteile bringt ... Von den verschiedensten Seiten wird nun vor den Genossen der KPD als Wölfen im Schafspelz gewarnt. Unsere Genossen von der KPD waren während der letzten 12 Jahre gut genug, ihr Teil an der Kampfeslast gegen den Faschismus zu tragen, ja, oft haben wir Hilfe erbeten und erhalten, weil die kämpferische Aktivität der KPD größer war als unsere. Heute nun, nachdem die äußere Form und Macht des Faschismus gebrochen ist, den Kampfgefährten mit Mißtrauen zu begegnen, will mir erbärmlich dünken.“²

Die Bewegung zur Gründung der SED auch in den Westzonen verstärkte sich nach dem Vereinigungsparteitag. Kommunisten und Sozialdemokraten die Teilnehmer des Vereinigungsparteitages waren, lösten ihr Versprechen ein und kämpften unermüdlich für die Einheitspartei. In vielen Orten Westdeutschlands organisierten sie Versammlungen, Konferenzen und Kundgebungen, auf denen sie zu den Grundproblemen der Nation im Sinne der Beschlüsse des Vereinigungsparteitages Stellung nahmen und für die Schaffung der elementarsten Voraussetzung der demokratischen Wiedergeburt Deutschlands, für die Einheit der Arbeiterklasse kämpften. Das beweisen eindeutig die im Anhang veröffentlichten Dokumente.

Am 1. Mai 1946 sprachen mehrere Teilnehmer des Vereinigungsparteitages zu den Hamburger Werktätigen. Als Vertreter der Arbeiter des Ruhrgebiets rief Max Reimann ihnen zu: „Der Wille zur Einheit ist so mächtig, daß darauf eine freie deutsche Republik gebaut werden kann.“ Erich Hoffmann, Mitglied der Bezirksleitung Hamburg der KPD, erklärte: „Jeder ehrliche Antifaschist schöpft aus der Vereinigung neue Kraft ... Die Erhaltung der nationalen Einheit ist ein Lebensinteresse der deutschen Arbeiterschaft. Diesen nationalen Auftrag wird die Arbeiterklasse im Bunde mit allen fortschrittlichen Kräften um so sicherer erfüllen je schneller sie geeinigt ist.“³

Mehrere sozialdemokratische Genossen, darunter Teilnehmer am Vereinigungsparteitag, traten im Mai in Köln auf dem Bezirksparteitag der KPD Mittelrhein leidenschaftlich für die Vereinigung ein.⁴ Der bekannte hessische Sozialdemokrat Paul Kohlhöfer veröffentlichte am 3. Mai in der „Frankfurter Rundschau“ den Artikel „Die Sozialdemokratie am Scheideweg“, in dem er forderte, daß die SPD „mit der sozialistischen Bruderpartei von sich aus eine Einigung erstreben“ müsse. Auf dem Landesparteitag der KPD Hannover Anfang Juni erklärte als Vertreter einer größeren Gruppe von Sozialdemokraten Genosse Birnbaum, daß die Parteidisziplin dort aufhöre, wo sie zum Verrat an der Idee würde. „Wir Anwesenden“, rief er aus, „schaffen die Disziplin der Einheit der Arbeiter“.

¹ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Reihe III, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 623/624.

² a Vgl. Kurt Wrobel: Traditionen des Kampfes westdeutscher Arbeiter für die Einheit der Arbeiterklasse (1945–1946). In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Heft 1, S. 51 ff.

³ Hamburger Volkszeitung, 6. April 1946.

⁴ Hamburger Volkszeitung, 8. Mai 1946.

⁵ Vgl. Neues Deutschland, 23. Mai 1946.

klasse.“⁵ In Tuttlingen in Südwürttemberg erklärte der sozialdemokratische Genosse Baumann auf einer öffentlichen Kundgebung im Juli: „Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Frage des Zusammenschlusses beider Parteien im Hinblick auf die kommenden Ereignisse vordringlich und ernst ist ... Was wir jetzt bei dem Nichtzusammenschluß versäumen, kann vielleicht nie wiedergutmacht werden ... Nur Einigkeit, das heißt Zusammenschluß, macht stark!“⁶

Solche auf die Schaffung der Einheitspartei der Arbeiterklasse gerichteten Anstrengungen klassenbewußter Mitglieder und Funktionäre der SPD stießen jedoch auf den Widerstand der ihnen übergeordneten Leitungen. Allein die KPD gewährte allen einigungsbereiten Kreisen der SPD in jeder Hinsicht Unterstützung. Auf ihren Bezirksparteitagen und auf den von ihr organisierten Kundgebungen kamen die sozialdemokratischen Rufer zur Einheit ebenso zu Wort wie in den Spalten der Mitteilungsblätter der KPD-Bezirksleitungen. Während die Landesleitungen der SPD auf Befehl ihrer „Zentrale“ in Hannover alle Einheitsbestrebungen in der Mitgliedschaft zu unterdrücken suchten, riefen die Bezirksleitungen der KPD in Mitteilungs- und Flugblättern Kommunisten und Sozialdemokraten auf, „überall enge persönliche Fühlungnahme herzustellen, in allen politischen, sozialen und kulturellen Fragen sich miteinander zu besprechen und eine einheitliche Haltung einzunehmen, die Fraktionen in den Parlamenten und öffentlichen Ämtern gemeinschaftlich zu bilden und gemeinsame Funktionär- und Mitgliederveranstaltungen durchzuführen ... zur Tat für die Einigung der beiden sozialistischen Parteien“.⁷

Angesichts der Gefahr des Wiedererstarkens der Reaktion mehrten sich im Frühjahr 1946 auch die Stimmen parteiloser Arbeiter, die darauf verwiesen, daß es nur die Spaltung sei, die ihnen den Entschluß schwer mache, sich der politischen Partei der Arbeiterklasse anzuschließen. So schrieb ein Hamburger Betriebsarbeiter Ende April 1946: „Soll es wieder so kommen, daß durch die Verzettlung der Arbeiterkraft die Reaktion an die Macht kommt? Der bis jetzt noch abseits stehende Arbeiter sah damals und sieht heute die Spaltung mit Erbitterung an. Er wartet auf den Zusammenschluß beider Arbeiterparteien zu einer großen Macht auch in Hamburg, um dann auch mitzuarbeiten. Deshalb bringt den Zusammenschluß zustande, und die einheitliche sozialistische Partei wird Tausende neue Mitglieder erhalten.“⁸

Nicht selten waren es ganze Gewerkschaftsverbände und Betriebsbelegschaften, die geschlossen die Vereinigung der Arbeiterparteien forderten.⁹

⁵ Neues Deutschland, 12. Juni 1946.

⁶ Neues Deutschland, 25. Juli 1946.

⁷ Flugschrift: Ein offener Brief eines Sozialdemokraten an einen Kommunisten und eine offene Antwort der Landesbezirksleitung Bayern der KPD, hrsg. von der KPD, Landesbezirk Bayern, München 1946.

⁸ Hamburger Volkszeitung, 11. Mai 1946.

⁹ Vgl. Entschlüsse der Fa. Fehrmann & Co. und der Landeskonferenz der Eisenbahner Württembergs und Badens, S. 245 u. 252 dieses Heftes. Ferner Tägliche Rundschau, 9. Juli 1946, und Neues Deutschland, 22. Mai 1946.

In Hamburg, Essen, Duisburg, Hannover, Braunschweig, Mannheim, Heidelberg, München und anderen Orten wurden in den Betrieben Listen ausgelegt, in die sich Belegschaftsmitglieder einzeichneten, die die Vereinigung von KPD und SPD forderten. Allein in den drei Mannheimer Großbetrieben Großkraftwerk, Heinrich Lanz AG und Schiffswerft zeichneten sich von den insgesamt 3115 damaligen Angehörigen dieser Betriebe 2220 in die Listen ein.⁴⁰

Die in- und ausländische Reaktion spürte bald nach dem Vereinigungsparteitag, daß sie die Einigungsbewegung mit den bisher angewandten Mitteln nicht mehr aufhalten konnte und ging zu schärferen Maßnahmen über. Der Vereinigungsparteitag hatte im Streben nach baldiger Vereinigung der Arbeiterparteien ganz Deutschlands in den Parteivorstand der SED auch Kommunisten und Sozialdemokraten aus den Westzonen gewählt. 14 der gewählten Genossen aus der britischen Besatzungszone erhielten zwei Tage später ein Schreiben der britischen Militärregierung, in dem u. a. kategorisch gefordert wurde: „Nach dem Empfang dieses Briefes haben Sie deshalb sofort aus dem Zentralausschuß der SED auszuscheiden. Eine entsprechende Bekanntmachung über Ihren Austritt ist in den Zeitungen veröffentlicht worden.“⁴¹ Die Politische Abteilung der britischen Militärregierung in Lübeck ging in einem Schreiben vom 9. Mai 1946 an mehrere Teilnehmer des Gründungsparteitages der SED noch einen Schritt weiter und verlangte von ihnen, entweder aus der SED auszutreten oder die britische Besatzungszone zu verlassen.⁴²

Ähnlich gingen auch die amerikanische und die französische Militärregierung vor. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß sich die amerikanische Militärregierung dabei u. a. solcher US-Gewerkschafter wie Henry Rutz bediente, der 1946/47 in Westdeutschland und Berlin umherreiste und Zusammenkünfte mit Führern lokaler Gewerkschaftsorganisationen durchführte, um ihnen zu erklären, daß ihre „Hauptaufgabe nunmehr die Bekämpfung des Kommunismus“ sei.⁴³ Ganz offen schrieb die amerikanische Zeitschrift „News Week“, daß die Versuche der SED, „eine Einigung mit der SPD zu erreichen, ... die größte politische Gefahr für die Westmächte darstellen“.⁴⁴

Offen unterstützten die Besatzungsmächte die geschworenen Feinde der Arbeitereinheit in der SPD. Schumacher, dem in- und ausländische Publizisten der verschiedensten politischen Richtungen mehrfach bescheinigten, daß sein blinder Haß gegen die Kommunisten nicht geringer als der Hitlers und Goebbels' sei,⁴⁵ sammelte mit Hilfe der britischen Besatzungsmacht

⁴⁰ Vgl. Tägliche Rundschau, 9. Juli 1946.

⁴¹ Hamburger Volkszeitung, 24. April 1946.

⁴² Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 178.

⁴³ Vgl. George S. Wheeler: Die amerikanische Politik in Deutschland, Berlin 1958, S. 66/67.

⁴⁴ Zit. in: Kurier (Berlin), 9. November 1946.

⁴⁵ Vgl. Otto Winzer: Sozialistische Politik?, Berlin 1947, S. 104–108.

schon 1945 ehemalige SPD-Funktionäre, die während ihrer Emigration zum Teil führende Mitarbeiter des britischen Political Intelligence Departement (politischer Geheimdienst) waren, um sich und gründete in Hannover das sogenannte Büro Schumacher. Zu seinem politischen Sekretär machte Schumacher bald auf Empfehlung seines britischen Beraters den Karrieristen und Renegaten, den erklärten Antikommunisten und Denunzianten antifaschistischer Widerstandskämpfer Herbert Wehner, der schon vor 1945 über den Spitzel Joseph Wagner mit dem britischen Geheimdienst in Verbindung stand. Auch Wagner wurde gleich nach Kriegsende mit einer britischen Maschine nach Deutschland eingeflogen und mit britischer Hilfe in die SPD lanciert.

Anfang 1946 organisierte Schumacher in Hannover und Frankfurt am Main Konferenzen mit ihm hörigen SPD-Funktionären, auf denen gleichlautende Entschlüsse gegen jegliche Einheitsbestrebungen der Arbeiter angenommen wurden. Mit der in diesen Entschlüssen getroffenen Regelung, daß die Partei der westlichen Zonen von dem politischen Beauftragten dieser Zonen in Hannover geführt werde, vollzog Schumacher die Spaltung der eigenen Partei. Im März 1946 drohte er: „Im Westen gilt der Anschluß an eine ‚Sozialistische Einheitspartei‘ als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD.“¹⁶ Nachdem viele SPD-Funktionäre dennoch am Vereinigungsparteitag teilgenommen hatten, beschloß der Parteitag der SPD im Mai 1946 in Hannover, „die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Einheitspartei und die Werbung für die SED als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD“¹⁷ zu betrachten.

Entsprechend diesem Beschluß wurden Delegierte zum Vereinigungsparteitag und Mitglieder von Organisationsausschüssen für die Schaffung der SED aus der SPD ausgeschlossen, so der Sozialdemokrat Willy Grube aus Hagen, der am Vereinigungsparteitag teilgenommen hatte,¹⁸ die SPD-Ortsgruppe Woltorf bei Peine, weil sie die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien forderte,¹⁹ mehrere Genossen in Dortmund, weil sie sich für die Einheit von SPD und KPD eingesetzt hatten.²⁰ Auch der aufrechte Kämpfer für die Einheit der Arbeiterklasse, der damalige hessische Innenminister Hans Venedey, wurde durch die Schumacher-Clique ausgeschlossen und als Minister gestürzt. Er hatte Anfang Mai 1946 in mehreren Reden betont, daß das Versagen der Weimarer Demokratie auf die Spaltung der Arbeiterklasse zurückzuführen sei. Unter Hinweis auf das Wiedererstarken der reaktionären Kräfte in Westdeutschland hatte er den Zusammenschluß von SPD und KPD zu einer Sozialistischen Einheitspartei als notwendig bezeichnet. Mutig war er dem systematisch verbreiteten Gerücht von der

¹⁶ Ebenda, S. 91.

¹⁷ Zit. in: Bericht des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den II. Parteitag, Dietz Verlag, Berlin 1947, S. 39.

¹⁸ Vgl. Brief des Sozialdemokraten Willy Grube, S. 249 f. dieses Heftes.

¹⁹ Vgl. Tägliche Rundschau, 9. Juli 1946.

²⁰ Vgl. Neues Deutschland, 12. September 1946.

Zwangsvereinigung im Osten öffentlich entgegengetreten.²¹ Das alles konnten die Führer in Hannover ihm nicht verzeihen. Solche aufrechten Männer duldeten sie nicht in öffentlichen Funktionen. Sie brauchten Leute wie die bayerischen Minister Hoegner und Roßhaupter, die sich im Sommer 1945 unterschriftlich zur Zusammenarbeit mit der KPD bekannten, aber noch im gleichen Jahr das genaue Gegenteil taten, Leute wie den gehorsamen hessischen SPD-Landesvorsitzenden Knothe, der im September 1945 mit Bezug auf die KPD versicherte: „Wir arbeiten zusammen, was uns eint, ist stärker, als was uns trennt“,²² und im Februar 1946 erklärte: „Wir lehnen eine Gemeinschaft mit der KPD ab. Die einzige Einheitspartei ist die Sozialdemokratie.“²³

Die Dortmunder Sozialdemokraten protestierten nicht nur gegen die „stark an die Methoden der Nazis“ erinnernden Machenschaften der Schumacher-Clique, sondern beschlossen einstimmig, weiter für die Einheit der Arbeiterklasse zu kämpfen.²⁴ Und in Konstanz beschloß eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Sozialistischen Partei, Hans Venedey als Mitglied ihrer Partei Süd-Badens aufzunehmen.²⁵

Am 7. Mai 1946 richtete der Parteivorstand der SED einen offenen Brief an alle Sozialdemokraten und Kommunisten Deutschlands, der die für die Nation tödliche Gefahr der herausziehenden militaristischen und großkapitalistischen Reaktion aufzeigte und den Weg zu deren Abwendung wies. Es heißt dort u. a.: „Wer die Verpflichtung für die Zukunft fühlt, muß den Mut haben, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Aus der Vergangenheit kommen die Hemmungen, die Euch hindern, die Einheit zu schaffen. In der Zukunft liegen die Aufgaben, die unsere Einheit erfordern. Darum reicht Euch die Hände zu ehrlicher Zusammenarbeit im Dienste des demokratischen Neuaufbaus!... Bildet darüber hinaus überall dort, wo die erforderliche Übereinstimmung erzielt ist, gemeinsame Organisationsausschüsse zur Vereinigung beider Arbeiterparteien in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.“²⁶

Solche Organisationsausschüsse, zu deren Schaffung damit erneut aufgerufen wurde, waren — ausgehend von den Betrieben — bereits vor dem Vereinigungsparteitag in vielen Orten Westdeutschlands entstanden. In den Wochen nach dem Vereinigungsparteitag wurden weitere solcher

²¹ Vgl. Neues Deutschland, 10. und 17. Mai, 9. Juni und 8. August 1946.

²² Vgl. Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Heft 1, S. 57.

²³ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv (abgekürzt IML, Archiv), Akte SPD Hessen.

²⁴ Neues Deutschland, 12. September 1946.

²⁵ Vgl. Volksstimme ((Stuttgart), 28. August 1946. — Die Sozialdemokratie im Lande Baden (französische Besatzungszone), deren fester Wille zur Einheit der Arbeiterklasse in vielen gemeinsamen Aktionen mit Kommunisten zum Ausdruck kam, trug von Januar bis November 1946 den Namen Sozialistische Partei. Sie grenzte sich damit bewußt auch von den einheitsfeindlichen Tendenzen in der SPD-Führung ab.

²⁶ Neues Deutschland, 8. Mai 1946.

gemeinsamen Ausschüsse zur Vorbereitung der Vereinigung, z. B. in Dortmund, Essen, Köln, Aachen, Mannheim, Weinheim, Braunschweig, Kassel und anderen westdeutschen Städten, geschaffen.

Die imperialistischen Besatzungsmächte suchten die Arbeit dieser Ausschüsse mit allen Mitteln zu stören und zu verhindern. Als der Organisationsausschuß für Groß-Köln seine Zulassung bei der zuständigen Militärregierung beantragte, traf diese am 9. Mai folgende Anordnung: „Es ist keine Verschmelzung von SPD und KPD kreisweise erlaubt. Irgendwelche Mitglieder der SPD, die wünschen, der SED anzugehören, müssen entweder Mitglieder der KPD werden oder an deren Versammlungen als Einzelpersonen teilnehmen.“²⁷ In der gleichen Weise nahmen die Vertreter der Besatzungsmächte auch in anderen Orten Westdeutschlands Stellung.²⁸

Trotz der Verbote durch die Besatzungsmächte und trotz des nur wenige Tage nach dem Aufruf der SED zur Bildung von Organisationsausschüssen erfolgten SPD-Parteitagebeschlusses über die Unvereinbarkeit des Eintretens für die Einheitspartei mit der Mitgliedschaft in der SPD folgten viele Sozialdemokraten – vor allem in den Industriebezirken – dem Vorschlag der SED und KPD und schufen gemeinsam mit Kommunisten auch in der Folgezeit Organisationsausschüsse zur Vorbereitung der Vereinigung.²⁹

Im Mai und Juni 1946 erhielten die Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, viele Einladungen aus der englischen und amerikanischen Besatzungszone Deutschlands. Arbeiter wünschten die Vorkämpfer der Einheit der Arbeiterklasse persönlich zu hören. Organisationsausschüsse zur Vorbereitung der Vereinigung versprachen sich davon mit Recht eine große Unterstützung ihrer Bestrebungen. Als der Organisationsausschuß für die Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien in Essen an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl die Bitte richtete, bei einer für den 23. Juni vorgesehenen Einheitskundgebung auf dem Fabrikgelände der Firma Krupp als Redner aufzutreten, beantragten die beiden Vorsitzenden bei der britischen Militärregierung die Einreiseerlaubnis in die britische Besatzungszone. Obwohl den Vorsitzenden und sonstigen leitenden Funktionären anderer Parteien bereits wiederholt Einreisegenehmigungen erteilt worden waren, wurde das Gesuch der beiden Vorsitzenden der SED abschlägig beantwortet.³⁰ Einige Wochen später aber wurde die Erlaubnis zur Einreise erteilt. Nachdem dies durch die Presse auch in Westdeutschland bekannt geworden war, trafen erneut viele Einladungen ein.³¹

²⁷ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I, S. 178.

²⁸ Vgl. Schreiben des Kommandanten der englischen Militärregierung des Siegeskreises, S. 247 dieses Heftes.

²⁹ Vgl. Aufruf des Organisationsausschusses Aachen, S. 248 dieses Heftes. Ferner Neues Deutschland, 17. Mai, 9. Juni und 11. Juli 1946.

³⁰ Neues Deutschland, 19. Juni 1946.

³¹ Vgl. die Telegramme von Organisationsausschüssen und Betriebsräten, S. 250 dieses Heftes. Ferner Neues Deutschland, 11. August 1946.

Als Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl am Vormittag des 20. Juli bei Helmstedt die Zonengrenze passierten, wurden sie von Vertretern gemeinsamer sozialistischer Versammlungskomitees³² herzlich begrüßt und ins Ruhrgebiet begleitet. In Essen marschierten inzwischen lange Kolonnen von Ruhrkumpeln dem Zentrum der Stadt entgegen, wo auf dem Burgplatz die erste Kundgebung stattfinden sollte. Ganz Essen und die umliegenden Ortschaften waren auf den Beinen. Weder die Plakate der SPD-Führung mit der Aufforderung der Kundgebung fernzubleiben, noch die Flugblätter mit dem Befehl Schumachers: „Keiner geht zur Versammlung“, fanden Beachtung. Diese Aufforderungen bewirkten das genaue Gegenteil. 50 000 Kundgebungsteilnehmer, die den größten Platz der Stadt und die umliegenden Straßen und Plätze füllten, brachen in einen unbeschreiblichen Jubel aus, als Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl die Tribüne betraten. Ihre Reden wurden immer wieder von minutenlangem Beifall unterbrochen, z. B. als Wilhelm Pieck erklärte, daß es ohne Einheit der Arbeiterklasse keine Einheit Deutschlands geben könnte, oder als Otto Grotewohl feststellte: „Das Ziel unserer Einigungsbestrebungen besteht nicht darin, aus zwei drei zu machen, sondern aus zwei Parteien eine wachsen zu lassen. Uns kommt es nicht darauf an, unserer Partei zu helfen, sondern der Arbeiterklasse und dem ganzen deutschen Volk!“³³ Ähnliche Kundgebungen – die gewaltigsten seit Jahrzehnten – erlebten an den folgenden Tagen die Städte Köln, Wuppertal und Braunschweig. Überall war es das gleiche Bild: überfüllte Sportstadien, herzliche Begrüßungen, feierliche Spannung, stürmische Ovationen für die Vorsitzenden der SED; und alles trotz kleinlicher Schikanen und Behinderungen durch Besatzungsbehörden und deutsche Arbeiterfeinde.

Die große Beteiligung der Bevölkerung an diesen Kundgebungen demonstrierte, welch gewaltige Kraft eine einige sozialistische Partei in ganz Deutschland darstellen würde. Wilhelm Pieck bestätigte nach der Rückkehr aus Westdeutschland: „Unsere Ausführungen über die Notwendigkeit der Einheit Deutschlands und vor allem über die Notwendigkeit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wurden mit größter Begeisterung aufgenommen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir unsere Versammlungstour als einen Triumphzug der Sozialistischen Einheitspartei bezeichnen . . . In persönlichen Gesprächen wurde immer wieder versichert, das gilt besonders für die Betriebsarbeiter, daß die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien eine unbedingte Notwendigkeit sei . . .“³⁴

Die gemeinsamen sozialistischen Versammlungskomitees hatten mehr Kundgebungen vorbereitet als die Vorsitzenden der SED erwartet hatten. Sie konnten nicht auf allen sprechen. Deshalb schlug am 24. Juli die

³² Diese speziellen Versammlungskomitees konstituierten sich deshalb, weil die englische Militärregierung die Einberufung der Kundgebungen durch die Organisationsausschüsse verbot. Vgl. Bericht des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den 2. Parteitag, Dietz Verlag, Berlin 1947, S. 40.

³³ Neues Deutschland, 21. Juli 1946.

³⁴ Neues Deutschland, 6. August 1946.

Bezirksleitung der KPD in Hannover dem Parteivorstand der SPD vor, Mitte August eine gemeinsame Kundgebung einzuberufen, auf der Schumacher als Vertreter des Parteivorstandes der SPD und Walter Ulbricht als Vertreter des Parteivorstandes der SED sprechen sollten.³⁵ Der Parteivorstand der SPD lehnte ab.

In Hamburg wurde für den 10. August eine Kundgebung vorbereitet, auf der die Mitglieder des Parteivorstandes der SED Walter Ulbricht und Max Fechner sprechen sollten. Die britische Militärregierung verweigerte nicht nur hierfür die Genehmigung, sondern verhinderte schließlich jedes weitere Auftreten von Repräsentanten der SED vor Werktätigen der britischen Besatzungszone, indem sie Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und anderen Mitgliedern des Parteivorstandes die Einreisegenehmigungen entzog.³⁶

Nach den großen Kundgebungen, die von sozialistischen Versammlungskomitees in der britischen Besatzungszone einberufen worden waren, entstanden solche Komitees auch in den Großstädten Bayerns. Weil die amerikanische Militärregierung jedoch deren Zulassung nicht genehmigte³⁷, organisierte in Bayern die KPD allein die Einberufung von Versammlungen und Kundgebungen. Dort sprachen in der Zeit vom 27. Juli bis 3. August Walter Ulbricht und Max Fechner in Beratungen mit Funktionären der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften sowie bürgerlicher Parteien und mit Vertretern der Wirtschaft, ferner auf großen öffentlichen Kundgebungen in München, Nürnberg, Fürth und Augsburg über die Lebensfragen unseres Volkes. Überall betonten sie, daß die Hauptursache der Veränderung des Kräfteverhältnisses in den Westzonen zugunsten der Reaktion das Fortbestehen der Spaltung der Arbeiterbewegung sei.

An einer Funktionärkonferenz mit den beiden Vertretern des Parteivorstandes der SED am 28. Juli in München beteiligten sich mehr als 100 Betriebs- und Ortsgruppenfunktionäre der SPD, der KPD und der Gewerkschaften. Walter Ulbricht sprach über die Einheit der Arbeiterbewegung und die Einheit Deutschlands. Er schilderte, wie die geeinte Arbeiterbewegung in der sowjetischen Besatzungszone die großen Aufgaben, die vor dem Volke stehen, löst, und appellierte an die Funktionäre beider Arbeiterparteien, die geschichtlichen Aufgaben in ebenso konsequenter Weise in Westdeutschland in Angriff zu nehmen.³⁸ Obwohl der Vorsitzende der SPD in Bayern, Dr. Hoegner, verboten hatte, daß Sozialdemokraten Besprechungen mit den Vertretern der SED führen, waren von den in der anschließenden Diskussion auftretenden 10 Diskussionsrednern 8 Sozialdemokraten. Sie legten ein überzeugendes Bekenntnis zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ab.

³⁵ Vgl. Neues Deutschland, 28. Juli 1946.

³⁶ Vgl. Hamburger Volkszeitung, 6. August 1946.

³⁷ Vgl. Neues Deutschland, 26. Juli 1946.

³⁸ Vgl. Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 23–29.

Diesem Willen zur Vereinigung, der in den Betrieben und Ortsgruppen besonders der Industriegebiete Westdeutschlands so stark lebte, standen jedoch überall die den Parteiapparat beherrschenden und den Besatzungsmächten hörigen SPD-Funktionäre gegenüber, die die Spaltung aufrecht-erhalten wollten. Sie verhinderten immer wieder die tägliche Zusammen-arbeit von SPD- und KPD-Organisationen und die damit verbundene ideologische Klärung. Aber gerade dieser gemeinsame Kampf für die demokratischen Rechte des Volkes wäre für die Schaffung eines festen Vertrauensverhältnisses zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und damit für die Vereinigung von entscheidender Bedeutung gewesen. Nicht zufällig hatte Wilhelm Pieck auf dem Vereinigungsparteitag mehr-fach betont, daß die Aktionseinheit, die tägliche Zusammenarbeit und die damit verbundene Diskussion über die Grundlagen der Einheitspartei un-erläßliche und entscheidende Voraussetzungen für die Vereinigung sind. Die Aktionsgemeinschaft im täglichen Kampf der Arbeiter für eine demo-kratische Selbstverwaltung, für die Bodenreform, für das Mitbestimmungs-recht in den Betrieben, für die Enteignung der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis, für eine demokratische Justiz und Volksbildung war es, aus der im Osten Deutschlands die organisatorische Einheit, die Sozia-listische Einheitspartei, wuchs, ohne die wiederum die konsequente Zuendeführung dieser demokratischen Umgestaltungen nicht möglich gewesen wäre.

Dagegen war das Resultat der einheitsfeindlichen Politik der rechten SPD-Führer bald zu sehen. Auf einer Sitzung des Parteivorstandes und Parteiausschusses der SPD in Köln am 26. September 1946 mußte die SPD-Führung in einer Entschliebung selbst zugeben: „In der Politik, in Wirtschaft und Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die Deutschland zu den heutigen Zuständen geführt haben. So sind bei der Vereinigung der britischen und amerikanischen Besatzungszone sämtliche Zentralbehörden Vertretern kapitalistischer Auffassungen übertragen worden.“³⁹ Durch ihren Kampf gegen die Aktionseinheit und die Ver-einigung zersplitterten die rechten sozialdemokratischen Führer die einzige konsequent antifaschistische und antiimperialistische Kraft. Sie verhinder-ten die Schaffung einer starken antiimperialistischen Front der über-wältigenden Mehrheit des deutschen Volkes und ebneten damit den Weg zur Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und Militarismus. Orientiert auf die imperialistischen Besatzungsmächte, die unter Preisgabe der Ziele der Antihitlerkoalition alles daransetzten, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und der deutschen Reaktion wieder auf die Beine zu helfen, schwächten sie die Kampfkraft der ganzen deutschen Arbeiter-klasse, der nationalen Avantgarde unseres Volkes. Die internationale Reaktion wußte das hoch zu schätzen. Der konservative „Observer“ vom 24. November 1946 wertete es als eines der größten politischen Verdienste der Schumacher-Gruppe, daß „einer ‚Vereinigung‘ mit den Kommunisten

• Hamburger Volkszeitung, 28. September 1946.

widerstanden“ wurde.⁴⁰ Der spätere amerikanische Botschafter in den Westzonen, Conant, pries die „Weitsicht“ der SPD-Führer, die sich 1946 gegen die Verschmelzung mit der KPD entschieden. Er betonte, daß vielleicht die ganze spätere Geschichte Deutschlands einen anderen Verlauf genommen, wenn es an Männern wie Schumacher gefehlt hätte,⁴¹ das heißt, daß es ohne deren Hilfe kaum möglich gewesen wäre, die Machtpositionen des deutschen Imperialismus wiederherzustellen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands aber konnte dank ihres unermüdlichen Kampfes für die Interessen des Volkes als einzige deutsche Partei ihr Programm und damit nicht nur die kommunistischen, sondern auch die alten sozialdemokratischen Forderungen erfüllen. Wofür die Arbeiterklasse über ein Jahrhundert so opferreiche Kämpfe führte, das ist heute auf deutschem Boden, in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit. Mit ihrem Kampf für Einheit, Demokratie, Frieden und Sozialismus leistete die SED einen beachtlichen Beitrag zur Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Friedens und des Fortschritts.

Entschließung der Belegschaft der Hamburger Firma N. Fehrmann & Co.

Die Belegschaft der Firma N. Fehrmann & Co. gedenkt ihres großen vorbildlichen Kämpfers der Einheit Ernst Thälmann. Sie gelobt, in seinem Sinne weiter zu wirken für den Sozialismus und die Einheit aller Schaffenden.

In der Erkenntnis, daß nur ein antifaschistischer Block unter Führung der geeinten Arbeiterklasse die Garantie sein kann gegen die reaktionären und nazistischen Verbrechen, fordert die Belegschaft die Vorstände der beiden Arbeiterparteien auf, in sofortige Verhandlungen einzutreten zur Bildung einer in sich festgeschlossenen Einheitspartei aller Schaffenden.

Betriebsrat

Hamburger Volkszeitung, 30. April 1946

Brief eines Arbeiters aus Winnigstedt, Kreis Wolfenbüttel

Mit heißem Herzen verfolgen wir in unserem kleinen Ort im Kreis Wolfenbüttel alle Nachrichten, die von Euch aus der Ostzone zu uns dringen. Mit großer Freude haben wir von der bei Euch vollzogenen Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und der machtvollen gewerkschaftlichen Entwicklung gehört.

Hier im Kreis Wolfenbüttel ist, wie in verschiedenen anderen Kreisen auch, die Gewerkschaft gar nicht erlaubt, ebenso ist zum Beispiel die Kommunistische Partei bis heute noch immer nicht überall zugelassen. Es ist natürlich, daß durch diese Behinderung die demokratischen Kräfte zur Erneuerung Deutschlands noch schwach entwickelt sind. Entsprechend sind auch hier die Verhältnisse in den Betrieben. In der Zuckerrübenfabrik Dr. Schröter zum Beispiel geht alles noch genau im alten Nazitrott weiter. Obwohl der Inhaber Propagandaleiter der NSDAP in Winnigstedt war, spielt er heute weiter den Betriebsführer.

⁴⁰ Zit. in: Der erste Schritt in die Welt — Die Englandreise der SPD-Delegation. Bericht und Kritik, Offenbach a. M. 1947, S. 15.

⁴¹ Vgl. Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1197.

Mit besonderer Vorliebe hat diese Betriebsführung geflüchtete Elemente aus dem Osten, ehemalige Offiziere oder Nazis, eingestellt. Daß diese nicht auf der Seite von uns antifaschistischen Arbeitern oder auf dem Boden einer demokratischen Gesinnung stehen, zeigen sie nur allzu offensichtlich. So ist es in dieser Umgebung, die sich die nazistische Betriebsführung geschaffen hat, auch kein Wunder, daß diese Herren mit Hilfe des von uns hergestellten Rübensaftes sich alles besorgen können und wie in ehemals goldenen Zeiten leben, während wir Arbeiter uns mit 60 Pfennig Stundenlohn abfinden sollen.

Aber so sehr wir hier auch noch in unserer politischen Entfaltung gehemmt sind, so wächst doch der Kreis der für ein demokratisches Deutschland kämpfenden Antifaschisten ständig. Wir beneiden Euch in der östlichen Zone zwar sehr um Eure schon erreichte Arbeitereinheit, haben aber die feste Zuversicht, daß sie auch für unsere Zone in nicht mehr allzu großer Ferne liegt.

gez. Eckard,

Winnigstedt, Kreis Wolfenbüttel
Neues Deutschland, 5. Mai 1946

Telegramm der Bezirksleitungen der KPD der britischen Besatzungszone Deutschlands an den Parteitag der SPD der Westzonen vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover

Genossinnen und Genossen!

Die Bezirksleitungen Wasserkante, Bremen, Hannover-Braunschweig, Ruhrgebiet-Westfalen, Niederrhein und Mittelrhein der KPD übersenden Eurem Parteitag brüderliche Grüße.

Die vor dem ganzen deutschen Volk stehenden Aufgaben können nur gelöst werden, wenn die beiden Parteien der deutschen Arbeiterklasse, SPD und KPD, alle Schritte gemeinsam gehen, die der Überwindung der unmittelbaren Not im Aufbau der deutschen Friedenswirtschaft, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen und der Sicherung der Einheit Deutschlands dienen. Es ist der einmütige Wille der deutschen Arbeiterklasse, die wirtschaftlichen Machtpositionen der deutschen Imperialisten endgültig zu vernichten und den demokratischen Weg zum Sozialismus zu sichern.

Aus dieser Erkenntnis schlagen wir Eurem Parteitag im Namen aller Einheiten der KPD in der britischen Zone vor, die Zusammenarbeit mit uns für folgende Punkte zu beschließen:

1. Gemeinsame Maßnahmen zur Sicherung und schnellsten Verbesserung der Ernährung durch Schaffung von Ernährungs-Überwachungsausschüssen der beiden Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und Frauenausschüsse in allen Städten und Bildung demokratischer Bauernausschüsse in den Dörfern zur Zerschlagung der Reichsnährstandsorganisation und zur Vorbereitung der demokratischen Bodenreform.

2. Zusammenarbeit in den Entnazifizierungsausschüssen und einheitliches Auftreten der Fraktionen beider Parteien in den Ratsausschüssen von der Gemeinde bis zur Zonenvertretung, um überall die Interessen der Werktätigen durch eine Arbeitermehrheit erfolgreich vertreten zu können.

3. Gemeinschaftliche Durchführung des Wahlkampfes gegen alle reaktionären militaristischen und nazistischen Kräfte und Einigung auf einen Kandidaten für beide Parteien in den Wahlkreisen, wo die Gefahr besteht, daß eine Zersplitterung der Arbeiterstimmen zum Siege bürgerlicher Kandidaten führt.

4. Gemeinschaftliche Kampagne beider Parteien zur Unterstützung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in seinem Kampf um solche Ausführungsbestimmungen des Betriebsrätegesetzes, die das volle Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte in allen Fragen des Betriebes und der Wirtschaft gesetzlich garantieren.

Mit der Unterbreitung dieser Vorschläge an Euren Parteitag möchten die Kommunisten der britischen Zone ihren aufrichtigen Wunsch zu ehrlicher, kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Sozialdemokraten zum Ausdruck bringen, und wir sind überzeugt, daß durch diese Zusammenarbeit das Vertrauen zwischen beiden Parteien geschaffen wird, das notwendig ist, um auch in den westlichen Zonen die baldige Vereinigung von SPD und KPD zu vollziehen.

In diesem Sinne wünschen wir Eurem Parteitag einen vollen Erfolg und hoffen, daß seine Arbeiten die Einheit der deutschen Arbeiterklasse fördern und uns unserem Ziel, dem Sozialismus, näherbringen.

Mit sozialistischem Gruß!

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung Wasserkante

Bezirksleitung Hannover-Braunschweig

Bezirksleitung Bremen

Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen

Bezirksleitung Niederrhein

Bezirksleitung Mittelrhein

Hamburger Volkszeitung, 11. Mai 1946

Schreiben des Kommandanten der englischen Militärregierung des Sieg-Kreises vom 10. Mai 1946

Headquarters Military Government

L/K Siegburg

(CCG/BE)

Ref.: 1016/Fol/410

Date: 10. 5. 1946

Betrifft: Versammlungen SPD-KPD

An den: Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei

Herchen-Leuscheid

1. Es liegt nicht in der Linie der Politik der Militärregierung, eine Verschmelzung der SPD mit der KPD zuzulassen, da es der Politik der SPD in der britischen Zone widerspricht.

2. Infolgedessen sind alle Versammlungen, die eine solche Verschmelzung als Ziel haben, nicht zugelassen.

3. Cap. Stoop ist nicht mehr bei der hiesigen Stelle der Mil.-Regierung. Wenn Sie mich zu sprechen wünschen, werde ich Ihnen einen Zeitpunkt einer Unterredung angeben.

Siegburg

lesa/IH

Gez. J. F. Collings

Comd. 1016 Det. Mil. Gov.

(Lt. Col. J. F. Collings)

Abschrift

IML, Archiv, SPD Bezirksorganisation Mittelrhein

*Gemeinsame Entschließung der Stadtteilleitungen der KPD und SPD
in Braunschweig-Melverode vom 13. Mai 1946*

Unter Bezugnahme auf unsere Resolution vom 8. 2. 46 an beide Parteien, in der die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien gefordert wurde, verlangen wir, nachdem sich die SED in der russischen Zone konstituiert hat, die sofortige Organisierung der Einheit und die Eingliederung in die SED. Die Funktionäre der antifaschistischen Arbeiterschaft haben in der Arbeitsgemeinschaftssitzung am 3. 5. 46 in geheimer Abstimmung einstimmig beschlossen, Vorarbeiten zur Einheit durchzuführen.

Neues Deutschland, 17. Mai 1946

*Aufruf des Organisationsausschusses zur Vorbereitung der Vereinigung
von SPD und KPD in Aachen vom 27. Mai 1946*

Sozialdemokraten und Kommunisten von Aachen!
Schaffende aller Stände!

Der Organisationsausschuß von Sozialdemokraten und Kommunisten ist in Aachen gebildet, und seine Zulassung ist bei der Militärregierung beantragt. Der entscheidende Schritt ist getan. Es gilt nicht mehr von der Einheit zu reden, sondern die Einheit zu schaffen.

Die Reaktion tritt wieder in Erscheinung. Die deutschen Trustgewaltigen, die Hauptverantwortlichen für unser Unglück, beginnen sich neu zu organisieren. Die preußischen Junker fangen an, wieder Luft zu schöpfen. Sie glauben, daß sie noch einmal wiederholen könnten, was nach 1918 geschah, und sie versuchen, uns noch einmal zu spalten. Diese Zeit muß vorbei sein. Es geht um Deutschlands Zukunft. Wir haben keine Stunde mehr zu verlieren.

Bekundet uns eure Sympathie zu unserem Schritt.

Bekennet euch zur Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf der Basis der Prinzipien-erklärung und der Statuten des Vereinigungsparteitages der SED Ostern 1946.

Die bevorstehenden Gemeinderats- und Kreistagswahlen dürfen uns nicht mehr gespalten sehen. Wir müssen diesen Kampf bereits gemeinsam durchführen und der Reaktion unsere geschlossene Kraft entgegenstellen. Keine Zersplitterung mehr, reißt alle Kräfte zusammen!

Vorwärts zur einen und einzigen Partei des schaffenden deutschen Volkes, zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands!

Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!

(Das Dokument ist von vier Sozialdemokraten, vier Kommunisten und vier Parteilosen unterschrieben)

Volksstimme (Köln und Aachen), 30. Mai 1946

*Entschließung von Betriebsräten und Vertrauensmännern
der Firma Karl Freudenberg in Weinheim*

Die in Weinheim im Alten Rathaussaal versammelten Betriebsräte und Vertrauensmänner der Firma Karl Freudenberg sehen in der heute noch bestehenden Zersplitterung der Arbeiterschaft in verschiedene Parteien eine große Gefahr für den demokratischen Neuaufbau. Sie sind der Auffassung, daß alle kleinen Gegensätze auf die Seite gestellt werden müssen, und richten an die beiden Arbeiterparteien die dringende Mahnung, auf dem schnellsten Wege

neben der gewerkschaftlichen Einheit, die schon besteht,¹ auch die politische Einheit herzustellen.

Neues Deutschland, 9. Juni 1946

Aus einem Brief antifaschistischer ehemaliger deutscher Kriegsgefangener in Frankreich an die Zeitung „Neues Deutschland“

Wir kommen soeben aus Frankreich. Krank am Körper zwar, doch ist der Geist gesund und munter wie immer. Wir bedauern, daß wir zu spät kamen, um an dem Parteitag der Sozialdemokratie der Westzonen in Hannover als Gäste teilnehmen zu können. Wir bedauern dies außerordentlich, vor allem deshalb, weil wir so vor einem breiten Forum die Grüße und Wünsche und Forderungen unserer KPD- und SPD-Genossen aus allen Zonen, die noch in Gefangenschaft sind, hätten übermitteln können. So holen wir es hier an dieser Stelle nach!

Immer wieder haben wir in den Kriegsgefangenenlagern Frankreichs zusammengesessen und wurden uns klar darüber, daß es nur eines geben kann, die abermalige Vernichtung demokratischer Grundsätze zu verhindern, die abermalige Zusammenballung reaktionärer Kräfte für kapitalistisch-imperialistische Ziele zunichte zu machen, ein abermaliges Massenmorden und die endgültige Auslöschung Deutschlands im Keime zu ersticken, eines nur, nämlich: die Einheit der deutschen Arbeiterklasse!

Es bedurfte nicht erst persönlicher Erlebnisse auf der Heimfahrt, um uns erneut zu vergewissern, wie stark die Kräfte einer grausamen Vergangenheit noch sind.

Oder will jemand glauben, daß diese Kräfte geläutert sind, die im Lager 94 (Angoulême) anlässlich einer antifaschistischen Kundgebung aus Protest unter Führung des deutschen Lagerführers sämtliche Litzen, Orden und Ehrenzeichen anlegten, bei Wiederholung dem Redner Schläge androhten, bei der Lagerführung ein Verbot jeder politischen Betätigung erzielten? Jene Kräfte, die mit dem Anlegen dieser Naziembleme ihre Verbundenheit mit dem Krieg und den Verbrechen der Nazis dokumentierten, sind die alten geblieben. Nicht nur das, sie wittern bereits wieder Morgenluft! . . .

Aus diesen Beispielen, deren wir noch viel mehr bringen könnten, haben wir die Lehre gezogen, daß wir Sozialisten zusammenhalten müssen, um die Wiederkehr schrecklicher Tage zu verhindern.

Und in diesem Sinne die Grüße unserer antifaschistischen Mitstreiter aus Frankreich!

(Der Brief trägt 23 Unterschriften von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern.)

Neues Deutschland, 18. Juni 1946

Brief des Sozialdemokraten Willy Grube an seine Genossen

Sozialdemokratische Genossen und Genossinnen!

Mein Ausschuß aus der SPD am 29. 5. 46 zwingt mich, auf diesem Wege zu Euch zu sprechen, nachdem mein Einspruch als erübrigt abgewiesen wurde.

Mein Ausschuß erfolgt, weil ich zum Parteitag der SPD sowie zum anschließenden Vereinigungsparteitag ohne Genehmigung des Bezirksvorstandes

¹ Gemeint ist nicht die Einheit einer gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung, sondern die bedeutsame Tatsache, daß die westdeutschen Arbeiter die beabsichtigte Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in verschiedene politische Richtungen auch in den Westzonen verhindern konnten.

gefahren bin. Ich konnte von dieser Fahrt nicht absehen, weil das Problem der Vereinigung der Arbeiterklasse mich zu stark beeinflußt hat. Ich bin gefahren und habe es nicht bereut.

Eindeutig erkläre ich an dieser Stelle, daß ich nichts anderes wollte und nichts anderes will als die Wiedervereinigung der beiden Arbeiterparteien. Für diese Einstellung, die ich übrigens nicht erst heute vertrete, sondern die bei mir in der 12jährigen Unterdrückungsperiode zur Selbstverständlichkeit wurde, muß ich die Partei verlassen.

Erst wenn Kommunisten und Sozialisten in Deutschland einig sind, geben sie ja selbst die Garantie, daß es in Deutschland im Zeichen des Friedens vorangeht. Solange wir die Reaktion und deren Lakaien in Amt und Würden sitzen lassen, wird niemand Vertrauen zu uns haben.

Wir können und dürfen uns nicht weiterhin befehlen und müssen endlich zu einer einheitlichen Organisation kommen. Hier im Westen sollte das um so leichter fallen, als die Vereinigung ohne den sogenannten Druck vom Osten vollzogen werden kann und somit dieses angeblich hindernde Moment wegfällt.

Mit sozialistischem Gruß

Willy Grube (Hagen)
Neues Deutschland, 25. Juni 1946

Telegramme von Organisationsausschüssen für die Schaffung der SED in den Westzonen an das Zentralsekretariat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Berlin

Der Organisationsausschuß für die SED bittet die Genossen Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck, am 21. 7. 1946 in der Kundgebung des Organisationsausschusses in Köln zu sprechen.

Organisationsausschuß von Sozialdemokraten und Kommunisten
zur Schaffung der SED von Groß-Köln.

Bitten, daß Pieck und Grotewohl anschließend an Köln auch in Aachen sprechen. Nachricht wann?

Organisationsausschuß Aachen

Erwarten Euch zur Kundgebung am 20. Juli 1946, nachmittags 17 Uhr.

Organisationsausschuß Essen

Daß Grotewohl und Pieck zu den Bergleuten in Bochum sprechen, erwarten die Belegschaftsmitglieder der Zeche „Friederike“.

Betr.-Obleute
Neues Deutschland, 6. Juli 1946

Entschließung des Organisationsausschusses zur Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Groß-Köln vom 11. Juli 1946

Der Organisationsausschuß zur Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Groß-Köln hatte sich als Aufgabe gestellt, in möglichst kurzer Zeit die Spaltung der Arbeiterklasse in unserer Stadt zu überwinden. Diesen Wirken haben sich die Vorstände der SPD durch die Beschlüsse des Hannoverischen Parteitages entgegengestellt. Ein Nebeneinandermarschieren der beider Parteien kann auf Grund der Eigenart des Wahlsystems trotz Stimmenmehrheit zu einer Niederlage führen. Um alle Hindernisse für ein solches Zusammen-

arbeiten aus dem Wege zu räumen, beschließt der Organisationsausschuß, sich in eine „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Arbeiterparteien“ umzuwandeln, die ihren Zweck erfüllt haben wird, sobald die erstrebte Zusammenarbeit der Organisationsleitungen der SPD und KPD gewährleistet ist.

Der Arbeitsausschuß ist der Auffassung, daß damit auch der Einwand des (SPD-)Bezirksvorstandes des Bezirks Oberrhein hinfällig ist, den Genosse Görlinger in einem Schreiben an die Bezirksleitung der KPD vom 15. Juni erhob, wonach die Schaffung der SED in Köln Besprechungen für die Führung eines gemeinsamen Wahlkampfes nicht zulasse.

Die Arbeitsgemeinschaft fordert ihre zahlreichen Anhänger, die vielen Tausende Unterzeichner der Listen für die Arbeitereinheit auf, ihre ganzen Kräfte dafür einzusetzen, die Zusammenarbeit aller Sozialdemokraten und Kommunisten zu fördern und in allen Betrieben, in allen Wohngebieten bis ins letzte Haus hinein die werktätige Bevölkerung für die Erzielung einer sozialistischen Mehrheit bei den Kommunalwahlen zu gewinnen.

Schluß mit dem Bruderkampf!

Nur in der Einheit liegt unsere Kraft!

Alles für einen sozialistischen Wahlsieg!

Neues Deutschland, 17. Juli 1946

Schreiben der britischen Militärregierung an das gemeinsame Komitee von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Organisation der Großkundgebung für ein einiges Deutschland mit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl am 23. Juli 1946 in Braunschweig

Betrifft: Politische Versammlung am 23. Juli 1946.

Bezug: Abhaltung Ihrer politischen Versammlung am 23. 7. 46 auf dem Sportplatz der 5. Division, zu der Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl anwesend sein werden.

Folgende Bedingungen sind genauestens einzuhalten:

1. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß die SPD in irgendeiner Weise mit der Versammlung in Verbindung steht. Bei allen Aushängen, Plakaten usw., die für eine einheitliche Arbeiterpartei werben, muß klargemacht werden, daß all dies Propagandamaterial von der KPD ausgeht.

2. Abtrünnige Mitglieder der SPD dürfen bei dieser Versammlung das Wort ergreifen oder auf der Rednertribüne erscheinen, doch nur als Einzelperson. Wenn sie sprechen, muß klargemacht werden, daß sie nicht offiziell im Namen der SPD sprechen.

3. Es muß klargemacht werden, daß es sich um eine reine KPD-Versammlung handelt. Wenn irgendein Versuch gemacht wird, den Eindruck zu wecken, daß die offizielle SPD in irgendeiner Weise mit dieser Versammlung in Verbindung steht, wird die Versammlung abgebrochen werden.

4. Es wird betont, daß der einzige Weg, die SED in der britischen Zone zu bilden, darin besteht, daß die Mitglieder der Ortszweige der KPD und SPD ein Referendum abhalten und die Mehrzahl der Mitglieder beider Parteien für die Vereinigung stimmt.

5. Sie wollen den Empfang dieses Schreibens bestätigen.

Kopie an den Vorsitzenden der SPD in Braunschweig.

Zit. in: Seid einig. Illustrierte Flugschrift.

IML, Archiv, G 1-10a/-14

**Entschliebung der Landeskonferenz der Eisenbahner Württembergs und Badens
vom 14. Juli 1946**

Die am 13. und 14. Juli 1946 im Speisesaal des RAW Eblingen abgehaltene Landeskonferenz der Berufsgruppe Reichsbahn im Württ.(em)bergisch)-Bad.(ischen) Gewerkschaftsbund hat Stellung genommen zu den wichtigsten Tagesfragen sowie zum Neuaufbau unserer Organisation im Landes- und Zonenmaßstab. Die hier versammelten Vertreter aller organisierten Eisenbahner von Nordwürttemberg und Nordbaden sind der Auffassung, daß nur eine zentral geleitete große Gewerkschaftsorganisation auf der Grundlage der Industrie- und Fachgruppenorganisation den kommenden Aufgaben gewachsen sein kann.

Reaktion und Nazismus müssen ein für allemal geschlagen werden. Deshalb richtet der Verbandstag an den neugewählten Landesvorstand den dringenden Appell, alles für die Einheit der Arbeiterbewegung zu tun:

Für baldige Beseitigung der Zonengrenzen;

für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit;

für ein demokratisches Deutschland aller Schaffenden;

für das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte;

für die völlige Neugestaltung der Lohn- und Tarifverträge;

für eine einheitliche Sozialversicherung auf der Grundlage gleiches Recht für Arbeiter und Beamte;

für sofortige Wahlen unserer Personalvertretungen im Orts-, Bezirks- und Zonenmaßstab;

für eine gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel sowie eine bessere Versorgung der Reichsbahnbediensteten mit Kleidung, Schuhen, Putz- und Waschmitteln.

Volksstimme (Stuttgart), 8. August 1946

**Brief der Mitglieder des Zentralsekretariats der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands Walter Ulbricht und Max Fechner vom 17. August 1946 an die
Sozialisten Hannovers**

Liebe Freunde!

Wenn heute von so vielen Stellen über die Wirtschaftseinheit Deutschlands gesprochen wird, so ist nach unserer Meinung der nächstliegende Schritt, erst einmal die Einheit der antifaschistischen Bewegung in ganz Deutschland zu ermöglichen. Man kann nicht ernsthaft von der Einheit Deutschlands sprechen, wenn man nicht einmal den Vertretern dieser lebensnotwendigen politischen Forderung unseres Volkes die Gelegenheit gibt, mit ihren Freunden im Westen zu sprechen. Wir sind der Auffassung, daß gerade durch persönliche Besprechungen und Konferenzen, wie auch besonders durch solche Kundgebungen, wie Ihr sie in Hannover durchführen wolltet, dem Gedanken der Einheit Deutschlands wirksam gedient wird.

Uns ist bekannt, daß der Führer der Sozialdemokratischen Partei in der westlichen Zone erklärt hat: Die Tragödie Deutschlands bestehe in der Uneinigkeit seiner Besatzungsmächte. Wir sind der umgekehrten Meinung: Die Tragödie liegt in der Uneinigkeit der Arbeiterschaft und der antifaschistischen Kräfte. Wir wollen nie vergessen, daß die Uneinigkeit der deutschen Arbeiterschaft nach dem ersten Weltkrieg der Reaktion und dem Faschismus es ermöglichte, ihre Kräfte zu sammeln und zur Offensive überzugehen. Auch jetzt besteht wieder diese Gefahr, und nur eine geeinte Arbeiterschaft kann diese Gefahr bannen.

Obwohl uns die Möglichkeit genommen wurde, zu Euch zu sprechen, möchten wir aber noch auf diesem Wege zu Euch sagen: Jeder Deutsche muß sich bewußt sein, daß die Einheit Deutschlands nur möglich ist, wenn die Macht der Nazi- und Kriegsverbrecher, der militaristischen Großgrundbesitzer und der faschistisch-reaktionären Bürokratie beseitigt wird.

Wir hoffen, daß die Hindernisse, die einer gemeinsamen Beratung der großen Lebensinteressen der Arbeiterschaft noch entgegenstehen, bald überwunden werden, so daß wir bald wieder zu Euch sprechen dürfen. Wir wünschen Euch Erfolg im antifaschistischen Kampf für eine einigte Arbeiterschaft in einem einigen Deutschland.

In alter sozialistischer Verbundenheit
gez. Fechner — Ulbricht.
Neues Deutschland, 17. August 1946

„Du bist der einzige, auf den ich meine Hoffnung setze . . .“

Ein unbekannter Brief August Bebels an Karl Liebknecht vom
10. November 1908

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg ist untrennbar mit dem Namen Karl Liebknecht verbunden. Er war in der Zeit vor und während des ersten Weltkrieges der konsequenteste Kämpfer gegen den volksfeindlichen deutschen Militarismus, der Deutschland und die Welt in eine Katastrophe zu reißen drohte. Diesem Kampf hatte er sein Leben geweiht.

Die antinationale Politik des Imperialismus und Militarismus bedrohte vor allem das Leben und die Zukunft der proletarischen Jugend. Deshalb stellte sich Karl Liebknecht als höchstes Ziel, diese Jugend in sozialistischem Geiste zu erziehen und mit Klassenbewußtsein zu erfüllen. Er hatte an der Organisation und Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung, die in Deutschland ohne Hilfe und teils gegen den Willen der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen entstanden war, hervorragenden Anteil. Besondere Bedeutung maß er der antimilitaristischen Agitation unter den Jugendlichen bei. Nur eine klassenbewußte Jugend konnte den Einflüssen der militaristischen Erziehung im Heer standhalten und der Sozialdemokratischen Partei neue revolutionäre Kader zuführen.

Klassenbewußte Arbeiter im Heer waren aber eine große Gefahr für die herrschende Klasse. Sie konnten das Instrument ihrer Macht gefährden. Das Erscheinen von Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ diente als Vorwand, um mit Hilfe der Klassenjustiz einen Schlag gegen den Antimilitaristen Karl Liebknecht und damit gleichzeitig gegen die proletarische Jugendbewegung zu führen. Der Prozeß wegen Vorbereitung zum Hochverrat fand vom 9. bis 12. Oktober 1907 vor dem Reichsgericht in Leipzig statt,¹ an derselben Stätte, wo sich sein Vater und August Bebel 1872 gegen die gleiche Anklage zu verteidigen hatten. Die Anklage erwies sich weder politisch noch

¹ Vgl. hierzu: Der Hochverratsprozeß gegen Karl Liebknecht 1907 vor dem Reichsgericht, Dietz Verlag, Berlin 1957.

juristisch als stichhaltig. Trotzdem wurde Karl Liebknecht zu eineinhalb Jahren Festung verurteilt, wenn es auch nicht gelungen war, eine Zuchthausstrafe durchzupeitschen, die ihn moralisch diskriminieren sollte und die die weitere Ausübung seines Berufes als Rechtsanwalt unmöglich gemacht hätte.

Die Sympathien für Liebknecht wuchsen mit diesem Prozeß, den er zu einer Niederlage der Ankläger gemacht hatte. In überfüllten Versammlungen, die in der Zeit von seiner Verurteilung am 12. Oktober bis zu seinem Haftantritt am 24. Oktober 1907 stattfanden, sprach er über die wahren Hintergründe der Anklage. Auch in bürgerlichen Kreisen wurde der Prozeß als völlig fehlgeschlagen erkannt.

Liebknecht war vom 24. Oktober 1907 bis zum 1. Juni 1909 mit zweimaligem Hafturlaub Gefangener auf der Festung Glatz. Die Zeit nutzte er zu intensivem Studium des Marxismus. Auch während seiner Festungshaft hielt er die Verbindung mit der Jugend aufrecht. Die von ihm organisierte Jugendkonferenz² beschäftigte sich mit der Lage nach der Annahme des Reichsvereinsgesetzes, das im April 1908 angenommen worden war und sich besonders gegen die Jugendorganisationen richtete.

Im Leipziger Hochverratsprozeß gegen Karl Liebknecht trat Bebel als Zeuge auf. Bebel schätzte Karl Liebknecht, den opferbereiten revolutionären Sozialisten, den Feind des Revisionismus, den eng mit den Massen verbundenen Volkstribunen, der die besten Traditionen der deutschen Sozialdemokratie verkörperte, hoch ein. Liebknecht war der Mann, der als konsequenter Gegner der Rechten am ehesten Bebels Werk fortzusetzen imstande war. Es konnte ja Bebel, der sein ganzes Leben am Aufbau und an der Entwicklung der größten Partei der II. Internationale gearbeitet hatte, nicht gleichgültig sein, in wessen Händen dieses Werk bleibt und wer es in seinem, in revolutionärem Geiste weiterführt.

Bebel wie Karl Liebknecht waren Todfeinde der kapitalistischen Gesellschaft und des Militarismus. Bebel hat in vielen Reden und Schriften den gefährlichen Charakter des preußisch-deutschen Militarismus entlarvt und war in dieser Frage mit Karl Liebknecht einer Meinung, obwohl er Bedenken gegen die Konsequenzen des Antimilitarismus Liebknechts hatte. Liebknecht unterschied sich, wie alle Wortführer der Linken in der deutschen Sozialdemokratie, von Bebel u. a. durch die Erkenntnis, daß angesichts der besonders aggressiven und antinationalen Rolle des preußisch-deutschen Militarismus eine spezifisch antimilitaristische Agitation, vor allem unter der Jugend, erforderlich war. Wenn Bebel trotz dieser Meinungsverschiedenheiten Liebknecht in dem nachstehend abgedruckten Brief³ als seine einzige Hoffnung für eine führende Stellung in der Partei bezeichnete, so beweist das aufs neue, wie sehr es ihm darauf ankam, daß die deutsche Sozialdemokratie in revolutionärem Sinne weitergeführt wurde. Das kommt auch in der im Brief ausgesprochenen Verurteilung der Fraktionstätigkeit der Revisionisten zum Ausdruck. Karl Liebknecht erwies

² Es handelt sich um eine illegale Vertreterkonferenz der proletarischen deutschen Jugendorganisationen, die am 11. Oktober 1908 während eines Hafturlaubs Karl Liebknechts in seinem Rechtsanwaltsbüro in Berlin stattfand.

³ Brief August Bebels an Karl Liebknecht, 10. November 1908. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Moskau, Zentrales Parteiarchiv, Fonds 210, Nr. 181. In russischer Übersetzung erschienen in: Новая и новейшая история (Neue und neueste Geschichte), 1960 Heft 3, S. 137/138.

sich dieses Vertrauens würdig. Er setzte auch nach dem Tode August Bebels die revolutionären Traditionen der Sozialdemokratie im ständigen Kampf gegen die Revisionisten und Zentristen fort.

Der hier abgedruckte Brief ist in politischer Hinsicht außerordentlich interessant und von großer Bedeutung für die wissenschaftliche Arbeit. Er beweist einmal mehr, daß August Bebel, den die rechten Elemente in der heutigen SPD und ihre Geschichtsschreiberlinge gern zu einem der Ihrigen machen wollen, ein aufrechter Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse, ein unbeugsamer proletarischer Revolutionär war, den eine Welt von den heutigen Bejahern der westdeutschen Atomaufrüstung trennt. Es war die Kommunistische Partei Deutschlands, die unter Führung Karl Liebknechts und später Ernst Thälmanns das Vermächtnis August Bebels — unversöhnlicher Kampf gegen den Militarismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus — erfüllte, und es ist heute die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die gemeinsam mit der illegalen KPD im Kampf gegen den westdeutschen Militarismus ein Programm zur Rettung der Nation ausgearbeitet hat und unter deren Führung in der Deutschen Demokratischen Republik das große Ziel Bebels — der Aufbau des Sozialismus — verwirklicht wird.

Martha Globig

Aug. Bebel

Schöneberg-Berlin, den 10. Nov. 1908
Hauptstraße 97

Lieber Karl!

Während der Krakehl⁴ im Reichstag mit Bülow vorbereitet wird, sitze ich hier, um an Dich zu schreiben.

Ich denke, wir werden das Frühjahr, wenn Du wieder frei bist, einmal eine Stunde haben, uns auszusprechen. Das ist nötig, denn schriftlich läßt's sich schwer verständigen.

Für mich handelt es sich darum, daß Du eine Position hast, in der Du am freiesten und unabhängigsten für die Partei wirken kannst. Wir brauchen tüchtigen Nachwuchs. Leider ist derselbe sehr rar, Du bist der einzige, auf den ich meine Hoffnung setze. Sollst Du aber eine führende Stellung in der Partei bekleiden,⁵ so mußt Du vor allen Dingen finanziell von der Partei unabhängig sein. Dazu bietet Dir die Anwaltspraxis die Mittel. Nebenbei kannst Du als Anwalt in politischen Prozessen der Partei große Dienste leisten, denn wir haben sehr wenig Anwälte, die einen politischen Prozeß führen können.

Mag sein, daß man oben danach trachtet, Dir die Advokatur zu nehmen, um so mehr Grund hast Du, Dir sie nicht nehmen zu lassen. Und das kannst Du denn doch mit einiger Klugheit durchsetzen, ohne daß Du Dir dabei das geringste zu vergeben brauchst. Sieht man so klar wie in Deinem Fall, wohin der Gegner steuert, dann biete alles auf, um sein Ziel zunichte zu machen. Auch denke ich, daß die Erfahrungen, die man

⁴ Gemeint ist die Daily-Telegraph-Affäre, die am 10. November 1908 im Reichstag behandelt wurde.

⁵ Im Original schwer lesbar.

jetzt in Leipzig machte, ihn zur größten Vorsicht veranlassen werden. Bis jetzt hast nur Du den Vorteil von seinen Maßnahmen. —

Dein Freund Heine hat wieder seine Bierabende⁶ eingerichtet, bei welchen der ganze revisionistische Klüngel sich zusammenfindet. —

Mit meinem Gesundheitszustand geht es langsam besser. Mein Schwiegersohn und zwei andere Züricher Ärzte verlangten, daß ich die Politik an den Nagel hängen und mich aufs Altenteil zurückziehen sollte. Dazu kann ich mich noch nicht entschließen. Ich will jetzt den Winter durch — koste es, was es wolle — Ruhe halten und werde dann sehen, wie es mir im Frühjahr geht, und danach meine Maßnahmen treffen.

Nutze die sechs Monate, die Du noch zu brummen hast, aufs beste aus. es ist der einzige Vorteil, den wir von dem Sitzen haben, daß wir studieren können. Hüte aber auch Deine Gesundheit.

Wie mir Deine Mutter erzählte, ist Dein Quartier kein Muster für Hygiene. Da waren wir seinerzeit in Hubertusburg besser dran. Der Königstein, den ich bekanntlich als Zivilfestung einweihte, war, soweit die Räume in Frage kamen, auch viel ungemütlicher.

Komme ich mal nach Leipzig, so werde ich den alten Freytag⁷ besuchen. er hat mich schon einmal eingeladen.

Herzliche Grüße von uns beiden
Dein A. Bebel.

⁶ Die Heineschen Bierabende waren eine Form der Fraktionsarbeit der Revisionisten unter dem Deckmantel zwangloser gesellschaftlicher Zusammenkünfte. Die Bezeichnung „Dein Freund“ ist natürlich ironisch gemeint.

⁷ Otto Freytag, Rechtsanwalt, Verteidiger Liebknechts, Bebels und Hepners im Leipziger Hochverratsprozeß 1872, verteidigte Bebel und andere Sozialisten in zahlreichen Prozessen und unterstützte die Sozialdemokratie.

AUTOREN DIESES HEFTES

- Dr. Heinrich Gemkow*, stellvertretender Chefredakteur der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Berlin
- Klaus Mammach*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Siegfried Vietzke*, wissenschaftlicher Oberassistent beim Lehrstuhl für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der Parteihochschule „Karl Marx“ beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Werner Horn*, stellvertretender Leiter des Lehrstuhls für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der Parteihochschule „Karl Marx“ beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Albert Buchmann*, Mitglied des Zentralkomitees der KPD
- Walter Müller*, Mitarbeiter des Zentralkomitees der SED, Berlin
- Günter Benser*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. Hellmuth Kolbe*, Dozent am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Fritz Zimmermann*, Redakteur der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Berlin
- Dr. Raimund Wagner*, Mitarbeiter des Zentralkomitees der SED, Berlin
- Elfriede Liening*, wissenschaftliche Oberassistentin am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Walter Wimmer*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Kurt Wrobel*, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Martha Globig*, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin

СО Д Е Р Ж А Н И Е

Основание СЕПГ — победа марксизма-ленинизма. Решение Политбюро ЦК СЕПГ по поводу 15-ой годовщины со дня объединения КПГ и СДПГ; **Генрих Гемков/Клаус Маммах**, О некоторых вопросах Московского Заявления и задачах историков партии; **Зигфрид Фитцке**, Некоторые проблемы борьбы за демократию в решениях Брюссельской конференции КПГ; **Вернер Хорн**, Борьба Социалистической Единой Партии Германии в 1951/1952 гг. за развертывание массовой инициативы рабочего класса при выполнении пятилетнего плана в народных предприятиях; **Альберт Бухмани**, Значение Германской Демократической Республики для борьбы миролюбивых сил в Западной Германии; **Вальтер Мюллер**, Единство действия между СДПГ и КПГ в Мюнхене в 1945/1946 гг.; **Гюнтер Бензер**, Интересные признания (Как правые вожди СДПГ боролись против единства рабочего класса); **Хельмут Кольбе**, Развитие СДПГ от Годесбергского съезда до съезда в Ханновере; **Фритц Циммерманн**, Помощь Фридриха Энгельса немецкой социал-демократии в борьбе против оппортунизма в крестьянском вопросе 90-х годов XIX века; **Раймунд Вагнер**, О Хемницкой конференции и сопротивлении саксонских рабочих против Рейхсвера в октябре 1923 г.; **Эльфриде Лининг/Вальтер Виммер**, Первые недели «Антифашистских действий»; **Документы и материалы**: Статья Вальтера Ульбрихта об антифашистском едином фронте, 15 февраля 1933 г.; **Курт Вробель**, Документы борьбы западногерманских рабочих за создание Социалистической Единой Партии Германии после Объединительного съезда СЕПГ; «Ты единственный, на кого я надеюсь...» — Неизвестное письмо Августа Бебеля Карлу Либкнехту от 10 ноября 1908 г. (**Марта Глобир**).

CONTENTS

The Foundation of the SED (Socialist Unity Party of Germany) — a historical Victory of Marxism-Leninism. Theses of the Political Bureau of the Central Committee of the SED on the 15th Anniversary of the Union of the KPD and SPD; *Heinrich Gemkow/Klaus Mammach*, On some Problems of the Moscow Declaration and the Tasks of Party Historians; *Siegfried Vietzke*, Some Problems of the Struggle for Democracy in the Resolutions at the Conference of the KPD in Brussels; *Werner Horn*, The Struggle of the Socialist Unity Party of Germany during the Years 1951/1952 for the Development of mass Initiative of the Working-Class for the Success of the Five-Year Plan in the Peoples owned Factories; *Albert Buchmann*, The Significance of the German Democratic Republic for the Struggle of the peace-loving Forces in Western Germany; *Walter Müller*, The common Action between KPD and SPD in Munich 1945/1946; *Günter Benzer*, Remarkable Confessions (How the right wing SPD Leaders opposed the Unity of the Working-Class); *Hellmuth Kolbe*, The Development of the SPD from the Godesberg Party Congress to the Party Congress of Hannover; *Fritz Zimmermann*, Friedrich Engels' Support for the Struggle of the German Social Democrats against Opportunism in the Peasant Problem during the Nineties of the 19th Century; *Raimund Wagner*, On the Chemnitz Conference and the Actions of Resistance of Saxon Workers against the Invasion of the Reichswehr in October 1923; *Elfriede Liening/Walter Wimmer*, The first Weeks of the Anti-Fascist Action; **Documents and Materials: An Article of**

Walter Ulbricht on the Anti-Fascist United Front of February 15th 1933; *Kurt Wrobel*, Documents on the Struggle of West German Workers for the Socialist Unity Party of Germany after the Foundation Party Congress of the SED; „You are the only one on whom I put my hope . . .“ — An unknown Letter of August Bebel to Karl Liebknecht of November 10th 1908 (*Martha Globig*).

C O N T E N U

La fondation du Parti Socialiste Unifié d'Allemagne (SED) — une victoire historique du marxisme-léninisme. Thèses du Bureau Politique du Comité Central pour le 15^e anniversaire d l'union du P.C.A. et du P.S.A.;

Heinrich Gemkow/Klaus Mammach, Sur quelques questions concernant la déclaration de Moscou et les tâches des historiens du Parti; *Siegfried Vietzke*, Quelques problèmes de la lutte pour la démocratie dans les décisions de la Conférence de Bruxelles du P.C.A.; *Werner Horn*, La lutte du Parti Socialiste Unifié d'Allemagne dans les années 1951/1952 pour le déploiement des initiatives de masse de la classe ouvrière pour l'accomplissement du plan quinquennal dans les entreprises socialisées; *Albert Buchmann*, La signification de la République Démocratique Allemagne pour la lutte des forces pacifiques en Allemagne Occidentale; *Walter Müller*, L'action commune du P.C.A. et du P.S.A. à Munich 1945/1946; *Günter Benzer*, Aveux remarquables (Comment les dirigeants du P.S.A. de droite ont réprimé l'unité de la classe ouvrière); *Hellmuth Kolbe*, Le développement du P.S.A. du Congrès du Parti de Godesberg au Congrès du Parti à Hanovre; *Fritz Zimmermann*, L'appui de Friedrich Engels pour la sociale-démocratie dans la lutte contre l'opportunisme dans la question paysanne à la fin du 19^e siècle; *Raimund Wagner*, Au sujet de la Conférence de Chemnitz et des actions de résistance des masses ouvrières saxonnes contre l'entrée de la Reichswehr en octobre 1923; *Elfriede Liening/Walter Wimmer*, Les premières semaines d'actions antifascistes; Documents et matériel: Un article de Walter Ulbricht au sujet du front unique antifasciste, du 15 février 1933; *Kurt Wrobel*, Documents de la lutte des ouvriers ouest-allemands pour le Parti Socialiste Unifié d'Allemagne après le Congrès du Parti de la fondation du S.E.D.; „Tu es le seul sur lequel se fonde mon espoir . . .“ — Une lettre inconnue d'Auguste Bebel à Karl Liebknecht du 10 novembre 1908 (*Martha Globig*).

REDAKTIONSKÖLLEGIUM

Ludwig Arnold, Horst Bartel, Ludwig Einicke (Chefredakteur), Herwig Förder,
Heinrich Gemkow (stellv. Chefredakteur), Fritz Knittel, Hellmuth Kolbe,
Walter Nimtz, Erich Paterna, Raimund Wagner

Redaktionsschluß: 16. Januar 1961

Redaktion: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin N 54,
Wilhelm-Pieck-Straße 1, Tel. 20 05 81 — Verlag: Dietz Verlag GmbH, Berlin C 2,
Wallstraße 76-79, Tel. 27 63 61. Lizenznummer: 54 67 — Zuschriften, die den Inhalt
betreffen, sind an die Redaktion, solche, die den Bezug angehen, an den Verlag
zu richten — Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung über-
nommen werden. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Preis beträgt für
das Einzelheft 2 DM, das Jahresabonnement 8 DM — Bezugsmöglichkeiten: Für
das Gebiet der DDR einschließlich des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin
örtliche Buchhandlungen oder jedes Postamt. Für Westdeutschland, Westberlin sowie
das gesamte Ausland Deutscher Buch-Export und -Import GmbH, Leipzig C 1,
Leninstraße 16 — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Band VII

Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats

Januar 1958 bis Dezember 1959

Herausgegeben vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

895 Seiten · Halbleinen 7,50 DM

Neben den Beschlüssen des V. Parteitages und den als Nachtrag zum Band VI aufgenommenen Beschlüssen der III. Parteikonferenz enthält der Band auch solche wichtigen Materialien wie die Thesen anlässlich des 40. Jahrestages der Novemberrevolution, die Thesen zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR, die Thesen über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR und viele andere wichtige Beschlüsse und Materialien zu Fragen der politischen und ökonomischen Entwicklung in der DDR. Viele Dokumente zeugen auch von der internationalen Verbundenheit unserer Partei mit den Bruderparteien in der ganzen Welt.

Außerdem sind noch lieferbar:

Band V (Dezember 1953 bis Dezember 1955)

548 Seiten · Halbleinen 4,50 DM

Band VI (1956 und 1957)

384 Seiten · Halbleinen 3,50 DM



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, WALLSTRASSE 76-79

OTTO BUCHWITZ

50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung

Mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck

3. Auflage · 176 Seiten · Ganzleinen 3,60 DM

„Jede Zeile der Aufzeichnungen von Otto Buchwitz ist lebensecht und gleichzeitig aktuell. Wer sich mit den Problemen der politischen und gewerkschaftlichen deutschen Arbeiterbewegung auseinandersetzen will, gleichgültig, auf welcher Seite er steht, wird an diesem

Buch nicht vorbeigehen können.“

Parlamentarische Wochenschau, Köln

OTTO BUCHWITZ

Brüder, in eins nun die Hände

324 Seiten · Mit 5 Bildern · Ganzleinen 5,— DM

Auf sehr persönliche Art setzt Otto Buchwitz mit diesem Buch seine autobiographischen Aufzeichnungen fort. Er berichtet von den schweren Jahren des Aufbaus nach 1945, von der Schaffung der Arbeitereinheit, von den Erfolgen und Sorgen, von den Bitterkeiten und Freuden dieser Zeit. Jedoch ist das Buch mehr als ein Lebensbericht, weil der bekannte Arbeiterfunktionär seine interessante, lehrreiche Darstellung über das eigene Erleben hinaus weitet.



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76 - 79

WALTER ULBRICHT

Zur Geschichte der neuesten Zeit

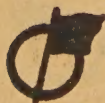
Band I, 1. Halbband

Die Niederlage Hitler-Deutschlands und die Schaffung der
antifaschistisch-demokratischen Ordnung

3. Auflage · 452 Seiten · Mit 13 Faksimiles · Kunstleder 4,20 DM

„Der erste Halbband des Werkes beginnt mit der Zerschlagung des Hitler-Staates und reicht bis zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im April 1946. Im einleitenden Kapitel werden die letzten Kriegsjahre behandelt und vor allem der heldenhafte Kampf der illegalen antifaschistischen Widerstandsorganisationen unter Führung der Kommunisten sowie die Bedeutung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ gewürdigt. Besondere Bedeutung hat die Darlegung der wahren Rolle der führenden Leute des 20. Juli, deren Pläne bekanntlich nur darauf gerichtet waren, die vollständige Niederlage des deutschen Imperialismus zu verhindern. Ebenso bedeutsam ist der von Walter Ulbricht geführte Beweis, daß allein die KPD ein konstruktives Programm zur Rettung der deutschen Nation besaß, das als Grundlage des Zusammenschlusses der antifaschistischen Kräfte dienen konnte.“

Leipziger Volkszeitung



DIETZ VERLAG BERLIN C2, Wallstraße 76-79

Vorwärts und nicht vergessen

Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

584 Seiten · Mit 69 Bildern und 4 Faksimiles · Ganzleinen 10,80 DM

Die 35 Verfasser dieses Sammelbandes, unter ihnen so bekannte Arbeiterführer wie Wilhelm Pieck, Hermann Duncker, Hermann Matern, Wilhelm Koenen und Otto Franke schildern in bewegten Worten zahlreiche Einzelkämpfe der Novemberrevolution, die der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt waren. Der Band ist in hervorragender Weise geeignet allen Lesern und besonders der jungen Generation die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung nahezubringen.

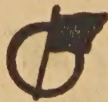
Unter der roten Fahne

Erinnerungen alter Genossen

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

332 Seiten · Ganzleinen 4,80 DM

Siegeszuversicht und unerschütterlichen Optimismus kennzeichnen diese Erlebnisberichte aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von Veteranen der Arbeiterklasse aber auch von jüngeren illegalen Kämpfern gegen Faschismus und Krieg niedergeschrieben, soll dieser Band helfen, theoretisches Wissen durch Beispiele aus dem Leben zu bereichern und vor allem der jungen Generation möglichst viele wertvolle Erfahrungen für den heutigen Kampf zu vermitteln.



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76-79

Zum 15. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erscheinen:

Günter Benser

Vereint sind wir unbesiegbar

Wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands entstand
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
187 Seiten • Halbleinen 4,- DM

Ausgehend von der historischen Situation in Deutschland nach 1945 und an Hand des Kampfes um die Verwirklichung des Aktionsprogrammes der KPD vom 11. Juni 1945 zeigt diese Arbeit, wie die SED entstand und welche historische und aktuelle Bedeutung ihrer Gründung zukommt. Dieser Prozeß wird geschildert am Beispiel des Kampfes der Arbeiterklasse in ganz Deutschland für die Lösung der nationalen Frage sowie für die Verwirklichung der Aktionseinheit und als Auseinandersetzung mit den Feinden der Einheit der deutschen Arbeiterklasse.

Hans Müller

Die Entwicklung der SED und ihr Kampf für ein neues Deutschland (1945 bis 1949)

260 Seiten • Halbleinen 4,20 DM

Ein besonderes Anliegen dieser Arbeit ist es, an Hand der Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Partei neuen Typus die Bedeutung dieser marxistisch-leninistischen Vorhut der Arbeiterklasse für die Lösung der nationalen Grundaufgaben in Deutschland und für die Herausbildung der Deutschen Demokratischen Republik als rechtmäßigen deutschen Staat darzulegen.



DIETZ VERLAG BERLIN C2, Wallstraße 76-79

